

Eine der bedeutendsten privaten Wohlfahrtsträger ist die Lebenshilfe Steiermark. Die Mitglieder dieser Gesellschaft haben es sich vor allem zur Aufgabe gemacht, behinderte Mitmenschen in entsprechender Einrichtungen, wie Wohnheimen und Tagesheimstätten, zu betreuen. Die Keimzellen dieser privaten Wohlfahrtsträger waren und sind meistens Eltern behinderter Kinder, die mit viel Verständnis und Einsatz in berechtigter Sorge um das Wohl ihres Kindes tätig geworden sind. In der Steiermark bestehen 14 Sektionen der Lebenshilfe. Die Sektion Liezen, deren Anliegen und Sorgen für die Zukunft ich sehr gut kenne, wurde 1980 gegründet.

Das Ziel der Lebenshilfe Liezen war bei ihrer Gründung dasselbe wie in allen anderen Bezirken, wo bereits solche Selbsthilfegruppen bestanden, nämlich Beschäftigungsmöglichkeiten für Kinder zu schaffen, die ja nach dem Schulbesuch keine Beschäftigung anderer Art gefunden hätten. In Stainach werden zur Zeit 26 und in Admont 20 Menschen betreut. Es ist bereits eine Warteliste vorhanden.

Wegen der großen Ausdehnung des Bezirkes war es nicht möglich, alle behinderten Menschen täglich zur Werkstätte zu bringen. Es mußte ein Teilzeitwohnheim – von Montag bis Freitag – geschaffen werden.

Größtes Problem der Lebenshilfe Liezen ist derzeit die mangelnde Wohnversorgung, und zwar rund um die Uhr, für einen bereits größeren Personenkreis von geistig behinderten Menschen, bei denen täglich der Ausfall des einzigen Elternteiles zu erwarten ist. Mit Ausnahme der Bezirke Murau und Liezen haben sämtliche Bezirke in der Obersteiermark bereits eine Rund-um-die-Uhr-Versorgung für geistig behinderte Menschen. Oft werde ich mit den großen Sorgen der Eltern konfrontiert, die dahin gehen, daß sich Eltern fragen: „Was wird aus unserem behinderten Kind, wenn es uns nicht mehr gibt?“ der weiß, was hier die Lebenshilfe leistet und welch große seelische Last den Eltern behinderter Kinder, nämlich die Sorge um die Zukunft, mit diesen Wohnheimen genommen werden könnte. Solch eine volle Wohnversorgung verlangt von den betroffenen Eltern große finanzielle Opfer. Alleine können sie dieses Vorhaben sicher nicht schaffen.

Ich ersuche alle zuständigen Stellen, das Land Steiermark, unseren Sozialreferenten, Herrn Landesrat Tschernitz, der viel Verständnis für die Behinderten hat, diesen zwingend notwendigen Bau eines Wohnheimes für die Behinderten in unserem Bezirk zu unterstützen.

Wir sollten von diesem Ort aus den Dank an alle jene aussprechen, welche sich in den Dienst des Nächsten stellen, und jenen Mitmenschen Hilfe gewähren, die unserer Hilfe am meisten bedürfen. (Allgemeiner Beifall. – 16.58 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Hirschmann (16.59 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus!

Wir debattieren hier drei Tage über Rahmenbedingungen unseres Landes, unseres Lebens für morgen, über unsere Lebenschancen, wie wir sie verbessern

können, um unsere kleine Welt hier gerechter, lebenswerter, freier, selbstbestimmter und auch wohlhabender zu gestalten. Viel ist die Rede von Strukturschwächen, über die Sorge, wie wir gerüstet sein werden für den rasenden Wettbewerb von morgen. Das alles ist gut, richtig und unsere Aufgabe.

Gerade deswegen darf ich aber trotz fortgeschrittener Zeit kurz zu einem Thema Stellung nehmen, über das in der öffentlichen Diskussion der letzten Jahre zunehmend weniger geredet wurde: der Entwicklungspolitik. Wir haben uns österreichweit aus guten Gründen zur sogenannten Sanierungspartnerschaft zusammengefunden. Es ist aber sehr zu bedauern, daß wir derzeit zu wenig alle zusammen in der Lage sind, wenigstens einen Restbestand an sozialer, integraler, weltumspannender Vision oder auch Utopie – ich sage bewußt Utopie – uns offenzuhalten. Gerade das wäre ein Element, mit dem wir vor allem den Idealismus und das Engagement vieler junger Menschen herausfordern und gewinnen könnten.

Meine Damen und Herren, es ist bekannt: Millionen, Milliarden, Billionen in allen Währungseinheiten werden für Waffen ausgegeben. Man ist unter dem Losungswort „Gleichgewicht des Schreckens“ in der Lage, unsere Erde tausendfach in die Luft zu sprengen. Auch bei uns hat man neuerdings ein wenig das Gefühl, daß Versäumtes im Affentempo durch Ankauf von Schrotthalden wettgemacht werden soll auf diesem Gebiet. Wir wissen – und wir haben es soeben aus vielen Wortmeldungen gehört –, auch bei uns gibt es viele Menschen, ja sogar zunehmend Menschen, die an der Armutsgrenze leben, doch unsere Situation ist unvergleichlich mit jener von fast einer Milliarde Menschen auf dieser Welt, die in absoluter Armut leben. Während wir mit Wohlstandskrankheiten aller Art zu kämpfen haben, wissen Millionen Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika nicht, wovon sie selbst und ihre Kinder schon am nächsten Morgen leben sollen. Ihr Alltag heißt Hunger, Krankheit, Hilflosigkeit. Das Elend übersteigt unsere Vorstellungskraft.

In den letzten 30 Jahren haben Hunger, Umweltzerstörung und Bevölkerungswachstum den Entwicklungsfortschritt in vielen Ländern der dritten Welt immer wieder überrundet. Dieser Fortschritt ist aber nur möglich, wenn diese drei unauflöslich miteinander verknüpften Probleme gelöst werden. Während wir zu kämpfen haben mit Problemen von Zweit- und Drittwohnungsbesitzern, sind Millionen von Afrikanern, Asiaten, Mittel- und Südamerikanern auf auswegloser Flucht aus ihrer Heimat. Während auch wir zugegeben mit Umweltproblemen zu kämpfen haben, dringt anderswo die Wüste weiter vor, sinkt der Wasserspiegel, breitet sich verheerende Unfruchtbarkeit des Bodens aus. Jeden Tag werden so viele Menschen geboren, wie die Stadt Graz ungefähr Einwohner hat, davon 90 Prozent in den Ländern der südlichen Halbkugel. Immer wieder zwingt sie ihre Not, auch gegen die Natur zu handeln. Wer hungert, schont die Natur nicht, wie sollte er auch. Wer ums Überleben kämpft, rodet seinen Wald und exportiert das Holz. Die Folgen sind schrecklich sowohl für die Natur als auch für den Menschen.

Meine Damen und Herren! Wem der Hunger in der dritten Welt gleichgültig ist, der beschädigt auch die Natur und damit auch hierzulande die Zukunft seiner

eigenen Kinder. Wer aber dort den Menschen in Not hilft, der hilft auch der Natur in Not und damit der ganzen Menschheit. Was können wir tun, was müssen wir tun? Barmherzigkeit, Mitleid, Almosengeben sind hochmoralische Tugenden – schätzenswert –, zu danken ist jedem einzelnen, der dazu seinen Beitrag leistet. Sie können Not und Leid mindern, allein das muß uns bewußt sein, weltweites Elend beseitigen können Sie nicht. Der Begriff Solidarität degeneriert in unseren Breiten, in unseren Tagen nicht selten zum semantischen Tiefschlag, wenn es darum geht, die Privilegien starker Interessensgruppen abzusichern. Von praktizierter weltweiter Solidarität verbietet es sich seriöserweise zu sprechen. Könnten wir, also die Industriestaaten, uns wenigstens zu einer weltweiten Sicht ökonomisch-ökologischer Überlebensbedingungen durchringen, es wäre wohl schon ein erster entscheidender Schritt im Kampf gegen das Massenelend auf der südlichen Erdhälfte in Sicht. Nur wachsender Wohlstand in den Ländern der dritten Welt kann auch die Stabilität des reichen Nordens sichern.

Was wir tun könnten: Die Industrieländer müssen zu allererst durch Neuordnung vor allem ihrer Agrarmarktsysteme und durch einen beträchtlich verstärkten Transfer von materiellen und technologischen Ressourcen einen bedeutenden Beitrag leisten. Die Entwicklungsländer selbst werden zweifelsohne die Hauptanstrengungen setzen müssen, sie tun es auch schon. Sie haben insbesondere im agrarischen Sektor große Anstrengungen unternommen und auch Erfolge erzielen können. Die Agrarproduktion in den Entwicklungsländern ist zuletzt erkennbar stärker gestiegen als in den Industrieländern. Die Volksrepublik China, bekanntlich mit über einer Milliarde Menschen, kann sich seit Ende der siebziger Jahre selbst ernähren. Indien mit seinen mehr als 800 Millionen Einwohnern ist zum Nettoexporteur von Getreide avanciert. Das Hungerproblem in diesen Ländern ist in Armut, also mangelnder Kaufkraft weiter Bevölkerungsteile, Verteilungsschwierigkeiten und vielfach in ungerechten Sozialstrukturen begründet. Aus dieser Sicht ist erkennbar, daß es eine Globalformel für weltweiten Kampf gegen den Hunger nicht gibt. Vielmehr müssen die Methoden auf jeden Einzelfall ausgerichtet werden.

Ich habe schon gesagt, wir müssen uns bemühen, den Export subventionierter Agrarprodukte aus den Industrieländern in die dritte Welt mit seinen ruinösen Wirkungen für die dortige Landwirtschaft endgültig zu unterbinden. Die Verwertung der Agrarüberschüsse einiger Industriestaaten kostet bekanntlich unvorstellbare Unsummen. In den EG-Ländern waren es zuletzt 270 Milliarden Schilling, in den USA 340 Milliarden Schilling und sogar in Japan 200 Milliarden Schilling. Prälät Unger, der bisherige Präsident der Caritas, hat in großer Eindringlichkeit unlängst festgestellt: Als Entwicklungshilfe ist Nahrungsmittelhilfe falsch, weil Förderung von Eigeninitiative das wichtigste für die armen Länder ist. Als Katastrophenhilfe aber muß Nahrungsmittelhilfe mit der Selbstverständlichkeit getan werden, mit der man ein Unfallopfer versorgt. Die Entwicklung der Landwirtschaft in der dritten Welt muß deshalb immer mehr Entwicklung des ländlichen Raumes heißen. Landreform, Agrarreform, Bewässerung, Verkehrserschließung, moderne Infrastruktur-

einrichtungen und die Errichtung mittelständischer gewerblicher Wirtschaft müssen helfen, die Menschen in ihren angestammten Regionen zu halten und vor dem Schicksal der Slumbewohner in den Ballungszentren zu bewahren. Es ist auch die einzig wirksame Methode, schon mittelfristig das übermäßige Bevölkerungswachstum zu steuern, weil die Geburtenrate erfahrungsgemäß in unbezweifelbarem Zusammenhang mit dem Lebensstandard steht.

Ein weiterer Punkt, wo gerade Österreich viel leisten könnte, ist die immer drängender werdende Frage der Forschungs- und Wissensvermittlung, insbesondere auch – ich habe es schon angedeutet – der Bereich der forstlichen Forschung. Wir klagen auch viel über Ärzte- und Lehrerschwemme. Wir könnten aber gerade mit einem Teil dieser gutausgebildeten Personen viel zur Entwicklung der dritten Welt, zu einer partnerschaftlichen Entwicklung beitragen. Wir müssen allerdings im Land dafür die Voraussetzungen, das heißt ein Klima, schaffen, damit Auslandseinsätze für diese jungen Menschen in ihrer Berufslaufbahn nicht verlorene Zeiten sind.

In Österreich hat heuer eine teilweise heftige Debatte über die Neuorientierung der Entwicklungspolitik stattgefunden, die prinzipiell zu begrüßen ist. Leider aber ist sie nicht immer sehr glücklich verlaufen. Die tatsächliche österreichische Entwicklungshilfe der letzten Jahre hat eine absolute Tendenz gegen null. Österreich ist bekanntlich bedauerlicherweise unter allen Industriestaaten auf den beschämenden letzten Platz gesunken. Und dazu ist noch anzufügen, daß ein Großteil der Entwicklungshilfe, die wir geben, wohl nur schwer als solche bezeichnet werden kann. Denn ein wichtiger Teil der bisher angerechneten Entwicklungshilfe stammt aus Exportkrediten an Dritte-Welt-Länder, und diese Anrechnung als Entwicklungshilfe war überhaupt nur durch eine Ausnahmeregelung der OECD möglich. Doch hat, so das Außenamt selbst in alle Ehrlichkeit, „Österreich diese Ausnahmeregelung einige Jahre hindurch in einem für die OECD-Mitgliedsländer unerträglichen Maße ausgenutzt“. In den nächsten Jahren könnten überdies so viele Mittel durch Kreditrückzahlungen nach Wien fließen, daß Österreich – man höre und staune – zum Empfänger von Entwicklungshilfe würde. Nichts ist dagegen einzuwenden, daß Österreich eine engere wirtschaftliche Kooperation mit den sogenannten Schwellenländern aus eigenen ökonomischen Überlegungen heraus sucht. Dies aber als Entwicklungshilfe zu deklarieren scheint mir unstatthaft. Wichtigster Grundsatz unserer Entwicklungspolitik müßte daher sein eine Konzentration auf die ärmsten Entwicklungsländer und dort vor allem die Unterstützung von sogenannten Basis- und Kleinprojekten.

Besondere Unterstützung verdient auch die Öffentlichkeitsarbeit in Österreich, das Ringen um Verständnis für andere Kulturen und für andere Völker. Ich sage das sehr bewußt auch im heurigen, sogenannten Gedenk- und Bedenkjahr. Gegenläufigen Tendenzen muß daher entschieden begegnet werden. Unsere Prioritäten müssen also heißen: Armutsbekämpfung, Selbstversorgung ermöglichen, Unterstützung wachsender Demokratie durch Hilfe für integrierte ländliche Projekte. Es ist erfreulich, daß gerade in der Steiermark viele Einzelpersonen, viele kleine Gruppen, viele

Organisationen mit beispielhaftem Engagement tätig sind, Partnerschaften gegründet haben und hier mit viel Idealismus mehr tun, als unsere öffentliche Hilfe es jetzt zu tun imstande ist. All diesen ist zu danken. Den vielen Organisationen der katholischen und der evangelischen Kirchen, den Schulgruppen und Jugendgruppen, den Pfarrgemeinschaften, den Dritte-Welt-Initiativen, dem Afroasiatischen Institut und auch dem Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungshilfe. Sie alle haben wenigstens mitgeholfen, Oasen humaner Solidarität und Selbsthilfe zu schaffen, in denen Menschen inmitten von Dürre und Wüste, von Hunger und Armut, von Gewalt und Unterdrückung neuen Lebensmut und Lebenswillen schöpfen. Sie alle haben nachhaltig beigetragen, das Verständnis für andere Kulturen zu wecken. Auch Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat persönlich – wie ich weiß – eine große Initiative in Mittelamerika in die Wege geleitet.

Zu danken ist auch unserem Landeshauptmann, der die Budgetpost für 1989 um die Hälfte erhöht hat. (Beifall bei der ÖVP.) Wir alle, meine Damen und Herren, wissen, daß dies kein überragender Betrag ist, aber es ist als Signal, als Ansporn zu verstehen für die vorher Genannten und die vielen auch nicht Genannten, die über ihren eigenen Schrebergarten hinaus Verantwortung in diesem Bereich verspüren und wahrnehmen.

Verehrte Damen und Herren, unser verstärktes Teilnehmen an der Not dieser Welt wäre auch ein Akt notwendiger Selbsttherapie. Wir könnten die Augen und Sinne schärfen für jene, die auch bei uns hier durch alle sozialen Netze fallen, wir könnten zu einer tieferen Selbstreflexion ohne falschen Moralismus über unsere Flucht in den Konsumismus kommen, wir könnten der Gier unserer Gesellschaft wieder Schranken setzen. Wir haben, wie keine Generation vor uns, es in der Hand, das Leben auf dieser Erde, ja diese Erde selbst ein für allemal auszulöschen. Wir haben aber auch den Traum, ja die konkrete Möglichkeit, weltweit Hunger, Elend, Unterdrückung, Rassenhaß und Naturvernichtung zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, in aller Bescheidenheit und Zurückhaltung: Lassen wir uns diesen Traum, diese Chance nicht entgehen! (Beifall bei der ÖVP. – 17.13 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Tschernitz. Ich erteile es ihm.

Landesrat Tschernitz (17.14 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bedanke mich vorerst bei allen, die sich an der Diskussion beteiligt haben, weil ich glaube, daß es die Wertstellung der Sozialhilfe in diesem Land zum Ausdruck bringt, ob es nun um die Behindertenpolitik, die Sozialhilfe – (Unruhe auf der Galerie. – Präsident Dr. Kalnoky: „Ich bitte um mehr Ruhe auf der Galerie!“)

Ich glaube also, mit jenen Diskussionen, die hier im Hohen Haus geführt werden, vielleicht eines zu erreichen, daß die Sozialarbeit, vor allen Dingen die sozialen Leistungen des Landes Steiermark vielleicht den Menschen draußen mehr in das Bewußtsein gebracht werden. Und ich darf Sie, meine Damen und Herren, einladen, sich die Einrichtungen einmal anzuschauen,

weil ich glaube, ob es sich um Behinderteneinrichtungen oder ob es sich um Pflegeeinrichtungen handelt, daß überall eine sinnvolle und sehr wertvolle Arbeit geleistet wird. Ich gehe sehr gerne auf Anregungen ein, die hier bei diesen Diskussionen dargelegt werden.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka einige Fragen gestellt hat, so darf ich ihn auch einladen, vielleicht mit ihm persönlich im Laufe des kommenden Monats ein Gespräch zu führen, um doch über diese einzelnen Punkte, die er heute aufgezeigt hat, zu diskutieren. Eines darf ich ihm vielleicht doch mitteilen, daß sein Antrag sehr wohl bearbeitet wurde, daß ihn Herr Landesrat Gruber nicht, so wie er meinte, nur mit einem Brief beantwortet hat. Wenn er das Budget vielleicht – er ist leider momentan nicht hier – genauer betrachtet hätte, hätte er feststellen können, daß 400.000 Schilling vorgesehen sind, um eine Studie zu erstellen, um darüber dann in diesem Hohen Haus oder in jenen Gremien zu diskutieren, wo dies notwendig ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, nehmen wir alle Anregungen sehr gerne auf, und ich glaube, daß wir diesen Weg bereits teilweise besritten haben und gehen, den auch die Frau Abgeordnete Pußwald hier angeschnitten hat.

Meine Damen und Herren, das uns vorliegende Budget für „soziale Wohlfahrt“ hat einen Ausgabenrahmen von 1,5 Milliarden Schilling, das sind 5,54 Prozent am Gesamtbudget, und stellt sicher, daß die gesetzlichen Leistungsverpflichtungen des Landes für Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Jugendwohlfahrt auch im kommenden Jahr erfüllt werden können und natürlich auch gesichert sind.

Ein Schwerpunkt der Arbeit im Sozialbereich wird darin liegen, die Leistungen dahin gehend zu überprüfen, ob sie eigentlich den Anforderungen, die sich laufend auch hier in diesem Bereich verändern, gerecht werden und ob sie neuen Gegebenheiten angepaßt werden müssen. Es wird auch sicherlich zu hinterfragen sein, ob neue Hilfs- und Betreuungsmaßnahmen für einen bisher nicht abgedeckten Bedarf im kommenden Jahr erforderlich sein werden.

Es hat hier vor allen Dingen die Frau Abgeordnete Meyer mit ihren Ausführungen über die Frühförderung auf einen solchen Bedarf hingewiesen, der im Laufe des vergangenen Jahres noch in Zusammenarbeit mit den privaten Behindertenorganisationen abgedeckt werden konnte. Für das kommende Jahr wird die Erstellung eines Konzeptes auch für die Wohnversorgung Behinderter besondere Priorität haben. Die Grundsätze für dieses Konzept sind im Sozialplan des Landes Steiermark ja festgelegt, der im November dieses Jahres vom Steiermärkischen Landtag beschlossen wurde. Die Lebenshilfe Steiermark hat mit ihrem Entwicklungsprogramm bereits eine wichtige Arbeitsgrundlage speziell für die Betreuung und Wohnversorgung geistig Behinderter erstellt, und wir werden selbstverständlich in der bewährten Zusammenarbeit mit allen privaten Behindertenorganisationen dieses Wohnversorgungskonzept auch versuchen so schnell wie möglich zu erarbeiten. Auf Grund der zu erwartenden und auch heute in den Ausführungen hier dargelegten überdurchschnittlichen Zunahme der Zahl der älteren Menschen in den nächsten Jahren wurde

bereits hingewiesen, daß auf Grund der derzeit sehr unbefriedigenden Situation die Menschen in unserem Land wohl für den Fall der Krankheit versichert sind, bei Eintritt der Pflegebedürftigkeit aber meist zu Sozialhilfeempfängern werden, und daher wird im Bereich der Sozialhilfe die Erarbeitung von Modellen einer Versicherung für den Fall der Pflegebedürftigkeit im Vordergrund stehen müssen. Gerade die Sozialreferenten der Bundesländer haben sich seit Jahren immer wieder mit dieser Forderung auseinandergesetzt und Forderungen auch an den Bund gerichtet, eine Pflegeversicherung im Rahmen des ASVG einzurichten. Da dieser Forderung aber eigentlich noch nie entsprochen wurde, haben die Sozialreferenten der Bundesländer unter der Federführung Salzburgs mit der Erarbeitung eines Pflegeversicherungsmodells, das von den Bundesländern selbst eingeführt werden könnte, auch bereits begonnen. Diese Arbeiten, meine Damen und Herren, sind bereits relativ weit fortgeschritten, und wir werden im nächsten Jahr intensiv gerade in diesem Bereich weiterarbeiten.

Mit Entschließung des Nationalrates vom 27. September 1988 hat der Bund jetzt doch das Thema „Pflegeversicherung“ ebenfalls aufgegriffen und eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Einführung einer Pflegeversicherung auf Bundesebene prüfen soll. Und wenn der Herr Abgeordnete Erhart gemeint hat und auf den Pflegebettenbedarf im Raume Knittelfeld und Judenburg besonders hingewiesen hat, daß es hier mit einem flächendeckenden Pflegedienstangebot erforderlich wäre, diese Situation zu verbessern, könnte das allerdings auch wegen der steigenden Zahl der älteren Menschen in den nächsten Jahren wahrscheinlich nicht so schnell beseitigt werden. Daraus ist zu folgern, daß einerseits die mobilen Pflegedienste möglichst rasch ausgebaut werden müssen, andererseits aber auch die Erhöhung der Zahl der Pflegebetten in Einrichtungen mit entsprechender Qualität auch zusätzlich angestrebt werden muß. Das wird allerdings nur möglich sein, wenn es zur Errichtung einer Pflegeversicherung kommt, sei es auf Landesebene in Form eines Pflegeschillings oder auf Bundesebene im Rahmen des ASVG. Denn eines, meine Damen und Herren, muß uns sicherlich auch hier im Hohen Haus klar sein: Das Land und die Gemeinden werden nicht in der Lage sein, die finanziellen Mittel für die Einrichtung und den Betrieb eines flächendeckenden mobilen Pflegedienstangebotes und den Betrieb von zusätzlichen Pflegeeinrichtungen allein aufzubringen. Auch die Mittel aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, die wir im Sozialbereich auch dringend brauchen würden, reichen dazu bei weitem nicht aus und stehen nach der derzeitigen Situation ja nur drei Jahre zur Verfügung. Wir werden gerade in diesem Bereich der Pflege, wie es zum Beispiel auch in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Erhart über das Landesaltenpflegeheim Mautern zum Ausdruck gekommen ist, Schwierigkeiten haben, diplomiertes Pflegepersonal für die Altenpflege zu gewinnen.

Ich halte es daher für dringend erforderlich, die Einrichtung einer geriatrischen Krankenpflegeausbildung ins Auge zu fassen, und werde dazu für die geplante Novelle zum Krankenpflegegesetz selbstverständlich einen Vorschlag einbringen. Im Jugendwohlfahrtsgesetz, meine Damen und Herren, wird die Zeit

des Wartens auf die hoffentlich baldige Verabschiedung des Jugendwohlfahrtsgesetzes durch den Nationalrat auch im kommenden Jahr sicherlich für die Vorarbeiten zu einem Ausführungsgesetz benützt werden. Es wird auch, so wie Frau Abgeordnete Minder ausgeführt hat, die Regierungsvorlage zum Landtagsantrag, einen Anwalt des Kindes oder einen Kinderbeauftragten zur Wahrnehmung der Interessen und zum Schutz der Kinder einzusetzen, 1989 sicherlich zu behandeln sein. Ebenso die Regierungsvorlage zum Landtagsantrag auf Einführung eines Familienzuschusses aus Landesmitteln. Für die Verwirklichung dieser Vorhaben wären nicht unbeachtliche Mittel erforderlich, die wir allerdings auch für den seit langem geforderten Ausbau von Betreuungsmaßnahmen und die Schaffung von Einrichtungen für verhaltensauffällige und förderungsbedürftige Kinder im Rahmen der Jugendwohlfahrt dringend benötigen würden. Ich denke dabei an die mobile Frühförderung und die mobile Förderung für diese Kinder und Jugendlichen, den Ausbau der dezentralen Erziehungsberatung, an alternative Wohn- und Betreuungseinrichtungen und an Kriseninterventions- und Beratungseinrichtungen.

Meine Damen und Herren, ich habe nur einige Schwerpunkte aus dem Sozialressort für das Jahr 1989 in der Kürze der Zeit herausgegriffen und Ihnen dargelegt. Ich möchte Sie bitten, meine Damen und Herren, mich bei der Realisierung dieser Vorhaben auch bestmöglich in diesem Hause zu unterstützen. Mit meinen Mitarbeitern in der Rechtsabteilung 9 und in meinem Büro werde ich mich sehr, sehr bemühen, in guter Zusammenarbeit mit den privaten Wohlfahrtsträgern im Interesse jener Menschen, die unsere Hilfe brauchen, auch 1989 eine gute Arbeit zu leisten. Die Ausführungen zum Budget am Ende eines Jahres sind natürlicherweise auch immer wieder Gelegenheit und Anlaß dazu, Dank für die Arbeit im abgelaufenen Jahr auszusprechen. Ich möchte das in besonderer Weise an meinen Vorgänger, den Herrn Landesrat Josef Gruber, tun, der im Jahre 1988 noch überwiegend diese Agenden erfüllt hat. Ich möchte ihm in besonderer Weise für seine wirklich langjährige Tätigkeit in diesem Sozialressort danken. Ich glaube, er hat als Sozialreferent der Steiermärkischen Landesregierung wirklich Großes auch für die Entwicklung der sozialen Wohlfahrt in der Steiermark geleistet.

Ein aufrichtiger Dank gilt auch den zahlreichen privaten Wohlfahrtsträgern. Ich glaube, ohne sie wäre eine so gute sozialpolitische Arbeit in diesem Lande nicht möglich, deren Ideen, Arbeit und Einsatz aus dem Sozialbereich einfach nicht wegzudenken sind. Ich darf danken meinen Mitarbeitern in der Rechtsabteilung 9 mit dem Abteilungsvorstand, Hofrat Dr. Knapp, und darf auch besonders herzlich danken den Mitarbeitern, den Damen und Herren in meinem Büro. Sie alle, meine Damen und Herren, ersuche ich um diese gemeinsame Arbeit im Interesse aller jener, die Hilfe brauchen in unserer steirischen Heimat. Für mich, meine Damen und Herren, ist diese Aufgabe eine Herausforderung. Und wenn man es so steirisch sagen darf, dann sage ich: Packen wir es gemeinsam an, ich glaube, diese Arbeit lohnt sich. Ihnen allen einen herzlichen Dank und ein herzliches Glückauf. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ/AL. – 17.25 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Ich möchte für zehn Minuten die Sitzung unterbrechen und alle Fenster öffnen lassen. Der nächste Redner in der Wohnbauförderung ist dann der Herr Abgeordnete Weilharter. In zehn Minuten beginne ich wieder. (Unterbrechung der Sitzung von 17.26 Uhr bis 17.36 Uhr.)

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung. Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Weilharter. Ich erteile es ihm.

Abg. Weilharter (17.37 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich hatte vor zwei Jahren anlässlich der Budgetdebatte die Gelegenheit, auch zur Gruppe 4, zum Wohnbau, zu sprechen. Ich habe damals mittels einer Grafik dem Hohen Haus nachgewiesen, daß bezüglich der Bautätigkeit, was Ein- und Zweifamilienwohnhäuser betrifft, die obersteirischen sieben Bezirke am schlechtesten dastehen. Da war der Bezirk Knittelfeld eindeutig Schlußlicht in der Österreichstatistik mit 15 Baugenehmigungen. Hohes Haus, meine geschätzten Damen und Herren! Ich habe das vor zwei Jahren gesagt, um die Situation darzustellen, wie es um den Wohnbau innerhalb der Steiermark steht, und war voll Hoffnung, daß man versucht, diesem negativen Trend entgegenzuwirken. Leider muß ich mit Bedauern zur Kenntnis nehmen – und das hat eine Zeitung im Juni dieses Jahres bestätigt –, daß diese Negativentwicklung der Obersteiermark auf die gesamte Steiermark übergreifen hat. Diese Zeitung hat es so zitiert: „Die Steirer bauen wenig und sehr langsam.“ Und es geht sehr deutlich hervor aus dieser Statistik, die auch die gesamte Steiermark betrifft, daß wir an Bautätigkeiten, aber auch an Bauzeit einsames Schlußlicht im Bundesländervergleich sind. Ich will das jetzt mit ein paar Zahlen untermauern. In der Steiermark werden pro 1000 Einwohner 4,2 Neubauwohnungen errichtet, das Burgenland schreibt immerhin stolze 5,4 Wohnungen pro 1000 Einwohner, Tirol immerhin 6,5, und der Bundesschnitt beträgt immerhin 5,1 Neubauwohnungen pro 1000 Einwohner. Die Statistik für die Bauzeit zeichnet einen ähnlich negativen Trend. Die Bauzeit für Neubauwohnungen innerhalb der Steiermark beträgt im Durchschnitt 4,7 Jahre. Auch hier wieder zum Vergleich das Burgenland. Im Burgenland baut man scheinbar schneller, nämlich 3,6 Jahre, und in Vorarlberg, das an der Spitze dieser Statistik liegt, zwei Jahre. Hohes Haus, meine Damen und Herren, was will ich damit sagen? Ich meine, daß wir uns in der steirischen Wohnbaupolitik mit dieser Angelegenheit, und zwar in dieser negativen Entwicklung, durchaus auseinandersetzen und versuchen müssen, diese Entwicklung bei den Ursachen zu bekämpfen. Eine der Ursachen, daß langsam gebaut wird, wird wohl das niedere Einkommen sein. Die Steirer weisen in der Einkommensstatistik den letzten Platz im Bundesländervergleich auf. Eine der Ursachen, daß wenig gebaut wird, wird die Unsicherheit am Arbeitsplatz sein, in der Arbeitslosenstatistik liegen wir fast ein Prozent – mit 6,5 Prozent – über dem Österreichschnitt.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist aber sicherlich auch nicht von der Hand zu weisen, daß eine dritte Ursache in dieser Entwicklung eine Rolle spielt. Das ist eine österreichweite Ursache, das sind die

staatlichen Eingriffe in das Privatvermögen. Die Häuslbauer, die Wohnungsbauer, die greifen sicherlich sehr tief in die Tasche, wenn sie an so ein Projekt denken und an die Realisierung schreiten. Leider müssen sie sehr oft feststellen: Bevor die Häuslbauer selbst in die Tasche greifen, war die öffentliche Hand schon drinnen. Ich werde Ihnen dies an einem kurzen Beispiel belegen. Zum Beispiel wurde in den letzten Jahren ein Eingriff von staatlicher Seite bei den Bausparprämien getätigt.

Es wurden die Bausparprämien von 13 auf 8 Prozent reduziert und nicht nur die Neuabschlüsse, sondern auch bei den bestehenden Verträgen. Dies bringt bundesweit eine Kürzung von rund einer Milliarde Schilling, neben der Tatsache, daß das Bundesbudget für den Wohnbau von 1987 auf 1988 um eine Milliarde Schilling gekürzt wurde. Die Steuerreform wirkt sich in der Wohnbauentwicklung auch negativ aus. Die Absetzzeiträume wurden von zehn auf 15 Jahre aufgestockt, die Veräußerung innerhalb dieser Zeit bedingt, daß mit 70 Prozent nachversteuert wird und darüber hinaus nach 30 Jahren immerhin noch mit 4 Prozent.

Hohes Haus, meine Damen und Herren, ich habe eingangs gesagt, daß wir das zum Anlaß nehmen sollten, die Wohnbauförderung innerhalb der Steiermark zu überdenken. Ich gehe auch so weit in meinen Ausführungen, daß ich das Ansinnen unseres zuständigen Landesrates Dipl.-Ing. Schaller durchaus positiv unterstreiche, wenn er im September dieses Jahres gesagt hat, daß 9 Milliarden Schilling für die Althäuser innerhalb der Steiermark notwendig sind. Der Herr Landesrat meint aber, daß sich diese 9 Milliarden Schilling für die Althausanierung innerhalb der Steiermark auf einen Zeitraum von sechs Jahren erstrecken sollen, wobei ich die Priorität ein Drittel in Graz, zwei Drittel in der übrigen Steiermark nicht unterstreichen kann. Ich würde wirklich ersuchen, Herr Landesrat, wenn man diese 9 Milliarden Schilling für die Althausanierung innerhalb der nächsten sechs Jahre zum Tragen bringen könnte, daß man auch miteinbezieht die schwachen Bezirke, das Grenzland vor allem, und vor allem jene Bezirke, wo wir hohe Arbeitslosenraten haben und vor allem niederes Lohnniveau. Ich würde Sie wirklich darum ersuchen, denn ich glaube, das wird der Weg sein – (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Ich habe nie behauptet, ein Drittel in Graz und zwei Drittel in der übrigen Steiermark!“) Herr Landesrat, Sie sagen, Sie haben das nie behauptet, aber es ist einer Meldung vom 25. September 1988 zu entnehmen. Unabhängig davon, das attestiere ich Ihnen ja durchaus, daß es ein guter Ansatz ist. Ich würde meinen, daß man gar nicht die Prioritäten in der Drittelform setzen sollte, sondern daß man wirklich jene Bezirke mit einer hohen Arbeitslosenrate berücksichtigt, jene Bezirke mit niederm Lohnniveau, daß man dorthin versucht, die Prioritäten zu setzen, denn ich glaube, das wird der Weg sein, wo wir in der steirischen Wohnbaupolitik das Schlußlicht an andere Bundesländer abgeben können. (17.44 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gottlieb. Ich erteile es ihm.

Herr Kollege Gottlieb, Sie haben mich ermuntert, nach zehn Minuten zu läuten.

Abg. Gottlieb (17.45 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte gleich auf den Kern meines Debattenbeitrages zu sprechen kommen. Es geht um die Verländerung der Wohnbauförderung. Meine Damen und Herren, nachdem der Bund die gesetzlichen Voraussetzungen im Frühjahr dieses Jahres geschaffen hat, daß wir uns auch in den Ländern mit der Frage der Verländerung befassen können, sind wir in den Parteienverhandlungen im Wohnbauförderungsbeirat darangegangen, dieses Problem aus der Sicht des Landes Steiermark zu lösen. Ich darf als bekannt vorausschicken, daß diese Beratungen von Haus aus in einem sehr sachlichen und objektiven Klima stattfanden. Wir haben uns auch innerhalb weniger Wochen in vielen Fragen nicht nur gefunden, sondern auch einvernehmliche Beschlüsse gefaßt. So konnten wir bereits im Sommer den Beschluß fassen, daß die Eigenheimförderung von bisher 250.000 Schilling auf 350.000 Schilling erhöht wird. Diese Erhöhung, das heißt die Änderung der Förderungsrichtlinien, wurde mit 1. September dieses Jahres durch Verordnung in Kraft gesetzt. Es herrscht ebenfalls Einvernehmen über die Einführung eines Wohnbauschekes für den Eigentumswohnungsbau, weil wir damit glauben oder überzeugt waren, daß damit mehr Wettbewerb, mehr Markt, in den steirischen Gemeinden eintreten wird, das heißt, überall dort in jenen Gemeinden, wo zwei, drei Bauträger bauen, tätig sind, kann sich der Wohnungswerber mit dem Wohnbauschek seine besten Konditionen aushandeln. Das sind die 600.000 Schilling Objektförderung, dies wurde ebenfalls durch Verordnung in Kraft gesetzt, mit der Einschränkung, meine Damen und Herren, daß es dafür keine Subjektförderung, das heißt keine Wohnbeihilfe, geben wird.

Das dritte Problem war die Wohnhaussanierung. Und ich möchte vielleicht doch etwas anderes zum Ausdruck bringen als mein Vorredner Kollege Weilharter. Meine Damen und Herren, ich darf daran erinnern, daß das Bundesland Steiermark nach Wien, Niederösterreich den höchsten Anteil an Substandardwohnungen hat, das heißt in den Industrieregionen, in den Städten und Märkten dieses Landes. Und daher war es richtig, daß wir auch im Einvernehmen mit dem zuständigen politischen Referenten im Beirat eine sehr attraktive Förderung beschlossen haben. Aber, meine Damen und Herren, diese attraktive Förderung hat zwei Unbekannte. Können wir es uns auf Zeit leisten, diesen 50prozentigen Annuitätenzuschuß zu gewähren? Und die zweite Unbekannte, meine Damen und Herren, die Frage der Miete nach Auslaufen der Förderung, mit einem Wort, solange die Objektförderung vorhanden ist, gibt es auch die Subjektförderung in Form der Wohnbeihilfe. Wenn nun die Förderung nach zehn Jahren ausläuft, gibt es keine Subjektförderung mehr und es gibt praktisch den gleichen Mietpreis für die gesamte Zeit. Und hier glauben wir, daß es sozial vertretbar wäre, für diese Zeit dann zumindest den Kategorienmietpreis festzulegen. Ich glaube, Herr Landesrat, das ist eine Überlegung, die wir uns auch im nächsten Jahr, wenn wir das neue Landeswohnbaugesetz beraten, letzten Endes auch überlegen müssen.

Meine Damen und Herren, die vierte Frage, der Geschößbau, konnte auch im Beirat mehr oder weniger im großen und ganzen abgehandelt werden, ist

aber noch nicht durch Verordnung in Kraft getreten, weil wir, glaube ich, gemeinsam zur Überzeugung gelangt sind, wenn ein eigenes Landesgesetz im nächsten Jahr kommen soll oder muß, dann ist es nicht notwendig, einige Monate vorher durch Verordnung das in Kraft zu setzen. Ich darf als bekannt vorausschicken, daß der Eigentumswohnungsbau bisher mit 60 Prozent Förderungsdarlehen, 30 Prozent Kapitalmarktdarlehen und 10 Prozent Eigenmitteln finanziert wird. In Zukunft soll der Eigentumswohnungsbau mit zwei Drittel Förderungsdarlehen und einem Drittel Kapitalmarktdarlehen finanziert werden, das heißt kein Baukostenanteil. Ein wesentlicher Vorteil auch aus dem sozialen Gesichtspunkt, aber vor allem für die jungen Menschen, die eine Wohnung brauchen! Aber wir haben uns auch geeinigt, daß wir über die Frage der Eigentumswohnung hinaus ein zweites Modell verwirklichen wollen in Form einer besonderen Förderung der Mietwohnungen. Wir glauben auch, daß diese besondere Förderung auch im Einvernehmen mit den Gemeinden in diesem Land geschehen soll, denn die Gemeinden in diesem Land haben nach dem Krieg eine soziale Aufgabe darin gesehen, den sozialen Wohnbau zu forcieren. Wir glauben daher, daß es in Zukunft möglich ist, Mietwohnungen mit 75 Prozent Förderungsdarlehen zu bauen, 25 Prozent Kapitalmarktdarlehen und daß die Gemeinden den Grund und die Aufschließungskosten übernehmen und keine Eigenmittel des Wohnungswerbers notwendig sind.

Meine Damen und Herren, wenn wir dieses Modell, dieses soziale Modell, verwirklichen können, so wird sich nach unseren Berechnungen der bisherige Quadratmeterpreis von rund 55 Schilling auf 38 Schilling, also unter 40 Schilling, errechnen. Ich glaube, eine sehr soziale Tat, auf die wir gemeinsam stolz sein können!

Nun gibt es natürlich auch noch einige andere Mosaiksteine, die dazu beitragen werden, eine Verbiligung im sozialen Wohnbau zu erreichen.

Punkt eins: Ich meine hier den Abbau der Bürokratie. Überall dort, wo in den Gemeinden bereits rechtskräftige Flächenwidmungs- und Bebauungspläne vorliegen, hat die zuständige Fachabteilung keine Mitsprache mehr.

Punkt zwei: Wir haben oder hatten in den letzten Stunden sehr ausführlich auch über die Frage EG-Österreich gesprochen. Und, meine Damen und Herren, es gibt innerhalb der Gemeinden in diesem Land bei Bauträgern die sogenannte 5-Prozent-Klausel, Präferenzschranken. Wir glauben auch, daß diese Schranken innerhalb der Gemeinden abgeschafft gehören. Ich darf Ihnen auch sagen, ich kann das auch im Einvernehmen mit der Landesinnung für Baugewerbe sagen.

Der dritte Punkt in dieser Frage ist die Verzinsung der Kapitalmarktdarlehen. Wir glauben, daß wir eine Verzinsung in der Form erreichen, daß wir die Bundesanleihe als Grundlage nehmen und hier höchstens 0,5 Prozent, immer mit der Tabelle 233 in Verbindung sehen, das heißt, steigt die Bundesanleihe, steigen die Zinsen, senkt sich die Bundesanleihe, dann senken sich auch die Zinssätze. Also eine überschaubare Zinsgestaltung. Ich glaube, das ist auch eine Maßnahme, wo wir praktisch günstige Mieten bekommen werden.

Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, ich habe mit Ihnen diese Fragen, die ich hier aufgezählt habe, sehr ausführlich besprochen, und ich darf Sie auch hier bitten, Stellung zu nehmen, was vor allem die Zusage der besonderen Förderungen der Mietwohnungen betrifft.

Zum Voranschlag selbst, meine Damen und Herren: Der Voranschlag sieht Ausgaben von 3,8 Milliarden Schilling vor. Das ist an und für sich eine gute Bedekung. Nicht zufrieden sind wir, daß auch im nächsten Jahr der Sechstelanteil des Landes nicht aufscheint. Wir glauben aber, wenn ein eigenes Landeswohnbaugesetz im nächsten Jahr kommen wird, daß zumindest für den Voranschlag 1990 dieser Sechstelanteil ausgewiesen wird. Und ich darf in diesem Zusammenhang auf unsere Vorsprache vom 27. März 1987 hinweisen, wo der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer, der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross und der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller uns, ich meine hier die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, die verbindliche Zusage gemacht haben, sollte die Verlängerung kommen, selbstverständlich wird das Land auch den Sechstelanteil leisten. Soweit meine Ausführungen, meine Damen und Herren, mein Beitrag, ich glaube, ich bin genau in der Zeit. Frau Präsident, ich danke Ihnen trotzdem! Ich möchte doch die Gelegenheit wahrnehmen und dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller für die sachliche Arbeit danken, in den letzten Monaten konnten die Fragen der Raumordnung, der Bauordnung, Wohnbauförderung – natürlich die Abfallbeseitigung war noch nicht in diesem Klima –, aber die letzten drei von mir genannten Fragenkomplexe sind wirklich in einem sehr sachlichen und objektiven Klima abgehandelt worden, das Ergebnis kann sich sehen lassen, der Herr Kollege Kohlhammer hat gestern bereits in der Frage der Raumordnung das angesprochen, und ich möchte wirklich bitten, daß wir unsere Arbeit hier im Hohen Hause in diesem Sinne weiter verfolgen. Ich glaube, wir sollen uns zu einer Sachpolitik bekennen, daß wir gemeinsam im Interesse des Landes und seiner Menschen etwas weiterbringen.

Ich möchte aber auch die Gelegenheit wahrnehmen, weil der Vorstand der Rechtsabteilung 14, Herr Hofrat Dr. Nopp, hier anwesend ist, mich bei ihm und seinen Mitarbeitern zu bedanken, und ich bitte, daß wir in diesem Sinne auch die zukünftigen Probleme in diesem Land meistern. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 17.56 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Rupp. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Rupp (17.57 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Schon der Vorredner hat aufmerksam gemacht auf das besondere Thema zur Wohnbauförderung. Die Diskussion um die Wohnbauförderung war in diesem Jahr wirklich geprägt von der Frage der sogenannten Verlängerung der Wohnbauförderungsbestimmungen, also kurz gefaßt, der Abgabe von Bundeskompetenzen an die Länder. Und wie schon so oft bei derartigen Neuregelungen hat der Bund die Bedingungen diktiert, unter denen diese Föderalisierung erfolgen sollte, mit dem Ergebnis, daß sich so manche Insider gefragt haben, war die Kompetenzänderung

unter Bedachtnahme auf den bescheidenen Erfolg überhaupt sinnvoll. Wenn ich hier zurückblende, so hat sich der Bund gleich eingangs eine 10prozentige Kürzung dieser Mittel vorbehalten, was für die Steiermark, in Zahlen ausgedrückt, einen Fehlbetrag von 240 Millionen Schilling ergibt. Durch die Verwertung der Bundesfonds kommen zwar kurzfristig Mittel herein, die bauwirksam werden, es entfallen aber laufende Rückflüsse in der Steiermark um weitere 60 Millionen Schilling. Die Steuerreform – und das schätzen Experten – wird uns zusätzlich eine 10prozentige Schmälerung bei den Eingängen bringen, das sind zirka 200 Millionen Schilling, und wenn ich noch den Wegfall der Kontrollbankdarlehen erwähnen darf, dann verringern sich die verfügbaren Gelder um weitere 124 Millionen Schilling. Welche Auswirkungen hat das? Dieser gewaltige finanzielle Aderlaß wird sich sicherlich auf die Auftragsituation und damit auch auf die Beschäftigungssituation in der Bauwirtschaft fatal auswirken, so daß es mir umso wichtiger erscheint, hier die Forderung aufzustellen, daß die Zweckbindung des Landeszuschusses weiter aufrechterhalten bleibt. Es besteht sonst die Gefahr, daß der Wohnbau in der Steiermark rein rechnerisch ab dem übernächsten Jahr eine radikale Kürzung um 20 bis 25 Prozent erfährt. Dabei ist gerade der geförderte Wohnbau die Basisbeschäftigung unserer mittelständischen Bauwirtschaft. Darüber hinaus – und das wissen wir auch – ist es für die Betriebe des Bauhilfs- und Baunebengewerbes jener Sektor, der Aufträge in breiter Streuung an alle steirischen Regionen vergibt und damit einen wichtigen Beschäftigungsimpuls ausübt.

Meine Damen und Herren, auch wenn es in der Öffentlichkeit sehr häufig kritisiert wird, daß man hier im Hause dankt, viele sagen, daß es Pflichtdanke Worte sind, ich glaube, sie alle sind es hier gewohnt, wenn etwas zu loben und zu danken ist, dann tun wir das aus Überzeugung, und wenn wir Kritik und Tadel vorbringen, dann tun wir das auch aus Überzeugung und sollten uns auch nicht durch Zeilen in Tageszeitungen davon abhalten lassen. Ich danke hier dem zuständigen Referenten, Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, besonders, daß er durch einen ihm eigenen unermüdeten persönlichen Einsatz für das kommende Jahr erreicht hat, daß trotz der vorhin erwähnten Probleme bei der Budgeterstellung eine gleichhohe Dotierung des Wohnbaues wie heuer vorgenommen werden konnte. Dennoch sollte die weitere Entwicklung der Wohnbaufinanzierung mit gewisser Besorgnis beobachtet werden, da ein dramatischer Rückgang in der Beschäftigung in der Bauwirtschaft, gerade in einer Schlüsselbranche, sich auch auf die benachbarten Sektoren sehr stark auswirken würde. Ich bin auch sehr froh, daß Herr Landeshauptmann Dr. Krainer im vorigen Jahr den Baugipfel einberufen hat und danach eine bemerkenswerte Initiative mit der steirischen Wohnbauoffensive im Geschoßbau gesetzt wurde. Es hat wirklich dazu beigetragen, daß die steirische Bauwirtschaft heuer wieder zu den ersten Konjunkturträgern im Lande zählt.

Meine Damen und Herren, ich bin auch beim nächsten Punkt einig mit dem Vorredner. Seit heuer, seit 1. September, ist eine Regelung in Kraft, der Wohnbauscheck. Kurz angedeutet, der Wohnbauscheck, ein pauschales Förderungsdarlehen von 600.000 Schilling

– wie wir gehört haben – für sogenannte Besserverdiener, wird dem mittelständischen Baugewerbe die Chance bieten, in den Wohnbaumarkt einen Hauch von Wettbewerb zu bringen. Sicher etwas Erfreuliches. Damit sollen jene Wohnungssuchende in erster Linie angesprochen werden, die nicht unbedingt darauf angewiesen sind, die volle Förderung des Sozialen Wohnbaues in Anspruch nehmen zu müssen, um relativ rasch eine attraktive Wohnung zu erhalten. Das Interesse für diese Alternative, die mehr Wettbewerb in den Wohnbaubereich bringen wird, scheint auch schon recht groß zu sein. Was macht die Bauwirtschaft, um das alles zu beleben und anzukurbeln? Es gibt hier sehr große Anstrengungen der Verantwortlichen seitens des steirischen Baugewerbes, gemeinsam mit den steirischen Kreditinstituten ein brauchbares Modell für die konfliktfreie Abwicklung derartiger Bauvorhaben zu schaffen. Erste Ergebnisse stehen kurz bevor in Form von bereits eingereichten Projekten. Es wird auch begrüßt, daß es Überlegungen zur Fortsetzung des Rückzahlungsbegünstigungsgesetzes auf Landesebene gibt, wir wissen, daß die Bundesaktion Ende 1988 ausläuft, und es wird auch hier gelingen, mit gemeinsamen Anstrengungen weitere Mittel kurzfristig dem Wohnbau zuzuführen.

Einen besonderen Schwerpunkt widmet das Land jedoch in Hinkunft der Althausanierung. Die Althausanierung ist wirklich ein großes Anliegen sehr vieler. Es soll damit erreicht werden, daß unsere Stadtkerne erhalten und erneuert werden. Das entspricht einem Bedürfnis unserer Mitbürger, wieder näher dem Zentrum zu wohnen, und wir kommen diesem Bedürfnis mit dieser Förderung sicher entgegen. Es gilt eben jetzt wieder als gefragt, in einer Altbauwohnung in zentraler Lage in der Nähe des kulturellen und kommerziellen Geschehens zu leben. Im Rahmen des Programmes der „Steirischen Offensive zur Wohnungserneuerung“ werden wir in Hinkunft durch sechs Jahre hindurch jährlich zirka 2500 Wohnungen, also insgesamt 15.000 Wohneinheiten, fördern können. Sie haben die Höhe der Förderung bereits gehört. Aus wirtschaftlicher und menschlicher Sicht bedeutet jede Maßnahme, die in die Althausanierung fließt, sehr viel. Diese Maßnahmen sind arbeitsintensiv und kommen sicherlich vielen Gewerbesparten zugute. Ich erinnere daran, daß derartige Arbeiten in den Wintermonaten durchgeführt werden können, so daß hier auch ein Beitrag zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit geleistet werden kann.

Meine Damen und Herren, wenn wir hochrechnen, bei voller Ausnutzung dieser Aktion, können wir annehmen, daß bei Gesamtkosten von 600.000 Schilling je sanierter Wohnung hier in sechs Jahren das bereits genannte Investitionsvolumen von 9 Milliarden Schilling ausgelöst wird. Daß natürlich eine derartige Aktion dem Bauhaupt- und Baunebengewerbe zugute kommt, muß ich hier als Vertreter der Wirtschaft nicht gesondert betonen. Es bleibt nur zu hoffen, daß dieses attraktive Angebot des Landes wirklich angenommen wird und es nicht auf Grund vieler rechtlicher Vorfragen bei der Abwicklung dieser Verfahren, ich sage nur in Schlagworten Mietrechtsgesetz und steuerlicher Bereich, die wirklich kompliziert sind, zu Verzögerungen kommt. Ich bin auch sehr froh und bezeichne es als sehr positiv, daß für die Häuslbauer eine Aufstockung

der Förderung vorgenommen wurde. Wie wir wissen, fällt das in das Ressort unseres Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Hasiba, und ich habe mir hier eine Aufstellung geben lassen. Es ist eigentlich sehr erfreulich, wenn man die Förderungsansätze im Eigenheimbau sich anschaut in einem Vergleich von 20 Jahren. 1968 gab es noch den Pauschalbetrag von 70.000 Schilling, 1987, im Juni, waren es schon 250.000 Schilling, und ab 1. September 1988 sind es 350.000 Schilling. Wenn ich hier noch die Zuschläge für Kinder berücksichtige und seit 1981 den Architektenzuschlag, dann ist das wirklich eine Mithilfe. Ich möchte hier auch betonen, daß ich besonders die Leistungen und die Entbehrungen der Häuslbauer bis zur Vollendung ihres Eigenheimes mit großer Hochachtung sehe. Ich habe persönlich gerade derzeit einen sehr guten Einblick in diesen Themenbereich.

Meine Damen und Herren, somit bietet das Wohnbaubudget des Jahres 1989 insgesamt ein erfreulich positives Bild. Die Mittel bleiben trotz Reduzierung der Bundesbeiträge durch Umschichtungen in etwa gleich, und damit wurden auch ganz wichtige Impulse für die Belebung der Wirtschaft gesetzt. Mein Appell geht daher an alle Entscheidungsträger im Land, gemeinsam durch Fortführung der Zweckbindung der Landesmittel einen wesentlichen Beitrag zur Beschäftigung in der steirischen Bauwirtschaft zu leisten. Der Bedarf – vor allem der qualitative Bedarf nach Wohnungen – ist nach wie vor mehr als gegeben. Wir wissen auch, daß sich alle am Wohnbau Beteiligten immer um ein gutes Gesprächsklima bemühen. Dafür danke ich auch als ein Vertreter der Wirtschaft. Zufriedene Wohnungswerber werden es uns allen sicherlich zu danken wissen! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.07 Uhr.)

Präsident Wegart (18.07 Uhr): Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Meyer.

Abg. Meyer (18.08 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Wer tagtäglich so wie Sie und auch ich mit Menschen zusammenkommt, deren größtes Problem es ist, zu einer Wohnung zu kommen, die sie sich auch leisten können, der weiß, wie viel auf dem Gebiet des Wohnungsbaues noch zu tun. Und wenn heute von so mancher Seite von einer Sättigung des Wohnungsmarktes auf dem Neubausektor gesprochen wird, so ist diese Behauptung sicher von jeder Realität weit weg. Denn gerade bei uns in der Steiermark ist der Wohnungsfehlbestand sehr, sehr hoch. Und wenn es nach dem Krieg galt, den quantitativen Wohnungsmangel zu beseitigen, so wurde doch ab dem Jahre 1970 besonders der Eigentumswohnbau forciert, und die Förderungen hiefür waren ja günstig. Und man muß gestehen, daß diese Förderungen ja immer wieder so verbessert wurden, daß die Menschen sich diese Wohnungen wirklich leisten konnten. Die Subjektförderung trat ja immer mehr in den Vordergrund, um die vorhandenen Mittel effizienter verteilen zu können. Und auch die Hochkonjunktur zwischen 1970 und 1980, das große Wirtschaftswachstum, brachte es mit sich, daß die Menschen vorwiegend auf Grund ihres guten Einkommensverhältnisses, ihres sicheren Arbeitsplatzes immer mehr danach strebten, Wohnungseigentum zu begründen. Und eine Zeitlang hatte

man auch das Gefühl, daß sich wirklich fast alle diese Wohnungen leisten konnten. Doch die Grundstückskosten, die Aufschließungskosten und die Betriebskosten, die ja keiner Förderung unterliegen, stiegen so rapid an, daß viele Einkommensschwächere trotz der zur Zeit noch vorhandenen Eigenmittelsatzdarlehen und auch der Wohnbeihilfe sich diese Wohnungen nicht mehr leisten können. Wir Sozialisten fordern deshalb schon seit etlichen Jahren, es mögen doch Wege gefunden werden, um wieder den sozialen Wohnbau zu forcieren. Wir verlangen daher immer wieder den Bau von Mietwohnungen. Die Österreichische Volkspartei hat uns ja einige Jahre lang immer deshalb als eigentumsfeindlich bezeichnet. Wir aber meinen doch, daß Wohnen ein Grundbedürfnis aller Menschen ist und daher die Wohnversorgung mit einer erschwinglichen Wohnung der öffentlichen Verantwortung unterliegt. (Abg. Kröll: „Aber der Mensch muß in der Mietwohnung völlig frei sein!“) Das ist auch so! Er kann auch mitbestimmen, wie die Ausstattung ausschauen soll. Die Wohnungspolitik muß dafür Sorge tragen, daß jeder eine seinem Bedarf entsprechende Wohnung erlangen kann. Die öffentliche Förderung hat aber auf die Leistungskraft der Wohnungssuchenden Rücksicht zu nehmen. Und die Leistungskraft der jungen Menschen ist natürlicherweise geringer als die der älteren. Denn immer mehr lösen sich und immer früher lösen sich junge Menschen vom Elternhaus und wollen ihre eigenen vier Wände. Und gerade diese jungen Menschen stehen am Anfang ihres Berufslebens und gehören daher meistens zu den kleinen Verdienern. Und ihnen ist es nicht möglich, und wir erleben das tagtäglich, Hunderttausende Schilling für die von mir vorher zitierten Grund- und Aufschließungskosten auf den Tisch zu legen. Die sozialistische Fraktion verlangte daher schon im Vorjahr auch bei der Budgetdebatte, daß wieder Sozialwohnungen gebaut werden mögen, die keinerlei Anzahlungen mehr erforderlich machen.

Es ist erfreulich, daß nun auch Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, in diesem Lande erkannt haben, daß die vorhandenen Wohnbauförderungsmittel doch noch gerechter eingesetzt werden müssen. Es gibt ja, wie wir gehört haben, bereits mündliche Zusagen von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, eine höhere Landesförderung für Mietwohnungen vorzusehen. Das hat ja schon der Herr Abgeordnete Gottlieb betont. Und damit kann wieder jenen am meisten geholfen werden. Und gerade Sie, Herr Prof. Dr. Eichinger, treten ja immer für die sozial Schwachen ein, deshalb müßten Sie das auch unterstützen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ich bin dafür!“) Jenen, die dieser Unterstützung auf Grund ihrer Einkommens- und Familiensituation am meisten bedürfen. So glauben wir, daß eine 75prozentige Förderung für Mietwohnung vielen einkommensschwachen Familien erschwinglichere Wohnungen als bisher bringen kann. Ich bin auch der Meinung, daß die Gemeinden, die sich doch seit Jahrzehnten aus dem aktiven Wohnbau zurückgezogen haben, doch auch ihr Schärflin in Form von Grundbereitstellungen oder Bezahlung der Aufschließungskosten beitragen sollten, daß die Menschen, die in ihren Gemeinden leben, ihr Recht auf eine familiengerechte, preiswerte Wohnung erhalten. Denn so wie es das Recht auf ärztliche Betreuung, das Recht auf eine Pension gibt, so soll es auch das Recht

auf Befriedigung des Wohnbedürfnisses geben. Die Gemeinden können sich, das ist meine persönliche Meinung, auch der sozialen Verpflichtung trotz ihrer immer größer werdenden finanziellen Aufgaben nicht entziehen, und sie sollen und müssen zum sozialen Wohnbau etwas beitragen. Deshalb ist es nur recht und billig, wenn es bei einer entsprechenden Beteiligung der Gemeinden auch eine höhere Förderung vom Land gibt. Einerseits können jungen Familien wieder Wohnungen ohne Startkapital zur Verfügung gestellt werden, und andererseits kann der Mietzins – ist schon gesagt worden – auf 38 Schilling pro Quadratmeter gesenkt werden. Mit dem günstigen Mietzins würden wir alle gemeinsam wesentlich dazu beitragen, daß die Lebensqualität auch der sozial bedürftigen Familien, die sicherlich in hohem Maß von einer familiengerechten Wohnung abhängt, steigen würde. Es ist unsere Aufgabe, für dieses Ziel gemeinsam einzutreten. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ/AL. – 18.14 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kanduth.

Abg. Kanduth (18.15 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Bevor ich zu den Fragen des Wohnbaues Stellung nehme, lassen Sie mich ein Wort zu den gestrigen Diskussionen über den Schutzraum sagen. Als das große Unglück von Tschernobyl auch über Österreich gekommen ist, habe ich in meiner Genossenschaft angeordnet, daß wir in zehn Regionen der Steiermark Diskussionen abführen, wie sinnvoll es wäre, die Schutzräume auszubauen und zu adaptieren. In zehn Regionen der Steiermark, wobei wir mit Kostenvorschlägen hinausgegangen sind, wobei den Menschen, den Eigentümern dieser Häuser die Adaptierung nichts gekostet hätte, weil die Mittel im sogenannten Reparaturfonds voll gedeckt gewesen wären. Und Sie werden es nicht glauben, meine Damen und Herren, bei über 600 Objekten, bei denen Schutzräume vorhanden, aber nicht adaptiert sind, hat sich im Laufe der Zeit nicht eine einzige Hausgemeinschaft gemeldet und den Ausbau dieses Schutzraumes verlangt. Ich meine damit, daß wir hier noch viel Aufklärungsarbeit vor uns haben, die wir auch zu tun haben. Zum Unterschied davon, daß wir im vergangenen Jahr hinausgegangen sind und sehr deutlich gesagt haben, es gibt das SAT-Programm zu installieren, wenn sie das wollen. Und Sie werden es auch nicht glauben, es gibt kaum eine Siedlung, wo nicht das SAT-Programm sofort angenommen wurde, obwohl es zum Teil auch dazu kommt, daß Kredite aufgenommen werden müssen. Ich möchte damit nur aufzeigen, wie sehr die Menschen auf das eine und das andere reagieren.

Und nun zum Wohnbau. Meine Damen und Herren, mit Landesrat Dipl.-Ing. Schaller haben wir zweifellos einen Menschen mit diesen Fragen und der Verantwortung, der ja seit mehr als zwei Jahrzehnten sich nicht nur zum Wohnbau zu Wort meldet, sondern in Wirklichkeit seit mehr als zwei Jahrzehnten den Wohnbau in der Steiermark auch mitbestimmt. Und daher ist es nicht sehr verwunderlich, daß er bei seiner Antrittsrede gemeint hat, er wird dafür sorgen, daß die Bürokratie etwas abgebaut wird, weil er sie kennt. Und es ist daher nicht verwunderlich, daß einiges auf

diesem Sektor in der kurzen Zeit, in der er die Verantwortung trägt, auch tatsächlich durchgeführt wurde. Ich habe mich sehr gefreut, daß er sehr rasch entschieden hat, daß bei der Objektförderung eine 100-Quadratmeter-Grenze eingeführt wurde. Das bedeutet, daß auch junge Menschen, alleinstehende Menschen, sich eine größere Wohnung kaufen können, weil sie eine Familiengründung vor sich haben. Er hat sehr rasch reagiert auf die Verlegung von Geschößbauten von einer Gemeinde in die andere. Und er hat sehr wohl reagiert, daß es in der Frage Flächennutzungsplanänderungen zu Erleichterungen kommt. Er hat den Wohnbauschek eingeführt, wobei ich meine, man wird sehen, wie sehr dieser Wohnbauschek einschlagen wird. Ich glaube persönlich sehr, daß er vor allem im städtischen Bereich angenommen wird. Im ländlichen Bereich habe ich noch meine Bedenken. Ich bin auch sehr froh, daß er der Initiator war, daß letztlich die Vorschreibung für Aufschließungsbeiträge der Gemeinden fixiert wurde. Ich freue mich ganz besonders, das geht in diese Richtung wie vorher von der Kollegin Meyer angesprochen, daß Hermann Schaller 5 Millionen Schilling bereitstellt für Grundankäufe der Gemeinden, wobei er mit diesen 5 Millionen Schilling die Zinsen stützt.

Lassen Sie mich aber auch einen Satz zu den Mietwohnungen sagen. Natürlich macht man sich über diese Mietwohnungen Gedanken. Ich werde und wir werden bei uns diesen Weg auch beschreiten, vor allem auch, um den Mietern späteres Eigentum zuzusagen. Was den Vorteil hat, wenn sie nach mehr als zehn Jahren Eigentümer werden, daß sie sich die Grunderwerbssteuer jetzt ersparen, sie erst in zehn Jahren bezahlen, aber ganz besonders, daß man bei diesen Baukosten die Mehrwertsteuer einspart, was immerhin etwa 18 Prozent der Bruttobaukosten sind. Das heißt, daß diese Art von Mietwohnungen wahrscheinlich von den Menschen dementsprechend auch angenommen wird. Die Verlängerung selber hat uns bisher keine Vorteile gebracht, das muß man auch in aller Deutlichkeit sagen. Denn das erste, was mit dieser Verlängerung gekommen ist, war die Kürzung der Bundesmittel um 10 Prozent. Das sind nicht einige Millionen Schilling, das sind einige Hundert Millionen Schilling. Und daß der Herr Landesfinanzreferent auch diese Gelegenheit benützt hat und hätte, auch das Sechstel des Landesbeitrages anders zu verwenden, ist nicht sehr verwunderlich, wenn man weiß, wie sehr er um die Finanzen rauft. Ich glaube – und Gottlieb hat es auch hier angesprochen –, daß wir alle miteinander sehr entscheidend dazu beitragen müssen und hier wirklich wie ein Mann stehen müssen, daß dieses Sechstel des Landesbeitrages auch in Hinkunft ins Budget aufgenommen wird.

Ich danke dir, lieber Hermann Schaller, für deine Initiativen, die du im Wohnbau gesetzt hast. Ich freue mich darüber, und ich sehe guten Mutes in die Zukunft. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 18.20 Uhr.)

Präsident: Das Schlußwort hat der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (18.21 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Mein Kollege Hasiba hat mich gebeten, angesichts der fortgeschrittenen Zeit und im Hinblick auf unsere

sehr enge Zusammenarbeit ein gemeinsames Schlußwort vorzunehmen. Ich tue das sehr gerne. Sie wissen, daß wir heuer im Sommer insoweit eine Flurbereinigung vorgenommen haben, als Kollege Hasiba nunmehr für die Förderung des Eigenheimbaues, sowohl Direktdarlehen als auch Zinszuschüsse, für die Jungfamilienförderung und für die Wohnhaussanierung kleinen Umfanges zuständig ist. Ich bin auf der anderen Seite nunmehr zuständig für den Bereich Geschößwohnbau und für die Wohnhausverbesserung größeren Umfanges. Ich glaube, daß sich das in der Praxis inzwischen sehr gut bewährt hat. Ich werde auch kurz versuchen, auf die einzelnen Beiträge einzugehen und einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Zum Kollegen Weilharter möchte ich sagen, ich glaube, daß ich mißverstanden worden bin im Hinblick auf diese ein Drittel, zwei Drittel. Ich habe das sicher so nicht gesagt. Wir sind immer davon ausgegangen, daß diese Sanierung, diese sogenannte Offensive für die Wohnungserneuerung, vor allem einen sehr starken Akzent auch wirtschaftlicher Natur in den Gebieten setzen soll und kann, wo wir auch Probleme in der Beschäftigungspolitik haben.

Zum Kollegen Gottlieb: Auch hier möchte ich sagen, ich bedanke mich auch für dieses gute Klima, das das Haus auszeichnet seit vielen Jahren, daß in der Wohnbaupolitik eigentlich sehr kooperativ gearbeitet worden ist, auch gearbeitet wird. Ich kann gerne bestätigen, daß wir im Zusammenhang mit der Neuordnung der Wohnbauförderung in der Steiermark uns in einem sehr intensiven Gespräch befunden haben und auch noch befinden und eigentlich über die wesentlichen Züge Einvernehmen gefunden haben. Was jetzt konkret die Frage betrifft, zu der Sie hier ein bißchen Zweifel angemeldet haben oder, besser gesagt, zwei Unbekannte genannt haben, im Hinblick auf die Wohnhaussanierung, die Offensive für die Wohnungserneuerung. Können wir uns das leisten? Wir haben uns das sehr genau durchgerechnet, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil wir einerseits sehr viel sanierungsbedürftigen Altwohnungsbestand haben und andererseits mit dieser Sanierung auch beschäftigungspolitisch sehr starke Effekte auslösen können. Deshalb haben wir uns für diesen Weg entschieden, der uns finanzierbar erscheint und auch finanzierbar ist. Das heißt, diese 15.000 Wohneinheiten, die wir in den nächsten sechs Jahren sanieren möchten, bedeuten immerhin ein Bauvolumen von etwa 9 Milliarden Schilling. Die Finanzierung ist abgesichert ohne Substanzverlust im Bereich des Neubaus.

Zur zweiten Frage, was nach diesen zehn Jahren ist, wenn die Förderung ausgelaufen ist: Hier kann ich nur sagen, ich bin in gewissen Dingen durchaus auch ein Optimist. Ich gehe davon aus, daß diese und andere Maßnahmen, auf die ich dann zum Schluß noch zurückkomme, hoffentlich so etwas wie einen Markt im Wohnungsbereich zustande bringen. Keinen Anbietermarkt, sondern einen Käufermarkt. In diesem Sinne kann ich mir vorstellen, daß auch hier ein gewisses Regulativ da ist, ganz abgesehen davon, daß ja das Mietrechtsgesetz auch hier die sogenannte angemessene Miete vorsieht.

Was die von Ihnen und von der Frau Kollegin Meyer genannte Frage der besonderen Förderung der Mietwohnungen betrifft: Auch hier sage ich ein sehr klares

Wort. Ich glaube, daß das ein sehr vernünftiger Vorschlag ist, weil er uns helfen soll, vor allem für jene Bevölkerungsschichten, die sich sicher schwertun, sich die Grund- und Aufschließungskosten zu leisten – und da gebe ich der Frau Kollegin Meyer durchaus recht –, daß wir dieser Bevölkerungsgruppe mit diesem Förderungsmodell eine attraktive Mietwohnung anbieten. Wir werden diese Möglichkeit sicher im neuen Gesetz vorsehen, und ich bin durchaus auch bereit, ich bestätige Ihnen das gerne, Herr Kollege Gottlieb, die Gemeinden, die auf der anderen Seite auch bereit sind, für dieses besonders attraktive Modell der 75prozentigen Förderung die Grund- und Aufschließungskosten beizutragen – denn nur dann können wir die Mietwohnungen für diese sozial schwächeren Gruppen tatsächlich schaffen –, die jetzt schon beginnen, nachher nachzuziehen, so daß sie keinen Nachteil haben. Auch hier ein offenes Wort. Ich habe nie eine Ideologie daraus gemacht, ob wir Eigentumswohnungen bauen müssen oder keine Mietwohnungen bauen sollen, sondern ich glaube, wir sollen uns hier klar an der Nachfrage, am Wunsch und an den Bedürfnissen des Bürgers orientieren. Daher werden wir nach Bedarf Eigentumswohnungen bauen, und ich halte die Eigentumswohnungen deshalb für sehr sinnvoll, weil sie dazu beitragen, auch persönliches Eigentum zu schaffen. Aber es gibt natürlich auch durchaus Bevölkerungsgruppen und Menschen, die sagen, ich muß mobil sein, ich will mich nicht so binden, ich bevorzuge eine Mietwohnung. Für solche werden wir selbstverständlich auch diese Möglichkeiten vorsehen.

Ich komme dann zurück auf den Beitrag vom Kollegen Dr. Rupp, der auch bei allen Rednern durchgeklungen ist. Ich bin den Damen und Herren Abgeordneten für dieses Bekenntnis sehr dankbar, auf das ich gerne zurückkomme, nämlich daß auch in Zukunft das Land Steiermark seinen Beitrag für die Wohnbaufinanzierung zu leisten hat. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir auf dieses Sechstel, das bisher vom Land aufgebracht worden ist, in Zukunft verzichten. Ich bin froh, wenn Sie mich in dieser Sache unterstützen, weil wir gerade im Hinblick auf das Wohnbauförderungsgesetz 1989 dieses Sechstel als einen sehr entscheidenden Beitrag im Gesetz verankern wollen, so daß ich mich dann nicht jedes Jahr abkämpfen muß, um es im Landesbudget unterzubringen.

Kollege Kanduth, ich möchte mich gerne für den Hinweis bedanken, daß wir die Entbürokratisierung ernst nehmen. Ich glaube, wir müssen dazu kommen.

Und vielleicht noch einen Ausblick in die Zukunft, und dann bin ich schon fertig. Wie geht es weiter? Wir werden nächste Woche schon dem Wohnungsförderungsbeirat die Regierungsvorlage zum Landeswohnbauförderungsgesetz vorlegen. Wir werden diese Regierungsvorlage, die ja dann die zukünftige Wohnbaupolitik der Steiermark in den nächsten Jahren bestimmt, sehr ausführlich diskutieren, und ich lade auch die anderen Parteien ein, die nicht dem Beirat angehören, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Ich glaube, das ist deswegen ganz wichtig, weil gerade die Wohnversorgung ja ein zentrales Anliegen jeder Form von Sozialpolitik und Vorsorge für die Bevölkerung eines Landes darstellt. Die Ziele dieser neuen Wohnbaupolitik beziehungsweise dieses künftigen Gesetzes gehen nun dahin: mehr Wettbewerb, ich bekenne mich

sehr dazu. Mehr Markt, gerade der Wohnbauschek ist ein Schritt in diese Richtung hin. Mehr Sanierung, ich glaube, daß wir mit dieser Wohnbauoffensive, mit der Erneuerungsoffensive, in die richtige Richtung gehen, und das ist ja auch von allen zum Ausdruck gebracht worden, daß wir damit nicht nur wertvolle Bausubstanz im Land erhalten können und sehr aufwendige Infrastruktur ersparen können, daher auch volkswirtschaftlich richtig ist und vor allem sehr vielen Menschen und vor allem mittleren und kleinen Firmen Arbeit geben können. Ich bekenne mich dazu, daß wir in der Qualitätsfrage keine Abstriche machen. Wir haben heute ein hohes Maß an Qualität hinsichtlich Energie, Lärm und Wohnraum erreicht, aber auch hinsichtlich der Einfügung in das Orts- und Städtebild.

Ich werde auch sehr besorgt sein, daß wir eine solide Finanzierung des Wohnbaues auch in Zukunft aufrechterhalten können. Voriges Jahr ist uns vorgehalten worden, daß wir zu viel Geld auf der Kante haben. Meine Damen und Herren, wir haben Gott sei Dank genügend Geld auf der Kante, Gott sei Dank, und zwar insgesamt nahezu 2 Milliarden Schilling, um die Förderungszusagen, das sind immerhin fast 2,7 Milliarden Schilling, finanzieren zu können. Es gibt nämlich Bundesländer, denen eine Milliarde Schilling fehlt, meine Damen und Herren, die stehen jetzt praktisch vor der allergrößten Finanzierungsproblematik. Ich glaube, es ist durchaus auch im Interesse des Landes, daß wir auch in der Finanzierung eine ganz solide Politik machen, damit die Bauwirtschaft, die Bauarbeiter, die Wohnungssuchenden wissen, wie sie dran sind und auch in Zukunft damit rechnen können, daß sie die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch nehmen können. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Ich danke nochmals abschließend allen Damen und Herren im Wohnbauförderungsbeirat für die kooperative Arbeit, den Damen und Herren, die heute gesprochen haben, für die konstruktive Art, wie sie das Thema abgehandelt haben, bedanke mich auch herzlich bei unserem Team in der Rechtsabteilung 14, das eine sehr gediegene Arbeit leistet und sehr besorgt ist, daß es vernünftig weitergeht. Ich bedanke mich auch herzlich bei meinem Kollegen Hasiba. Wir haben ein – kann man wirklich sagen – so problemloses und gutes Verhältnis, daß wir – glaube ich – beide im Interesse des Landes für die Wohnbaupolitik arbeiten können. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 18.30 Uhr.)

Präsident (18.31 Uhr): Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 4 nicht vor. Die Berichterstatterin hat mir mitgeteilt, daß sie auf das Schlußwort verzichtet. Meine Damen und Herren, wir kommen daher zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme eine Hand erheben.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen worden.

Wir kommen zur Gruppe 5.

Bevor ich dem Berichterstatter das Wort erteile, darf ich hinsichtlich unseres Zeitplanes folgendes mitteilen: Wir haben mächtig aufgeholt. Wenn sich die Damen und Herren des Hohen Hauses dazu bequemen, den gleichen Vorgang bei den beiden Gruppen 5 und 6 beizubehalten, dann werden wir die Gruppe 5 und die Gruppe 6 vornehmen und mit der Gruppe 6 und mit

dem Schlußwort heute schließen, damit wir morgen mit der Gruppe 7 beginnen können, weil Sie dann die Chance haben, zeitgerecht wieder heimzukommen. So wird verfahren. Das ist der Präsident, der Ihnen das jetzt mitgeteilt hat. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.) Ich danke Ihnen für diesen freundlichen Applaus.

Gruppe 5: Gesundheit. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alois Erhart. Ich erteile ihm das Wort. (18.33 Uhr.)

Abg. Erhart (18.33 Uhr): Werter Herr Präsident! Hoher Landtag!

In der Gruppe 5, das ist die Gesundheit, wurden im Finanz-Ausschuß die einzelnen Positionen und Ansätze beraten. Die Gesamteinnahmen in dieser Gruppe sind mit 2.730,529.000 Schilling und die Gesamtausgaben mit 4.146,197.000 Schilling präliminiert. Ich stelle nun den Antrag um Annahme der Gruppe 5. (18.34 Uhr.)

Präsident (18.34 Uhr): Meine Damen und Herren!

Im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 5 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil Umweltschutz und im zweiten Teil Gesundheit behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 5, Umweltschutz. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schwab. Ich erteile ihm das Wort. (18.35 Uhr.)

Abg. Schwab (18.36 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die drei „G“ im Umweltschutz, nämlich Gehirn, Geld und Gewissen, sind – glaube ich – unverzichtbarer Bestandteil bei dieser Arbeit. Ich möchte mich heute gar nicht so sehr mit Details beschäftigen, weil im Regelfall dann kein Ende kommt, sondern weil ich auch der Überzeugung bin, daß zur Umsetzung und zur Realisierung unserer Umweltschutzanliegen neben guten Gedanken, also neben Gehirn und dem Gewissen, auch Geld notwendig ist. Hier gibt es dank der Zähigkeit des zuständigen Regierungsmitgliedes, des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Hermann Schaller, für das Budget 1989 eine sehr erfreuliche Entwicklung. Es gibt zusätzlich 15 Millionen Schilling zur Umsetzung des Müllwirtschaftskonzeptes und des Luftsanierungsplanes sowie zur Verwirklichung des Grundwasserschutzes. Bewirtschaftet werden diese Mittel von der Landesbaudirektion beziehungsweise von den Fachabteilungen Ia und IIIc. Ich möchte es auch einmal sehr offen im Rahmen dieser Debatte feststellen, weil da furchtbar dahergeredet wird, es schaut auch im Topf des Landesumweltsfonds bei Gott nicht so schlecht aus, wie immer behauptet wird. Und wir alle wissen, daß in den Jahren 1985 und 1986 jeweils 50 Millionen Schilling in diesen Fonds eingezahlt wurden. Damalige Regelung: 20 Prozent davon werden für den Landschaftspflegefonds, für den Landschaftsschutz, verwendet. Bisher, sehr geehrte Damen und Herren, wurden rund 48,3 Millionen Schilling in dem Bereich ausgeben, das heißt, aus diesen seinerzeitigen Mit-

eln sind derzeit noch rund 29 Millionen Schilling verfügbar. Die meisten wissen es auch, durch den Verkauf der ÖDK-Aktien an die Kelag wurde insgesamt ein Betrag von 75 Millionen Schilling Erlöst, und 40 Millionen Schilling davon wurden zweckgebunden wieder dem Umweltsfonds zugeführt. Auch in diesem Fall gilt die seinerzeitige Regelung von 80 zu 20 Prozent, das heißt, netto unter dem Strich sind 32 Millionen Schilling aus diesem Verkauf in den Umweltsfonds hineingekommen. Unter dem Strich sind derzeit 61 Millionen Schilling zur Verfügung, und auch für diesen Bereich, sehr geehrte Damen und Herren, ich sage das sehr deutlich dazu, gilt genau das, was vorher Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller für den Wohnbau gesagt hat, daß es nämlich gut ist, wenn man hier einiges an Spielraum hat, und daß die Mittel aus voller Verantwortung heraus dort eingesetzt werden, wo sie zu Recht eingesetzt werden können. Einfacher wäre es sicher oft, generell zu verteilen. Ich darf nur sagen, daß sehr genau geprüft wird, wohin die Mittel gehen. Es ist ein eigener Fachbeirat eingesetzt, der die Prüfung vorzunehmen und auch dann die Entscheidungsvorbereitung zu treffen hat für das Präsidium des Fonds, das aus unserem Landeshauptmann Dr. Josef Krainer als dem Vorsitzenden, dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter Gross, dem für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständigen Regierungsmitglied, Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller, sowie dem für Naturschutzangelegenheiten zuständigen Regierungsmitglied, Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, und dem für Finanzen zuständigen Mitglied der Regierung, Landesrat Dr. Klausner, besteht. Das wollte ich auch einmal erläutern haben. Und, meine Damen und Herren, aus tiefer Überzeugung sage ich eines: Das, was man heutzutage als Ökologie bezeichnet oder umschreibt – wie Sie wollen –, ist im Grunde genommen überhaupt nichts anderes als unser altes, bewährtes bäuerliches Denken, ich füge hinzu, dem sich die gesamte Gesellschaft stärker wieder zuwenden müssen. Das ist die Ehrfurcht vor allem, was lebendig ist. Ich sage das auch einmal sehr direkt. Das ist der Respekt vor der Kreatur, das ist das längerfristige Denken, nicht von heute auf morgen und von der Hand in den Mund zu leben, und das ist auch der schonende Umgang mit den Gütern der Erde. Und aus dieser Einstellung, aus dieser Arbeit heraus ist ein neuer Begriff entstanden, der ökosoziale Weg, die ökosoziale Agrarpolitik. Wir sagen es auch, nicht überheblich aber sehr bewußt, unser Bundesminister Dipl.-Ing. Riegler hat damit eine umfassende und ordnungspolitische Zielsetzung entwickelt, die weit über die Tages- und auch weit über die Agrarpolitik hinausgeht. Man kann es nicht oft genug betonen, das Neue ist die Gleichwertigkeit dreier großer Ziele, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in zwei Richtungen, nämlich in die Richtung des bäuerlichen Betriebes, gleichgültig, ob er im Zu-, Voll- oder Nebenerwerb geführt wird, und die Leistungsfähigkeit auch in Richtung volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Sektors Landwirtschaft und der vor- und nachgelagerten Sektoren.

Die ökologische Verantwortung in zwei Richtungen, nämlich die ökologische Dimension in unserer Wirtschaft generell, der Schutz von Boden, Luft und Wasser als unsere Lebens- und Produktionsgrundlagen vor Belastungen aus Industrie, Verkehr und so weiter, und

ich sage es auch bitte ganz deutlich, ein ökologisch-verantwortliches Handeln der Landwirtschaft selber und einer massiven Korrektur dort, wo die Landwirtschaft, wo wir ökologische Grundsätze auch verletzt oder verletzt haben. Es gibt eine gewaltige Anstrengung in dem Zusammenhang. Ich erwähne nur beispielhaft das Grundwasser- und Flächensicherungsprogramm, das Bodenschutzprogramm, die Umweltberater, den Landesregierungsbeschuß vom 24. Oktober dieses Jahres im Zusammenhang mit dem steirischen Luftsanierungsprogramm; wir haben im Rahmen des Modells Steiermark einen eigenen Waldrettungsplan erarbeitet. Ich weiß schon, daß der Wald damit noch nicht gerettet ist, aber es ist ein handfestes Konzept zum Anhalten und zur Vorgangsweise.

Diese ökosoziale Agrarpolitik ist drittens auch die soziale Ausgewogenheit, sehr geehrte Damen und Herren, in zwei Richtungen. Die Schaffung von Rahmenbedingungen, die besonders den kleineren und mittleren Betrieben jenen Schutz gewährt, um im harten Konkurrenzkampf des Marktes bestehen zu können. Und es ist auch die direkte Hilfestellung für jene Betriebe und Bauernfamilien, die darauf besonders angewiesen sind. Ich nenne nur beispielhaft die Direktzahlungen an die Bergbauern und an die Grenzlandbauern.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren, da besteht ein ganz enger Zusammenhang, eine Bitte, vielleicht lachen Sie darüber, aber ich möchte es einfach zum Nachdenken abschließend sagen, weil es in die Zeit paßt: Umweltbewußt einkaufen, meine Damen und Herren, sollte das ganze Jahr über eine wichtige Grundhaltung von uns allen sein. Und gerade in diesen Tagen bin ich der Meinung, sollten und müssen wir uns mehr denn je wieder darauf besinnen. So könnte die Adventzeit als Zeit der Besinnung auch einen neuen Inhalt bekommen, wenn wir massiv dagegen ankämpfen, daß das Weihnachtsfest nur mehr einer allgemeinen Wunschbefriedigung dient, die uns in Wahrheit immer leerer zurückläßt. Anfangen müssen wir permanent und immer wieder bei den kleinen Dingen und uns zum Beispiel die Frage stellen, kann ich unnötige Einkaufsfahrten mit dem Auto vermeiden, weil ich den gewünschten Artikel auch im Geschäft der eigenen Gemeinde bekomme? Der beste Abfall ist der, meine Damen und Herren, der gar nicht entsteht. Wir dürfen nicht vergessen, daß 52 Prozent des Abfallvolumens in Österreich aus Verpackungsmaterial jeglicher Art besteht. Eine Bitte an die Geschäftsinhaber: Geben Sie nicht bei jeder Kleinigkeit eine Plastiktragtasche dazu. Ein einfaches Papiersackerl tut es auch, erfüllt den gleichen Zweck, und ein paar kleine Gegenstände kann man auch in der Hand dahertragen, auf gut steirisch. Einpacken, auspacken, wegwerfen, sehr geehrte Damen und Herren, das sollen wir neu und kritisch überdenken, und hier kann nur vernünftiges Konsumverhalten zur Verminderung des Abfallberges führen. Was nicht gekauft wird, wird früher oder später nicht produziert (Beifall bei der ÖVP und SPÖ).

Und ganz zum Schluß, es ist nichts Neues, es ist eine alte Regel, wir sollten uns nur darauf besinnen: Wirtschaften darf nicht auf Kosten der Substanz gehen. Eine sehr entscheidende Frage im gesamten Bereich des Umweltschutzes und der Verhinderung und Vermeidung der Entstehung von Schäden muß man an die

Industrie richten, das ist gar nicht böse gemeint, nämlich die Frage, welche Grundstoffe setzen wir ein, passen sie in den Kreislauf, verträgt sie der Kreislauf? Wir gehen meiner Meinung nach damit einer neuen Dimension, nicht nur der Wirtschaftspolitik, sondern der Gesellschaftspolitik entgegen, die mündige Bürger braucht, das muß man immer wieder trommeln, die mündige Bürger braucht und ein neues Bewußtsein von uns allen. Dieses Bewußtsein immer wieder neu in Erinnerung zu rufen, bedeutet einen mühsamen Weg, das wissen wir, der auch nicht frei von Konflikten sein wird, aber zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen zahlt es sich aus. Das wollte ich gesagt haben, einfach zum Nachdenken in diesen Tagen vor Weihnachten. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.49 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (18.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mit der Luftsituation in der Steiermark beginnen, nachdem das ja ein aktuelles Thema ist. Es gibt noch immer keinen Emittentenkataster. Die angekündigte Landesumweltinformation, also das System, das dazugehört, das gibt es zwar schon, zwar nicht das am Institut für Umweltforschung entwickelte, sondern ein anderes, das, wie ich höre, vorne und hinten nicht so richtig zusammenpaßt. Wir wissen nach den Erfahrungen der letzten beiden Wochen, wie schwer es ist, beim Ansteigen der Luftschadstoffe konkret zu handeln. Ich denke da jetzt an verschiedene Bereiche. Das erste ist das Abstellen des Fernheizkraftwerkes Puchstraße, also der Kohlenkessel, die dort in Betrieb waren, und zwar in Betrieb deswegen, weil gerade die STEWEAG zu dieser Zeit die Sicherheitseinrichtungen überprüfen hat müssen und die Gelegenheit genutzt hat, wenn schon mehr Kraft gebraucht wird, dann fahren wir unsere Einrichtungen ganz hinauf. Sie haben zwar dann wegen des Smogalarms den Test wieder eingestellt, aber eigentlich ist genau dieses Kraftwerk dazu da, um als Spitzenabdeckung einzuspringen, und nicht gerade dann, wenn die Luft schon stark belastet ist. Das andere ist dann das Sperren der Parkplätze. Es hat zwar die Ankündigung dazu gegeben, am 30. November war dann wieder Smogalarm, die Ankündigung war am 24. November, am 30. November war zwar Smogalarm, aber erst so spät, daß dann nicht gehandelt werden konnte. Es hat eine Überschreitung um 384 Prozent gegeben. Ich habe auch gelesen, daß das Land sich in dieser Phase in einem luftleeren Raum befunden hat. Das hat mich sehr gewundert, nachdem es sehr wohl Möglichkeiten gibt, vor allem für die Stadt Graz und für die Bezirksverwaltungsbehörden, und zwar genau nach dem gleichen Paragraphen vorzugehen, den man auch verwendet, wenn, wie vor zwei Jahren, im Winter sehr viel Schnee fällt und man die Straßen sperren lassen muß, weil die Räumfahrzeuge fahren müssen. Genau nach dem gleichen Paragraphen 43 hätte man das auch verordnen und die Tafeln hätten aufgestellt werden können. Wie ich höre, war die Stadt Graz, sowohl die verantwortliche Partei wie auch alle anderen Parteien, nicht bereit, so eine Verordnung zu erlassen. Man hat zwar den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller auch

diesbezüglich geprügel, aber – ich glaube – in diesem Fall zu Unrecht. Ob es letzten Endes Absicht oder Hilflosigkeit war, weiß ich nicht. Ich denke schon, daß es etwas mit dem Fremdenverkehr in Graz zu tun haben könnte, weil man ja nicht gerne in der Zeitung liest, daß Graz eine dreckige Stadt ist. Obwohl es sehr lange bekannt ist, daß Graz auch im Vergleich zu anderen Städten sehr wohl Spitzenwerte erreicht, und es ist nicht neu, es ist schon lange bekannt, vor allem habe ich da Daten dazu, eine Tabelle, ich weiß nicht, ob Sie es sehen können, aber diese Spitzen sind Grazer Werte, und das, was sich da unten befindet, ist zum Beispiel Innsbruck. Jetzt so zu tun, als ob nur die Grenzwerte in der Steiermark so streng wären und nur deswegen es zum Smogalarm kommt, bitte, das ist reine Kosmetik. (Abg. Dr. Lopatka: „Linzer Werte haben wir nicht?“) Linzer Werte habe ich nicht! Aber um die Grenzwerte wollen wir ja nicht streiten, in jedem Fall ist es so, daß Graz schon lange weiß, daß es Belastungswerte überschreitet. 200 Prozent war diese Aufstellung im Dezember 1987. Daß gesundheitliche Auswirkungen ganz sicher da sind, wenn es um Überschreitungen von NOX geht, geht aus einer Studie hervor, von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gemacht, die zwar nie öffentlich vorgestellt, aber im Auftrag des Umweltministeriums gemacht worden ist. Es geht um Stickoxide in der Atmosphäre, und es heißt wortwörtlich: „Die Zielvorgabe für die Festlegung von Alarmwerten ist ein weitgehender Schutz der Bevölkerung vor akuten Schäden, wobei auch der Schutz von alten Menschen, Lungenvorgeschädigten und Kindern von großer Bedeutung ist. Ein absoluter Schutz für besonders gefährdete Einzelpersonen kann dadurch jedoch nicht erreicht werden. Im Hinblick auf die vorgeschlagenen Alarmwerte ist davon auszugehen, bei welchen Konzentrationen das Minimum beginnender Beschwerden und Symptomverschlechterungen liegt, und zwar sowohl für NO₂ allein als auch in Kombination mit anderen luftverunreinigenden Stoffen. Als Entscheidungsgrundlage dafür können im wesentlichen kontrollierte Studien am Menschen herangezogen werden. Nach zwei abgesicherten neueren Untersuchungen liegt der niederste bei Asthmatikern beobachtete Wert für signifikant nachweisbare Lungenfunktionsänderungen bei 0,56 mg NO₂ pro Kubikmeter“, weil gesagt worden ist, es ist bei Erreichen der Alarmstufe eins noch keine Gefahr. Es ist sehr wohl eine Gefahr für solche Menschen, die schon belastet sind.

Dann komme ich zum nächsten Teil, zum Teil „Individualverkehr“. Wir wissen, daß es sehr schwer möglich war, den zu reduzieren. Es ist für mich überhaupt nicht verwunderlich und auch nicht unverständlich, hat man doch in der Vergangenheit immer wieder die freie Fahrt für freie Bürger gepredigt. Und auf einmal sollte man plötzlich jetzt nicht mehr mit dem Auto fahren. In anderen Ländern, habe ich gehört, muß zusammen mit der Anmeldung des Autos gleichzeitig eine Fahrkarte für das öffentliche Verkehrsmittel gekauft werden, damit wird das Umsteigen leicht gemacht. Das heißt, mit einem Auto erwirbt man gleichzeitig oder muß man jährlich auch eine Jahresfahrkarte lösen. Damit ist wirklich gewährleistet, daß, wenn einmal mit dem Auto nicht gefahren wird, wahlweise mit dem öffentlichen Verkehrsmittel gefahren wird. In diesem Fall wären die Autofahrer selbst

an der Finanzierung beteiligt, weil sie diese Karte kaufen müssen und nicht mit Nulltarif fahren können. Das heißt auch, es werden nicht alle gleich nach dem Gemeinlastprinzip belastet und die Verursacher in erster Linie verpflichtet. Der Verkehr wird grundsätzlich bezichtigt, schuld an der Smogsituation zu sein. Was uns in Zukunft auf Grund der Transitstrecke durch die Steiermark noch ins Haus steht, werden wir noch sehen.

Ich habe gestern mit Erstaunen die Presseausendung der SPÖ Graz gelesen, wo sie erhofft, daß die EG-Mittel auch für die Sanierung der Probleme, die mit dem Lkw-Verkehr zusammenhängen, daß die EG bereit ist, Mittel herzugeben. Ich glaube, daß ist eine Hoffnung, die nie in Erfüllung gehen wird, weil sehr viele Schadstoffe in Graz selbst gemacht sind. Hier kommt die nächste Belastung auf Grund dieser Öffnung der Transitstrecke auf uns zu. Wir wissen, daß schon in Tirol und Salzburg die Probleme sehr arg sind, und zwar, indem man vorher gemeint hat, Autoverkehr ist wichtig, jetzt in der Steiermark will man auch diese Lücke schließen, im Palten-Liesingtal, ohne daß man bedenkt, welche Folgen dieser Vollausbau nach sich ziehen wird. Im wahrsten Sinne des Wortes kommt damit die Steiermark unter die Räder, obwohl genau der vorrangige Ausbau auf der Bahn wichtig und die Verlagerung des Lkw-Verkehrs auf die Schiene notwendig wären. Ich werde mich dann noch zum Verkehr extra dazu melden. Eine Verringerung um 64 Prozent der Luftschadstoffe wäre auf dieser Strecke möglich, wenn es uns gelingen würde, den Gütertransport auf die Schiene zu bekommen. Ein Fünftel der Fläche würde nur durch die Bahn belastet – wenn der Verkehr auf der Transitstrecke rollen würde, wird die Verlärmung des ganzen Talbodens passieren. Der Rechnungshof hat schon in seinem Bericht betreffend die Pyhrnautobahn geschrieben, daß sie ungerechtfertigt großzügig ausgebaut wird, und hat es damals schon in Frage gestellt. Ich stelle es jetzt in einem anderen Zusammenhang auch wieder in Frage. Wenn immer wieder das Argument kommt, Verkehrssicherheit und Reduzierung der Unfälle, dann wird dabei übersehen, daß ein Vielfaches vom Verkehr angezogen wird und auch die Gesamtunfallzahlen letztendlich dadurch im gesamten Korridor Steiermark ansteigen werden. Eine durchgehende Pyhrnautobahn bedeutet Schlafstörungen, bedeutet psychosomatische Störungen, wie das auch in der Universität Innsbruck an Hand von Tiroler Verhältnissen überprüft worden ist. Das ist keine Erfindung von mir und keine Behauptung. Ich kann Ihnen die Studie gern zeigen. (Abg. Ing. Stoisser: „Die Studien sind alle wunderschön, wenn man sie glaubt!“) Ich weiß, wenn Sie so einen Verdacht haben, daß die Gutachter nicht wirklich gutachterlich tätig sind, sondern daß sie immer im Sinne der Auftraggeber tätig sind, dann muß ich Ihnen den Vorwurf zurückgeben. Es hat solche gefällige Gutachten in der Vergangenheit in einem anderen Zusammenhang sicher gegeben. (Abg. Ing. Stoisser: „Wohnen Sie neben der Schoberpaßbundesstraße?“) Ich weiß, daß das Problem Schoberpaß für Sie ein anderes ist als für mich. Ich warne nur davor, was uns in Zukunft droht. (Abg. Kanduth: „Sie kennen die Strecke nicht! Täglich müssen Sie dort fahren, nicht nur ab und zu!“) Ich kenne sie sehr wohl! Meine Tochter geht in Irnding in die Schule. Ich kenne die Strecke sehr wohl. Ich zittere

auch jedes Mal um sie. Die Autobahn ist wirklich nicht die Lösung. Tun Sie nicht so, als ob es keine andere gäbe, Herr Kollege. Es ist wirklich einseitig, wenn Sie es nur von der Seite betrachten. Für die Zukunft ist die andere Lösung die bessere. Ich bin genug da oben in der Gegend, daß ich weiß, wie die Verhältnisse dort sind, welche Argumente kommen. Reden Sie mit den Bauern. Der Herr Kollege Kollmann war letztes Mal dabei. Sie haben überhaupt keine anderen Ideen, als diesen Leuten da oben eine neue Rampe anzubieten, und zwar mit welchen Methoden? Da will ich gar nicht darüber reden, Herr Kollege Kollmann! Sie versuchen die Leute da oben so zu erpressen, indem Sie sagen, machen wir halt eine eigene Abfahrt, und dann geht es schon wieder irgendwie. (Abg. Kollmann: „Das ist eine Unterstellung gemeinster Art!“) Ja, Sie können sagen, es ist eine Unterstellung. Ich habe das übel gefunden, wie Sie die behandelt haben. Sie haben einfach einen Bauern herausgenommen aus der Gruppe und haben versucht, ihn irgendwie weich zu klopfen. Solchen Eindruck habe ich gehabt. (Abg. Kanduth: „Irgendwer hat eine Bürgerinitiative gestartet!“) Ich habe gar keine Bürgerinitiative gestartet, das ist auch eine Unterstellung! Die Bauern leben dort, die sind schon einmal abgelöst worden wegen der Umfahrungsstraße, und jetzt sollen sie durch die Autobahn noch einmal abgelöst werden. Der verliert jetzt endgültig alles. Das ist ein Biobauer. (Abg. Kanduth: „Aber ich bitte Sie, lassen wir das Theater!“)

Sie sind noch nicht abgelöst! Die ganzen 38 Kilometer sind noch nicht abgelöst! (Abg. Kanduth: „Bringen Sie eine Liste, stellen Sie fest, wer wirklich gefährdet ist. Niemand ist existenzgefährdet, aber geredet wird davon!“) Ich glaube, der Fürst Liechtenstein ist sicher nicht existenzgefährdet, und der Herr Thewanger ist auch nicht gefährdet! Ich weiß nicht, wieso Sie immer mit der Greuelpropaganda daherkommen. Die anderen Argumente sehen Sie überhaupt nicht. (Präsident Wegart: „Ich bitte, die Frau Abgeordnete nicht immer zu unterbrechen!“) Das ist die lebhafteste Debatte, die Sie sich gewünscht haben. Ich bitte, sie auch so zu führen, wie sie jetzt kommt. Ich rege mich ganz gerne auf damit. Wirklich! Wir haben auf der Brennerautobahn, auf der Inntalautobahn, in Tirol und in Salzburg jetzt die Probleme. Ich möchte nur in die Zukunft schauen und möchte nur aufzeigen, daß es sehr wohl in der Steiermark jetzt noch eine andere Möglichkeit gäbe, indem man eben alles, was möglich ist, in die Bahn investiert und die Möglichkeiten der Bahn nutzt. (Abg. Kanduth: „Sie wissen doch, daß das Illusion ist!“) Sie glauben, das ist Illusion! (Abg. Kröll: „Sie wissen, wie die Landkarte ausschaut, daß es eine Autobahn im Norden der Steiermark schon gibt, daß im Süden auch schon alles fertig ist mit Steuermitteln des Landes!“ – Präsident Wegart: „Frau Abgeordnete Kammlander, Sie sind am Wort!“) Ja, ich bin am Wort, aber ich möchte auch den Herrn Kollegen Kröll ausreden lassen! (Abg. Kröll: „Es wäre ein großes Versäumnis, nachdem das Projekt fertig und das Geld bereit ist, zu konstruieren, wer alles zugrunde geht. Es geht niemand zugrunde!“) Ich muß jetzt auf meine Zeit schauen! Herr Kollege, Bürgermeister von Schladming, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie heuer im Sommer gesagt haben, daß der Fremdenverkehr in dieser Region durch diesen Transitverkehr gefährdet ist, und dieselben Argumente haben die Gastwirte und

die anderen Gewerbetreibenden im Palten-Liesingtal. Warum man da oben das eine richtig findet und das andere weiter unten nicht richtig findet, weiß ich nicht! Typisch Floriani-Prinzip! (Abg. Kollmann: „Wenn Sie den Verkehr durch die Bahn absolvieren, muß man achtgleisige Strecken bauen. Das kann die Bahn doch nicht aufnehmen!“) Das stimmt überhaupt nicht! Herr Kollege Kollmann, der Herr Hofrat Theußl argumentiert mit total falschen Zahlen. Ich habe das nachgerechnet. Wenn auf der Brennerautobahn auf 200 Zügen 15 Millionen Tonnen Transit transportiert werden können, dann wird das wohl auch durch die Steiermark, wo im Moment 2,2 Millionen Tonnen fahren, möglich sein. Jetzt fahren schon 81 Züge. Wenn es zweigleisig ist, sind es 170. (Abg. Ing. Stoisser: „Wer sagt, daß Ihre Zahlen stimmen?“) Ich kann es Ihnen belegen! Aber ich möchte jetzt nicht zum Verkehr reden, sondern ich rede zur Umwelt.

Ich möchte fortfahren und darauf aufmerksam machen, wie es auf der Brennerautobahn ausschaut. Die Abgase entlang der Brennerautobahn – (Abg. Pinegger: „Steiermark!“) Das ist für die Zukunft der Steiermark. Tun wir nicht so, als ob bei uns plötzlich nur auf Samtpfoten durchmarschiert würde. Das ist kein ökologischer Transitverkehr, den Sie da plötzlich vertreten. (Abg. Kollmann: „Ob die auf vier Spuren oder auf zwei Spuren durchmarschieren, ist egal!“ – Präsident Wegart: „Ich bitte, die Rednerin nicht zu unterbrechen, sie ist ohnehin gut in Fahrt!“)

Die Abgase, die es derzeit auf der Brennerautobahn gibt, betragen pro Kilometer jährlich 50 Tonnen Stickoxide, 57 Tonnen Monoxid, 70 Tonnen Streusalz, und das trotz Wochenendfahrverbot und Lkws mit Ausnahmegenehmigung. Bitte, das sind die Zahlen aus Tirol, und zwar ziemlich neu. Die anderen Gefahren, die wir auf der Straße haben – (Abg. Kollmann: „Haben Sie die Zahlen vom Knoflacher?“) Ich glaube, die sind nicht vom Knoflacher. Aber ich habe sehr viel vom Knoflacher. Da haben Sie recht. Aber Ihre Gutachter sind wahrscheinlich auch immer verdächtig. Ich weiß zwar nicht, was der Herr Knoflacher zu gewinnen hat, wenn er für die Grünen Gutachten macht. Ich glaube, sehr wenig, er hätte wahrscheinlich mehr zu gewinnen, wenn er es für eine größere Partei machen würde. (Abg. Kollmann: „Woher sind die Zahlen?“) Ich weiß nicht, wo diese Zahl her ist. Ich vergleiche jetzt das eine mit dem anderen. Herr Präsident, es gibt noch Grundeigentümer, die sind noch nicht abgelöst. Der Herr Landeshauptmann kennt sie persönlich. Die sind noch nicht abgelöst. Das heißt, es ist noch nicht fertiggebaut. Es kann noch nicht gebaut werden. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Kollegin Kammlander, ich will Sie nicht aufhalten, aber wenn Sie dem Kollmann vorwerfen, er habe sich jemand herausgeholt, ich war ja bei der Besprechung dabei, dann bitte, es geht nur das eine oder das andere. Wenn man mit den Leuten reden soll, dann muß man in Fällen, die sie selbst und allein betreffen, auch allein reden. Ich kann Ihnen etwas sagen, einen Fall derer, die damals hier anwesend waren, haben wir auf diese Weise bereits gelöst. Damit Sie nicht dem Irrtum anheimfallen, zu glauben, daß jeder hier erschienen ist, um prinzipiell gegen diese Sache zu protestieren!“) Das weiß ich, es war sogar sehr viel Sympathie dabei. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ein erheblicher Teil der Herrschaft-

ten wollte bei der Gelegenheit selber zu einer ordentlichen Ablöse kommen, und das ist ganz legitim. Da sage ich Ihnen, da sind wir dran. Das ist auch unsere Pflicht. Daß es vielleicht trotzdem jemanden geben wird, der übrig bleibt, ist nicht auszuschließen, aber auch nicht sicher. Ich bitte, das war bisher unser Stil, und wir werden ihn weiterpflegen, das ist ein Stil wirklich auch der Bürgernähe und des unmittelbaren Gespräches mit diesen Menschen. Tun Sie das auch einbeziehen!") Ja, Herr Landeshauptmann, Sie haben Ihren Machiarelli gelesen, und ich auch. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sie haben ihn später gelesen, Sie sind viel jünger!“) Sicher später, so jung bin ich auch wieder nicht!

Darf ich beim Umweltthema fortfahren, weil zum Verkehr kommt es noch einmal, wenn Sie wollen, irgendwann zu mitternächtlicher Stunde. (Abg. Kollmann: „Frau Kollegin, dann bringen wir es gleich hinter uns!“) Steter Tropfen höhlt den Stein, Sie wissen schon! Ich glaube, es ehrt mich trotzdem, daß ich mich für eine schon fast verloren gegebene Sache noch einsetze. Sie werden wahrscheinlich irgendwann, so wie beim Österreichring, sagen, ja, das hat sie damals gesagt, und da hat sie uns gewarnt, wenn 500.000 Lkw im Jahr durch die Steiermark durchdonnern werden, und zwar als „rollende Bomben“. Ich mache Sie darauf aufmerksam, als rollende Bomben! Die fahren nämlich auf Gummirädern. Sie brauchen sich nur das „Geo“ von diesem Monat anschauen. Da ist ein Bericht über die Lkw-Fahrer und unter welchen Bedingungen, welche Gifte und welche anderen gefährlichen Güter sie transportieren. Die werden eine Woche ausgebildet, werden auf den Lkw gesetzt und werden durch die Gegend geschickt. Was das bedeutet? Wir wissen, welche Tricks da mit diesen Fahrtenschreibern laufen. Sie brauchen sich das nur anzuschauen. Die Speditoren unterlaufen sehr gerne alle die Ruhezeiten, die die Fahrer einhalten müßten. Ich mache nur auf diese Situation aufmerksam. Und das gehört auch zur Steiermark, zum Transitverkehr (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.) Statt sich den Forderungen von Tirol und Salzburg anzuschließen, und, der Herr Landeshauptmann ist im Moment nicht da, der Herr Landeshauptmann Partl aus Tirol hat verlangt, daß die Verlagerung des Gütertransits auf die Schiene in erster Linie forciert wird. Erste Priorität in Tirol, aber wir in der Steiermark fangen jetzt mit der Autobahn an und sind wieder um fünf Jahre hinten. (Abg. Kanduth: „Bitte die Zeit beachten!“) Ich bin sonst eh eine, die immer so schnell redet. Ich muß das sagen. Der Fremdenverkehr in Tirol ist gefährdet mit dem Argument, im Inntal wird gehandelt, die Landwirtschaft und die Wälder sind in Gefahr. Als dritten Punkt die EG: In zwei verschiedenen Berichten für das Europaparlament, Sie sehen, ich bin europäisch informiert, ich habe sie mit dabei, es ist wortwörtlich zu lesen, eine Analyse des internationalen alpenquerenden Transitverkehrs. Hier steht dann wörtlich: „Der Gedanke, die Kapazität der alpenquerenden Straßen den prognostizierten Zuwachsraten anzupassen, sollte jedenfalls vorerst ausscheiden, dazu sprechen folgende Gründe: Die Belastungen der Bevölkerung und der Natur durch den laufend ansteigenden Verkehr mit Lastkraftwagen haben bereits jetzt das vertretbare Maß erreicht.“ Bitte, Bericht an das Europaparlament, Ausschuß für Umwelt. Originalton.

Das nächste, Transitverkehr: Das ist ein Bericht, ein Entschließungsantrag an das Europäische Parlament. Sie wissen aber auch, daß es nur beratende Funktion hat und keine wirklich entscheidende. Transitverkehre stoßen in zunehmendem Maße auf politischen Widerstand, weil sie in den durchquerten Gebieten Gesundheits- und Umweltschäden hervorrufen, die Verkehrssicherheit beeinträchtigen und ohne Gegenleistung die Infrastruktur abnutzen. Der Herr Hofrat Theußl weiß sehr wohl, was er an Erhaltungskosten auf dieser Strecke in Zukunft budgetieren muß.

Zum Schluß, und wirklich zum Schluß, wenn wir schon über Österreich hinausschauen, dann las ich vorige Woche im „Kurier“ über die Proteste des Peugeotkonzerns gegen strengere Abgasbestimmungen für Pkws. Und zwar hat sich der französische Autohersteller an den Europäischen Gerichtshof gewendet, weil bei Smogalarm in zwei verschiedenen Bundesländern der Bundesrepublik für Pkws die strengeren Abgasnormen gelten und eben diese französischen Autos diesen Normen nicht entsprechen und eine Verhängung von Fahrverboten in diesen deutschen Bundesländern eine Beschränkung der EG-Wettbewerbsbestimmungen ist. Sie sehen, was dann auf uns zukommen würde, wenn man in Graz eben nur mehr Autos mit Katalysatoren fahren lassen will, und wir würden schon EG-Mitglied sein. Ein Beispiel, wie die Autonomie Österreichs, und in dem Fall auch der Steiermark und wieder dann der Stadt Graz, eingeschränkt wäre. Danke! (19.14 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (19.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Verehrte Frau Kollegin Kammlander! Sie haben in vielen Dingen recht, die Sie jetzt gesagt haben, über rollende Bomben und über Fahrzeuge, die über diese Route fahren, sehr gefährlich sind, aber sie sind auch sehr gefährlich für diese Menschen, die hier leben und die beruflich sowie auch privat sehr viel auf dieser Strecke zu tun haben. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Wir wollen, daß alles auf die Schiene kommt!“) Ich glaube, meine sehr geschätzten Damen und Herren, daß es fast schon zu spät ist, daß wir diese Strecke fertig ausbauen, denn sie müßte meines Erachtens bereits fertig sein. (Abg. Kammlander: „Es ist nie zu spät!“) Denn hätten wir diese Strecke schon früher fertiggestellt, hätte es sicherlich schon mehr Investoren gegeben, die sich in diesem Gebiet angesiedelt hätten, weil sie die Infrastruktur vorgefunden hätten. Wenn wir auch diese Straße ausbauen, so glaube ich, muß es weiter die Bemühungen geben, daß wir den Verkehr oder den Transitverkehr zum Teil auf die Schiene bringen, ganz wird es uns sicherlich nie gelingen.

Ich habe heute vor, zur Gruppe 5 zum Thema Umweltschutz zu sprechen und vor allem die Abwasserbeseitigung und die Müllproblematik zu betrachten. Der Herr Landesfinanzreferent Dr. Christoph Klausner hat sich in seiner Budgetrede damit befaßt und festgestellt, daß der Umweltschutz sicherlich im Budget auf Grund der großen Probleme stiefmütterlich behandelt wird. Beim Ansatz 527, Herr Landesrat Dipl.-

Ing. Schaller, bei Ihrem Engagement für den Umweltschutz kann es nur ein Versehen sein, daß an Beiträgen für die Gemeinden zur Errichtung von Anlagen und für die Behandlung fester Abfallstoffe sowie für die Projektierung und Planung von Abfallbeseitigungsanlagen nicht einmal 2 Millionen Schilling vorgesehen sind.

Aber zunächst, meine Damen und Herren, zu den Abwasserreinigungsanlagen. Es gibt in der Steiermark 103 Abwasserreinigungsanlagen, die umfassen derzeit einen Gesamtbemessungswert von über 1,2 Millionen Einwohnergleichwerten. Das sind 95 Prozent aller derzeit in der Steiermark durch biologische Kläranlagen entsorgten Anschlußwerte. Die Anlagen beziehungsweise die Abwasserreinigungen dienen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das ist sehr wichtig, darum werden sie auch errichtet, dem Schutz von Wasser und Boden. Jeder Mensch produziert Abwasser und damit zwangsläufig auch Klärschlamm. Je nach Herkunft des Klärschlammes sind damit auch zwangsläufig Konzentrationen an Schwermetallen und schädlichen organischen Verbindungen sowie pathogene Keime in verschieden hohem Maße enthalten. Derzeit fallen nach Angaben des Umweltschutzberichtes 1987 490.000 Kubikmeter Schlamm an. Künftig, meine sehr geschätzten Damen und Herren, rechnet man mit 1,4 Millionen Kubikmeter Klärschlamm. In Österreich fallen derzeit 15.000 Kubikmeter Klärschlamm pro Tag, das sind 5,5 Millionen Kubikmeter jährlich, an. Das Problem ist, daß nach Einschätzung die landwirtschaftliche Verwertung nur mehr 12 Prozent schadstofffreier Klärschlämme aus Gründen des Boden- und Grundwasserrechtes nur mehr eingeschränkt möglich ist. Wenn man in Zukunft mit 1,4 Millionen Kubikmeter Schlamm rechnet und man davon ausgeht, daß man 50 Kubikmeter Schlamm pro Hektar aufbringen kann, so stehen uns nicht einmal die notwendigen landwirtschaftlichen Verwertungsflächen in der Steiermark zur Verfügung. Klärschlämme, die für eine landwirtschaftliche Verwertung nicht geeignet sind, müssen gemäß Sonderabfallgesetz 1983 entsorgt werden. Daß uns dies in der Zukunft noch große Sorgen bereiten wird, brauche ich hier in diesem Hohen Hause nicht gesondert zu erwähnen.

Was kostet nun die Klärschlamm Entsorgung, meine Damen und Herren? Die landwirtschaftliche Verwertung kostet nach Angaben des Wasserwirtschaftsverbandes zirka 50 Schilling pro Einwohner und Jahr und stellt die günstigste Verwertung dar. Der Düngewert wird mit 20 Schilling pro Einwohner und Jahr angenommen. Die Ablagerung, meine sehr geschätzten Damen und Herren, kostet zirka 100 Schilling pro Einwohner und Jahr, die Verbrennung kostet mindestens 200 Schilling pro Einwohner und Jahr und stellt somit die teuerste Verwertung dar. Was muß also bei der Klärschlammverwertung getan werden? Die Schaffung weiterer gesetzlicher Regelungen unter Berücksichtigung der Landwirtschaft und des Bodenschutzes; Sicherstellung des Vollzuges – und das ist besonders wichtig, sonst helfen uns die Gesetze nichts – durch laufende Kontrolle von Klärschlamm und Boden. Vermeidung der Einleitung schadstoffhaltiger Abwasser aus Gewerbe und Industrie in das öffentliche Kanalnetz. Besonders wichtig ist auch, daß den hygienischen Belangen besondere Bedeutung zugemessen wird. Beachten wir die vorhin angeführten Punkte in

Zukunft zuwenig, könnte es zu einem generellen Verbot der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung kommen, was zwangsläufig umgehend den Bau von Sonderabfalldeponien und entsprechenden Verbrennungsanlagen mit Abgasreinigungsanlagen erforderlich machen würde. Dies würde, meine Damen und Herren, zusätzliche Investitionen von Hunderten Millionen beziehungsweise Milliarden Schilling verursachen. Eine Klärschlammablagerung beziehungsweise Verbrennung ist daher nur bei schadstoffbelasteten Klärschlämmen oder bei Mangel an landwirtschaftlichen Verwendungsflächen volkswirtschaftlich vertretbar. Wenn man nämlich die Höhe der Kanalbenützungsgebühren, meine sehr verehrten Damen und Herren, in den Gemeinden hernimmt, so ist eine weitere Belastung der Bevölkerung beziehungsweise der Gemeinden nicht mehr zumutbar. Wenn man bedenkt, daß der vom Wasserwirtschaftsfonds festgelegte Grenzwert der Kanalbenützungsgebühr pro Kubikmeter Abwasser 19,50 Schilling beträgt und es schon Vorschriften von 25 Schilling und mehr gibt, so muß die Förderung beim Bau von Abwasserkanälen und Abwasseranlagen bei einer geringen Anschlußdichte neu überdacht werden. Wenn wir in Zukunft haben wollen, daß möglichst alle Gemeinden in der Steiermark über ordnungsgemäße Anlagen verfügen, und wir den Umweltschutzgedanken, meine sehr verehrten Damen und Herren, ernst nehmen, so muß der nicht rückzahlbare Zuschuß, der vor einigen Jahren von 30 Prozent auf 10 Prozent reduziert wurde, wieder angehoben werden. (Beifall bei der VGÖ/AL.) Diese Forderung, meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses, ist keine Effekthascherei, sondern ich bin fest davon überzeugt, daß ansonsten vor allem die kleinen Gemeinden mit geringer Anschlußdichte finanziell nicht mehr in der Lage sind, ordnungsgemäße Anlagen zu errichten (Beifall bei der VGÖ/AL.)

Ein weiteres Problem ist die technische Durchführung des Kanalbaues. Leider werden die Planer nach wie vor mit einem Prozentsatz der Bausumme bezahlt. Wir kennen dieses Problem, dies fördert nicht immer – ist aber auch verständlich – die billigsten Lösungen. In den nächsten Jahren wird es daher eine wichtige Aufgabe des Landes sein, kostengünstige, aber dennoch ausgereifte technische Verfahren den Gemeinden vorzuschlagen.

Und nun, meine Damen und Herren, zum Thema Müll. Das bestehende Müllgesetz, das in diesem Jahr von der Mehrheit dieses Hauses – und wir haben ausreichend begründet, warum es nicht einstimmig war –, von der ÖVP, verabschiedet wurde und meines Erachtens ein Abschieben der Probleme auf die in der Zwischenzeit konstituierten Müllverbände in den Bezirken und damit auf die Gemeinden vorsieht, ist nun einmal Realität, und wir müssen trachten, das Beste daraus zu machen. Derzeit beträgt das Gesamtmüllaufkommen in der Steiermark rund 328.800 Tonnen pro Jahr. Das sind 277 Kilogramm Müll pro Einwohner und Jahr. Im Jahr 2000 beträgt die Müllmengenschätzung laut Müllwirtschaftskonzept 310.000 Tonnen. Das sind 268 Kilogramm pro Einwohner und Jahr. Dieser Wert, so glaubt man, kann nur erreicht werden, wenn man gleichzeitig Maßnahmen zur Abfallvermeidung und stofflichen Verwertung

setzt und diese eine spürbare Wirkung zeigen. Müllvermeidung, meine sehr verehrten Damen und Herren, muß in Zukunft oberstes Ziel sein. Der Abfallberatung muß noch mehr Bedeutung als bisher zugemessen werden. Das Nichtvorhandensein von ausreichenden Deponieflächen wird uns dazu zwingen, ein thermisches und daher auch ein sehr teures Müllkonzept zu erstellen. Aber nicht, meine Damen und Herren, die Bezirksmüllverbände können es sein, so wie es im Müllkonzept des Landes vorgesehen ist, die die erforderlichen Anlagen errichten, sondern hier hat das Land seiner Verpflichtung nachzukommen und den Gemeinden und Verbänden größtmögliche Hilfestellung in jeder Hinsicht zu leisten. Es können aus Wirtschaftlichkeitsgründen nur Großanlagen errichtet werden. Die Wirtschaftlichkeit liegt bei mindestens 200.000 bis 250.000 Einwohnergleichwerten. Kleinere Anlagen sind nicht wirtschaftlich und sind für mich daher, wenn sich dies herausstellt, abzulehnen. Das würde für die Steiermark drei bis vier Standorte erfordern. Diese drei bis vier Standorte zu finden, wird noch schwer genug sein, da auch auf die Nutzung der freiwerdenden Energie sowie auf die Sensibilität der Bevölkerung in dieser Angelegenheit Rücksicht genommen werden muß. Zur Planung und Errichtung von thermischen Müllbehandlungsanlagen steht auf der Seite 50 im steirischen Müllwirtschaftskonzept, daß man sich zweckmäßigerweise einer eigenen Planungsgesellschaft bedienen soll. Ich bin der Auffassung, daß das Land Steiermark, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Verantwortung nicht auf eine Müllentsorgungsgesellschaft abschieben kann. Bevor es zu so einer Gründung kommt, müssen einige wesentliche Punkte geklärt sein:

Erstens: Die Folgewirkung einer thermischen Müllverwertung und damit die Belastung der Bevölkerung und Gemeinden.

Zweitens: Wie kann bei einer Gesellschaft sichergestellt werden, daß der Abfall auch tatsächlich in ausreichender Menge zur thermischen Verwertung angeliefert wird? Wenn solche Großanlagen errichtet werden, wird es nicht gehen, daß es den Gemeinden freiwillig überlassen wird, ob sie den Müll anliefern oder nicht. Die Anliefermenge muß vorher mit Verordnung über eine Anlieferungspflicht geregelt werden. Würde es nämlich nicht zu einer Anlieferungspflicht kommen, würden die Anlagen nicht ausgelastet sein und daher auch nicht funktionieren, und es würden den Bezirken kleine Deponien und höhere Kosten entstehen.

Drittens: Je nach Größe der Anlage muß die adäquate Technologie vorhanden sein. Dabei ist es eine unabdingbare Forderung, daß auch der Klärschlamm mitverbrannt werden kann, ansonsten, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist die Entsorgung des Klärschlammes weiterhin ein ungelöstes Problem.

Es muß auf alle Fälle, wenn eine oder mehrere thermische Anlagen errichtet werden, schon während der Planungsphase darauf geachtet werden, was mit den Reststoffen, die anfallen, in der Zukunft geschehen soll. Es soll uns nämlich nicht so ergehen wie bei dem Atomkraftwerk Zwentendorf, daß man die Anlagen zwar errichtet, aber in der Folge nicht weiß, was mit dem anfallenden Atommüll geschehen soll.

Zusammenfassend muß gesagt werden: Eine Planungs- und Errichtungsgesellschaft ja, aber erst dann,

wenn alle wesentlichen Vorfragen, die ich vorhin angeführt habe, geklärt sind. Eine Müllfahrt ins Blaue sollte es nicht geben. Ich danke Ihnen (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.30 Uhr.)

Präsident Zdarsky (19.30 Uhr): Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Fuchs. Ich erteile es ihm.

Abg. Fuchs (19.31 Uhr): Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

In den letzten Monaten und Jahren ist auch die Landwirtschaft, die Umwelt, mit ihren Problemen zu einer großen Sorge geworden. Ist doch vorrangig durch die Monokultur im Murtal, besonders im Leibnitzer Feld, das Grundwasser durch Nitrat und Pflanzenschutzmittel verunreinigt worden. Nur möchte ich dazu auch die Feststellung treffen, daß nicht nur die Landwirte als Verursacher herangezogen werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gehöre noch einer Generation von Landwirten an, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Aufgabe hatte, dem österreichischen Bürger den Tisch zu decken. Mehr als 40 Prozent der landwirtschaftlichen Produkte mußten damals importiert werden. So war es in den fünfziger und sechziger Jahren Aufgabe der verantwortlichen Politiker und Beratungskräfte, durch Eigenproduktion Nahrungsmittel im Land zu produzieren. Das ist uns bis Ende der siebziger Jahre durch Düngung, Chemie, Mechanisierung vollstens gelungen. Nun stehen wir zu Ende der achtziger Jahre vor einem neuen Problem, den Boden zu schützen, das Grundwasser gesund zu erhalten und dennoch den Kleinbetrieben in der Grenzregion den Lebensraum und das Einkommen zu sichern. So war es, daß Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller bei seiner Amtsübernahme sofort die Notwendigkeit erkannte und mit den Bezirkshauptmannschaften, der Landwirtschaftskammer und mit seinen Beamten und Beratungskräften ein Konzept ausarbeitete, das natürlich Gesetze und Verordnungen beinhaltet, was natürlich für die Landwirte Erschwernisse und Einkommenseinbußen beinhaltet. Um Verständnis bei den Betroffenen zu finden, hat Herr Landesrat mit Vertretern der Landeskammer sich an Ort und Stelle bei Versammlungen zusammengesetzt. So möchte ich als Beispiel das Wasserschongebiet Leibnitzer Feld herausgreifen. In Zusammenarbeit mit der Bezirkshauptmannschaft und der Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft Leibnitz wurde ein Gesamtplan entwickelt, der 4929 Hektar umfaßt. Davon sind mehr als die Hälfte, nur 2654 Hektar, landwirtschaftliche Nutzfläche. 1858 Hektar sind Ackerland, wo 80 Prozent Mais angebaut wird und wurde. Um eine Gesundung des Bodens zu erreichen, haben sich 535 Bauern zusammengetan mit einer Fläche von 1329 Hektar, die über den Winter eine Gründedecke ansäten, das sind 71,5 Prozent der Ackerfläche, die dadurch einen Schutz für das Grundwasser bildet. Man erhofft sich dadurch in Kürze eine Verbesserung des Nitratanteiles zu erreichen. Nur muß dazu nochmals darauf hingewiesen werden, daß alle mithelfen müssen, Gewerbe, Häuselbauer und sonstige Verursacher, damit es gemeinsam zu einer positiven Lösung kommt. Ich möchte hier einen Dank aussprechen an die Landesregierung, besonders an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, daß in diesem Zusammenhang

1318 Hektar mit einer Förderungssumme von 6.565.876 Schilling bereitgestellt wurden. Dazu noch ganz kurz die von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller am 17. November dieses Jahres abgegebene Presseinformation mit dem Titel „Verschärfte Schongebietsverordnung zeitigt erste Erfolge“. Einige Details dazu: Winterbegrünung schon auf zwei Dritteln aller Maisfelder, verschärfte Schongebietsverordnung für die Grundwasservorkommen, erfolgreiches Paket landwirtschaftlicher Begleitmaßnahmen, Schwerpunkt pflanzenbauliche Maßnahmen, dazu Pflanzenschutzbereich mit erprobten neuen landwirtschaftlichen Maschinen sowie Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel auf ein Minimum reduziert. Alles im Zusammenhang mit vom Land aufgestellten, zur Kontrolle arbeitenden Umweltberatern. In weiterer Folge ist murabwärts auch im Bezirk Radkersburg mit denselben Maßnahmen wie im Leibnitzer Feld zu rechnen. Diesbezüglich wurden die Landwirte durch Versammlungen und Aufklärungen informiert. Und man merkt auch hier eine Bereitschaft auf freiwilliger Basis, das murauwärts gesteckte Ziel zu erreichen. Da ich morgen durch die Kürze der Zeit nicht mehr an das Rednerpult kann, möchte ich in diesem Zusammenhang als Grenzlandabgeordneter dem Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Josef Riegler sowie der Steiermärkischen Landesregierung, Landeshauptmann Dr. Krainer und dem zuständigen Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller einen herzlichen Dank sagen, daß mit der Direktförderung der Grenzlandbauern 19 politische Gemeinden österreichweit bedacht wurden, so ist es ein Anfang für diejenigen, die hart an der Grenze ihre Arbeit und ihre Existenz erhalten müssen und so als Landschaftspfleger für die Umwelt einen großen Beitrag leisten können. Die Grenzregion dieser Gemeinden hat keine Betriebsansiedlung erreicht. Und wir werden sie auch in Zukunft nicht erreichen. Unsere Zukunft ist der Fremdenverkehr mit den Thermenregionen Bad Gleichenberg, Loipersdorf, Bad Radkersburg und Bad Waltersdorf, wo ich auch an dieser Stelle der Landesregierung ein herzliches Danke sage, wo beim Spatenstich vor eineinhalb Jahren zur Erweiterung unser Präsident Wegart und Landesrat Dr. Klausner unten waren und jetzt am 27. unser Landeshauptmann Dr. Josef Krainer die Eröffnung durchführte. Ich danke für dieses Verständnis.

Abschließend wird es nur möglich sein, in Zusammenarbeit mit allen verantwortlichen Stellen, besonders mit dem Verständnis jedes einzelnen Bürgers, der Umwelt jenen Stellenwert zu geben, die zum Teil die Technik, die Chemie, der Wohlstand der letzten Jahrzehnte dazu geführt hat. Auch wir Bauern wollen eine gesunde Luft, reines Wasser, einen Lebensraum, wo wir wohnen können, wo wir unser Einkommen finden, wo wir aber auch unseren Nachkommen einen gesicherten Arbeitsplatz geben können. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 19.39 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Erhart das Wort.

Abg. Erhart (19.40 Uhr): Werter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zum Thema Umweltschutz im Rahmen dieser Gruppe – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Frau Präsi-

dent!“) Das kommt davon, wenn man sich so beeilen will, daß man ja rasch seinen Beitrag leistet!

Liebe Frau Präsident! Es wird nie mehr vorkommen!

Zum Thema Umweltschutz im Rahmen dieser Gruppe möchte ich kurz den eingebrachten Antrag, betreffend die Änderung der Fernwärmetarife der STEWEAG, in Erinnerung bringen. Dieser Antrag, eingebracht am 17. Mai 1988, hat bis heute zu keiner Erledigung geführt, was ich im Interesse des Umweltschutzes sehr bedaure. Der Zusammenhang zwischen Fernwärmetarifen und Umweltschutz ist insoweit gegeben, als auf Grund der sinkenden Öl-, Erdgas- und Kohlepreise in Gebieten mit Fernwärmeversorgung festzustellen ist, daß die Konsumenten überlegen, wieder auf Ölheizung umzusteigen. Dieser durch die derzeitige Attraktivität des Ölpreises zu befürchtende Umstieg auf Ölheizungen hätte negative Auswirkungen auf die Umweltsituation zur Folge. Die STEWEAG als Fernwärmelieferant wurde mit diesem Problem konfrontiert. So ist mir zum Beispiel bekannt, daß sich die Stadtgemeinde Knittelfeld im Interesse des Umweltschutzes an die STEWEAG gewandt hatte und dabei auf die Problematik der immer mehr auseinanderklaffenden Preisdifferenzen zwischen Öl und Fernwärme hingewiesen hat. Knittelfeld liegt im Aichfeld, welches eine ähnliche Beckenlage wie Graz hat und wo die Luftqualität durch verschiedene Ursachen, aber sicherlich auch wesentlich durch den Hausbrand und die Abgase aus Heizungsanlagen, ähnlich der in Graz zeitweilig bedrohliche Meßwerte ergeben hat, was Herr Landesrat Dip.-Ing. Schaller sicher bestätigen wird können. Daher war es ein besonderes Anliegen der Gemeindeväter, gemeinsam mit der STEWEAG ein Fernwärmenetz für die Stadt aufzubauen, was bisher sehr weitreichend gelungen ist. Alle öffentlichen Gebäude, Ämter und Schulen wurden ebenso an die Fernwärme angeschlossen, wie auch viele Geschösbauten der örtlichen Wohnbaugenossenschaften, aber auch private Einfamilienhäuser. Die betroffenen Menschen haben gerne mitgetan, weil jedermann der Umweltvorteil ersichtlich war, die Anschlußkosten damals erträglich waren und schließlich die Tarife in etwa dieselben waren, wie Öl-, Ferngas- oder Kohleheizungen gekostet haben. Seitdem aber die Fernwärmekosten im Verhältnis zu den gesunkenen Preisen der genannten anderen Energieträger in einem krassen Mißverhältnis stehen, derzeit das Zwei- bis Zweieinhalbfache – ich habe die Unterlagen hier –, und außerdem, so im Schreiben der STEWEAG an die Stadtgemeinde, kann man sich die bessere Luft auch etwas kosten lassen. Auf dieses, ich möchte sagen, fast kaltschnäuzige Verhalten möchte ich dann noch einmal zurückkommen, will aber nun sagen, daß wir als Antragsunterzeichner uns auch Gedanken gemacht haben, wie diese Problematik zu lösen wäre. Im Landesenergieplan des Landes Steiermark wurde einer Tarifstruktur der Vorrang gegeben, die einen Anreiz zum Energiesparen bietet. Der derzeitige Fernwärmetarif entspricht dieser Zielsetzung nicht. Die Verrechnung der Fernwärmepreise hätte sich nach den Vorstellungen der unterzeichneten Abgeordneten nur am tatsächlichen Verbrauch zu orientieren. Dies würde auch den Zielsetzungen des Landesenergieplanes entsprechen, in welchem die Fernwärme als vorrangiges Energieversorgungsziel in der Steiermark festgelegt wurde. Die Tarifgestaltung für den Fernwärmebereich

wäre daher zu ändern, der leistungsabhängige Grundpreis hätte ersatzlos zu entfallen. Und für den Fall, daß sich der Vorschlag nicht realisieren läßt, müßte zumindest erwirkt werden, daß die Preisreduktion bei Primärenergiekosten als Reduktion der Fernwärmepreise weitergegeben wird. Denn eines, sehr verehrte Damen und Herren und lieber Herr Landesrat, und ich glaube, da sitzen wir im selben Boot, kann man einfach nicht einsehen, daß nämlich die STEWEAG, deren Eigentümer das Land ist, aus reinen Rechenstiftüberlegungen, und es ist sicher lustig, bei dieser Situation mehr Gewinne zu machen, mit dieser Haltung beiträgt, daß wieder mehr Ölfeuerungen oder Koks- oder Kohlefeuerungen in Betrieb gehen oder sogar schon bestehende Fernwärmeanschlüsse stillgelegt werden. Erst dieser Tage konnte man im Radio hören, daß die STEWEAG heuer einen Gewinn von über 150 Millionen Schilling erwartet. Aus diesem Grunde fordere ich die Steiermärkische Landesregierung auf, als Eigentümer der STEWEAG dafür zu sorgen, daß die Fernwärmetarife im Sinne der Zielsetzungen des Landesenergieplanes in Kürze geändert werden. Schließlich müßten wir Steirer auch zusammenbringen, was uns die Wiener ab 1. September dieses Jahres vorgezeigt haben, nämlich eine Tarifsenkung für Fernwärme. (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL. – 19.45 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Der Herr Abgeordnete Kröll hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröll (19.46 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

Der Qualitätsverlust der Natur schreitet weiter voran, und wir alle sind berufen und aufgefordert, dagegen etwas zu tun, denn ein Verweilen nur an der Klagemauer allein ist sicherlich zu wenig. Da wir alle nur verhältnismäßig kurz Gast auf Erden sind, tragen wir auch gemeinsam Verantwortung für unsere nächsten Generationen. Anhand der Arbeit des Naturschutzbeirates erlaube ich mir aufzuzeigen, daß in der Steiermark für die Natur und den Naturschutz doch viel geschieht. Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth sagte anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten 30 Jahre Österreichischer Naturschutzbund, Landesgruppe Steiermark, eine erfolgreiche Naturschutzarbeit braucht drei Säulen, nämlich Gesetz, Geld und Gewissen. Das Drei-G-Gesetz haben wir. Dieses kann auch durchaus von Zeit zu Zeit novelliert und verbessert werden. Naturschutz braucht Geld. Wir haben einen Fonds. Es wird aber immer zuwenig sein, um all die Wünsche und Notwendigkeiten decken zu können. Aber das dritte G, meine Damen und Herren, das Gewissen, das nichts kostet, das darf aber nie und nirgends fehlen. Das Naturschutzbudget wurde vor drei Jahren wesentlich erhöht, und durch die Zweckbindung von 20 Prozent der Mittel aus dem Umweltfonds für den Naturschutz ist die Finanzierung der dringendsten Aufgaben einigermaßen gesichert, allerdings, und das muß ich hier deutlich anmerken, ist derzeit ein gewisser Liquiditätengpaß im Bereich des Naturschutzes deshalb eingetreten und können wichtigste Jahresaufgaben im Moment nicht angewiesen werden, weil die 8 Millionen Schilling Bedeckung aus den 20 Prozent, die ja der Landtag vor einem Jahr beschlossen hat, aus Verkäufen kommen sollen, nach wie vor aushaften, die sind nicht da. Ich bitte dringend

im Namen und im Interesse aller, die dort auch im Beirat tätig sind, daß das bald geschieht, daß die Bedeckung des Fonds, wie hier beschlossen, aus den Einnahmen durch diverse Verkäufe auch möglichst rasch geschieht, damit dringendste Aufgaben des laufenden Jahres noch wie vorgesehen finanziert werden können. Ich möchte aber auch nicht leugnen, meine Damen und Herren, daß es natürlich gerade im Naturschutzbereich immer wieder Rückschläge gibt, die verkräftet werden müssen, und es auch notwendig ist, noch so emotionell gelagerte Aufgaben gerade im Naturschutzbereich kooperativ zu sehen, auch in partnerschaftlicher Regelung zu sehen. Mir ist ganz einfach sehr oft ein halber Schritt, der immer wieder gelingt, lieber als kein Schritt, wenn man alles fordert, wenn es auch etwas unrealistisch ist.

Ein solcher kleinerer Rückschlag ist sicherlich auch das Projekt des Nationalparks Niedere Tauern. Das erfordert sicherlich noch viele Gespräche, bis es gelingt, auch die betroffenen Grundbesitzer von der Richtigkeit zu überzeugen. Wir sollten, glaube ich, meine Damen und Herren, hier, um das Vertrauen der betroffenen Grundbesitzer zu erwirken, ein rein steirisches Projekt anstreben, dann könnte es gelingen, wenn die betroffenen Grundbesitzer auch entsprechend eingebunden sind und auch entsprechend mitgestalten können, denn eines müssen wir wissen, so sehr wir diesen Gedanken vorantreiben sollen und müssen, wir wissen, daß wir es mit lauter privaten Eigentümern zum Teil mit relativ kleinen Flächen zu tun haben. Die Naturschutzarbeit, insbesondere in der Rechtsabteilung 10, benötigt aber auch dringend wegen der vielfältigen Aufgaben und der neuen Aufgaben mehr Fachpersonal. Ich ersuche sehr, sehr herzlich, in der Priorität, wo man zusätzliches Personal finanziell bedecken kann, hier den Naturschutz auch ganz oben anzusiedeln. Wir brauchen dies bei der Landesstelle in der Rechtsabteilung 6 genauso wie da und dort auf Bezirksebene. Dennoch, meine sehr Verehrten, läßt es sich zeigen, was alles geschehen ist, und zwar Beachtliches. Zum Beispiel das Artenschutzprogramm mit konkreter Datenerfassung. Ich möchte es Ihnen jetzt ersparen, eine langvorbereitete Liste aufzuzeigen, wo, was, wieviel konkret gemacht wurde, von wem verfaßt. Ich begnüge mich einfach mit schlagwortartigen Feststellungen. Die wichtige Arbeit des Naturschutzbundes, der hier eine Katalogisierung steirischer Tiere, eine Gesamtdokumentation auch der bedrohten steirischen Fauna als wichtigen Arbeitsbehelf aufstellen konnte. Auch wurden die Artenschutzprogramme von Mag. Pichler für Steinkauz, Schleiereule, Fischotter und dergleichen erstellt und vom Land nicht unerheblich gefördert. An die jahrelange erfolgreiche Tätigkeit von Prof. Hable sei nur erinnert. Zum Schutz der Tierarten für Projekte, Arten- und Biotopschutz für 1987 und 1988 wurden immerhin mehr als 1,3 Millionen Schilling aus diesem Topf des Naturschutzes zur Verfügung gestellt. Ein Schwerpunkt war und ist die Biotopsicherung durch Ankäufe. Meist in Partnerschaft mit dem Naturschutzbund oder mit der Naturschutzbundjugend, auch in Gemeinsamkeit mit Naturschutz und moderner, zeitgemäßer Agrarpolitik der Berg- und Naturwacht, zum Beispiel Ennsregulierungen, ein Vertrag, wo durch Abtretung der Bundesforste allein dem Land 82 Hektar zugeflossen sind, seien erwähnt 18.000 Quadratmeter für Iris-

Flächen im Wörschacher Raum, 2,4 Hektar in Bad Mitterndorf an einer sehr sensiblen Stelle, wo sich die Vogelarten zu Hause fühlen können, 24.000 Quadratmeter in Brunn zum Schutze von Auwäldern, nicht zu vergessen auch Aflenz Land und das Lafnitztal. Naturschutzgebiete konnten in letzter Zeit um weitere sechs erweitert werden in drei Bezirken, sieben geschützte Landschaftsteile in sechs Bezirken, 18 Naturdenkmäler in sieben Bezirken konnten gesichert und geschützt werden, und in 12 Bezirken konnten in 98 Gemeinden fast zwei Millionen Quadratmeter dem Biotop-Erhaltungsprogramm zugeführt werden.

Meine Damen und Herren, das ist eine echte, große Anstrengung des Landes Steiermark und eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen Naturschutz einerseits und Agrarpolitik andererseits. Besonderer Dank gebührt hier auch der Berg- und Naturwacht für diese Tätigkeit. Es sind 2500 steirische Idealisten in 180 Ortsstellen tätig. Allein in der Aktion „Saubere Steiermark“ konnten seit 1976 von den Berg- und Naturwächern 69.659 Autowracks der Verwertung zugeführt werden. Im abgelaufenen Jubiläumsjahr der Berg- und Naturwacht konnte die Landesförderung auf 1,5 Millionen Schilling angehoben werden. 237.000 Stunden freiwillige Arbeitsleistungen – glaube ich – rechtfertigen diesen Schritt auch.

Zum Schluß darf ich dem Hohen Hause berichten, daß die Zusammenarbeit im Beirat sehr gut ist. Ich danke dafür allen Mitgliedern und Ersatzmitgliedern, aber auch den beamteten Fachleuten in der Rechtsabteilung 6, Hofrat Dr. Dattinger, Dr. Steinbach, Dr. Zanini und allen ihren Mitarbeitern, Fachleuten, Experten, besonders aber Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth und seinem Koreferenten Landesrat Dipl.-Ing. Schaller als die zuständigen politischen Instanzen in der Regierung, für das Verständnis und auch für das, was sie stets für den Naturschutz tun.

Im Psalm 119 heißt es, ich bin ein Gast auf Erden. Bedenken wir dies gemeinsam, daß nach uns weitere Generationen Gäste auf Erden sein werden. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP. – 19.55 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Weilharter. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Weilharter (19.56 Uhr): Frau Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren dieses Hohen Hauses!

Ich könnte es mir als Oppositionspolitiker sehr leicht machen hier in diesem Haus, nämlich daß ich für alle Umweltprobleme, die relevant sind, die Regierung pauschal verantwortlich mache. Die Situation aber, meine Damen und Herren, ist viel zu ernst und unsere Umwelt viel zu wertvoll, daß ich es so machen könnte. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Alle wissen, daß in der Steiermark 422 illegale Deponien als sogenannte Altlasten jetzt kartographisch ausgemacht wurden, und diese Situation ist mehr als besorgniserregend. Erstens einmal, da ja Lösungen dort erforderlich sind, und zweitens, weil diese Sanierung eine eminente Summe kosten wird, die wahrscheinlich in die Milliardenhöhe gehen wird. Hinzu kommt aber noch eines, nämlich daß derzeit 20 genehmigte Restdeponien in nicht so kurzer Zeit, aber sicherlich in mittelfristigem Zeitraum auch einer Entsorgung zuzuführen sind, denn es sind derzeit Deponien, wo alles mögliche

deponiert wird, und die werden sich auch zu tickenden Bomben entwickeln, da dieser Müll, der dort gelagert wird, derzeit nicht immunisiert ist. Die ÖVP, mit Unterstützung der Grünen, hat sich diese Frage für meine Begriffe sehr leicht gemacht. Sie haben ein Müllwirtschaftsgesetz beschlossen. Daß dieses Gesetz uns in dieser Frage nicht weiterbringt, beweist uns einmal in diesem Landesgesetz der Paragraph 15. Ich will ihn jetzt gar nicht zitieren, denn ich nehme an, alle Damen und Herren dieses Hauses kennen dieses Gesetz, und pauschal gesagt, dieser Paragraph 15 mit allen seinen Untergliederungen besagt nur eines, daß die Verantwortung und vor allem die Lösung dem schwächsten Glied in der Kette, an die Gemeinden, delegiert wurde. Ein zweites Beispiel: Wir haben zwar in der Steiermark ein Luftreinhaltegesetz. In diesem Luftreinhaltegesetz ist ein Paragraph 8 verankert, der etwas aussagt über das Verhalten bei Smogalarm, besonderes Verhalten bei Smogalarm, Stufe 1. Absatz 1 aus diesem Landesgesetz: „Die auf Grundlage der regionalen Einsatzpläne erlassenen Verkehrsbeschränkungen oder Verbote sind gewissenhaft zu beachten.“ Ich frage Sie, Herr Landesrat, wie schauen diese Einsatzpläne aus und wo sind sie einsichtig?

Dritter Punkt: Die Diskussion um das Sonderabfallgesetz ist natürlich Bundeskompetenz. Was macht hier die Frau Bundesminister für Umweltschutz? Sie bringt sehr viel Unruhe und Verunsicherung, nämlich mit ihrer Standortwahl. Die Standortwahl oder wo diese Standorte sein sollen, wo dieser Sondermüll, Sonderabfall entsorgt werden soll, wird uns nicht kundgetan, sondern sie verkündet im Herbst, daß sie an eine eventuelle Delegation dieser Verantwortung an die Länder denkt.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Um es auch kurz zu machen, ich akzeptiere die notwendige und erforderliche Arbeit für den Umweltschutzbericht. Ich möchte nur einen Punkt in aller Kürze herausnehmen. Dieser Bericht ist ein Konvolut von 430 Seiten und ist graphisch sehr gut dargestellt. Ein Punkt aber, das sollte uns alle zum Nachdenken bringen, es wird in diesem Bericht dargestellt, daß innerhalb der Steiermark acht Anstalten innerhalb von drei Jahren auf Fernwärme umgestellt haben, um den Schadstoffausstoß zu verringern. Ich will auf die Mengen verzichten, aber sollte es nicht ein gesamtsteirisches Anliegen und Ziel sein, alle öffentlichen Anstalten möglichst schadstofffrei zu betreiben? Ich habe nur eine Angst – und das abschließend –, daß der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller genauso wie die Frau Bundesminister Flemming 1990 oder 1991, was sie ohnedies tun werden, als Umweltretter auftreten werden. Mir ist nur persönlich sehr leid um die Zeit, die bis dahin vergeht. (Beifall bei der FPÖ. – 20.00 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Nächster Redner wäre der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Da er nicht im Saal ist, erteile ich dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller das Schlußwort zu dieser Teilgruppe.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (20.01 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich möchte am Schluß doch auch zu einigen Punkten der Umweltdebatte Stellung nehmen und beginne vielleicht bei der Frau Abgeordneten Kammlander, die

in einem sehr engagierten Beitrag hier zu einer Reihe von Fragen Stellung genommen hat. Ich werde am Schluß dann auf das Thema Luftreinhaltegesetz, Smogalarm zurückkommen. Ich möchte nur einige Fragen kurz beantworten. Frau Abgeordnete, Sie haben gesagt, es gibt keinen Emittentenkataster. Es gibt ihn schon, aber es fehlen uns noch die Werte aus der Landeshauptstadt Graz, dann ist er komplett. Ich hoffe, daß wir das auch noch schaffen. Wir haben ihn praktisch im Computer. Er ist außerordentlich wichtig, und zwar gerade im Hinblick auf die derzeitige Situation, wo es darum geht, das Gefahrenpotential abzuschätzen und die Schadstoffbelastung genau zuzuordnen.

Sie haben sehr engagiert gegen die Pyhrnautobahn Stellung genommen. Ich möchte Ihnen zwei Dinge dazu persönlich sagen. Ich bin für die Pyhrnautobahn, und zwar deswegen, ich mache dann schon eine Einschränkung, weil ich glaube, daß wir damit helfen, das Problem vieler Menschen zu lösen. Aber ich glaube, wir sollten wirklich auch versuchen, uns nicht ein Problem einzuhandeln, wie es das Bundesland Tirol hat, nämlich daß dann der ganze europäische Verkehr mehr oder minder von der Brennerautobahn auf die Pyhrnautobahn ausweicht. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist sicher ein Thema, wo wir, Frau Abgeordnete, durchaus auf einer Ebene liegen.

Zum Kollegen Schrittwieser möchte ich sagen, Sie haben kritisch angemerkt, daß für die Müllwirtschaftsplanung nicht vorgesorgt ist, daß nicht einmal 2 Millionen Schilling im Budget sind. Das stimmt nicht. Bei meinem Budget kenne ich mich wirklich aus, das können Sie mir glauben, weil ich sehr für jede Position gekämpft habe. Sie müssen suchen bei der Position 620209, das ist die Abfallwirtschaft, dort konnten die Positionen von 1,9 auf 7,5 Millionen Schilling aufgestockt werden. Es stehen uns tatsächlich zusätzlich 5,5 Millionen Schilling zur Verfügung, die ausschließlich für die Planung und die Vorarbeiten für die Mülldeponien in den Regionen vorgesehen sind. Ich bin mit Ihnen durchaus d'accord, was die Klärschlammfrage betrifft. Ich habe schon mehrmals im Haus meine Meinung gesagt, wir müssen dazu kommen, daß wir halbwegs sauberen Klärschlamm zustande bringen. Nur dann haben wir eine gewisse Chance, wenigstens einen Teil in der Landwirtschaft unterzubringen. Insoweit bin ich durchaus mit Ihnen d'accord, ich fürchte aber, daß das trotzdem eine Wunschvorstellung bleibt und daß uns manches nicht erspart sein wird und wir vermutlich wieder, wie überall, immer noch bei der Reparaturpolitik in der Umwelt, das heißt, nicht bei der Vorsorgepolitik, angelangt sind, das heißt, wir versuchen, die Probleme von hinten zu lösen, müssen es so versuchen. Im Endeffekt bleibt dann die „end of pipe“, letztlich ein immer konzentrierterer Schadstoff, übrig. Auch wenn wir den Klärschlamm verbrennen, haben wir dann die Filterstäube, die hochgiftig sind und die wir dann irgendwo deponieren müssen. Ich glaube, wir sollten umgekehrt versuchen, Klärschlämme zustande zu bringen, die möglichst wenig Schadstoffbelastet sind.

Was Ihren Wunsch auf Anhebung der Kanalbenutzungsgebühren auf 30 Prozent betrifft: Das ist natürlich auch ein Wunsch, den ich auch habe. Nur ist der nicht realisierbar. Sagen wir es ganz offen. Dafür ist einfach die finanzielle Basis nicht da. Ich sage eines, mir ist vor

allem wichtig, falls man das Volumen der Mittel nicht vergrößern kann, daß wir dann wenigstens versuchen, auf der Kostenseite einzusparen. Hier ist uns schon ein Durchbruch gelungen, ich habe dem Haus schon berichtet, daß gerade die Steiermark federführend war bei der Erarbeitung der Richtlinien für die Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum. Dort haben wir einen Durchbruch insoweit erreicht, als wir vereinfachte und vollauf genügende Baurichtlinien festgelegt haben, ich will kein Prophet sein, aber in meiner Heimatgemeinde haben sie uns 50 Prozent Kosteneinsparung gebracht. Dies werden wir sicher nicht im Schnitt erreichen, aber wenn wir 20 Prozent erreichen, haben wir bereits die 30 Prozent, die Sie eigentlich gerne hätten. Ich glaube, das ist auf jeden Fall auch ein Weg.

Was die Frage Müll betrifft. Ich bin eigentlich sehr dankbar, daß man jetzt schon so über das Thema reden kann, wie Sie geredet haben, weil ich glaube, das ist die einzige Möglichkeit, um zu vernünftigen Diskussionen zu kommen, auch wenn wir verschiedene Auffassungen haben, aber daß manche Fakten akzeptiert werden und daß Sie auf der anderen Seite natürlich auch akzeptieren, daß wir gemeinsam an die Lösung dieses Problems herangehen müssen. Wenn Sie gesagt haben, Maßnahmen zur Abfallvermeidung sind oberstes Ziel. Überhaupt keine Frage. Ich habe bei meinem Konzept hineingeschrieben, dreimal rot, vermeiden, vermeiden, vermeiden. Ich bin ein bißchen zuversichtlicher insoweit, als in der ersten Konferenz der Umweltlandesräte mit der Frau Bundesminister, das der Mittelpunkt der Überlegungen war, und wir jetzt eine an sich ganz neue Ausgangssituation haben, weil die Kompetenzen im Bereich des Umweltschutzes in verschiedener Hinsicht neu geregelt worden sind, eine der wichtigsten Entscheidungen war, daß die Abfallkompetenz nunmehr insoweit klargestellt ist, als nach der letzten Verfassungsnovelle, die vor einer Woche verabschiedet worden ist, hierfür der Bund zuständig ist, jedenfalls für die gefährlichen Abfälle, also überwachungsbedürftigen Sonderabfall, und daß im übrigen eine sogenannte Bedarfskompetenz gegeben ist. Das heißt, der Bund kann in jeder Frage im übrigen Bereich Regelungen treffen, wenn er sie nicht trifft, kann das Land, anders als jetzt, vollständig über alle Bereiche Regelungen treffen. Das bedeutet, daß die sogenannte Materienkompetenz, wie sie bisher war, zum Beispiel Gewerbeabfall ressortiert bei der Zuständigkeit Gewerbe, ist Bundeskompetenz, jetzt weggfällt und daß praktisch, wenn der Bund nur die Sonderabfallmaterie regelt, und die hat er ja im Prinzip geregelt, wir in allen Bereichen die Abfallkompetenz regeln können. Das bedeutet für uns, daß wir damit auch den gesamten Gewerbemüll als Landesgesetzgeber regeln können. Das wird heißen, daß wir sehr bald eine Novelle zum Müllwirtschaftsgesetz Steiermark machen müssen, weil dieser Bereich bisher nicht abgedeckt war. Eine wichtige Aussage der Frau Bundesminister war die, daß sie gesagt hat, sie will als nächsten und wichtigsten Schritt ein Abfallvermeidungsgesetz erlassen. Ich kann nur hoffen, daß sie überall mit dem Abfallvermeidungsgesetz durchkommt. Denn dort werden ganz sicher die Interessen sehr unterschiedlich sein, und ich hoffe, daß sie beim zweiten Anlauf mehr Glück hat. Beim ersten ist ihr Entwurf gar nicht so schnell an der Oberfläche gewesen, wie er auch schon wieder verschwunden war. Ich

glaube, die Bundesländer haben abgeredet, daß wir ihr volle Schützenhilfe geben wollen, weil diese Vermeidungskompetenz, mit Pfandsystemen und Rücknahmeverpflichtungen und Einschränkungen manches Verpackungsunsinnes, nur über Bundeskompetenz regelbar ist.

Was Sie zur Frage thermische Verwertung gesagt haben, damit bin ich mit Ihnen im Prinzip durchaus einverstanden. Ich hätte nur gerne den Akzent ein bißchen anders gesetzt, und zwar insoweit anders, daß wir alle Vermeidungspotentiale auch vom Land her ausschöpfen müssen und erst dann in die thermische Verwertung gehen. Über die Vorstellungen, die Sie vorgelegt haben, können wir jederzeit diskutieren. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich ganz klar Ihre Auffassung teile, daß die thermische Verwertung in einer Region allein nicht lösbar ist. Wir werden vom Land her die Hilfestellungen anbieten, und Sie wissen ja, daß wir übermorgen ohnedies mit einer recht interessant besetzten Delegation einiges in der Bundesrepublik diesbezüglich anschauen werden.

Dem Herrn Kollegen Fuchs möchte ich nur sagen, ich glaube, insoweit ist uns in der Frage Grundwasserpoltik etwas gelungen, als wir die Verordnung zustande gebracht haben. Das war nicht ganz einfach bitte. Zweitens, das ist mindestens so wichtig, daß die Bauern mittun, und zwar mittun im Leibnitzer Feld, unterstützt durch ein gezieltes Förderungsprogramm. Gesetz auf der einen, Förderung auf der anderen Seite. Ich hoffe sehr, daß die zwei Drittel Gründecken, die wir heuer erreicht haben – das ist jenseits aller Erwartungen, ich sage ganz offen, ich habe das nie für möglich gehalten, daß sie so mittun –, auch erkennbar die Nitratgehalte reduzieren.

Zur Fernwärmeversorgung, Kollege Erhart, kann ich nur sagen, natürlich ist es richtig, daß die Gebührengestaltung ein entscheidender Punkt ist. Ich bin sehr dafür, daß man alle Möglichkeiten ausschöpft, die in Richtung Energieeinsparung gehen.

Zum Kollegen Weilharter vielleicht ganz kurz auch noch einige Worte, bevor ich zur Smoggeschichte etwas sage.

Ich glaube, diese 422 illegalen Deponien sind alle zugesperrt, das wollte ich nur ausdrücklich sagen, die existieren nicht mehr, aber sie sind für uns für die Zukunft große Sorgenfelder. Wir sind jetzt dabei, die Gefahrenpotentiale abzuschätzen, um dann einmal bewerten zu können, wo wir Sanierungsmaßnahmen machen müssen und wo nicht. Nun, weil Sie das Müllwirtschaftsgesetz kritisiert haben, ich nehme es zur Kenntnis. Wir haben unterschiedliche Auffassungen im Landtag gehabt. Ich kann nur sagen, die Regionen arbeiten erfreulich, und sie werden von uns wirklich nicht im Stich gelassen. Ich glaube, das kann man durchaus sagen, wir haben ein ausgezeichnetes Team in der Fachabteilung IIIc. Die Leute sind Tag und nacht – kann man fast sagen – unterwegs und vor allem auch in Richtung Information. Weil Sie und die Frau Abgeordnete Kammlander die Smogalarmgeschichte angesprochen haben, möchte ich dazu doch einiges sagen, wenn Sie mir vielleicht fünf Minuten dafür Zeit geben. Das ist ein Thema gewesen, das mich recht intensiv beschäftigt hat und wo ich vielleicht auch manchmal, wie die Frau Abgeordnete Kammlander gesagt hat, nicht ganz zu Recht geprügel worden

bin. Aber das muß man aushalten. Wenn ich ganz kurz noch einmal die Vorgeschichte erwähnen darf. Die Steiermark hat im Jahre 1974 ein sogenanntes Luftreinhaltegesetz verabschiedet und im Jahre 1981 auf Grund dieses Luftreinhaltegesetzes Grenzwerte festgelegt für zwei Schadstoffe, für den Schwefel und für den Staub. Auf Grund des Bundesverfassungsgesetzes vom Jahre 1973, das sehr dringend notwendig war, ist die Kompetenz hinsichtlich der Luftreinhaltepolitik einmal geregelt worden, weil bisher ein totales Chaos war. Es hat Bundesluft gegeben und Landesluft. Im Bundesverfassungsgesetz vom 2. März 1983 ist einmal grundsätzlich festgelegt worden, daß die Zuständigkeit zur Abwehr von Maßnahmen bei gefährlicher Luftbelastung ab einem bestimmten Zeitpunkt, ab einer bestimmten Grenze, auf den Bund übergeht. Es war dann Sache der 15a-Vereinbarungen, von Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern, festzulegen, wo diese Grenze liegt. Das ist nach jahrelangen Verhandlungen dann auch festgelegt worden. Drei Jahre haben die Verhandlungen gedauert. Im Jahre 1987 – wir haben im Vorjahr im Landtag diesen Beschluß gefaßt, demzufolge die Zuständigkeit für Maßnahmen zur Abwehr gefährlicher Luftbelastungen auf den Bund übergeht bei einem Grenzwert – ich tue das ein bißchen vereinfachen – bei 0,6 Milligramm je Kubikmeter bei SO₂ und bei Stickoxiden. Das heißt, wenn diese Situation eintritt, dann tritt die Zuständigkeit des Bundes ein. Es ist damals vereinbart worden, daß der Bund ein sogenanntes Smogalarmgesetz erläßt, wo er dann die Details regelt. Vorwarnstufe, Smogalarmstufe 1, Smogalarmstufe 2. Dieses Bundesgesetz ist auch erlassen worden, tritt aber erst mit 1. Juni 1989 in Kraft. Dort ist festgelegt, daß die Vorwarnstufe bei Stickoxid bei 0,35 beginnt, die Smogalarmstufe 1 bei 0,6 Milligramm und die Smogalarmstufe 2 bei 0,8 Milligramm. Das sind tatsächlich die strengsten Werte in Europa. Das muß man sagen, ich habe das verglichen, es sind die strengsten Werte in Europa, aber richtig. Weil wir wissen, daß bei 0,8 Milligramm tatsächlich ein gesundheitliches Risiko eintreten kann für sogenannte Risikogruppen. Die Grenzwerte sind bereits 1987 in Kraft getreten, und wir haben nichts anderes gemacht, als den steirischen Smogalarmplan bereits im vorigen Jahr an die neuen Grenzwerte angepaßt und eine Immissionsschutzverordnung, also einen Smogalarmplan festgelegt. Es ist zitiert worden, was zu geschehen hat bei Vorwarnstufe, was zu geschehen hat bei Smogalarmstufe 1 und was zu geschehen hat bei Smogalarmstufe 2. Da steht unter anderem – ich spare Ihnen das alles – drinnen, daß für die Smogalarmstufe 1 die Bezirksverwaltungsbehörden sogenannte Einsatzpläne zu erarbeiten haben, die genau festlegen, was bei der Stufe 1 und was bei der Stufe 2 zu geschehen hat, wobei bereits bei der Stufe 1 Verkehrsbeschränkungen möglich sind, aber bei der Stufe 2 Verkehrsverbote und Verkehrsbeschränkungen vorgesehen sind. Ich bin ganz kurz Landesrat gewesen, da haben wir erstmals relativ starke Grenzwertüberschreitungen gehabt, aber nicht Vorwarnstufe, denn damals haben die neuen Werte noch nicht gegolten. Ich habe daraufhin sofort eine Besprechung mit den Vertretern der Stadt Graz einberufen, weil wir vor allem in Graz die Probleme gehabt haben. Das war am 30. Jänner. Sie erinnern sich, am 27. bin ich angeklagt worden. Am 30. Jänner habe ich mit dem

damals verantwortlichen Vizebürgermeister Tremmel und den Vertretern der Stadt die Problematik bereits durchbesprochen und darauf aufmerksam gemacht, daß wir wahrscheinlich im kommenden Winter durchaus vor der Situation der Vorwarnstufe stehen können. Ich habe dann eine weitere Besprechung am 30. November 1987 einberufen, es waren der Herr Bürgermeister Stingl, die Vizebürgermeister Edegger und Tremmel anwesend, und wir haben damals auch bereits den Einsatzplan besprochen und die Maßnahmen, die gesetzt werden müssen. Ich hatte Hofrat Rupprecht beauftragt, mit den Großemittenten in Graz Emittentengespräche durchzuführen, weil wir davon ausgegangen sind, damals noch, daß die Hauptemissionen bei den Stickoxiden von den Betrieben kommen. Die haben auch stattgefunden mit sechs oder sieben Großbetrieben in Graz und auch in Voitsberg, wo wir zum Teil beachtliche Zusagen der Betriebe bekommen haben. Wir haben dann am 30. November vereinbart, daß die Stadt Graz Messungen durchführt – ich sage das deshalb so ausführlich, damit das auch klargestellt ist, wie es wirklich aussieht – bei den wichtigsten Emittenten, um die Luftschadstoffbelastung durch die Betriebe abschätzen zu können. Im Dezember hat sich dann aber durch unsere Luftmessungen so signifikant herausgestellt, daß die Hauptbelastungsspitzen an den Haupteinkaufsamstagen waren, wo der Hauptverkehr war. Ich habe es leider nicht hier, da sind die Stickoxidwerte derartig hinaufgegangen, und nach Einkaufsschluß sind sie wieder abgesunken. Wir haben die Hauptspitzen im vorigen Jahr bei den Einkaufsamstagen gehabt. Es war für uns klar, daß die Autos die Hauptverursacher bei den Stickoxiden sind. (Abg. Gennaro: „Weg mit den langen Einkaufsamstagen!“ – Abg. Kröll: „Darauf habe ich gewartet!“)

Natürlich, Kollege Gennaro! Ich wollte nur sagen, wir haben dann eine weitere Besprechung mit den drei Bürgermeistern am 7. April des heurigen Jahres abgehalten, so daß eigentlich niemanden die Situation unerwartet getroffen hat. Als dann tatsächlich heuer permanent Vorwarnstufen waren und dann das erste Mal tatsächlich der Smogalarm ausgelöst werden mußte, habe ich sofort den Krisengipfel einberufen mit den Vertretern der Stadt Graz, und ich habe auch einen zweiten einberufen, und wir haben die Situation durchbesprochen. Ich kann nur davon ausgehen, das ist die jetzige Rechtslage, daß die Stadt Graz für den Einsatzplan verantwortlich ist. Die Herren Bürgermeister, alle drei zusammen, waren der Meinung, daß Verkehrsbeschränkungen keinen Sinn haben. Sie haben sich daher nicht durchringen können. Ich muß ihre Argumente akzeptieren, obwohl ich in dieser Frage anderer Auffassung bin. (Abg. Mag. Rader: „Nach der StVO hätten sie nichts tun können!“) Sie hätten schon können. In Ordnung, ich akzeptiere die Position der Bürgermeister, in ihrer Verantwortung waren sie der Meinung, daß Verkehrsbeschränkungen in dieser Situation keinen Sinn haben. Wir haben inzwischen alles mögliche vom Land her vorbereitet, Hofrat Theußl als Verkehrskoordinator hat uns dann ein Konzept ausgearbeitet, so daß wir für die Zukunft durchaus auch mit einem detaillierten Konzept in der Lage sind, schon in der Smogalarmstufe 1 bei den freiwilligen Maßnahmen Parkplätze für rund 4500 Autos an den Stadträndern zur Verfügung zu stellen

beziehungsweise sind auch Vorsorgen getroffen für den Fall, daß die Smogalarmstufe 2 ausgelöst werden müßte, daß wir dann auch Verkehrsverbote erlassen können. Das ist die Situation jetzt bitte. Ich hoffe, ich habe klar genug dargestellt, wie die Verantwortlichkeiten liegen. Ich sage noch einmal, ich möchte gar nichts abschieben, weil jeder seine Verantwortung hat. Nach dem neuen Smogalarmgesetz ist völlig klargestellt, das muß ich auch noch kurz erläutern, weil es wichtig ist, daß die Zuständigkeit ab 0,6 Milligramm, das heißt bei der Smogalarmstufe 1, eindeutig auf den Bund übergeht. Das Land in der mittelbaren Bundesverwaltung, das bin dann ich bitte, ist verantwortlich, und zwar voll verantwortlich, und ich habe gar keine Angst vor dieser Verantwortung. Dann muß das Land tatsächlich Smogalarmpläne auf Landesebene in mittelbarer Bundesverwaltung erlassen, wo für die Vorwarnstufe, Smogalarmstufen 1 und 2, alle Maßnahmen festgelegt sind. Dann bitte ist nur die Vollziehung bei den Bezirksverwaltungsbehörden. Ich sage Ihnen ganz offen, mir ist die Situation dann lieber, weil ich klare Verantwortlichkeiten habe als Umweltlandesrat und klar anordnen kann. Ich muß nicht nach der StVO, sondern auf Grund des Smogalarmgesetzes tätig werden, und dort werden wir selbstverständlich die Frist nicht ablaufen lassen, die der Gesetzgeber vorgesehen hat, nämlich ein Jahr ab Inkrafttreten, denn ich bin im höchsten Maße interessiert, daß die Smogalarmpläne ab Herbst nächsten Jahres rechtskräftig sind. Ich habe vier Arbeitsgruppen eingesetzt, die jetzt dieses Jahr nutzen, die Smogalarmpläne vorbereiten, so daß wir, sollte uns die Situation nächstes Jahr wieder treffen, dann nach einem sehr genauen strategischen Konzept vorgehen können. Ich wollte Ihnen das mitteilen, meine Damen und Herren, ich glaube, der Landtag hat ein Recht, auch darüber Näheres zu erfahren, und ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 20.24 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 5, Gesundheit. Als erstem Redner zu dieser Gruppe erteile ich dem Herrn Abgeordneten Gennaro das Wort.

Abg. Gennaro (20.24 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Es ist zwar bedauerlich, wenn man in den Medien zu lesen bekommt, daß die Landtagsdebatte eigentlich aus dem gleichen Nudelteig besteht, daß wir uns gegenseitig mit Samthandschuhen anfassen und daß, so wie in der „Steirischen“ drinnensteht, die Auseinandersetzungen fehlen. Das trifft mich schon irgendwo, weil ich doch der Meinung bin, daß auch, wenn die Debatte nicht immer so hitzig ist, und Sie können versichert sein, daß schon einige Passagen zu dem Punkt Gesundheit für Auseinandersetzungen sorgen werden. Aber trotzdem meine ich, daß auch einmal das Positive in den Medien berichtet werden sollte und man nicht immer mit Schlagzeilen, wenn es dort und da einen Wirbel gibt, die Öffentlichkeit informiert. Ich glaube, das kann sicherlich nicht unser gemeinsamer Sinn sein. Wenn man zum Thema Gesundheit, meine Damen und Herren, in den letzten Wochen und Monaten in den Medien die Schlagzeilen gelesen hat – die Themen waren sehr vielfältig: Gesundheitsvorsorge,

Ärztenschwemme einerseits, Fachärztemangel andererseits, Reduzierung der Spitalsbetten bis hin zu den Finanzierungsproblemen, wie zum Beispiel „Roßkur“ für die Krankenkassen, höhere Rezeptgebühr gegen Medikamentenmüll und dergleichen. Am alarmierendsten war jedoch die Berichterstattung aus der Bundesrepublik Deutschland, „Milliardenschnitt bei der Gesundheitsreform“. Ich hoffe nur, meine Damen und Herren, daß wir in Österreich diesen Schnitt nie machen müssen. Daher sollte man rechtzeitig darauf achten, daß eine Kostenexplosion verhindert wird, um nicht nachträglich derart schmerzliche Maßnahmen für die Versicherten durchführen zu müssen. Daher möchte ich einigen Damen und Herren hier im Hause ins Stammbuch schreiben, weil einige die Krankenversicherung immer als Melkkuh betrachten: Es gibt keine rote und schwarze Gesundheitspolitik. Trotz verschiedener politischer Weltanschauungen sollte man die Meinungen und Aufgaben des Andersdenkenden respektieren und achten. Das gemeinsame Ziel, den Menschen Sicherheit und eine optimale Versorgung im Krankheitsfalle zu gewähren, ist in den Vordergrund zu stellen. Das Thema Gesundheit, meine Damen und Herren, eignet sich sicher nicht als Spielwiese für Parteipolitik. Jeder von uns hat 1000 Wünsche. Wenn man krank ist, hat man meist nur einen Wunsch – gesund zu werden. Die Menschen sollten aber durch ihre Krankheit nicht ärmer werden. Und daher sollte man Vorschläge, auch wenn sie von der Gebietskrankenkasse kommen, nicht immer grundsätzlich ablehnen, sondern in die Überlegungen für das gemeinsame Ziel miteinbinden.

In Anbetracht der Tatsache, daß Sozialpolitik und Volkswirtschaft untrennbar miteinander verbunden sind, müssen wir uns bei allen Wünschen und Forderungen an den wirtschaftlichen Gegebenheiten orientieren. Die vor kurzem in den Medien erfolgte Titulierung der Steiermark als „Armenhaus Österreichs“ ist vielleicht im Gesundheitsbereich eine drastische Formulierung, jedoch die Nachzüglerrolle unseres Bundeslandes beim Lohnniveau und somit auch bei den Beitragsgrundlagen ist leider bittere Realität, so wie die hohen Arbeitslosenraten.

Die Entwicklung der 24 heimischen Krankenkassen wird heuer ein Minus von 500 bis 600 Millionen Schilling ergeben, den Kassen droht ein extremer Sparkurs. Die Aufwendungen pro Tag und Patient bei Spitalsaufenthalt haben sich von 1984 bis 1987, für 1988 liegen noch keine Zahlen vor, um 22 Prozent und die durchschnittlichen Honorare der Ärzte um fast 23 Prozent erhöht. Im selben Zeitraum sind zum Beispiel die Durchschnittsverdienste der Industriebeschäftigten, die im Spitzenfeld liegen, lediglich um 15 Prozent gestiegen. Die Belastungen, die den Kassen vom Gesetzgeber auferlegt werden und die den KRAZAF betreffen, nehmen gigantische Dimensionen an. Die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage der Krankenversicherung um 4000 Schilling werden dem KRAZAF jährlich 1,5 Milliarden Schilling mehr bringen, wobei die Kassen davon nicht profitieren.

Die Steiermark hat hier sicher eine günstige Ausgangslage. Für 1987 bekommt die Steiermark 800 Millionen Schilling, für 1988 werden es über 900 Millionen Schilling sein. Die heimischen Spitäler leiden an chronischem Geldmangel, weil die Kranken-

anstalten nicht nach erbrachter Leistung bezahlt werden, sondern jeweils das erwirtschaftete Defizit ausgeglichen wird. Da fehlt uns oft das entsprechende Kostenbewußtsein. Man spart oft sehr wohl beim Personal ein, man müßte sich auch in der Krankenanstalt überlegen und ein bißchen durchforsten, welchen Belastungen Nachtschwestern und Personal ausgesetzt sind. Den Bundesländern werden per Gesetzesbeschluß Finanzmittel für eine Strukturreform zur Verfügung gestellt. Die Vergabe des Geldes ist an harte Bedingungen geknüpft. Da gibt es einige Punkte. Ich möchte zum Beispiel nur herausstreichen mit der Ausbildung der Mediziner: auf jeweils 15 Betten im Spital ein Ausbildungsplatz. Es gibt zwar, wie in der „Kleinen Zeitung“ vom 26. November 1988 berichtet wurde, eine Medizinerflut, aber die steirische Situation ist für uns bei Gott kein Renommee.

Ärzttekammervizepräsident Dr. Hammer meinte in einer Presseaussendung, ich zitiere wörtlich: „Trotz Medizinerschwemme leidet die Steiermark an einem eklatanten Fachärztemangel“. Er meint, 25 Fachärzte fehlen, in Wirklichkeit sind es 32, ohne die Zahnärzte und Dentisten zu nennen. Ein Mangel, der uns peinlich sein muß – die Worte des Vizepräsidenten Hammer. Vor allem in den Bezirken gibt es zu wenig Kinder-, Hals-Nasen-Ohren- und Augenärzte, zu wenig Dermatologen und Gynäkologen. Lange Anmeldefristen, weite Anfahrtswege und überfüllte Wartezimmer sind die Folge. Zu einer Verschärfung des Fachärztemangels wird es bei den Hautärzten kommen. Hier gibt es eine starke Überalterung und fehlenden Nachwuchs. Die Obersteiermark ist jetzt schon mit Dermatologen weit unterversorgt. Bei der Demonstration vor der Wiener Universität wurde eine Offenlegung der Warteliste für Turnusplätze gefordert. Eine Statistik des Sozialministeriums und der Ärztekammer verdeutlicht diese Situation. 4000 Medizinabsolventen warten auf einen Turnusplatz, rund 500 davon allein in der Steiermark. Das Durchschnittsalter der österreichischen Ärzte liegt bei 48 Jahren, aber 1004 Ärzte sind älter als 70 Jahre. Und ich habe hier eine Statistik, die bereits in der Zeitung veröffentlicht wurde.

Für die Steiermark, meine Damen und Herren, wäre es sicherlich eine Katastrophe, wenn die älteren Ärzte plötzlich in Pension gehen würden, weil wir keinen Nachwuchs haben. Der „Flaschenhals“ bei den Ausbildungsplätzen, von denen immer in den Spitalern gesprochen wird, ist meiner Meinung nach darauf zurückzuführen, daß man in der Vergangenheit die Ärzte pragmatisiert hat, sie daher im Spital geblieben sind, teilweise Verträge mit kleineren Kassen bekommen haben, nebenbei auch Privatordinationen betreiben und sogar während der Dienstzeit im Sanatorium operieren. Hier muß sicher ein neuer Weg beschritten werden. Eine weitere Diskussion ist die Reduzierung beziehungsweise der Abbau von Akutbetten. In der Bevölkerung verstehen es viele Menschen nicht, warum man einerseits Spitalsbetten abbauen will, obwohl man andererseits lange Wartezeiten auf ein Spitalsbett hinnehmen muß. Sie verstehen also nicht, worin der Sinn dieser Maßnahmen liegen soll. Im internationalen Durchschnitt gibt es für 1000 Einwohner fünf bis sieben Spitalsbetten, in der Steiermark jedoch 13,5 Betten für 1000 Einwohner, also beinahe doppelt so viel. Das beweist, daß überwiegend die

Pflegefälle die teuren Akutbetten blockieren. Also brauchen wir Einrichtungen mit mehr Pflegebetten. Und seit 1. Jänner 1988 sind die Länder ja gesetzlich verpflichtet, 10 bis 25 Prozent der KRAZAF-Mittel, die zu einem großen Teil von den Krankenversicherungsträgern aufgebracht werden, für sogenannte Strukturmaßnahmen zu verwenden. Unter diese Strukturmaßnahmen fällt zum Beispiel auch die Hauskrankenpflege. Dem Land Steiermark stehen dadurch heuer für diese Zwecke zwischen 92,5 Millionen Schilling, wenn man die 10 Prozent hernimmt, und 231 Millionen Schilling, wenn man auf 25 Prozent gehen würde, zur Verfügung. Die Krankenkassen finanzieren also die Hauskrankenpflege im Wege über den KRAZAF maßgeblich mit. Die Entscheidung darüber, ob den Betroffenen der genannte Minimal- oder Maximalbetrag zugutekommen wird, liegt bei den Personen im Land, die sich immer großzügig auf Kosten der Krankenversicherungen – (Abg. Schützenhöfer: „Wer hat die Rede geschrieben?“) ich selbst, lieber Kollege – (Abg. Schützenhöfer: „Das glaube ich nicht!“) für den Ausbau der Hauskrankenpflege ausgesprochen haben. Und wenn daher im Voranschlag in der Erinnerungspost für die Position Hauskrankenpflege, Kollege Schützenhöfer, nur 1000 Schilling veranschlagt sind, bezweifle ich die Glaubhaftigkeit und die Aussagen des derzeit zuständigen Landesrates Prof. Jungwirth. Ich möchte seine eigenen Worte gebrauchen, die er heute schon gebraucht hat, vielleicht sind seine Aussagen auch ein Sprechdurchfall. In diesem Zusammenhang frage ich Sie, Herr Landesrat, wie sind die Mittel aufgeteilt worden? Welche Institutionen werden mit diesen Mitteln subventioniert? Warum sind die Mittel aus 1988 nicht im Voranschlag für Hauskrankenpflege bereitgestellt worden? Die Steiermärkische Gebietskrankenkasse hat im Budget schon 300.000 Schilling (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Da müssen Sie den Herrn Landesrat Dr. Klausner fragen. Er klärt Sie auf!“ – Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: „Sie müssen sich das Budget vom Landesfinanzreferenten erklären lassen!“) – er wird dann schon Antwort geben – zusätzlich bereitgestellt. Das Land Steiermark hat auf Grund der Gesetzeslage Mittel zur Verfügung, und es stellt sich die Frage – die Beträge scheinen nirgends auf –, wo sind sie hingekommen oder was passiert mit ihnen?

In der letzten Zeit ist auch die Vorsorgemedizin, meine Damen und Herren – (Abg. Schützenhöfer: „Sametz kann das besser. Offensichtlich willst du sein Niveau unterbieten!“) Ja, ich weiß schon, du hast die Möglichkeit, dich dann auch zu Wort zu melden. Meine Damen und Herren, in letzter Zeit ist die Vorsorgemedizin bei einzelnen Personen beziehungsweise Institutionen – und ich spreche im konkreten die Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz an – zum Thema Nummer eins geworden, allerdings meist nicht, was die Aktivitäten, sondern lediglich was die Medienpräsenz betrifft. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Vorsorgemedizin!“) Vorsorgemedizin ist keine Novität, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher. Vielmehr hat die Prophylaxe bei der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse schon seit vielen Jahren den ihr gebührenden Stellenwert, und bereits 1965 hat die Gebietskrankenkasse mit der Errichtung der Gesundenuntersuchungsstelle Graz auf diesem Gebiet Pionierarbeit geleistet. Und dabei ist gerade die Kasse bei jenen

Gruppen auf heftigen Widerstand gestoßen (Abg. Schützenhöfer: „Was wird sich Prensberger denken, wenn er das hört!“), die sich heute in Wort und Bild als die ambitioniertesten Verfechter der Vorsorgemedizin präsentieren. Und wenn man die Gesellschaft für Gesundheitsschutz etwas näher durchleuchtet, daß sie zusätzlich zu den 2,3 Millionen Schilling vom Bund durch das Land mit 700.000 Schilling subventioniert wird, dann drängen sich schon einige Fragen auf. Und die Frau Präsident hat mir einmal gesagt, sie will keine Politik in die Gesellschaft hineinbringen, dann frage ich Sie konkret, da gibt es einen Vorstand, einen Arbeitsausschuß. Der Präsident ist der Ärztekammerpräsident Dr. Piaty, die Geschäftsführerin sind Sie. (Abg. Mag. Rader: „Gemeinderat Dr. Piaty!“) Gut, das ist klar, Herr Gemeinderat Dr. Piaty, weißt du, der Titel Ärztekammerpräsident ist für mich höher als Gemeinderat. (Abg. Schützenhöfer: „Bist du nicht auch im Vorstand?“ – Präsident Dr. Kalnoky: „Im Aufsichtsrat!“) Seit der Neukonstituierung, Frau Präsident Dr. Kalnoky, im Mai 1988, gab es keine einzige Sitzung, erst jetzt durch ein Schreiben meinerseits an die Geschäftsführerin als Antwort auf das von Ihnen an alle Gebietskrankenkassenvorstandsmitglieder gerichtete Schreiben wurde jetzt eine Sitzung für 12. Dezember angesetzt.

Ich meine, Aktivitäten einer Organisation – (Abg. Dr. Dorfer: „Das hat weh getan!“) ich sage Ihnen schon noch etwas dazu –, Aktivitäten einer Organisation sollten vorher diskutiert und besprochen werden. Mir paßt es sicherlich nicht, wenn man durch Zufall von Projekten erfährt, die überhaupt nicht abgesprochen und diskutiert werden. Ein konkretes Beispiel; Schreiben an den Landesrat Dr. Strenitz im Rahmen des Projektes Gesundheitsvorsorge im Krankenhaus, Spital und Ernährung. Ich glaube schon, daß man auch darüber etwas einbringen kann oder Diskussionsbeiträge liefert, bevor das veröffentlicht wird. Und nachdem ich von meiner Fraktion – wenn ich das so sagen darf – in diesen Arbeitsausschuß nominiert wurde, ich bin mir nur bis heute noch nicht klar, ob es da ein Regulativ oder Statuten gibt, ich habe es zwar angefordert, bis heute nicht bekommen, und, Frau Präsident, ich möchte nur sagen, wenn Sie ernstgenommen werden wollen, dann müssen Sie ihre Haltung etwas ändern. (Abg. Schützenhöfer: „Er hat es nicht verstanden!“)

Und jetzt bitte ich, ganz gut zuzuhören, die Subventionen – meine Damen und Herren – des Landes sollten auch – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist nicht die Gruppe 2!“) Nein, nein, das ist die Gruppe 5, das weiß ich schon, Herr Professor, das weiß ich. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie treten wie ein Lehrer auf!“ Abg. Trampusch: „Aber Zuhören ist auch in dieser Gruppe erlaubt!“) Das glaube ich, daß euch das nicht paßt. Die Subventionen sollten auch keine versteckten Personalfinanzierungen einzelner Personen sein. Ich konkretisiere das: Wenn das Land Steiermark 700.000 Schilling zusätzlich an diese Gesellschaft gibt, dann muß ich mir die Frage stellen, wenn man das Vortragshonorar, die Reisekosten, Aufwandsentschädigungen, Mehrwertsteuer der Frau Präsident von diesen 700.000 Schilling abzieht, bleiben 75.000 Schilling für die Gesellschaft übrig. (Abg. Schützenhöfer: „Mein Gott, Gennaro, primitiver geht es nicht mehr!“) Wenn

man schon Subventionen gibt, dann soll das keine – bitte – versteckte Personenfinanzierung sein. Und wenn man auf gute Zusammenarbeit Wert legt, dann bitte unterlassen sie zusätzliche Angriffe auf die Gebietskrankenkasse, die können wir nicht zur Kenntnis nehmen. Aber wir werden am 12. darüber diskutieren. Meine Damen und Herren! (Abg. Schützenhöfer: „Der Herr Sametz fährt als Obmann der Gebietskrankenkasse nach Brasilien, um Computer zu besichtigen. Man soll den Mund nicht so voll nehmen!“) Schützenhöfer, gegen dich bin ich ein Waisenkind bei deinen Zwischenrufen, die unter der Gürtellinie sind – lasse dir das einmal gesagt sein.

Dankbar bin ich, meine Damen und Herren, dem Arbeiterkammertagspräsidenten Mag. Vogler und der steirischen Arbeiterkammer, die die Forderung nach Abschaffung des 50-Schilling-Spitalkostenbeitrages unterstützen. Es hagelte bereits Patientenbeschwerden in ganz Österreich, daß viele Spitäler diese Beiträge doppelt und völlig ungerechtfertigt kassieren. Der Gesundheitsminister Löschnak hat zwar in einem Schreiben an die Landeshauptleute gebeten, diese Mißstände abzustellen, jedoch wurden auch bei uns die unrichtigerweise eingehobenen Beträge trotz der Zusage des Vorstandes der KRAGES (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Herr Landesrat Dr. Strenitz kann Sie aufklären!“) – Herr Bosch sitzt da hinten –, der in einem Radiointerview gesagt hat, er wird diese zu Unrecht eingehobenen Beträge zurückbezahlen, noch nicht zurückbezahlt. Ich bekenne mich dazu, nachdem es am 29. November in Wien eine Aussprache gegeben hat, und, meine Damen und Herren – da sind wir alle miteinander aufgerufen –, uns unterstellt wurde, daß wir nicht gewußt haben, was wir beschlossen haben. Bei der 10. KALG-Novelle wurden auch bei uns die Erläuterungen diskutiert, und ich fordere alle auf, daß wir sofort an die Arbeit gehen und in der 12. – die 11. wird, glaube ich, noch in dieser Sitzung beschlossen –, in der 12. KALG-Novelle, wenn man schon nicht sofort diese generelle Abschaffung erreichen kann, daß wir bitte einen taxativen Ausnahmekatalog erarbeiten und beschließen, damit nicht die sozial Schwächsten in der Steiermark diese 50 Schilling zu bezahlen haben. (Beifall bei der SPÖ.) Eine alarmierende Feststellung, meine Damen und Herren, wurde auf Grund einer kürzlich durchgeführten Erhebung des Statistischen Zentralamtes getroffen. 855.000 Arbeitnehmer sind am Arbeitsplatz akut gesundheitsgefährdet.

Der Arbeitsplatz ist weiter der Krankmacher Nummer eins. Jährlich gibt es 260.000 Arbeitsunfälle. Lärm, Schwerhörigkeit und Hauterkrankungen führen die Berufskrankheiten mit Abstand an. Eine ständig steigende Zahl von Invaliditätspensionen resultiert daraus. Diese Untersuchung läßt die Frage „Arbeitsmedizin“ wieder aufleben. Bis zum Jahre 1976 gab es in Österreich überhaupt keine Ausbildung für Arbeitsmediziner. In der Steiermark war der bereits im Jahre 1973 verstorbene Universitätsprofessor und Grazer Gemeinderat Herbert Heiß ein Vorkämpfer für die Arbeitsmedizin. Nach den derzeit gültigen gesetzlichen Bestimmungen des Arbeitnehmerschutzgesetzes und des ASVG ist in jedem Betrieb, wenn dort regelmäßig mehr als 250 Arbeitnehmer beschäftigt sind, vom Arbeitgeber eine entsprechende betriebsärztliche Betreuung einzurichten. In Betrieben mit regelmäßig

750 Arbeitnehmern ist ein betriebseigener Arzt zu bestellen, und in Betrieben mit mehr als 1000 Arbeitnehmern hat dieser Betriebsarzt eine hauptberufliche Betreuung auszuüben. Das heißt, mehr als 20 Wochenstunden. Auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen sind von den derzeit 2,794.900 unselbständig Beschäftigten in Österreich lediglich 30 Prozent arbeitsmedizinisch betreut. Die betriebsärztliche Betreuung hat sich im wesentlichen auf vorbeugende Gesundheitsmaßnahmen zu erstrecken, um gesundheitsschädigende Einwirkungen zu vermeiden. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind zwar besondere Kenntnisse auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin erforderlich, die derzeit an den österreichischen Universitäten nicht ausreichend vermittelt werden. Für die betriebsärztliche Tätigkeit dürfen nur Ärzte herangezogen werden, die auch das notwendige Wissen auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin sowie auch Kenntnisse über die maßgeblichen Arbeitnehmerschutzvorschriften nachweisen können. Mit Bescheid vom 24. April 1984 erklärte der Gesundheitsminister die von der Österreichischen Akademie für Arbeitsmedizin (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Professor Klingenberg!“) veranstaltete zwölfwöchige Ausbildung als die anerkannte Ausbildung. Zum damaligen Zeitpunkt standen jedoch nicht genügend arbeitsmedizinisch ausgebildete Ärzte für die Betreuung der Betriebe zur Verfügung. Festgelegt wurde also, daß bis 31. Dezember 1989 vom Nachweis der anerkannten Ausbildung abgesehen werden kann. Ein Arzt kann seine betriebsärztliche Tätigkeit aufnehmen, wenn er zumindest vier Wochen der Ausbildung plus der entsprechenden Vorträge absolviert hat. Die restlichen Ausbildungswochen müßte er bis 31. Dezember 1989 absolvieren.

Ab 1. Jänner 1989 dürfen nur noch ausgebildete Arbeitsmediziner von Betrieben in Vertrag genommen werden. Für jene Betriebsärzte, die ihre Tätigkeit erst im Jahre 1988 oder 1989 aufnehmen und somit auch ihre Ausbildung erst dann beginnen können, wird diese Regelung sicherlich zu Absolvierungsschwierigkeiten führen. Denn ein niedergelassener Arzt, der gezwungen ist, zwölf Wochen für einen Lehrgang weg zu sein, wird Probleme haben.

Ich möchte daher auch, meine Damen und Herren, dem zuständigen Spitalslandesrat Dr. Strenitz für seinen Einsatz, eine optimale Ausbildung von Arbeitsmedizinern mit eigener Lehrkanzel (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Professor Klingenberg ist Ordinarius für Arbeitsmedizin gewesen!“) auf der medizinischen Fakultät unserer Universitäten zu schaffen, danken. Damit die Betriebsärzte ihrer Aufgabe, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer beim Arbeitsschutz zu unterstützen und zu beraten, nachkommen können, ist eine Lehrkanzel in der Steiermark allein schon durch die betriebliche Struktur am geeignetsten und sicher notwendig. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 20.45 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Harmtodt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Harmtodt (20.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Wenn ich heute über das Gesundheitswesen spreche, dann möchte ich, wie immer, eine sehr positive

Aussage machen. Wir alle wissen, daß es mit der ärztlichen Versorgung noch Schwierigkeiten gibt. Vor allem fehlen uns in den Zentralorten praktische Ärzte und Zahnärzte. In den Städten fehlen uns noch verschiedene Fachärzte. Bei uns in Feldbach, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehen die Uhren Gott sei Dank anders. Wir haben eine sehr gute ärztliche Versorgung. Wir sind mit der ärztlichen Versorgung von allen Gemeinden in ganz Österreich mit Abstand, an Einwohnern gemessen, an erster Stelle. Das ist für uns sehr, sehr erfreulich. Wir haben nur 4500 Einwohner. Es gibt in Feldbach fünf Zahnärzte, acht praktische Ärzte, aber elf Fachärzte. Weiters verfügen wir über eine private Dialysestation und ein Privatsanatorium. Es gibt auch in Feldbach eine psychotherapeutische Außenstelle und einen heilpädagogischen Kindergarten, wohin zusätzlich Experten nach Feldbach kommen. In unserem Pflegeheim gibt es ebenfalls eine gute ärztliche Betreuung. Das Landeskrankenhaus, das jetzt so großartig ausgebaut wird, ist sicherlich die Krönung aller dieser Einrichtungen. Ich bin direkt froh, daß wir mit der Baurealisierung so lange zugewartet haben, daß es so lange gedauert hat, denn ursprünglich war das alles viel kleiner vorgesehen. Ich möchte daher heute die Gelegenheit wahrnehmen und unserem geschätzten Landeshauptmann Dr. Josef Krainer dafür danken. Er hat uns hier sehr wesentlich unterstützt. Es war sozusagen eine Zangengeburt, aber es ist ein gelungenes Werk. Bereits am 15. Dezember dieses Jahres werden wir die Gleichfeier durchführen. Wir freuen uns alle über diesen großen Fortschritt. Ich möchte aber auch bei dieser Gelegenheit dem ehemaligen Landesrat Gerhard Heidinger sehr herzlich danken. Wir haben sehr gut zusammengearbeitet, und er hat auch wesentlich dazu beigetragen. Ich möchte aber auch allen, die hier die Hände angelegt haben, Dank und Anerkennung aussprechen. In Verbindung mit diesem Krankenhausbau in Feldbach habe ich eine große Einsicht in die Krankenanstalten-Ges. m. b. H. bekommen. Ich konnte vieles beobachten, und ich habe einen guten Eindruck gewonnen, und ich möchte daher auch über die Gesellschaft Positives aussagen. Die Ausgliederung der Krankenanstalten wurde im Landtag und in der Steiermärkischen Landesregierung einstimmig beschlossen. Gemeinsame Zielsetzung und damit ein Auftrag an den Vorstand der Gesellschaft war erstens die medizinische Versorgung der steirischen Patienten in den Krankenhäusern weiterhin sicherzustellen und sogar zu verbessern und zweitens den Betrieb der Krankenhäuser wirtschaftlicher zu gestalten. Dazu wurden mit beiden Vorstandsdirektoren, die heute anwesend sind, ich darf sie herzlich begrüßen, intensive Verhandlungen geführt. Sie mußten alle Zielvorgaben in Form eines Vertrages akzeptieren. Wesentliche Verbesserungen wurden verlangt und sind auch schon sehr deutlich sichtbar. Sie haben eine Statistik bekommen, und da können Sie ganz klar erkennen, wie gut sich das alles gestaltet hat. Ich möchte die Leistungen der Gesellschaft an den beiden Zielvorgaben kurz beschreiben.

Erstens: Verbesserungen in den medizinischen Leistungen. Die Leistungen eines Krankenhauses werden meistens an der Spitzenversorgung, der Spitzenleistung gemessen. Diese haben sich in unseren steirischen Krankenhäusern wie folgt entwickelt, und hier muß ich einige Zahlen nennen: 1985 waren es 40.596

Leistungen, 1986 waren es 43.070 Leistungen und 1987 51.788. Aber nicht nur die medizinischen Spitzenleistungen, auch die Standardleistungen wurden wesentlich verbessert.

So entwickelte sich die Anzahl der stationären Aufnahmen in den allgemeinen Klassen wie folgt: 1985 waren es 163.512, 1986 186.780, und 1987 waren es 168.525 Aufnahmen. Aber auch im ambulanten Bereich gab es eine wesentliche Steigerung. Hier die konkreten Zahlen: 1985 waren es 436.134, im Jahr 1986 waren es 451.995, und 1987 gab es in der Steiermark 456.011 Behandlungen. Zusammenfassend, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist also festzustellen, daß die medizinischen Leistungen sich auf allen Sektoren in den letzten Jahren wesentlich verbessert haben. Die Aufgaben, die Leistungen, wurden aber immer größer, und daher gab es auch notwendige Aufnahmen. Wir haben im Jahre 1986 – und das ist vom Ist-Bestand her gesehen – 104 Personen aufgenommen, und im Jahre 1987 waren es 174 Personen. Aber sehr interessant sind auch die Investitionen. Auch diese wurden sehr kräftig erhöht. Für das Jahr 1989 ist ein gigantischer Betrag vorgesehen, und zwar in der Höhe von 1,1 Milliarden Schilling, das ist eine gigantische Summe, und auch die Wirtschaft wird hier sehr wesentlich davon profitieren. Hier werden wesentliche Impulse gesetzt. Es gibt auch in den nächsten Jahren Realisierungen. Eine Vielzahl von medizinischen und wirtschaftlichen Konzepten liegt vor. Leider sind einige Strukturveränderungen oder -überlegungen zu früh an die Medien gegangen, und es sind dadurch Schwierigkeiten entstanden. Die Bevölkerung hat es nicht zur Kenntnis genommen, und zum Beispiel hört man auch von Bürgerinitiativen in Radkersburg. Auf einige Konzepte darf ich aber aufmerksam machen. Außer dem Neubau oder Umbau in Feldbach, der schon bekannt ist, und dem Neubau in Bruck ist für das Landeskrankenhaus in Eisenerz die Einrichtung einer pulmologischen Abteilung vorgesehen, ich glaube, eine sehr wichtige Einrichtung. Im Krankenhaus Hörgas wird eine interne Abteilung errichtet. Auch in Graz gibt es wesentliche Verbesserungen. Aber auch die Standardkrankenanstalten werden ausgebaut; über Hartberg und alle, die noch vor einer Entscheidung stehen, wird sehr oft gesprochen. Konzepte gibt es für die Wäschereien und für die Abfallentsorgung. Diese Einrichtungen liegen im Konzept vor.

Es muß aber auch voll Anerkennung gesagt werden, daß alle 21 Landeskrankenhäuser im Vergleich zu den übrigen Krankenhäusern in ganz Österreich kostengünstig geführt werden. Die durchschnittliche Kostensteigerung liegt österreichweit bei 7,76 Prozent, in der Steiermark nur bei 1,24 Prozent. Auch ein sehr, sehr großer Erfolg. Zusammenfassend möchte ich noch kurz sagen, daß die Ausgliederung der Krankenanstalten im großen und ganzen gesehen ein Erfolg war. Bei einem so großen Unternehmen mit 6,5 Milliarden Schilling Umsatz ist es unvermeidbar, daß die eine oder andere Entscheidung des Vorstandes nicht von allen Abgeordneten akzeptiert wurde. Ich habe dafür Verständnis. Leider wird sehr oft viel zu viel Negatives ausgesagt. Wie schon gesagt, wurde das zwischendurch gemacht. Aber, wo gearbeitet wird (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Fallen Späne!“), fallen Späne. Sehr richtig! Aber

wenn man alle Vergleiche anstellt, so kann ich sagen, wenn man das wenig Negative mit dem Positiven vergleicht, dann ist das Positive wesentlich größer. Daher möchte ich heute den Vorstandsdirektoren Bosch und Moser meinen Dank aussprechen. Ich möchte aber vor allem auch unserem geschätzten Landesrat Dr. Strenitz sehr herzlich danken für seine Mitarbeit. Ich möchte auch die Gelegenheit wahrnehmen, allen Ärzten, Schwestern und dem Personal von ganzem Herzen Dank zu sagen. Danke schön. (Allgemeiner Beifall. – 20.57 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich unterbreche jetzt die Sitzung für eine zehnmütige Lüftungspause. Wir setzen die Sitzung um 21.10 Uhr fort. Der erste Redner zu dieser Debatte wird der Herr Abgeordnete Hammer sein. (Unterbrechung der Sitzung: 21.00 Uhr bis 21.14 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Hammer das Wort.

Abg. Hammer (21.14 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn sich die Kollegen vom Sauerstoffschock wieder erholt haben, hoffe ich, daß wir unsere Diskussion fortsetzen können. Es ist die vorrangige Aufgabe der Steirischen Krankenanstaltengesellschaft, für die steirische Bevölkerung Krankbetten mit all den rundherum notwendigen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Sie trägt daher einen erheblichen Teil an Verantwortung bei der ärztlichen Versorgung dieses Landes. Wir in diesem Haus, meine Damen und Herren, tragen die politische Verantwortung, und der Herr Kollege Loidl hat das bei der Installierung der Krankenanstaltengesellschaft damals auch betont. Wir können an Gesellschaften gründen, was wir wollen. Die politische Verantwortung werden wir dafür nie los werden. Wir haben die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Natürlich gehört auch die Aufbringung der finanziellen Mittel dazu. Die Auflagen des KRAZAF, des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds – das komplizierteste Wort –, die im Koalitionsabkommen enthalten sind, verlangen auch in der Steiermark eine Reduzierung von Spitalsbetten. Der Bevölkerungsrückgang im Einzugsgebiet des Eisenerz Krankenhauses sowie der schwerpunktmäßige Ausbau in Leoben haben die Auslastung der Chirurgie in Eisenerz stark absinken lassen. Dazu kommt noch, daß Herr Primar Hutzel mit Ende des Jahres in den Ruhestand geht. Herr Primar Hutzel hat sich immer und sehr wesentlich für das Haus in Eisenerz Verdienste erworben und seinen Ruf weit über Eisenerz hinaus für ein gutes Krankenhaus getragen. Diese vorher erwähnten Umstände wurden uns zumindest von der Krankenanstaltengesellschaft als Grund dafür genannt, daß für Eisenerz die Schließung dieses Hauses überlegt wurde. Erst die Unterstützung durch Landeshauptmann Gross und Landesrat Dr. Strenitz sowie das geschlossene Auftreten der Bevölkerung aus Eisenerz, das durch die Sammlung von mehr als 10.000 Unterschriften dokumentiert wurde, veranlaßte die Krankenanstaltengesellschaft, neue Überlegungen für das Landeskrankenhaus Eisenerz anzustellen. Es wur-

den nun neue Schwerpunkte für Eisenerz gesetzt, wie bereits der Kollege Harntodt erwähnt hat, ein pulmonologisches Primariat soll nach Eisenerz kommen, und eine interne Abteilung in der Altersmedizin soll ausgebaut werden. Und darüber hinaus wird durch die Installierung von zusätzlichen fachärztlichen Ambulanzdiensten eine verbesserte ärztliche Versorgung angeboten. Obwohl bedauerlicherweise 35 Betten in Eisenerz verloren gehen, ist somit der Bestand des Hauses – und wir hoffen das alle sehr – mit den Arbeitsplätzen auch für die Zukunft hinaus, so hoffe ich doch, gesichert. Es sind immerhin Investitionen in einem Rahmen von rund 20 Millionen Schilling vorgesehen. Der Baubeginn wird zumindest in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres einsetzen. Das überparteiliche Komitee zur Erhaltung des Krankenhauses in Eisenerz wird die Umsetzung der zugesagten Erneuerungen und der neuen Schwerpunktsetzung genau verfolgen.

Ich ersuche Sie, Herr Landesrat Dr. Strenitz und alle politischen Verantwortungsträger hier im Hause, dafür Sorge zu tragen, daß ein reibungsloser Übergang zu einer verbesserten ärztlichen Versorgung der Bevölkerung im Raume Eisenerz damit auch in Zukunft hin gewährleistet ist. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 21.19 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Herrmann (21.19 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, werte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Meine Wortmeldung zur Gruppe 5 wird kurz sein. Ich möchte nur dahingehend dokumentieren, daß wir über die Parteigrenzen hinaus für einen Neubau des Landeskrankenhauses Hartberg eintreten. Denn meiner Meinung nach sind eine Sanierung oder ein Zubau nicht sinnvoll. Denn ich kann mir nicht vorstellen, wenn zum Beispiel einer mit einer Gehirnhautentzündung im Zimmer liegt, und draußen wird mit Preßluft-hämmern gearbeitet, daß das sehr wertvoll für ihn ist. Ich ersuche alle Verantwortlichen, hier auch menschliche Argumente und nicht nur wirtschaftliche Argumente gelten zu lassen. Ich habe vom Kollegen Pörtl in seiner Generaldebatte gehört, daß auch der Landesrechnungshof nun dafür ist, und auch der Herr Landesrat Dr. Strenitz sagt, auch er werde dafür sein. Ich freue mich, und ich ersuche alle Verantwortlichen, wirklich dafür Sorge zu tragen, daß dieser Neubau Wirklichkeit wird. Zu den Überlegungen, daß auch die Geburtstation geschlossen werden soll, derzeit ist es ja nicht zur Diskussion, muß ich dazu schon folgendes sagen. Es wird von uns verlangt, daß wir 1000 Geburten im Krankenhaus haben sollen. Ich bin der Meinung, zuerst müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, und dann erst werden die Wöchnerinnen kommen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist biologisch richtig!“) Wir sind einer der geburtenstärksten Bezirke, und wir werden diese 1000 Geburten sicher zusammenbringen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Werte Damen und Herren, ich habe mir die Mühe gemacht und Arbeiterinnen gefragt, warum hast du nicht im Landeskrankenhaus Hartberg entbunden? Mir wurde zur Antwort gegeben, bitte schau einmal in das Landeskrankenhaus Oberwart oder in das Marien-

krankenhaus nach Vorau, und dann wirst du es sehen. Im Oberwarter Krankenhaus liegen in der normalen Klasse drei Wöchnerinnen im Zimmer, und in Hartberg haben wir derzeit noch sieben mit einer sanitären Anlage. Ich glaube, wenn die Voraussetzungen geschaffen werden, dann werden auch unsere Steirer wieder in der Steiermark auf die Welt kommen und nicht im Burgenland. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 21.22 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader (21.22 Uhr): Frau Präsidentin, meine verehrten Damen und Herren!

Und dabei hat ja der Bezirk Hartberg, wie ich gestern festgestellt habe anhand einer Bemerkung des Kollegen, des Generalredners der ÖVP, ja etwas nachzuholen. Die höchste Zahl der außerehelichen Geburten ist in Murau und nicht in Hartberg. Ich sage nicht unehelich, sondern außerehelich, damit der Herr Kollege sich auch noch ins Geschehen einmischen kann. Er hat bis jetzt noch nichts nachgewiesen, zumindest nicht eingestanden. Wenn das dazugehört. Da bin ich auch für Offenlegung. Meine Damen und Herren, es haben ja schon viele herumgedoktert an den Krankenanstalten heute abend. Ich wollte eigentlich, daß wir diese Debatte nicht um halb zehn Uhr nachts am zweiten Budgettag führen, weil logischerweise der Aufmerksamkeitsgrad nicht so groß sein kann, wenn man schon am zweiten Tag diskutiert, sondern habe mir eigentlich erwartet, daß es möglich sein würde, auf Grund einer Übereinkunft, daß wir diese Debatte in der ersten Sitzung im Jänner machen können. Ganz einfach deshalb, weil wir auf Grund unseres Beschlusses im Kontroll-Ausschuß ja ohnehin einen Rechnungshofbericht im Hause haben werden und dort diskutieren werden. Es wäre eigentlich gescheiter, wenn man bei dieser Gelegenheit nicht nur über ein paar Detailprobleme, so öffentlichkeitswirksam sie auch sein mögen, diskutiert, sondern wirklich eine Bilanz über die Steirische Krankenanstaltengesellschaft ziehen könnte. Eine Bilanz, die ich für erforderlich halte. Aber bitte, es ist höheren Orts entschieden worden, daß wir uns heute auseinanderzusetzen haben mit diesen Dingen. Daher tun wir das, meine Damen und Herren. Höheren Orts: beim Präsidenten, nicht bei der Präsidentin und über weiteren Wunsch wesentlicher Regierungsfunktionäre. Meine Damen und Herren, ich halte es aber trotzdem für gescheit, daß wir im Jänner nicht nur eine breitere Diskussion im Hause wiederholen, weil ich nehme an, so breit werden wir heute nicht sein können, wie das die Gesellschaft eigentlich verdient, sondern daß man, und das ist vielleicht eine Anregung, die man schon jetzt ad notam nehmen könnte, daß man auch in dem Kontroll-Ausschuß, der eine Woche vor der nächsten Landtagssitzung sein wird, uns nicht nur in der Diskussion auf den Bericht beschränken, sondern auch in diesem Kontroll-Ausschuß eine breitere Diskussion machen aus einem ganz logischen, fairen Grund. Weil man dann, was im Hause geschäftsmäßig nicht möglich ist, diejenigen, die verantwortlich sind für die Führung der Gesellschaft, im Kontroll-Ausschuß über weitere Dinge, die nicht im Bericht stehen, befragen könnte. Nachdem der Kollege

Univ.-Prof. Dr. Schilcher nickt, hoffe ich auch, daß Landesrat Dr. Strenitz dieser Argumentation folgt, denn es wäre eigentlich unfair, wenn man im Hause alles mögliche diskutiert, aber die Herren können zum einen oder anderen Punkt nicht Stellung nehmen. Ich würde meinen, man sollte im Kontroll-Ausschuß die Dinge, die man dann anscheiden möchte bei der Debatte, schon auf den Tisch legen, um auch wirklich die Antworten hereinzubekommen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ein Zwischenruf. Sie haben das mißverstanden, Herr Kollege. Wir waren uns einig, daß die Diskussion im Hinblick auf die folgende Diskussion gekürzt werden sollte, aber nicht vollends ausgespart, und das hat der Präsident, den Sie in der Abwesenheit angesprochen haben, gemeint gehabt. Wir wollten den Kollegen nicht die Gelegenheit nehmen, hier auch ein Wort zu sagen, und grundsätzlich die Diskussion nicht aussparen. Die eigentliche große Diskussion ist anläßlich dieses Kontrollberichtes zu führen. Es ist niemand dazu verhalten, eine lange Rede zu halten. Damit kein Mißverständnis bestehe!“) Danke schön, Herr Landeshauptmann. Ich wollte nicht zitieren, wer höheren Orts quasi gemeint hat, daß nicht ausgespart werden soll. Das war der Herr Landeshauptmann höchst persönlich, der gemeint hat, diese Verschiebung auf Jänner quasi, wo der Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher durchaus auch zustimmender Meinung war, das sollte man nicht machen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Genau das war das Mißverständnis!“) Ich nehme diese Feststellung jetzt zu Kenntnis. Aber der Kollege Harmsdorf hat jetzt logischerweise begonnen mit einer Bilanzdiskussion, und daher sollte man sie fairerweise auch fortsetzen, um zu untersuchen, ob das, was seinerzeit im Jahre 1985 in diesem Haus diskutiert worden ist, und dann auch zuerst in einer außerordentlichen Sitzung, und dann 1985 in der endgültigen Beschlußfassung, schlußendlich auch eingetreten ist. Es hat der damalige Spitalslandesrat Gerhard Heidinger die Meinung vertreten, man sollte in fünf Jahren darüber reden. Da wir heute schon damit begonnen haben und wir jetzt eigentlich drei Jahre vorbei haben und doch schon einige Ziffern vorliegen, die ich versucht habe, in dieser Tabelle nachzuvollziehen, die der Kollege Harmsdorf vorgelegt hat, glaube ich, könnte man mit dieser Diskussion durchaus heute schon, quasi vorsorgend, beginnen. Ich darf vielleicht eine, die generelle Frage, vorweg auf den Tisch legen. Wenn ich diesem Zahlenmaterial, das ich habe und das auch der Kollege Harmsdorf zitiert hat, wenn ich dem Glauben schenken darf, dann scheinen im Bereich der steirischen Krankenanstalten zumindest in jenen Jahresvergleichen, die vorliegen von 1983 bis 1986, allfällige Steigerungen geringst zu sein. Ich sage deswegen geringst, weil es doch immerhin sehr unterschiedliche Werte gibt.

Der Kollege Harmsdorf hat einen Mehrjahresvergleich der absoluten Kosten mit einer Steigerung in der Steiermark um 1,24, mit anderen, wie zum Beispiel Wien 11,9, Vorarlberg 5,5, Tirol 7,4, jetzt aufgerundet, Salzburg 6,2, Oberösterreich 9,11 und so weiter, alles in diesen Größenordnungen, zitiert. Dasselbe Bild scheint sich ja zu zeigen, nach dem, was ich da sehe bei den Vergleichen je Belagstag und bei den Vergleichen je Patient. Und außerdem haben wir eine sehr interessante Graphik, die zeigen soll, wie sich in diesen Jahren, in denen die Gesellschaft arbeitete, die Zuschüsse verringert haben, nur jetzt wieder ein leicht-

tes Ansteigen zeigen, wie sich in jenen Jahren die Einnahmen entwickelt haben, und wie sich Ausgaben beziehungsweise nunmehr steil vorangehend die Investitionen entwickeln. Diese Ausgliederungsdebatte ist in diesem Hause zum Teil sehr heiß und mit ungeheurer viel Emotion geführt worden. Ob diese Ausgliederung jetzt richtig war oder falsch, diese Frage ist in dieser Situation jetzt zu stellen, ob von den Kosten, ob von den Ausgaben und ob von der Entwicklung her dasselbe Ergebnis seitens einer Führung nach bisherigem Muster durch das Land Steiermark erzielbar gewesen wäre. Ich weiß schon, daß das eine theoretische Frage ist, weil selbstverständlich kann jeder sagen, das hätte ich locker können, und dann wird der nächste kommen und sagen, bitte, warum haben sie es dann nicht getan. Nachdem ich jetzt davon ausgehe, daß der nunmehrige Spitalslandesrat zwar damals als Klubobmann emotional involviert war, und ich habe gerade, bevor ich herausgegangen bin, die Debatten nachgelesen, um mir zu vergegenwärtigen, wie die Debatten damals gelaufen sind, aber noch nicht von der Fachkompetenz voll eingebunden war, würde ich meinen, er sollte jetzt einmal versuchen, sein Kapperl als Aufsichtsratspräsident der Krankenanstalten wegzulegen und sagen, bitte, ich bin jetzt der Krankenanstaltenreferent, und ich versuche jetzt einmal nachzuvollziehen, ob wir das, wenn wir die Gesellschaft nicht hätten, zustande gebracht hätten. Das ist ja die Grundsatzfrage. Ich lasse jetzt alle ideologischen Fragen weg. Von der ideologischen Frage her ist für mich die Entscheidung klar, was für eine Entscheidung richtig ist. Ich lasse das einmal weg, versuche, das zu objektivieren. Ich glaube, daß man das jetzt untersuchen sollte. Vielleicht auch in der Kontroll-Ausschußsitzung im Jänner, und vielleicht auch in der Hausdiskussion, im Jänner quasi eine Bilanz zu ziehen, ob die ganze Geschichte funktioniert hat oder nicht funktioniert hat. Ich möchte bei der Gelegenheit ein – wie Sie wissen – Steckenpferd von mir noch einmal anbringen. Sie wissen, daß ich sowohl bei den ersten Beschlußfassungen so eingetreten bin, als auch nun meinen Antrag vorgelegt habe, ich halte nach wie vor nichts davon, jetzt folge ich der Argumentation des Kollegen Dr. Schilcher im Zusammenhang mit dem Präsidium des „steirischen Herbstes“. Ich halte, offen gestanden, nichts davon, wenn wir eine Ausgliederung aus dem politischen Bereich machen und trotzdem aber den Aufsichtsrat früh mit nur politischen Mandataren besetzen. Ich sage das nur durchaus auch deshalb, weil ich zwar weiß, daß anlässlich der Feierlichkeiten der Medizinischen Fakultät mit sehr viel Ankündigungspotential mitgeteilt wurde, daß ja künftig der Dekan der Medizinischen Fakultät, ob als Person oder als Dekan, wie auch immer, dem Aufsichtsrat angehören sollte, um wirklich das fachliche Argument einzubringen. Nur höre ich, daß das bislang bitte nur ein Luftballon war und das noch immer nicht der Fall war. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Er war bei drei Sitzungen dabei!“) Der Dekan der Medizinischen Fakultät mag bei drei Sitzungen dabeigewesen sein, nur, er ist nicht Aufsichtsrat, wie ich weiß. Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, wie machen Sie das dann mit den Abstimmungen? Stimmt er jetzt ab, stimmt er nicht ab? Ist er Aufsichtsrat oder ist er nicht Aufsichtsrat? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Es ist sein Wunsch einstweilen, weil er Schwierigkeiten rechtlicher Natur hat und das erst mit dem Ministerium klären muß, ob

das vereinbar ist!“) Dann haben wir beide recht. Sie wollen ihn drinnen haben, und ich habe recht, daß er noch nicht drinnen ist. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Er ist drinnen in der Diskussion. Er kann nur nicht abstimmen – auf seinen eigenen Wunsch!“) Wir haben beide recht. Ich weiß, daß Sie das nicht unterstützen, ich weiß, daß Sie dem auch nicht folgen werden, aber Sie wissen, daß ich der Meinung bin, daß man das sinnvollerweise in allen Bereichen tun sollte, wie wir das heute in all den anderen Bereichen beschlossen haben.

Meine Damen und Herren! Und genau die Wortmeldung zum Schluß, die wir ein bißchen lustig kommentiert haben, weil alle Lokalpolitiker dazu beitragen wollen, daß eine Geburtenstation sich wirklich lohnt. Aber genau diese Wortmeldung hat ein paar andere Facetten gehabt, die mich dazu bringen, zum Schluß einige Worte zu verlieren über das Verhältnis zwischen politischen Mandataren und einer ausgliederten, wirtschaftlich denken müssenden Körperschaft. Es ist natürlich ein Problem, wenn man das so versteht, daß die unangenehmen Entscheidungen, die da sein müssen, wenn man wirtschaftlich denkt, privatisiert werden und die Erfolgs- und Jubelmeldungen im Hause belassen werden. Man muß entweder A oder B sagen. Entweder man trägt die unangenehmen Dinge mit, dann darf man sich auch die Jubelmeldungen um den Hals hängen, oder man sagt, gut, auch die Jubelmeldungen sollen dort entschieden werden, auch die Investitionen sollen dort entschieden werden, die Investitionen sollen dort fortgeführt werden, sollen dort getragen werden, und dann haben wir mit den Dingen überhaupt nichts mehr zu tun. Dann können wir entweder sagen, jawohl, die Entscheidung ist richtig oder falsch, aber man kann nicht die unangenehmen Dinge weggeben und die angenehmen Dinge hernehmen. Ich sehe da sehr viel – ich will nicht sagen – an Doppelzüngigkeit, aber an einem Bereich, wo man sagt, wann immer die Strukturprobleme angegriffen werden, die wichtig sind, da sagen wir nein, das geht nicht, und dagegen werden wir uns mit aller Vehemenz wehren. Und da gibt es überparteiliche Initiativen, indem die lokalen Abgeordneten, Gemeinderäte, Bürgermeister, Vizebürgermeister selbstverständlich mit eingebunden sind. Ich bekomme pausenlos Briefe. Das heißt, auf der unteren Ebene wird voll die Politik gemacht gegen die strukturverändernden Maßnahmen, und im ersten Stock wird dann gesagt, warum gehen die Einsparungsziele nicht voran und warum habt ihr die Struktur nicht so verändert, daß ihr die Einsparungsziele voll weiterbringen könnt. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten hier, wenn wir die Dinge der Ausgliederungen ernst nehmen, auch in diesen Dingen fairer sein gegenüber jenen, die die Verantwortung noch tragen müßten, und sollten nicht auf unterer Ebene, quasi im Parterre, nachdem im ersten Stock die Ausgliederung entschieden worden ist, die Strukturmaßnahmen, sofern sie kommen, wieder unterlaufen. Ich darf noch einmal das wiederholen, was ich das letzte Mal anlässlich der Debatte über den sogenannten Gesundheitsplan gesagt habe. Ich glaube, daß ein wirklicher umfassender Gesundheitsplan auch jene Ziele, jene Strukturveränderungsziele, in aller Offenheit beinhalten sollte, mit denen wir zu rechnen haben. Und dann sollte sich das Haus dazu bekennen und sollten wir uns alle bemühen, auch auf

unterer Ebene jedes politische Unterlaufen zu unterlassen. Nur so können die Gesellschafter wirklich ordentlich arbeiten. (Beifall bei der FPÖ. – 21.37 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Präsident Zdarsky. Ich erteile es ihr.

Abg. Zdarsky (21.37 Uhr): Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte nur ein paar Worte zu aktuellen Ereignissen sprechen. Lange Zeit war ja wenig darüber zu lesen, aber unglückliche Ereignisse der letzten Zeit haben es wieder in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. Die Droge Suchtgift und die Droge Alkohol. Das Verhältnis bei uns hier in der Steiermark: Suchtgift 0,5 Prozent zu 95 Prozent Alkohol. Die Sterblichkeit ist bei Alkoholikern weitaus höher anzusetzen, doch nicht so spektakulär wie bei den Suchtgifttoten. Sie wissen, Alkoholiker sterben oft an Leberzirrhose, Kreislaufschäden, Stoffwechselstörungen und verschiedenen anderen Krankheiten. Sie scheinen selten als Alkoholtote auf. Aber immer und überall sind diese Toten um 100 Prozent zuviel. In der Steiermark – nimmt man an – gibt es zirka 100.000 bis 200.000 Alkoholiker gegenüber rund 1000 Suchtgiftkranken, wovon die Hälfte nicht auffällig ist. Man nimmt an, daß zirka 30 bis 40 Prozent der Schüler und Lehrlinge Kontakte mit Haschisch und Medikamenten haben. Die meisten werden nicht abhängig, das heißt steigen nicht ein. Wenn, dann erfolgt der Einstieg immer bei Jüngeren. Elf- bis Zwölfjährige auf Medikamente, Dreizehn- bis Vierzehnjährige Haschisch, und später werden härtere Drogen probiert. Übrig bleibt eine geringe Zahl. Die steigt nicht an, doch nimmt die Zahl der Suchtkranken, die von der Kombination Alkohol plus Medikamente abhängig sind, eklatant zu. Warum? Die Medikamente sind leichter zu bekommen. Alkohol ist billig, ist nicht strafverfolgt. Das ist etwas, wozu die Jugendlichen Zutritt haben, und das ist ganz gefährlich. Der Alkoholiker wird oft moralisch verurteilt, zum Unterschied vom Medikamenten- und Rauschgiftabhängigen, der als Kranker angesehen wird. Damit wird von der Gesellschaft ein gravierender Unterschied gemacht. In der Steiermark gibt es für Alkoholiker und Suchtgiftabhängige vier anerkannte Beratungsstellen, leider aber keine Entgiftungsstation, die räumlich isoliert, ich meine lokalmäßig getrennt von einem Krankenhaus, erfolgversprechende Therapie anbieten kann. Anbieten sage ich mit Absicht, da die kostspielige Entwöhnung freiwillig angenommen werden muß, um wenigstens für einige Zeit erfolgversprechend zu sein. Der Patient muß selbst motiviert sein, um in Therapie zu gehen. Die Rückfallquote ist hoch. Lebensumstände, zu denen Familie, Milieu, Beruf, Arbeitsplatz, Freunde und vieles mehr zählen, sind entscheidend für den Einstieg, für die Intensität der Krankheit, aber auch für die Heilungschancen. Ein modernes Therapiezentrum für Suchtgiftkranke mit einem Therapiesystem, in welchem Vorfeldarbeit und jahrelange Nachsorge integriert sind, wäre wichtig, um solche Unfälle, wie Tote in einer Arztordination, möglichst zu vermeiden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Unbedingte Voraussetzung für freiwillige Alkoholentwöhnung und Drogenentgiftung ist aber der Abbau bürokratischer

Barrieren. Ich meine die Zwischenschaltung von Kommissionen und dergleichen. Fähige Ärzte und Psychologen, für die jeder Patient ein Mensch mit besonderen Schwierigkeiten ist, müßten Möglichkeiten haben, individuell zu behandeln. Leider ist es zur Zeit so, daß zum Beispiel Alkoholkranke in diversen Krankenhäusern behandelt werden. Fast jedes Krankenhaus behält diese Patienten, damit der Bettenbelag stimmt, während im Landessonderkrankenhaus eine Sonderstation dafür eingerichtet ist. Vielleicht geht an vielen Ohren die Problematik der Suchtgiftabhängigen vorbei, doch ist keine Krankheit so familienzerstörerisch wie diese. Körperliche, seelische und finanzielle Armut resultieren daraus. Ich weiß, daß sich viele Experten damit befassen und ich nichts Neues sage, doch wir könnten mithelfen, daß in der Steiermark neue Wege, oder sagen wir bessere Therapieangebote, angeboten und angenommen werden. Es wäre kein spektakulärer Erfolg mit Aufsehen und Publizität, aber für viele Familien wäre es Hoffnung. Deshalb meine Bitte, mehr Geld und Aufmerksamkeit für Vorsorge, und mehr Chancen für Heilung. Eines muß ich aber zum Abschluß noch sagen. Beste Vorsorge für alle Suchtgefährten sind eine liebevolle, verständige Familie, Freunde. Dies ist und bleibt das Sicherheitsnetz. Menschen, besonders junge Menschen, ohne diese Absicherung, haben es im Leben schwer. Ihnen sollten wir besondere Hilfe angedeihen lassen. (Allgemeiner Beifall. – 21.43 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Bacher (21.44 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Zurückkommend auf meine Vorrednerin fällt es mir eigentlich leicht, in die Problematik der steirischen Krankenanstaltengesellschaft einzusteigen. Wenn man, so wie ich, seit 1971 in einem Krankenhaus beschäftigt ist, dann kennt man die Probleme vor der Ausgliederung der steirischen Krankenanstalten und jetzt seit Errichtung dieser Anstalt. Wenn immer davon geredet wird, daß die Krankenanstalten nicht dazu erhalten sollen, um eine politische Spielwiese daraus zu machen, dann würde uns das in den Spitälern sehr helfen. Nur, Kollege Gennaro hat es auch erwähnt, wie heißt es so schön: Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Ich meine, daß man einfach das Spital nicht immer hernehmen sollte und die Probleme immer dem andern weitergibt. Ich habe oft das Gefühl, daß, wenn von den Spitälern die Rede ist, man versucht, dem anderen den Ball weiterzugeben und zu sagen, ich tu meinen Anteil, mach du was dazu, gib du was dazu, schau, daß das weiter funktioniert. Wir haben es in den Krankenhäusern erlebt, daß vor 1985 die Konzepte gefehlt haben. Ich weiß das von meinem Krankenhaus. Wir haben uns jahrelang bemüht, eine interne Station zu erhalten. Der Kollege Ofner und ich, und vor meiner Zeit schon, haben immer wieder Anträge eingebracht. Das war nicht möglich. (Abg. Günther Ofner: „Du weißt schon, warum, weil das von deiner Mehrheitspartei immer abgelehnt wurde. Herr Landesrat Heidinger hat in der Landesregierung einen Antrag eingebracht, ich habe einen Antrag eingebracht. Er wurde abgelehnt. Das ist die Tatsache. So

schautes aus!") Das stimmt doch nicht. Kollege Ofner, wir wissen aber auch, daß dein Landesrat das Ressort über hatte (Abg. Günther Ofner: „Ihr habt die Mehrheit!"); und wir wissen auch, welche Verträge am Krankenhaus Stolzalpe waren. Aber letzten Endes ist es mit Hilfe der Krankenanstaltengesellschaft gelungen, Kollege Ofner, daß eine interne Station errichtet wurde. Ich danke allen, die da mitgeholfen haben. Und wenn ich höre, daß es in Hartberg gibt und in Eisenerz Probleme waren, dann ist es wiederum die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft, die Konzepte vorgelegt hat. Die haben uns vor 1985 gefehlt. Das war zu wenig, Anträge einzubringen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich glaube, man hat einfach vergessen, die Altlasten aufzuzeigen, die vorhanden waren. Es hat vorher Probleme gegeben, und man sollte es nicht so billig weitergeben. (Abg. Günther Ofner: „Du bist nicht informiert. Erkundige dich bei deinem Chef, der wird dir eine richtige Auskunft geben!") Lieber Kollege Ofner, du machst ständig Veranstaltungen im Bezirk Murau über die Ärzteprobleme. (Abg. Günther Ofner: „Richtig!") Du machst immer wieder Veranstaltungen darüber, wie schlecht es uns im Bezirk Murau geht. Warum ist es bis heute nicht gelungen, daß die Gebietskrankenkasse eine Ambulanz für die zahnärztliche Versorgung gebaut hat? Warum ist das bis heute nicht gelungen? (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Reicher: „Weil die Ärztekammer nicht wollte!") Das sind die Probleme! Nicht immer auf die anderen hinschieben. Nicht immer sagen, die anderen sind schuld. Selber in die Hand nehmen und etwas tun. Wir halten es nicht mehr ständig aus im Personalbereich, daß immer über uns darübergefahren wird. Es ist auch zuwenig, einmal in drei Jahren das Krankenhaus zu besuchen und dann große Töne reden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, man ist dann mit Emotionen dabei, wenn es darum geht, daß ein eigener Betrieb permanent kritisiert und schlecht gemacht wird. Wir haben allen Grund, stolz zu sein, daß wir eine Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft haben und daß wir eine Stolz-Alpe haben. Ich bin sehr stolz, in dem Betrieb arbeiten zu dürfen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schützenhöfer: „Als Berichterstatter soll man nicht reden!“ – Abg. Erhart: „Stolz sind wir!“) Wir gehen Gott sei Dank nicht den Weg der Verstaatlichten. Dort hat man Manager eingesetzt, die die Posten wegrationalisieren. Wir haben 278 Dienstposten mehr. Selbstverständlich können es noch mehr werden. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schützenhöfer: „Jetzt wird es wieder still!“) Meine Damen und Herren! Es geht darum, daß die Probleme der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft im rechten Licht gesehen werden. Die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft hat eine Menge Probleme gelöst und hat noch große Aufgaben vor sich. Alle gemeinsam müssen wir diese Bemühungen unterstützen. Wenn man hört, es gibt eine Menge Vorstellungen und Wünsche und man diese realisieren möchte, dann wird das noch ein hartes Stück Arbeit sein. Und ich würde alle diejenigen ersuchen, die sich das Etikett als Gesundheitspolitiker umhängen, gemeinsam diese Probleme anzugehen. Wenn heute von der Reduzierung der Akutbetten die Rede ist, Herr Landesrat, da fällt mir zum Beispiel auf der Stolzalpe, wir müssen auch 70 Betten einsparen, das Programm ein, wieviel Pflegebetten deshalb oder dann errichtet werden.

Auch wir im Bezirk Murau brauchen diese Pflegeeinrichtungen. Wir brauchen sie dringend. Es kann nicht auf Kosten der Gemeinde oder der Bezirksfürsorgeverbände gehen. Die älteren Menschen sind verunsichert. Wir haben auch die Aufgabe, den älteren Menschen eine optimale ärztliche Versorgung zu garantieren. Es wäre vielleicht doch notwendig, daß man die Idee eines Pflegebeitrages diskutiert und vielleicht auch damit garantiert, daß für die älteren Menschen diese Einrichtungen erhalten bleiben. Sie selber waren es, Herr Landesrat, der auch unser Haus besucht hat und die anderen 20 Anstalten in der Steiermark. Sie konnten sich sicher davon überzeugen, daß hier beste Arbeit geleistet wird, daß die Leute mit Motivation und mit Geist dabei sind. Ich möchte von dieser Stelle aus allen danken, die zu diesen Beiträgen ihren Teil beigetragen haben, daß es überhaupt möglich ist, daß keine Arbeitsplätze verlorengegangen sind, daß mehr geworden sind. Ich möchte mich auch beim Land Steiermark bedanken, daß immer die Mittel zur Verfügung stehen. Ich glaube auch, daß es langfristig nicht so sein kann, daß man zwar alle Einrichtungen des Landes und des Bundes beansprucht, aber selber nicht bereit ist, bei seinem eigenen Körper anzufangen und eine Gesundheitsvorsorge vorzuleben. In diesem Sinne recht herzlichen Dank. (Allgemeiner Beifall. – 21.52 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (21.52 Uhr): Der eine sagt schon Gute Nacht. Du wirst dich wundern, wie rasch ich das machen werde (Beifall bei der ÖVP.), weil ich mit der Frau Präsident verhandelt habe. (Präsident Dr. Kalnoky: „Ich muß zur Ehre des Kollegen Dr. Korber sagen, daß er vorher schon gesagt hat, daß er sehr kurz sprechen wird.“) Ich habe mich gestern an das Wort gehalten. Ich möchte die Möglichkeit nicht missen, nachdem die Herren von der Spitalsholding hier sind und uns Graphiken vom Investitionsaufwand vorlegen. Das ist alles sicher sehr, sehr positiv, und ich glaube auch den Worten des Kollegen Harntodt, daß die Spitalsholding in Feldbach gut arbeitet. Nur, ich selbst habe vor nicht allzu langer Zeit die Geburt meines Kindes miterlebt und sehen müssen, daß vor allem in der Gebärdstation des Landeskrankenhauses Graz die Verhältnisse nicht so rosig sind. Da gibt es noch Räume, die überdimensional besetzt sind und wo man wirklich nicht sagen kann, daß das müttergerecht ist. Ich möchte von der zweiten Klasse sagen, da sind vier Betten, von der dritten Klasse möchte ich hier gar nicht reden, da sind noch 20 bis 30 Betten in einem Saal. Ich glaube, ich bin sicher kein Verfechter der absolut klassenlosen Gesellschaft – beim Geborenwerden hat wohl jedes Kind gleiche Anrechte. Da sollte man die Finanzkraft der Eltern oder irgendwelche Versicherungen, die auch bezahlt werden müssen, hintanstellen. In dem Sinne glaube ich, daß es den Ärzten überlassen werden sollte, es von der Schwere der Geburt abhängig zu machen, es sind sicher Einbettzimmer notwendig, aber nicht von der Finanzkraft. Und das sollte der Arzt entscheiden, und nicht irgendwelche Krankenversicherungen.

Etwas, was ich auch in diese Richtung anbringen möchte, das ist, daß die Beamten das Privileg haben, im Landeskrankenhaus in der zweiten Klasse zu liegen. Das gilt aber nicht für Vertragsbedienstete, und vor allem bis heute nicht – egal ob Männlein oder Weiblein – für Lebensgefährten. Was der Bund anerkannt hat, hat das Land bis heute nicht anerkannt. Es gibt Lebensgemeinschaften, die heute unter Umständen – es ist sicher nicht erstrebenswert gesellschaftspolitisch – auch funktionieren. Ich glaube, man sollte sich das einmal überlegen, entweder für alle gleich – Privilegienabbau für die pragmatisierten Beamten –, oder man muß für die Vertragsbediensteten gleichziehen. Da müßte man einmal ein ernstes Wort reden. Ich bin an und für sich für einen Privilegienabbau, aber gleichzeitig auch, daß die Räume ordentlich und menschengerecht sind und daß hier die ärztliche Betreuung gleich ist. Es darf auch nicht davon abhängen, wie einer versichert ist und ob er privilegiert ist, daß er ärztlich anders behandelt wird. Das sind sowieso Unarten, die die Primärärzte in den Krankenhäusern veranstalten, und es ist eine Unart, daß die Götter mit den weißen Kitteln, meistens haben sie nicht einmal einen weißen Kittel an, da kommen sie schnell und fahren sie schnell wieder, nur mehr die sogenannten Erste-Klasse-Patienten oder die Spezialpatienten besuchen. Das ist eine Diskriminierung, ich glaube, da müßte man hier einmal die Primärärzte, die so fürstlich bezahlt werden, ersuchen, die Menschen in den Krankenhäusern, die Menschen, die sich erwarten, alle gleich behandelt zu werden, daß man das einmal zur Diskussion stellt. Jetzt, in der Zeit des sogenannten Pseudokrapp oder der Luftverseuchung, wäre es eine Anregung an das Gesundheitsamt, daß man die Möglichkeit schafft, daß man in dieser Zeit, wo eben die sogenannte Luftgefährdung da ist, die die Gesundheit der Kinder beeinträchtigt, wo das unter Umständen länger anhält – da hilft es auch kurzzeitig gar nicht, wenn man den Verkehr einmal regelt oder vielleicht auch stilllegt –, den Kindern die Möglichkeit bietet, eben in dieser Zeit an die frische Luft zu kommen, daß man das in der Schule organisiert, daß sie hinauskommen, denn sie brauchen nur mit der Straßenbahn nach Mariatrost hinauszufahren. Sie brauchen nur zu schauen, daß sie mit einem Spaziergang über diese Smoglage darüberkommen, das organisieren, und können sozusagen in dieser Zeit doch wieder frische Luft tanken und die Gesundheit damit fördern. Für mich sind sicher die heutigen Spitäler eine Arbeitsplatzsicherung, eine wichtige Arbeitsplatzsicherung in unserem Sozialstaat. Aber diese Arbeitsplatzsicherung sollte man durch vorbeugende Maßnahmen möglichst in Grenzen halten. Danke! Habe ich mich gehalten? Ja. (Beifall bei der VGÖ/AL, ÖVP und SPÖ. – 21.58 Uhr.)

Präsident Dr. Kalonoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Strenitz. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Strenitz (21.58 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Darf ich vorausschicken, daß nach den Gesetzen der Statistik – und die Medizin ist auch eine statistische Wissenschaft – in den nächsten sechs Jahren jeder einzelne von uns mit an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit die Gelegenheit und das Vergnügen

haben wird, eines unserer insgesamt 21 steirischen Häuser stationär auch von innen zu sehen. Denn nach der Statistik war heuer jeder sechste Steirer einmal in stationärer Behandlung oder, wenn Sie wollen in absoluten Zahlen gemessen, 190.000 Steirerinnen und Steirer brachten es im vergangenen Jahr auf 2,8 Millionen Patientenverpflegstage, und 430.000 Steirerinnen und Steirer, und das ist jetzt schon jeder dritte, waren zumindest einmal ambulant in Behandlung. In den 21 steirischen Landeskrankenanstalten bemühen sich über 10.000 Beschäftigte, Ärzte, Bedienstete des Krankenpflegepersonals, der Verwaltung und viele andere tagtäglich um das gesundheitliche Wohl unserer Landesbürger, und ich glaube, man sollte ihnen dafür einen sehr herzlichen und aufrichtigen Dank abstatten. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde auf die Fragen zur Bilanz der Ges. m. b. H., die zunächst vom Abgeordneten Harntodt, dann vom Abgeordneten Mag. Rader, schließlich auch vom Abgeordneten Bacher in den Raum gestellt wurden, eingehen. Erlauben Sie mir aber, daß ich vorher versuche, einige grundsätzliche Feststellungen zu treffen. Seit Jahren wissen Sie, daß die Kostenexplosion bei den Krankenanstalten im Mittelpunkt aller Diskussionen steht, und zwar nicht nur in Österreich, sondern europaweit und weltweit. In der Steiermark wird der Wirtschaftsplan der steirischen Krankenanstalten für das kommende Jahr über 6,5 Milliarden Schilling betragen. Das ist fast ein Viertel des Budgetrahmens unseres Landeshaushaltes und entspricht in der Größe fast dem Budget der Landeshauptstadt Graz. In Österreich betragen die Ausgaben für den Gesundheits- und Spitalsaufwand, das heißt die Spitalskosten, heuer bereits rund 60 Milliarden Schilling, wobei geschätztweise 12 bis 15 Milliarden Schilling Defizit sind, die vom Bund, den Sozialversicherungsträgern, von den Ländern und den Gemeinden zu tragen sind. Sie alle haben wahrscheinlich auch von dem Reformschnitt gehört, der mit 1. Jänner 1989 in der Bundesrepublik in Kraft treten soll, der als Milliardenschnitt bezeichnet wird und bis zum Jahre 1992, wenn alle Maßnahmen greifen, Einsparungen in Höhe von rund 97 Milliarden Schilling erzielen soll. Noch eine letzte Zahl, und ich versuche, sie dann auch in ein Bild umzusetzen, weil man sich ja darunter gar nichts mehr vorstellen kann, ein US-Beratungsunternehmen hat geschätzt, daß sich bis zum Jahre 1992 die Aufwendungen in den Industriestaaten für Gesundheitsbelange auf 1435 Milliarden Dollar belaufen sollen. Ich habe versucht, das in Schilling umzurechnen und dann einen Vergleich anzustellen. Wenn Sie nämlich ein Paket von 100 Tausend-Schilling-Scheinen übereinanderlegen, dann sind das nach Auskunft eines Bankfachmannes 1,3 Zentimeter oder 13 Millimeter, und wenn man alle diese Ausgaben in den Industriestaaten übereinanderstapeln würde, würde sich ein Turm in einer Höhe von rund 2000 Kilometer ergeben. Die Atmosphäre reicht etwa zehn Kilometer hoch. Man könnte also 200 solcher Tausender-Stapel nebeneinanderstellen bis zur Atmosphäre, dann hätte man die Gesamtgesundheitsaufwendungen der Industriestaaten bis zum Jahre 1992 erfaßt. Die Gründe für diese Kostenexplosion sind uns alle bekannt: Die gesteigerte Medizintechnik, der Verlust der Großfamilie, die gesteigerten Patientenerwartungen, vor allem auch die Entwicklung des

Lebensalters. Meine Damen und Herren, obwohl die über Sechzigjährigen heute nicht ganz 20 Prozent unserer Bevölkerung ausmachen, nehmen sie beinahe 50 Prozent unserer Betten beziehungsweise der Patientenverpflegstage in Anspruch. In fünf Jahren soll nicht mehr ein Fünftel der Österreicherinnen und Österreicher über 60 Jahre sein, sondern dann schon ein Viertel, und die Bevölkerungsprognostiker schätzen, daß es in fünfzehn Jahren ein Drittel sein wird. Was das einmal für die Sozialversicherung, zum anderen für das Gesundheitswesen bedeutet, kann sich jeder an einer Hand abzählen. Nun hat der Bund bekanntlicherweise dieses Reformpaket beschlossen, das, der Abgeordnete Gennaro hat es schon gesagt, von einer großen österreichischen Tageszeitung als Roßkur für die Spitäler bezeichnet wurde, wobei niemand weiß, ob diese Roßkur letztendlich zur Genesung führen wird. Ich sage hier mit aller Deutlichkeit, meine Damen und Herren, daß vom Erfolg oder Mißerfolg dieses Maßnahmenpaketes möglicherweise auch das Schicksal des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds abhängt, weil sehr ernstzunehmende Persönlichkeiten in ganz Österreich diesen KRAZAF in Frage stellen. Ich wage nicht auszudenken, was ein Platzen des KRAZAF vor allem auch für die Steiermark zur Folge hätte, denn die Steiermark erhält heuer immerhin 909 Millionen Schilling aus diesem Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds. Zusammen mit den Zuschüssen des Bundes aus dem klinischen Mehraufwand und anderen Bundesleistungen sind es um einiges über eine Milliarde Schilling. Es hängt vom Bestand oder Nichtbestand dieses KRAZAF aber auch sehr viel für die Sozialversicherungsträger und für den Steuerzahler ab. Denn, meine Damen und Herren, sollte hier eine Finanzierungslücke von einer Milliarde Schilling entstehen, würde diese Lücke ja wohl nur einmal durch Steuerleistungen, zum anderen wahrscheinlich durch unumgänglich notwendige Beitragserhöhungen in der Sozialversicherung gedeckt werden können. Der Herr Abgeordnete Gennaro hat auch heute schon auf die Dramatik der Situation hingewiesen, daß nämlich die Sozialversicherung heuer schon einen Abgang von 500 bis 600 Millionen Schilling hat. Aus dem Grund, meine Damen und Herren, unterstützt die Steiermark das Reformpaket des Bundes, weil wir seine Notwendigkeit einsehen. Zum Akutbettenabbau, der besser Bettenumwidmung heißen sollte, habe ich schon vor wenigen Wochen anlässlich der Diskussion über den Gesundheits- und Sozialplan gesagt, daß die Steiermark ihren Teil dazu beitragen wird. Die erste Rechnung war, daß wir von den 2600 bundesweit abzubauenen Betten 413 einbringen sollten, in einer zweiten Rechnung sollten wir 655 auf uns nehmen, damit waren wir an der Spitze jener meistbelasteten Bundesländer, wie Wien und Kärnten. Ich habe damals schon hier gesagt und es auch in Wien deponiert, daß wir uns zu den 413 Betten bekennen, aber alles, was darüber hinausgeht, ist fraglich, und 655 werden es mit Sicherheit nicht werden. Nun wird die endgültige Quote in einer KRAZAF-Fonds-Versammlung am kommenden Freitag, dem 9. Dezember, in Wien festgesetzt. Mit Herrn Minister Löschnak habe ich ein Gespräch geführt, und er hat mir zugesagt, daß sich der Bund mit jener erstmals festgelegten steirischen Quote von in etwa 420 abzubauenen Betten zufriedengeben wird. Sollte es unumgänglich sein, daß die Summe auf 450 steigen sollte,

dann müßten, und ich sage das ganz offen, auch Privaträger von Krankenanstalten ihren Teil dazu beitragen.

Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zu jenem Teil, den Sie sozusagen als Bilanzlegung von mir fordern. Ich schicke etwas sehr Persönliches voraus, was ich heute vor einem Jahr in etwa ähnlich formuliert habe und wozu ich heute noch stehe. Ich habe nicht die Absicht gehabt, und ich tue es auch nicht, die Glaubenskämpfe, die vor und nach der Gründung geführt worden sind, weiterzuführen. Ich bin vorbehaltlos in diese Arbeit hineingegangen und bin es heute noch, und ich hoffe, daß jene Damen und Herren, die mit mir zusammenarbeiten, das auch auf Grund meiner Handlungen bestätigen können. Ich habe zum Beispiel nie gesagt, daß das, was vor 1986 war, alles so gut gewesen wäre, und nach 1986 wäre alles nur mehr so schlecht gewesen; aber ich sage auch umgekehrt nicht, daß damals alles so schlecht war, und heute ist alles so gut. Meine Damen und Herren, die Wahrheit liegt, wie in den meisten dieser Fälle, in der Mitte. Auch solche Statistiken, wie sie der Kollege Harms heute hier präsentiert und wie sie ein sehr eifriger Propagandamann hier im Haus verteilt hat, bedürfen einer Interpretation. Ich vergleiche zunächst jene Zahlen, die das Land vor Gründung der Ges. m. b. H. in seine Spitäler gesteckt hat, mit dem, was das Land heute in seinen Spitälern aufwendet, an Hand des Landeszuschusses, wie wir ihn im Budget beschließen. Ich vergleiche das Jahr 1984 mit dem Jahr 1988 und dann auch mit dem Jahr 1989. 1984 betrug der Landeszuschuß im ordentlichen Haushalt 853 Millionen Schilling zuzüglich weiterer 105 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt. In der Summe also 958 Millionen Schilling. 1988 betrug der Landeszuschuß in Summe 1343 Millionen Schilling, in denen allerdings die Sonderfinanzierung Bruck/Feldbach in Höhe von 138 Millionen Schilling auch inbegriffen ist. Die Steigerung des Landeszuschusses 1984 bis 1988 betrug in absoluten Zahlen 385 Millionen Schilling, das entspricht in einem Zeitraum von vier Jahren rund 40 Prozent, also 10 Prozent pro Jahr, und dies – ich sage es ohne Pikanterie und ohne jeden Vorwurf –, obwohl der Spitalsführung auch die Personalkostensparnis im Hinblick auf die Noll-Lohnrunde im heurigen Jahr und ab 1. Juli die zusätzlichen Einnahmen aus dem Verpflegskostenbeitrag 50 Schilling in einer Gesamtsumme von geschätzten 57 Millionen Schilling zugute kommen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Darf ich eine Frage stellen. Sind 1984 die Pensionen und die Kosten für die Zentralverwaltung mitgerechnet?“) Nein, die Kosten für die Zentralverwaltung sind nicht mitgerechnet. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Dann ist es unvergleichbar, denn im Posten 1988 sind die Kosten für die Zentralverwaltung mitgerechnet!“) Ich komme noch dazu. 1989 wird der Gesamtlandeszuschuß, wiederum unter Einschluß der Sonderinvestition Bruck/Feldbach, 1435 Millionen Schilling betragen, das ist gegenüber heuer in absoluten Zahlen eine weitere Steigerung von 92 Millionen Schilling. Wenn man die ordentliche Gebarung betrachtet, ein Plus von 3,28 Prozent gegenüber dem heurigen Jahr, wenn ich aber das Investitionsvolumen dazurechne, wie ich es auch 1984, 1988 und 1989 getan habe, ergibt sich für das kommende Jahr eine Steigerung von plus 6,56 Prozent. Aus dem Grund, meine Damen und Herren, ist

diese Graphik, die hier vorgelegt worden ist, zumindest stark interpretationsbedürftig. Dieser Höhepunkt in der graphischen Kurve des Jahres 1986 beinhaltet ja vor allem den Gründungsaufwand zur Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft. Im wesentlichen waren es drei Monatsbezüge für die zugewiesenen Landesbediensteten, die vorgestreckt werden mußten, es war also eine erhöhte Belastung des Landes. Im wesentlichen ist aber die Steigerung der Landeszuschüsse von 1984 bis heute linear nach oben gegangen. Dieses Blatt ist noch aus einem anderen Grund ein bißchen unglücklich. Der Kollege Harmtoddt verzeiht es mir, wir verstehen uns so gut, und ich weiß nicht, wer Ihnen dieses Blatt in die Hand gedrückt hat. Aber allein optisch sieht man, daß die Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen damals im Jahre 1981 – nur so grob geschätzt – vielleicht 800 Millionen Schilling betrug und 1989 auf mindestens das Eineinhalbfache angestiegen ist. Das heißt, der Zuschuß des Landes ist um einiges gegenüber damals gewachsen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Darf ich noch eine Zwischenbemerkung machen, weil ich mich nicht mehr melden kann. In deiner Rechnung sind 190 Millionen Schilling Sonderfinanzierung drinnen, die wir außerhalb des Budgets für Bruck und Feldbach beschlossen haben. Das ist nicht vergleichbar!“) Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, ich vergleiche das, was das Land 1984 in der Summe damals für die Spitäler aufgewendet hat und was es heute ausgibt. Nun sage ich dazu: Das ist kein Vorwurf, sondern als politischer Referent für die Spitäler freue ich mich, daß wir jetzt offenbar bereit sind, für die Spitäler mehr Geld auszugeben, als das früher der Fall war. Ich freue mich darüber, und es wird auch vieles gebaut. Aber bei der Ziffer muß ich, wenn ich den außerordentlichen Haushalt damals nehme, jetzt natürlich die Sonderinvestition von heute mitbetrachten. Meine Damen und Herren! Nicht unerwähnt möchte ich auch lassen, daß die KRAZAF-Mittel, die heuer 909 Millionen Schilling betragen, im nächsten Jahr um rund 100 Millionen Schilling höher sein werden und auch der klinische Mehraufwand eine Erhöhung von rund 25 Millionen Schilling erfahren wird, Bundeszuschüsse also in der Höhe von rund 1,2 Milliarden Schilling zu erwarten sind. Und, meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu einer Aussage, die bitte auch nicht mißverstanden werden möge. Ich sage es hier angesichts der beiden Herren Vorstandsdirektoren Bosch und Moser, weil ich es ihnen privat auch schon gesagt habe. Die Ausweisung eines bilanztechnischen Gewinnes beziehungsweise Aussagen in der Öffentlichkeit, man habe nunmehr die Spitäler aus der Verlustzone geführt, sind – bitte schön – bei einem Bundeszuschuß von 1,2 Milliarden Schilling, bei einem Landeszuschuß von 1,4 Milliarden Schilling, in der Summe also von über 2,6 Milliarden Schilling, bilanztechnisch zwar richtig und möglich, aber in der Öffentlichkeit laufen wir Gefahr, doch ein bißchen ein schiefes Bild von der tatsächlichen Realität zu erzeugen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich könnte nun auch auf die KRAZAF-Statistiken eingehen, weil immer wieder gesagt wird, wir seien jetzt die Besten pro Verpflegungstag. Wir waren die Besten oder die Zweitbesten pro Verpflegungstag auch 1985. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Die Drittbesten!“) Ich bitte Sie aber, eines zu berücksichtigen. Der Insider weiß, es geht nicht nur um

die Kosten pro Verpflegungstag, es geht um die Kosten pro stationärem Patient. Und da sind wir in der Steiermark leider in der Situation, daß wir, was die Verweildauer betrifft, über dem Bundesdurchschnitt liegen, ja, was die Verweildauer betrifft – nicht böse sein –, die Achtschlechtesten in ganz Österreich sind, was sich natürlich auf die Gesamtsumme der stationären Kosten auswirkt und wir bei diesen Kosten im Mittelfeld aller Bundesländer liegen. Wenn nun eine Statistik vorgelegt wird, nach der wir trotzdem unter dem österreichischen Durchschnitt liegen, dann deswegen, weil dieser österreichische Durchschnitt ganz kraß von der Situation in Wien verzerrt wird, wo die Personalkosten pro Patient das Doppelte und mehr betragen. Wenn man Wien mit seinen Besonderheiten wegläßt, dann sind wir, was die Kosten pro stationärem Patient betrifft, mit den übrigen Bundesländern im Mittelfeld. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wir zahlen Wien mit. Warum sollen wir das weglassen?“) Wir könnten uns natürlich auch darüber unterhalten, warum in Wien die Personalkosten um so vieles höher sind als in der Steiermark. Das wäre ein eigenes Kapitel.

Meine Damen und Herren, nun zu den Investitionen, weil auch die angeschnitten wurden und weil auch hier eine Graphik kursiert ist. Natürlich ist ein geplantes Investitionsvolumen von 1099 Millionen Schilling für das kommende Jahr oder 17 Prozent im Vergleich zum gesamten Budgetrahmen auf den ersten Blick imponierend. Selbstverständlich! Bei näherer Betrachtung ist dazu zu sagen, daß in diesen 1099 Millionen Schilling 145 Millionen Schilling Eigenmittel der Gesellschaft sind. Nachzulesen im Wirtschaftsplan auf Seite 45, genau detailliert und differenziert. Alles andere, meine Damen und Herren (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist eine gewaltige Leistung, in zwei Jahren erspartes Geld!“), sage ich auch, aber ich kann auch dazu etwas sagen. Aber zunächst zur Summe. Alle übrigen Leistungen in diesem 1099 Millionen Schilling sind Landesgelder aus dem Übertragungsvertrag, sind Sonderdotationen, wie Bruck/Feldbach, sind klinischer Mehraufwand des Bundes, sind Investitionszuschüsse des KRAZAF und, und. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Die hätte doch jeder haben können, wenn das so einfach wäre. Wieso ist es das erste Mal möglich, daß so etwas vorgelegt wird?“) Daß die Gesellschaft jetzt auch Eigenmittel anspart, ist lobenswert. Aber jeder Insider weiß, daß das zum Teil Eigenmittel sind, die noch aus der Zeit der Rechtsabteilung 12 mitherübergenommen wurden, und solche, die auf Grund eines zumindest nicht ungünstigen Mindestzuschußbetrages, über den wir auch reden könnten, zustande gekommen sind. Aber, meine Damen und Herren! Ich versuche zu erklären, wie sich diese 1099 Millionen Schilling zusammensetzen. Ich sage noch einmal, ich freue mich, daß wir offenbar bereit sind, Geld in die Spitäler zu investieren. Und jetzt einige Ziffern. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Du sitzt deinen Beratern auf, die dir sagen, es ist letztlich keine Leistung, sondern wieder schlecht. Ein bißchen Kindesweglegung ist es schon, habe ich den Eindruck gehabt!“) Das habe ich nicht gesagt, wenn du genau zugehört hast.

Meine Damen und Herren, ich habe mich bemüht, die Dinge so darzustellen, wie sie sind. Vielleicht darf ich einige Sätze auch noch dazu sagen, was im Augen-

blick aktuell ist, und da gibt es sehr viel Positives und Erfreuliches. Ich stehe hier nicht an, anzuerkennen, daß viel Gutes im Rahmen der Ges. m. b. H. passiert. Es ist schon gesagt worden, Bruck. Wir sind dabei, die Planung voranzutreiben. (Abg. Schützenhöfer: „Doppelspieler Strenitz, der mit seinen Komplexen nicht fertig wird. Langsam ist es genug, was Sie mit faden-scheiniger Doppelzüngigkeit aufführen, Herr Strenitz. Treten Sie zurück, wenn Sie mit der Funktion nicht fertig werden!“) Kollege Schützenhöfer, es würde Ihnen ein Privatseminar über diese Fragen ganz gut tun, denn offensichtlich kennen Sie die Dinge nicht. (Abg. Trampusch: „Schützenhöfer, beruhige dich, sonst besorgen wir dir jemanden, der dir hilft!“ – Abg. Schützenhöfer: „Schön langsam glaube ich schon, daß du das besser machst. Ich habe lange dazu gebraucht!“)

Meine Damen und Herren, ich verweise auf das Neubauvorhaben Bruck an der Mur, das sehr erfreulich in die Detailplanung geht. Ich nenne den raschen Baufortschritt am Landeskrankenhaus Feldbach, darf ich das sagen, Herr Landeshauptmann, wo Sie, Herr Landeshauptmann, und ich am 15. Dezember – (Abg. Schützenhöfer: „Das ist nicht zu verantworten!“ – Präsident Dr. Kalnoky: „Am Wort ist der Herr Landesrat Strenitz!“) Ich weiß nicht, warum er so erregt ist. Vielleicht nimmt der Kollege Schützenhöfer zur Kenntnis, daß es im Landeskrankenhaus Feldbach unerhört rasch vorangegangen ist und daß der Herr Landeshauptmann und ich die Möglichkeit haben, am 15. dieses Monats die Dachgleiche dieses ersten Teiles des Zubaues zu feiern. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Das ist doch etwas sehr Erfreuliches. In Bruck läuft die Detailplanung sehr gut, so daß mit dem Baubeginn 1990 und mit der Baufertigstellung 1993 zu rechnen ist. Überaus erfreulich sind auch die Planungsarbeiten für den Neubau der Kinderchirurgie. Da spreche ich der Ges. m. b. H. und vor allem der Technischen Direktion die volle Anerkennung aus, weil ich von allen Beteiligten gehört habe, wie gut hier gearbeitet wird. Weitere bauliche Schwerpunkte waren das Zentralröntgeninstitut, die Ambulanz der Dermatologie, neue Operationssäle für die Gynäkologie in Leoben, die chirurgische Ambulanz in Radkersburg sowie der Umbau des Landeskrankenhauses Rottenmann. Ich darf den Kollegen aus der Obersteiermark, weil heute das Landeskrankenhaus Hartberg angesprochen wurde, sagen, daß ich hoffe, daß sehr bald die Grundlagen für diese so wichtige Entscheidung für diese Region zur Verfügung stehen, und ich möchte nicht der Beschlußfassung eines Gremiums vorgreifen, aber ich verhehle nicht meine Präferenz für einen gänzlichen Neubau des Hauses auf dem schon vorhandenen Grundstück.

Was die Geräteausstattung unserer Häuser betrifft, so glaube ich wohl, sagen zu können, daß wir hier durchaus auf einem modernen internationalen Stand sind, daß 1987/88 ein isotopendiagnostisches System mit rund 15 Millionen Schilling angeschafft wurde, 1987 zwei Computertomographen und ein MMR-Gerät um insgesamt 55 Millionen Schilling und im heurigen Jahr alle Häuser mit einer Ultraschallausstattung mit einem Gesamtwert von 16 Millionen Schilling eingerichtet wurden. Und weil es schon Diskussionen gegeben hat, so möchte ich, ohne der Beschlußfassung des Aufsichtsrates am nächsten Montag vorzugreifen, mit-

teilen, daß für das Jahr 1989 auch ein moderner Nierensteinertrümmerer angeschafft werden soll, der auch Gallensteine behandeln können wird, ein Gerät, das auf unblutige Weise solche Steine entfernt und dadurch sehr langwierige Operationen erspart.

Darf ich, meine Damen und Herren, jetzt noch auf einige Dinge zu sprechen kommen, die heute angeschnitten worden sind. Medizinische Konzepte, Strukturmodell Stolzalpe: Kollege Bacher, wir haben sehr oft und sehr gut miteinander gesprochen. Ich bitte, sich daran zu erinnern, daß in den Jahren 1983 und 1984 dreimal Anläufe gemacht worden sind, auch in Form eines Regierungsantrages, diese Strukturreform voranzutreiben, geglückt ist es erst jetzt. Wir freuen uns, daß vor allem auch für diese Region in Form der Internistischen Abteilung die gesundheitliche Versorgung dieses Gebietes wesentlich verbessert wird. Im vergangenen Jahr erfolgte die Beschlußfassung über eine Neurologische Abteilung für die Obersteiermark, und zwar erstmals eine Neurologie in der Obersteiermark. Drittens die Umwandlung der Lungenheilstätte Hörgas-Enzenbach in eine Abteilung für Innere Medizin mit Schwerpunktkrankheiten des höheren Lebensalters, eine Maßnahme, mit der wir hoffen, die gigantische Raumnöte im medizinischen Bereich unseres Landeskrankenhauses etwas zu verbessern. Wir haben für den Bereich Eisenerz/Leoben eine Lungenversorgung beschlossen und werden demnächst auch bereits den Primarius einsetzen können. Und was das Krankenhaus Eisenerz betrifft, so bin ich sehr froh, daß es zu dieser Regelung gekommen ist, und ich sage hier, das ist auch ein gutes Beispiel für eine direkte Form der Demokratie, weil alle Beteiligten ihre Standpunkte sehr klar auf den Tisch gelegt haben und wir uns zusammengesetzt und gesagt haben, da werden wir eine Lösung finden, zu der alle Beteiligten ja sagen können. Ich stehe nicht an, allen Beteiligten Dank zu sagen, vor allem auch den Mitgliedern des überparteilichen Aktionskomitees mit Bürgermeister Kohlmaier, Bundesrat Krempl und Landtagsabgeordneten Hammer. Ganz herzlichen Dank dem überparteilichen Organisationskomitee!

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Genaro hat die Ärztesituation angeschnitten und die Probleme, die wir haben. Ich will die Diskussion nicht wiederholen, die wir schon vor drei Wochen geführt haben. Ich sage, daß ich, vor allem was die Facharztsituation betrifft, wo wir ja schwere und schwerste Mängel bei Augen, HNO, Derma und so weiter haben, mit der Abteilung 12, dem Kollegen Prof. Jungwirth, der Abteilung für das Gesundheitswesen, dem Sanitätsrat und auch mit Minister Löschnak Kontakt aufgenommen habe und wir versuchen werden, vor allem was die Facharztausbildungsstellen in unseren Häusern betrifft, zu einer Lösung zu kommen, um den Facharztmangel zumindest in absehbarer Zeit zu verbessern.

Nächstes Problem Gebärdensprache, meine Damen und Herren. Ich sage hier in aller Kürze, es gibt zu dieser Frage keine Beschlußfassung des Aufsichtsrates. Oberste Maxime jeder Beschlußfassung wird sein, nicht die wirtschaftliche Situation ist ausschlaggebend, sondern das Beste für die Gesundheit von Mutter und Kind. Wir werden da noch viele Gespräche führen. Wir haben uns zu dieser Frage im Aufsichtsrat

und im Gesellschafter-Ausschuß unterhalten, und daß es mir mit der Diskussion ernst ist, zeigt wieder das Beispiel Eisenerz. Ich garantiere Ihnen, meine Damen und Herren, daß wir nicht über die Köpfe der Beteiligten hinweg entscheiden werden. Als vorletztes, meine Damen und Herren, der vom Abgeordneten Gennaro angeschnittene Verpflegskostenbeitrag von 50 Schilling. Ich habe in diesem Haus schon einmal erklärt, nämlich anlässlich der Beschlußfassung zum Beitritt zur 15a-Vereinbarung, daß die 50-Schilling-Verpflegskosten weder von der Steiermark noch gar vom steirischen Krankenanstaltenreferenten erfunden und noch weniger hätten verhindert werden können. Sie sind ein Teil eines Gesamtpaketes, zu dem wir uns entschließen mußten. Allerdings bin ich durchaus der Meinung, daß wir noch vor Ablauf der KRAZAF-Vereinbarung sehr ernst überprüfen müssen, ob dieser Verpflegskostenbeitrag seinen Zweck, nämlich vor allem die Herabsetzung der Verweildauer, erfüllt hat. Ich habe schon einmal gesagt, daß die Erwartung bei 2,8 Millionen Verpflegstagen etwa 140 Millionen Schilling brutto sein könnte, in der Praxis werden es nach den Schätzungen der Herren der Ges. m. b. H. 50 bis 70 Millionen Schilling jährlich sein. Ihre Einbringung erfordert sechs zusätzliche Dienstposten. Ich habe auch vor dem Sommer schon gesagt, daß niemand von einer Spitalpflege aus finanziellen Gründen ausgeschaltet sein darf. Wir haben daher vor allem die Zweifelsfälle sehr gründlich anschauen müssen, denn das Problem liegt ja im Detail. Meine Damen und Herren, wir hätten uns sehr gerne von dieser Bundeskonferenz, die am 29. November in Wien stattgefunden hat, eine einheitliche Lösung und Klärung aller dieser Probleme erwartet. Dazu ist es nur teilweise gekommen. Aber ich sage, ich verschließe mich nicht einer Diskussion über einen Einbau einer Sozialklausel in das Krankenanstaltengesetz, wodurch die Krankenanstalten in die Lage versetzt werden würden, sozial schutzbedürftigen Gruppen, wie beispielsweise Lehrlinge, Schüler, Studenten, auch Schüler unserer Krankenpflegeschulen, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Behinderte aus der Kostenbeitragsleistung auszunehmen. Der in Frage kommende Personenkreis ist sehr genau zu diskutieren und auf seine soziale Schutzwürdigkeit hin zu definieren und abzugrenzen. Das Ergebnis einer solchen Diskussion könnte Gegenstand einer neuerlichen Regelung unseres Krankenanstaltengesetzes sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz zum Schluß gestatten Sie mir, einem langjährigen Brauch des Hohen Hauses folgend, einen mehrfachen Dank auszusprechen. Ich danke erstens zunächst jenen Herren, die im Jahre 1988 aus dem Dienst ausscheiden. Das ist Herr Primarius Dr. Bernhard Schreiner, langjähriger ärztlicher Leiter des Landeskrankenhauses in Bruck, ich danke dem Herrn Primarius Dr. Alexander Hutzl, der über viele Jahre hindurch in Eisenerz überaus verdienstvoll gewirkt hat, ich danke Herrn Primarius Dr. Walter Grindl, dem Leiter der medizinischen Abteilung und ärztlichen Leiter im Landeskrankenhaus Knittelfeld, ich danke dem Herrn Primarius Dr. Hans Tschelisko vom Landes-Sonderkrankenhaus Graz. Ich danke Ihnen allen für ihre langjährige Pflichterfüllung und wünsche Ihnen alles Gute für den Ruhestand. (Allgemeiner Beifall.)

Mein Dank, meine Damen und Herren, gilt allen Bediensteten in der Rechtsabteilung 12 mit Herrn

Hofrat Dr. Schaffer an der Spitze, allen Bediensteten in der Zentralverwaltung der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. mit den Herren Vorstandsdirektoren Bosch und Moser sowie Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Josel mit seinen Mitarbeitern. (Allgemeiner Beifall.) Mein Dank gilt vor allem jenen 10.256 Bediensteten, die in den 21 Anstalten am wesentlichsten dazu beitragen, das Angebot an Gesundheitsversorgung auch im kommenden Jahr weiter zu verbessern, egal, ob das in einer Anstalt vor Ort ist oder an einer Universitätsklinik in Graz. Und ich danke nicht zuletzt Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, für das große Interesse, das Sie gegenüber dem steirischen Gesundheitswesen und dem Krankenanstaltenwesen im besonderen bekundet haben, und für Ihre Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe 5. (Allgemeiner Beifall. – 22.34 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky (22.34 Uhr): Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 5 vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Erhart: Frau Präsident!

Ich wiederhole den Antrag um Zustimmung zur Gruppe 5.

Präsident Dr. Kalnoky (22.35 Uhr): Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Kosten der Gruppe 5 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Die Gruppe 5 ist somit mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gottfried Grillitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Grillitsch (22.35 Uhr): Sehr geschätzte Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 6 umfaßt die Gebiete Straßenbau, Bundesstraßen, Landesstraßen mit den verbundenen Brücken, sonstige Straßen und Wege, allgemeiner Wasserbau, Förderung der Wasserversorgung, Förderung der Abwasserbeseitigung, Wasserwirtschaftsfonds, Wildbachverbauung, Lawinenschutzverbau, Straßenverkehr, Luftverkehr, Flughafen und Flughafeneinrichtungen. In der Gruppe 6 gibt es Einnahmen von 30,715.000 Schilling, denen Ausgaben von 1.275,581.000 Schilling gegenüberstehen. Ich bitte um die Beratung. (22.35 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 6 zu teilen, und zwar sollen im ersten Teil Wasserbau und im zweiten Teil Straßenbau und Verkehr behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 6, Wasserbau: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Herrmann (22.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, werte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Zum Kapitel Schutzwasserbauten muß ich die Probleme aufzeigen, die ein Grenzfluß mit sich bringt. Die Lafnitz ist schon jahrtausendlang ein Grenzfluß zwischen Ländern und verschiedenen Kulturen. Derzeit ist sie der Grenzfluß von Lafnitz bis Bierbaum bei Fürstentfeld. Die Schutzwasserbauten sind zwischen den steirischen und burgenländischen Wasserbauverwaltungen aufgeteilt. In jenem Teil, der von der steirischen Wasserbauverwaltung unter Federführung von Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Bruno Saurer und seinen Mitarbeitern betreut wird, wurde hervorragende Arbeit geleistet. Hofrat Saurer hat sich schon zu den naturnahen Schutzwasserbauten bekannt, als dieser Gedanke bei vielen Landwirten noch nicht „in“ war. Für seine Courage möchte ich ihm hier einen Dank aussprechen. Auch Sie, sehr geehrter Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, gehören heute zu den Anhängern des naturnahen Verbaues. Daher wende ich mich mit folgender Bitte an Sie: Probleme gibt es in jenem Bereich, der von der burgenländischen Wasserbauleitung betreut wird. Und dieser Bereich ist in unserer Gemeinde. Obwohl dieser Verantwortliche bei Festveranstaltungen, wie der Vorstellung des Buches „Die Lafnitz – Dimensionen eines Flusses“, wo auch Sie, Herr Landesrat, anwesend waren, sich in seinen Aussagen als der größte Umweltschützer gibt, sieht die Realität dann ganz anders aus. Es werden weiterhin riesige Felsen in den Fluß gekippt, die nach dem ersten Hochwasser dann wieder unspült sind und in der Mitte des Flusses liegen. Dabei bin ich der Meinung, müßte eine Pilotierung mit Verlandungszaun billiger kommen, da eben diese hohen Maschinenkosten fehlen. Herr Landesrat, ich ersuche Sie, vielleicht ist es möglich, daß Hofrat Saurer in unserem Bereich, der von den burgenländischen Wasserbauern betreut wird, ein Mitspracherecht erhält.

Ich wünsche mir das persönlich, da ich in meiner Jugendzeit selbst die Sonn- und Schattenseiten dieses Flusses miterlebt habe. Die Lafnitz war für mich Spielplatz, aber auch Bedrohung. Wir haben in diesem Fluß gespielt und gefischt und waren bedroht durch Hochwasser. Wir haben angstvoll nach Waldbach und Vorau geblickt, wenn eben dort die Wetter gestanden sind. Wir haben gewußt, daß wir vielleicht in zwei Stunden Hochwasser haben und wir wieder zum Schutz unserer Wohnung die Sandsäcke vorlegen müssen. Auf Grund dieser Verbundenheit wünsche ich mir und auch meinen Freunden draußen, daß die Lafnitz kein toter Fluß wird. Das Lafnitztal, von Lafnitz bis Neudau, ist einmalig in Mitteleuropa, in seiner Fauna und Flora. Und wenn das Rückhaltebecken Reinbergwiesen errichtet ist, dann brauchen wir nicht mehr harte Regulierungsmaßnahmen, denn wir wollen kein Steingerinne für die Lafnitz. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 22.39 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (22.39 Uhr): Ich habe durch die Trennung dieser Gruppe in Wasser und Verkehr das erst ein bißchen ordnen müssen. Ich habe

festgestellt, daß im Budget eine sehr große Post an den Bund, und zwar Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, überwiesen wird. Der Erfolg im Jahre 1987 war 101 Millionen Schilling, im Voranschlag 1989 haben wir nur mehr 89 Millionen Schilling. Das ist eine Differenz von 12 Millionen Schilling. Da schließe ich mich den Äußerungen des Herrn Landesrates Dr. Klausner an und bemerke, daß hier der Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds stiefmütterlich behandelt wurde, denn diese Gelder sollten ja wieder in die Steiermark zurückkommen. Die Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, der Schutzwasserbau sind im Budget angeführt, es fehlt aber ein wesentlicher Beitrag für den Wasserschutz, vor allem den Grundwasserschutz in der Steiermark, das sind die Deponien. Es sind vor allem jene Deponien, die bereits wieder begrünt wurden und deren Leichen im offenen Grundwasser schlummern. Und diese Leichen stehen sicher auf, werden sicher wieder in einigen Jahren auferstehen bzw. die meisten verseuchen permanent mit hochgiftigen Deponiesickerwässern, hochgiftigen Chemiewässern steirisches Grundwasser. Für diese Sanierung dieser Altlasten, für den Schutz dieser Grundwasservorkommen sieht das Wasserbautenförderungsgesetz nichts vor, daher werden wir bei der nächsten Sitzung einen Antrag stellen, daß sich das Amt der Steiermärkischen Landesregierung beziehungsweise die steirische Landesregierung an den Bund wenden soll, daß endlich einmal hier dieses Bundesgesetz novelliert wird. Es ist sicher bedauerlich, daß wir auf Bundesebene ebenfalls Alternative und Grüne sitzen haben und das bis heute noch nicht geschehen ist, obwohl ich persönlich das schon x-mal angeregt habe. Ich bin einfach überzeugt, daß die Deponierung der Altlasten ein öffentliches Problem geworden ist. Zivilrechtlich und privatrechtlich sind es die Probleme der Grundbesitzer. Es sind die Probleme der Grundbesitzer, diese Grundwasservorkommen privat zu sanieren, denn nach dem Österreichischen Recht und Gesetz haftet der Grundbesitzer für alles, was auf seinem Grund und Boden passiert. Wir kennen alle die Problematik der Deponien südlich von Graz, und erst eine wurde wenigstens halb saniert, mit einer Halbumschließung, und die Deponiesickerwässer, die verseuchten Wässer, werden transportiert, und zwar nach der Politik der Verteilung. Zuerst einmal in die Kläranlage Gössendorf, wo die Chemiegifte im Klärschlamm bleiben oder diese ganzen gelösten Giftstoffe über die Kläranlage durch die Biologie gehen und wieder der Mur zugeführt werden, die eigentlich das Grundwasser Gott sei Dank kaum mehr speist, höchstens es gibt Wahnsinnige, die im Zuge von Rohrleitungsbau, Fernwärmebau, die Mur untertückern müssen und hier diese Pseudoschutzschicht aufreißen. Die Mur ist sicher nicht dicht. Nach Hochwässern ist sie gar nicht dicht. Es braucht wieder eine gewisse Zeit, bis sie durch die Abwässer der Leykam und sowohl von Pöls als auch von Gratkorn wieder langsam durch Lignosulfonsäuren und andere Gifte gedichtet wird. Es ist eigentlich ein interessanter Kreislauf, daß man heute diese Wasservergifter sozusagen schon fast braucht, damit die Flüsse pseudodicht sind und als pseudodicht gehandelt werden. Es ist eine interessante Ironie, die hier gespielt wird. Aber wir müssen aus der ganzen Sanierung, aus der Trinkwassersanierung südlich von Graz auch lernen. Denn es geht einfach nicht, daß in der Zukunft öffentliche

Mittel für Private verwendet werden und die dann den Grund wiederum, in dem Fall ein drittes Mal, an die Öffentlichkeit verschmalzen. Die sogenannten Schleich-Gruben des ÖVP-Gemeinderates Schleich werden nämlich schon zum dritten Mal ausgebeutet. Zuerst einmal für Schotter. Schotter, der gegenüber allen Bescheiden wesentlich tiefer abgebaut wurde als der mittlere Grundwasserspiegel. Es gibt Fotos, wo dort Sonderabfall im Grundwasser deponiert wurde, von einer Schutzschicht keine Rede. Das ist die erste Ausbeutung. Die zweite Ausbeutung ist, daß man hier den Grund an die Stadtgemeinde Graz verpachtet hat, um die Müllsituation für Graz zu lösen. Hier wurde aber die sogenannte Dichtung, die an und für sich als Lehmdichtung mit der Zeit unwirksam ist, nicht einmal eingebaut, und es wurde diese Grube das zweite Mal ausgebeutet. Und heute sind wir so weit, daß man mit öffentlichen Mitteln halb saniert hat, statt daß man sich den Grund sichert, denn dieser Grund wäre gerade für ein Verkehrskonzept, das ist dann in der zweiten Gruppe, ganz wichtig, denn hier würde sich das Park-and-ride-System für Graz-Süd förmlich anbieten. Es ist interessant, daß wieder ein Privater, das dritte Mal, auf Kosten der Allgemeinheit Geschäfte macht, und zwar, ich würde fast sagen, Geschäfte mit der Dummheit der Verwaltung und der Politiker. Aber anscheinend hat der Herr Schleich ja gewisse politische Narrenfreiheit.

Zur Abwassersituation. Der Kollege Schrittwieser hat das nachgerechnet. Ich habe sogar die neuesten Zahlen mitgeschrieben. Ich bin einer, der sich die Zahlen nicht so gut merkt und immer wieder froh ist, wenn man das wiederholt bekommt, wenn man das wieder hört. Ich bin auch gerne bereit, bei anderen nicht nur mitzuschreiben, sondern das auch zu verarbeiten und zu verwerthen. Wenn man bedenkt, daß bei dieser Abwasserentsorgung allein unentsorgte Klärschlämme von 1,4 Millionen Kubikmeter übrig bleiben, und der Herr Schrittwieser hat das sozusagen errechnet oder nachgerechnet, daß die gesamte Steiermark nicht reichen würde, um nach dem Bodenschutzgesetz diese Klärschlämme in der Landwirtschaft unterzubringen, ich spreche praktisch nur von den harmlosen Klärschlämmen, von Klärschlämmen von dezentralen Abwasserversorgungsprojekten, so man mit gutem Gewissen und auch auf Grund von Überprüfungen sagen kann, daß hier wenigstens keine Chemie- und Industriegifte vorhanden sind. Kein Chrom, kein Cadmium, kein Quecksilber, kein Zink. Sicher werden die aber doch mit der Zeit dann wieder in der Natur großteils abgebaut. Ich rede allein von den unbedenklichen Klärschlämmen, und dafür allein reicht die Steiermark flächenmäßig nicht aus. Wir sehen also, daß diese ganze Wasser- und Abwasserproblematik auch ein großes Problem der Planung ist und daß wir uns ernstlich überlegen müssen, wie man vor allem den ländlichen Raum, der ja zu 50 Prozent unentsorgt ist, in Zukunft besser in den Griff bekommt, um auch das Klärschlammproblem in einer biologischen und ökologischen Art und Weise zu regeln.

Für mich besteht eben ein Planungsablauf vom Beginn der Planung, von den Bestandsunterlagen, die sicher auch an der Raumplanung heute orientiert sein müssen, bis zur schadlosen Entsorgung aller jener Stoffe, die unterwegs auftauchen. Und auf dem Gebiet der Entsorgung haben es sich die Ziviltechniker sehr,

sehr leicht gemacht, Frau Präsident. Es ist eher die Politik gewesen, nach mir die Sintflut, wenn ich einmal kassiert habe, dann wird das schon irgendwie laufen. Das ist eben nicht so, und heute stehen wir vor dem Klärschlammproblem. Ich bin immer wieder froh, wenn Leute aller Parteien, wie der Herr Schrittwieser, dies hier einmal beim Namen nennen und ausdrücken, daß die Steiermark nicht einmal mehr ausreicht, dies zu entsorgen. Wir haben aber heute noch immer Fehlplanungen auf dem Gebiete der Abwasserentsorgung. Ich denke nur an die ganze Problematik in Hartberg. Ein Musterbeispiel. Die Anlage ist vor kurzem in Betrieb gegangen. Ein Musterbeispiel der Fehlplanung. Ein Musterbeispiel, mit welchen fast fahrlässigen Unterlagen hier geplant wurde, hier eine Anlage errichtet wurde, und wenn über das Hartberger Gmos bis nach Hartberg hinein diese Anlage stinkt, wenn man weiß, an das kann man sich gewöhnen, ich würde mich persönlich nie daran gewöhnen, aber manche sagen, man gewöhnt sich. Aber wenn man weiß, daß Anlagen, die auch Geruch haben, in ihrer Funktionsweise nicht funktionieren und die Vorfluter – sprich Bäche und Flüsse –, dann möchte ich vor allem an den Kollegen, der vor mir gesprochen hat über fischereifreundliche Maßnahmen, da möchte ich ihm sagen, daß hier die Gefahr besteht, daß diese Flüsse umkippen durch nichtfunktionierende Kläranlagen. Der Geruch ist nur ein augenscheinliches oder ein erkennbares Zeichen, daß es hier nicht stimmt. Es geht jetzt nicht darum, herumzustritten, ob die Unterlagen gereicht haben oder nicht. Für mich waren die Unterlagen aus Bachmaning fahrlässige Unterlagen. Es hat auch der Betrieb Durmont hier fahrlässig gehandelt und hat die Behörden und auch die Techniker getäuscht. An mich selbst hat sich vor drei Jahren nach dem Naturschutztag in Hartberg jemand von der Durmont herangeschlichen und gemeint, er hätte gerne so ein Gutachten, daß der Betrieb unbedenklich ist. Gut, wenn er unbedenklich ist, dann wird sich das herausstellen lassen, und ich habe ihn an die Technische Universität Graz verwiesen. Und der zuständige Hochschulprofessor beziehungsweise damals außerordentliche Professor, der jetzt die Lehrkanzel auch bekommen wird, der Prof. Renner, war bei Durmont und hat gebeten, daß ihm die Firma mitteilt, mit welcher Chemie in diesem Betrieb gearbeitet wird. Prof. Renner hat diese Unterlagen bis heute nicht bekommen, und dieser Betrieb hat wider besseres Wissen verschwiegen, daß er doch Stoffe hat, die in der Biologie unentsorgt sind beziehungsweise eine normale Biologie gefährden. Und daher gehen für mich die Unterlagen aus Bachmaning schon in die Fahrlässigkeit hinein. Wir haben Hochschulen, wir haben Wasserbauinstitute in Graz, und man muß sich mehr an unseren Leuten orientieren, an den steirischen Fachleuten, an den Abwassertechnikern und an den Biologen, und dann wäre das nicht passiert. Es geht soweit, daß diese Firmen nicht einmal diese lächerlichen Fahrtkosten von einem Hochschulprofessor bezahlen. Dieser hat gemeint, der Betrieb hat von sich aus kein Interesse, daß das hier einer sinnvollen Lösung zugeführt wird. Und jetzt sind wir dort bei Zivilprozessen und bei Haftungsprozessen, und das ist alles nicht möglich. Aber grundsätzlich hätte sich das alles vermeiden lassen, wenn man sagt und einmal feststellt, daß in Chemiebetrieben Chemiegifte vorhanden sind, auch

wenn diese verharmlost werden. Das ist alles ein Blödsinn. Das sind alles synthetische Stoffe. Und die Hochschule Graz ist auf jeden Fall diesem Blödsinn nicht aufgesessen, wie es der Prof. Billek gemacht hat und hier sich jetzt auf Gutachten bezieht. Man muß sich von mehreren Seiten – und als Planer bin ich verpflichtet, mir von guten Seiten die Informationen zu holen und die Verantwortlichkeit nicht auf ein Blatt Papier abzuschieben.

Die grünalternative Liste hat dieses Thema aufgegriffen. Wir haben ihr Fachinformationen gegeben, und daher ist es auch wichtig, daß wir in den steirischen Gemeinden durch freie Gemeinderäte, die sind relativ vernünftig und sind nicht klassenlose Kämpfer, sondern Umweltkämpfer, daß hier dieses Thema forciert wird. Ich würde den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller bitten, wenn einmal eine Besprechung ist, ich gehe gerne mit und sage, daß das, was die Durmont mit der Behörde macht, eigentlich eine Vorsätzlichkeit ist. Die Anlage ist auf Einwohnergleichwerte berechnet worden. Man kann sagen, Kläranlagen sind mit der Zeit zu klein, das wird schon einmal genutzt werden. Das sind Argumente, die ich akzeptiere und gelten lasse. Aber in dem Fall müßte man hier klar entscheiden, daß die Durmont eine eigene Anlage macht, wenn es überhaupt möglich ist. Ich weiß es nicht, das ist eine Sache von grundsätzlichen Untersuchungen, von Laborbescheiden. Ich erwähne dieses Beispiel so ausführlich, weil man seit Jahren bitte redet, seit Jahren von Trennung der Abwässer schon von der Planung her, seit Jahren weiß, daß jeder Klärschlamm von der Industrie problematisch ist, daß man das seit Jahren hier im Landtag weiß, ich habe es nachweislich seit zwei Jahren gesagt, und erkennen muß, daß das alles für die Katze war, daß sich gewisse Leute wieder nicht daran halten. Darum erwähne ich dieses Beispiel recht ausführlich. (Abg. Schrittwieser: „Komme zum Schluß!“) Ich komme nicht zum Schluß, Kollege Schrittwieser, weil ich da noch ein paar andere Dinge habe. (Abg. Schrittwieser: „Rede nicht so lange!“) Wir kommen auch noch zum Schutzwasserbau, worüber du in deinem Umweltschutzbericht nicht gesprochen hast. Auch hier geschehen positive Dinge. Es ist nicht alles schlecht, was hier geschieht. Daher noch einmal an alle, vor allem an die zuständigen Beamten, die hier doch für die Verwaltung und für die Vergabe der öffentlichen Mittel zu sorgen haben, bitte, seien Sie in Zukunft vorsichtiger, und bitte, versuchen Sie, bei Planungsabläufen in Zukunft, daß einfach diese Verdünnungspolitik, diese Verteilungspolitik, je größer die Kläranlage, desto weniger wird das Gift da drinnen schon auffallen, da kommen wir schon unter die Grenzwerte, da brauchen wir uns so keine Probleme machen, daß diese Politik ein Ende findet. Die Politik der hohen Schornsteine und die Politik der großen Vorfluter und die Verdünnungspolitik ist am Ende, wenn man das ganze Thema von der ökologischen Seite bis zur Entsorgung sieht. Das muß man einfach. Alles andere wäre Verantwortungslosigkeit, wäre eigentlich Fehlplanung oder ist Fehlplanung.

Ich komme jetzt auf den ländlichen Raum. Ich glaube, es hat sich langsam aber sicher durchgesetzt und durchgesprochen bis zum Umweltschutzbericht, den wir diesmal noch nicht bekommen haben, daß im ländlichen Raum eine dezentrale Entsorgung wichtiger

ist denn je, weil hier auch das Klärschlammproblem besser in den Griff zu bekommen ist. Sie müssen sich vorstellen, diese 1,4 Millionen Kubikmeter Klärschlamm müssen dann ja wieder transportiert werden. Das heißt, es kommt nicht über die Kanäle irgendwo an einen zentralen Ort, entweder nach Feldbach oder nach Gleisdorf oder zentral zu irgendeiner Großkläranlage, sondern das muß ja wieder dezentral, da sind wir ja dort, hinausgeführt werden. Das muß wieder dezentral entsorgt werden. Das heißt, bleiben wir gleich bei der dezentralen Entsorgung des Abwassers, dann tun wir uns auch mit der dezentralen Klärschlamm Entsorgung leichter, weil das sind Transportkosten, das sind Lkw-Kilometer, die fahren tagtäglich mit dem Klärschlamm in der Gegend spazieren, und es ist nicht notwendig, wenn man heute von Verkehrsberuhigung redet, daß man dann die sogenannten Umwelt-Lkw permanent auf den Straßen hat. Das ist meiner Meinung nach auf Dauer überhaupt kein Geschäft. Aber hier wird mir die Frau Landesrat Klasnic recht geben. Transportunternehmer haben auf anderen Sparten, auf anderem Gebiet genug zu tun und sind ausgelastet. Wir brauchen sie nicht mit Gewalt im Umweltsektor einzusetzen.

Der ländliche Raum ist dezentral zu entsorgen, und da komme ich zu dem springenden Punkt. Wir reden von Kläranlagen, ja gut. Kläranlagen sind Anlagen, die Wasser klären, das Wort reinigen hören Sie da noch nicht. Weil die Techniker, die „Kläranlage“ sagen, sind die einzig ehrlichen. Die, die dann sagen, das ist biologisch gereinigt, die sind schon die, die mit einer Waschmittelwerbung arbeiten, und das sind die Unehrllichen. Denn Kläranlagen können bestenfalls bis zu 30 Prozent reinigen. Diese Nährstoffe sind im Klärschlamm. (Abg. Harmtodt: „Die mechanischen Kläranlagen!“) Nein, lieber Harmtodt, auch deine vollbiologische Kläranlage, zu deren Eröffnung ich gekommen bin, weil ich gesagt habe, du bist ein guter Mann, und da komme ich auch hinaus, weil mir das einfach gefallen hat, daß du noch Platz gelassen hast für eine dritte Reinigungsstufe. Das weiß ich alles. Der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat das auch gesehen. Du arbeitest gut draußen, du hast langfristig gedacht. Du hast vorausgedacht, was ich gestern schon erwähnt habe. Auch deine derzeitige Kläranlage, wenn du sie als vollbiologisch verkaufen willst, reinigt nur bis zu 30 Prozent. Ich kann dir nicht helfen, es ist so. Du hast eben als Vorfluter die Raab, die à la longue nicht reichen wird, darum habe ich dir gratuliert zu deiner weiteren vorhersehenden Strategie, weil eben die Staustufen der Raab bewirken, daß das Wasser über Nacht umkippt, weil du 70 Prozent gelöste Nährstoffe hineinbringst und die über Nacht zu einem erhöhten Algenwachstum führen. Das Algenwachstum entzieht dem Wasser den Sauerstoff, und ohne Sauerstoff kannst du nicht leben, ich nicht und der Fisch auch nicht. Der Fisch braucht interessanterweise Sauerstoff, was anscheinend die wenigsten wissen. Immer wieder heißt es, das Wetter ist schuld, daß die Fische in der Raab sterben. Nein, das Wetter ist nicht schuld, sondern der Sauerstoffmangel. Ich glaube, man muß das Kind einmal beim Namen nennen. Das heißt, wir müssen von einer Klärtechnik, die wichtig ist, ohne die wir nicht auskommen, auch bei einer dritten Reinigungsstufe, wir brauchen die Klärtechnik, aber wir müssen im dezentralen Raum zum Reinigen kommen.

Lieber Bernd, bleib herinnen, vielleicht lernst auch noch etwas. Ich habe dem Schrittwieser auch gesagt, ich habe von ihm etwas gelernt.

Wir haben jetzt den Zwang, und zwar fachtechnisch, vom Klären zum Reinigen zu kommen. Je kleiner wir sind, je dezentraler, desto wichtiger ist der Reinigungseffekt, weil im dezentralen Raum sind die Vorfluter auch wesentlich geringer. Und wir müssen jetzt an die dritten Reinigungsstufen denken. Also alles, was sich im ländlichen dezentralen Raum abspielt, ist automatisch, geht nicht mehr nur mit einer technischen Kläranlage, sondern nur mit einer dritten Reinigungsstufe. Und weil man aber dort nicht diesen technischen Aufwand setzen kann, wie vielleicht du mit einer Phosphatelimination bis zu einer Entkeimung des Abwassers, was in der BRD auch gang und gäbe ist, mit Ozon und Chlor soll man aufhören, aber es gibt ja andere biologische Möglichkeiten. Geht einfach in die Strategie, daß man Technik und Ökologie, Biologie verbinden muß. Wir können nicht für 200 bis 300 Einwohnergleichwerte eine Phosphatelimination, die ständig kontrolliert werden muß, gewartet werden muß, betreut werden muß, hinsetzen. Da hilft uns nur die Weisheit der Natur. Da hilft uns, daß die Biotope, sprich Feuchtbiopte, eine sehr, sehr große Selbstreinigungskraft haben. Das ist bekannt, das weiß jeder Fischer, das wissen wir alle, daß Gewässer ohne begleitende Feuchtbiopte sozusagen ökologisch tot sein können, wie Hofrat Ertl einmal in einem Referat gesagt hat, auch jeder sogenannte naturnahe regulierte Fluß kann ökologisch tot sein, weil gewissen Stellen die Selbstreinigung fehlt. Wir müssen dann auch einmal zum natürlichen Schutzwasserbau kommen, mit Rückhaltebecken und so weiter. Das ist alles im Gange. Und daher müssen wir diese Biotope einsetzen. Es ist nur die Frage, wie schaffe ich es als Techniker, als planender Mensch, das, was die Natur in Jahrzehnten macht, natürliche Biotope, in kurzer Zeit so vorzugehen, daß es die Natur auch annimmt. Also Biotope, ökologisch geplante Biotope aus zweiter Hand. Es ist sicher Natur aus zweiter Hand, die aber im Kreislauf, vor allem im Wassererhaltungskreislauf, sehr wichtig sein kann, weil die wieder hohe Verdunstungsraten haben und das Kleinklima wieder sanieren. Es sind Ersatzbiotope für wegeregulierte, wegmelierte sogenannte feuchte Wiesen, wie Dr. Kreisky immer gesagt hat, wir haben Sümpfe trockengelegt. Die haben sicher die falschen Sümpfe trockengelegt, wie man immer wieder sieht. Club 45 und diese ganzen Steuergeschichten, da wird es akzeptiert. Was die gemeint haben, waren die falschen Sümpfe. Ich glaube, da sind wir uns einig.

Jetzt geht es um die Strategie, diese Biotope als dritte Reinigungsstufen, also mit geklärten Abwässern. Jedem anderen, der sagt, Pflanzenanlagen alleine genügen, wie es lange von Ökologen behauptet wurde, muß ich sagen, das ist genauso ein Holzweg, als wenn ich sage, die Technik allein genügt. Es ist der Kompromiß zwischen Technik und Biologie, und es ist hier der Kompromiß so sinnvoll zu machen, weil wir wieder naturökologische Nischen schaffen. In diesem Sinne möchte ich über diese Fehlinformation berichten, daß Pflanzenanlagen nicht funktionieren, nicht winterfest sind. Die Natur ist überall winterfest. Hat irgend jemand im Raum einmal bemerkt, daß ein

Feuchtbiotop im Frühjahr stinkt? Oder daß es durchgefriert und fault? Ich glaube, jeder, der mit offenen Augen durch die Gegend geht oder vor allem, wie ich, im Ennstal aufgewachsen ist, weiß, daß diese Biotope eine eigene Gesetzmäßigkeit haben. Und das Geheimnis dieser Gesetzmäßigkeit ist auch hier der Sauerstoff. Es ist so, wie bei technischen Kläranlagen der Techniker den Sauerstoff hineintransportiert, ist es bei biologischen Anlagen die Natur, und es funktioniert auch im Winter. Das Schilf hat eben einen so großen Hohlraum, weil hier, wie bei einer Pumpe, durch den Unterdruck im Wurzelbereich ganzjährig, das ist nicht vom Blattgrün abhängig, Sauerstoff hineintransportiert wird. Wo Sauerstoff hinkommt, entstehen Verbrennungsprozesse, sprich die Mikroorganismen im Wurzelbereich verbrennen das. Beim Verbrennen entsteht Wärme. Diese Wärme in Verbindung mit der natürlichen Streuschicht hält das Biotop frostfrei. Diesen Beweis haben wir bei dieser Versuchsanlage in Weinitzen nahtlos in der Hand.

Herr Gennaro, ich weiß zwar, daß es bei euch heißt, wie hast du so schön gesagt, wenn alle Intelligenzen so ausschauen wie du, dann möchte ich lieber dumm sein, wenn das die Sprache bei der Gewerkschaft ist, daß man Intelligenz nach dem Ausschauen mißt, dann möchte ich sagen, bei der Gewerkschaft möchte ich nicht Mitglied sein. Herr Gennaro, das Thema ist damit abgehandelt. Ihre vorlaute Wortmeldung ist damit beantwortet.

Aber der Beweis, das haben wir beim Forschungsprojekt bei uns in Weinitzen, und die Frau Landesrat Klasnic kennt die Anlage, hat das unterstützt, ich möchte im Namen des Landtages sagen, sie mit ihrem gesunden Hausverstand hat das damals gewußt, worüber die Techniker gestritten haben. Ich bin froh, ich möchte ihr heute noch danken, daß sie uns damals, das heißt die Siedlung am Wald, unterstützt hat. Das war das erste Forschungsprojekt in Österreich, und Herr Landeshauptmann, noch nachträglich Dank. Das ist von Land und Bund gefördert worden. Aber wir wollen aus dem Forschungsprojekt natürlich, weil immer wieder – (Unverständliche Zwischenrufe von Abgeordneten aller Fraktionen.) Das ist für mich der Schwerpunkt. Es kostet eben auch Zeit, für manche eine verlorene Zeit, aber für uns eine wichtige, wertvolle Zeit, weil ich der einzige auch bin, der sagt, Technik und Ökologie müssen verbunden werden. Wir haben bei dieser Anlage, die seit dem achtziger Jahr in Betrieb ist, die ersten drei Jahre Werte gehabt, wo man gesagt hat, dieses Wasser hat Teichwasserqualität. Die ersten drei Jahre hat man die Anlage in Ruhe gelassen. Eine 98prozentige Phosphatelimination. Technische Anlagen schaffen bestenfalls 30 Prozent, wenn überhaupt. Eine 99,9prozentige Entkeimung von diesen Keimen, worüber der Kollege Schrittwieser heute schon gesprochen hat, und eine sogenannte Stickstoffelimination von 92 Prozent. Werte, die bis heute nirgends erreicht wurden. Und dann hat man mit den Versuchen angefangen. Dann hat man gesagt, so, jetzt probieren wir, was haltet diese Anlage aus? Wo ist die Schmerzgrenze? Wie bei jedem Versuch, ich stelle die Anlage auf den Prüfstand und fange zum Untersuchen an. Beim Auto geht diese Betriebseinrichtung zu Bruch, man sagt, bei der Drehzahl ist das zu Bruch gegangen. Und genauso möchte ich das verstanden

wissen. Diese Anlage wurde im November 1983, also im dritten Winter, radikal gemäht. Damit war das Phänomen des Sauerstoffeintrages weg, das Phänomen des Oxidationsprozesses, pro Fingerhut in der Anlage sind ungefähr 100 Millionen Mikroorganismen, die den Sauerstoff verbrennen und natürlich ständig Wärme abgeben. Wir haben auch eine konstante Temperatur durch den Verbrennungsprozeß. Die Nahrungsmittel für die Mikroorganismen sind eben die Nährstoffe. Was hat das in dem Winter gezeigt? Es war ein Versuchswinter. Daß diese Anlage im Frühjahr, sprich am Beginn Jänner, weggefroren ist. Die hat reagiert wie eine offene Wasserfläche, was eigentlich ganz logisch ist. Es fehlen diese ganzen Phänomene des Röhrichtbiotops.

So wie die Eisschicht war, war auch das Biotop weggefroren. Biotope, die gefroren sind, können keine Reinigungsleistung bringen. Da ist das Abwasser eben über die Anlage hinweggeronnen, ist klar, und die Reinigungsleistung war Null. Da brauchen wir gar nicht von schlechter Reinigung zu reden, sondern die war Null. Dieser Versuch hat gezeigt, daß solche Biotope eben sehr viel aushalten, aber gegen das Mähen absolut feinfühlig sind. Da ist die Sense der Tod. Das möchte ich hier im Protokoll festgehalten wissen. Die Sense ist bei Feuchtbiotopen der Tod. Nächstes Jahr ist ein anderer Versuch gemacht worden. Es ist im Frühjahr dann das ganze Biotop abgemäht worden. Das war ein Extremversuch, was ist passiert? Die Streuschicht ist verbrannt, und die Sprossen sind verbrannt. Das, wo die Natur die größte Kraft hineinlegt. Das hat damals leider der Obmann selbst gemacht, und heute sagt ein jeder von den Beamten, das haben wir nicht angeschafft. Das war vielleicht ein Einzelgang, er behauptet, es ist im Zuge des Versuches angeschafft worden. Damit war das, was die Natur in die Sprossen hineinlegt, die größte Kraft war weg, und die Anlage war dieses Jahr kümmerlich. Was ist dann im nachfolgenden Winter gemacht worden als Versuch? Die Anlage ist überstaut worden. Man hat gesagt, das ist von der Hochschule ausgegangen, wir machen einen Versuch, wir überstauen die Anlage und schauen, ob unter dieser Schutzschicht Eis eine Isolationswirkung entsteht. Da muß ich sagen, Schnee hat eine sehr gute Isolationswirkung, aber Eis hat keine. Das weiß ein jeder, der ein bißchen etwas von Kältetechnik weiß. Weil hier der isolierende Luftraum fehlt. Das wäre gar nicht so arg gewesen, sondern man hat gesagt, jetzt überstauen wir das, und dann senken wir das ab, und haben einen Luftraum zwischen Eis und Biotop, und dann haben wir unseren Luftraum wieder, und es ist wie ein Glashauseffekt. Das kann vielleicht einer sagen, der vielleicht Biologie studiert hat, aber nie ein Techniker. Sie müssen sich vorstellen, eine Eisschicht auf 25 Meter hat ein derartiges Gewicht, daß das ganze durchhängt und natürlich das Röhricht zerreißt und zerreibt. Wir haben genau den gleichen Effekt wieder gehabt, als ob das Biotop gemäht worden wäre. (Abg. Kröll: „Das ist ein Universitätsvortrag!“) Nein, das ist kein Universitätsvortrag, sondern das ist eine Hilfestellung, weil einfach in einer Zeit nach diesen Versuchen die Mär durch die Lande gegangen ist, daß so etwas nicht funktioniert. Und der Kollege Reicher, der selbst ökologisch sehr interessiert ist, hat sich schon ein paarmal angesagt, daß man mit Landesrat Dr. Klauser

eine Führung macht. Ihr seid jederzeit gerne willkommen. Ihr könnt kommen in der Zeit, wo die niedrigsten Temperaturen sind, und euch überzeugen, daß diese Anlage funktioniert. (Abg. Reicher: „Wir haben unsere Reden zurückgezogen!“) Das heißt, wir haben drei Extremjahre gehabt vom Versuch her, und aus diesen drei Extremjahren haben wir hervorragende, für ganz Österreich, für ganz Europa hervorragende Forschungsergebnisse. Das muß man hier einmal sagen. Wir lassen uns Dinge, die absolut in Ordnung sind, wo die Forschung noch mehr gebracht hat, lassen wir uns nicht krankreden und lassen wir uns nicht zu Tode jammern, weil hier einfach die einzige Chance besteht, im dezentralen Raum sinnvolle Lösungen zu machen. Ich möchte auch, nachdem ich schon ein paarmal auf Planer gepeckt habe, sagen, es gibt auch Ziviltechniker in Graz, die heute das schon planen, eine kombinierte technisch-biologische Stufe. Ich bin stolz darauf, in dem Gebiet, wo ich wohne, hier aktiv beigetragen zu haben. Ich glaube, das ist auch die erste Anlage, wo das wasserrechtlich genehmigt wurde, wo das wasserrechtlich bewilligt ist. Diese Anlage wird mit Hilfe der Fachabteilung III c, wir haben auch mit der Fachabteilung III c noch einmal den Standort gewechselt, weil wir gesagt haben, da können wir gleich andere Dinge auch anschließen. Ich bin einverstanden, obwohl es uns fast wieder ein Jahr gekostet hat. Wenn man die Wünsche äußert, werden sie bestmöglich erfüllt. Und jetzt wird dort eine Anlage entstehen am Höhenweg, auch wieder in unserer Gemeinde Weinitzen. Ich glaube, daß das eine Demonstrationsanlage wird, wie man im ländlichen Raum sinnvoll, kostensparend und vor allem ökologisch sinnvoll Abwasser reinigen kann. Klären 30 Prozent, und dann wirklich bis zu 98 Prozent reinigen, und vor allem von diesen ganzen gelösten Nährstoffen, die eigentlich der Fischtod in den Gewässern sind. Ich habe jetzt versucht, diesen Unsinn auszuräumen, ich habe versucht klarzustellen, daß es Sachverständige gibt, die positiv denken, daß es auch seitens der Förderungsstellen Leute gibt, die positiv denken. Mit Hilfe des derzeitigen Ministers Dipl.-Ing. Riegler wird es auch gelingen, und ich weiß, daß nach dem Minister Haiden, der das nicht gelten hat lassen, der war ein Technokrat, wie er im Buch gestanden ist, ich habe immer gesagt, der Haidensterz ist mir lieber als dieser Haiden, der steirische Haiden in Wien, daß auch Minister Riegler jetzt sinnvoll fördern wird. Ich glaube, damit habe ich, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, Ihnen auch Schützenhilfe geleistet, daß Sie sich leichter tun werden, und – wie gesagt – die Anlage in Weinitzen ist jederzeit zu besichtigen, und wir haben auch im letzten Umweltschutzbericht die Werte gehabt, die Winterwerte und die Herbstwerte. Die Anlage ist fairerweise im letzten Bericht wenigstens einmal gleichgestellt worden mit technischen Anlagen, wobei Sie meine Meinung jetzt ausführlich gehört haben. Sie ist eben tatsächlich um 200 Prozent besser, und was für uns und auch für die Naturschützer ein schwacher Ersatz und ein Trost ist, diese Biotope, wo wir ungefähr zwei bis vier Quadratmeter pro Einwohner brauchen, je nach Trennsystem oder Mischsystem, beim Mischsystem brauche ich mehr, haben in dieser Anlage auf jedem Binsenstock einen kleinen, grünen Laubfrosch. Und auf das sind wir Grüne stolz. Die haben zwar eine weiße Weste, ich habe nicht immer eine weiße Weste, wie man ja in den Zeitungen

liest und wie man dann wieder vom Abgeordneten Gennaro hört, daß man in die Psychiatrie gehört. Das hat ja mit weißer Weste nichts zu tun. Oder wie der Abgeordnete Grillitsch da dahergerannt kommt mit seinen Gestikulationen und sagt, du gehörst in die Psychiatrie. Das sind Dinge, die man hier im Landtag unter dem Schutz der Immunität sagen kann. Da sitzen die zwei Missetäter nebeneinander. Zu den Dingen habe ich gerne Spaß, weil ich mich dementsprechend wehren kann, ohne daß wir von einem Richter abhängig sind, der sein Spielchen macht mit den Politikern, wie sie es mit Edegger aufgeführt haben, diese Sachen, diese Sauereien, muß ich sagen, weil Edegger hat sicher richtig argumentiert, und die wollten ihre Spekulationen hier in Graz machen, die Eisenbergers und wie sie alle heißen. Auch hier ein klares Wort einmal, daß man nicht immer von diesen Richtern als Politiker sehr gut bedient wird.

Zur Wasserversorgung. Die Wasserversorgung ist ein sicher ganz wesentliches Problem, denn im Endeffekt will jeder Steirer ein gutes Trinkwasser haben. Viele haben heute noch Hausbrunnen. Jeder, der einen guten Hausbrunnen hat, kann stolz sein, kann froh sein, weil er unabhängig ist, weil er sein eigenes Wasserrecht auf dem eigenen Boden nützen kann. Das ist ja ein hohes Recht, bitte, das ist ja im Bundesgesetz abgesichert. Wasserrecht ist ein Privatrecht, das ist eines der wichtigsten Rechte, weil was macht ein Häuslbauer mit einer Widmung und einer Baubewilligung und einer Keusche, wenn er kein Trinkwasser mehr hat? Gar nichts. Dann kann er schauen, daß ihm ein Tankwagen das Eimerl-Wasser bringt. Und daher ist die Strategie für die Steiermark, eine sogenannte Ringwasserleitung zu machen, ich bin sicher dezentral orientiert, ja gut, wenn man glaubt, daß man die Grundwasserreserven nicht mehr retten kann, wenn man glaubt, daß man das nicht mehr in den Griff bekommt, dann werden es manche andere besser wissen. Für mich ist es sicher keine vornehme Lösung. Eine vornehme Lösung ist eben, alle Grundwasservorkommen optimal und bestmöglich zu nutzen. Ich habe schon einmal gesagt, diese Zentralsysteme, wie es der Hochschwab ist, sind auf radioaktive Fallouts sehr, sehr empfindlich. Ich bin eigentlich froh, wenn es eine andere Wasserversorgung, wie in der Teigitsch, für den Raum Köflach/Voitsberg und im Murwald für 50.000 Menschen für die Region Aichfeld-Murboden gibt. Ich bin froh, wenn sich die Ennstaler mit eigenem Wasser versorgen. Und ich wäre auch froh, wenn sie die Grazer versorgen könnten. Das ist sicher ein ganz heikles Thema, vor allem im Süden von Graz, da muß auch ich kapitulieren, aber ich wäre froh, wenn es wenigstens die Leibnitzer mit einem ordentlichen Bodenschutzgesetz und mit dem Rückgang der Nitratwerte wieder schaffen werden. Wasser ist einfach ein unersetzbares, unwiederbringliches Gut, das der Allgemeinheit zugänglich ist, bis zur Sicherung im Privatrecht. Ich glaube, daß die ganzen Anstrengungen in Leibnitz hoffentlich Fuß fassen werden. Natürlich hängt das wieder eng zusammen mit der Massentierhaltung. Wir wissen, daß Abwasserentsorgung – Massentierhaltung ein unweigerlich verbundenes Problem sind, und vielleicht bekommen wir auch über die Abwasserversorgung die Massentierhaltung indirekt in den Griff. Man bekommt ja manche Dinge nicht direkt in den Griff, das wissen wir, vor allem die, die schon

lange in der Politik tätig sind. Aber vielleicht gelingt es von hinten herum. Vielleicht fragt man einmal diese Tier-KZ-Betreiber, wo ist eine wasserrechtliche Bewilligung, wo ist eure Kläranlage? Wo ist die Entsorgung der Klärschlämme? Wo ist denn das? Ich glaube, daß hier der Herr Hofrat Rupprecht das Wasserrechtsgesetz ganz klar einsetzen muß, um eben wieder zu einer flächenbezogenen Tierhaltung zu kommen, daß man den Tieren wieder, ich würde fast sagen, lebenswerte Verhältnisse bietet, was heute von der Landindustrie weggefegt wird und sozusagen unter Umständen nur mehr eine Sache des Kapitals und des Geldeinsatzes ist. Was uns weh tut, das habe ich schon gesagt, ist die Förderung bei der Wasserversorgung, vor allem dort, wo die Gemeinden bereits verschuldet sind, wo sie genötigt werden durch den ganzen Baufortschritt, Überbrückungsdarlehen aufzunehmen, weil sie die Baufirmen zahlen müssen. Da tut es uns besonders weh. (Abg. Ing. Stoisser: „Was Sie hier aufführen, ist eine Schweinerei!“) Herr Abgeordneter Ing. Stoisser, Sie können mich gerne etwas fragen, ich gebe Ihnen sofort Antwort. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Hör auf!“) Du bist als Klubobmann der ÖVP für dieses Budget mitverantwortlich, und es ist eigentlich eine kolossale Sache, die nicht nur schon Dr. Klauser aufgeworfen hat, sondern die ich hier noch einmal, und zwar in aller Deutlichkeit, sage, es ist eine Sauerei, die Gemeinden auf dem Gebiet, wo sie Umweltschutz aktiv machen, auszuhungern. Es ist vor allem die Kürzung dieser ganzen Überbrückungsdarlehen, damit sie wenigstens die Baufirmen zahlen können. Das ist eine Sauerei. Das Wort steirische Sauerei kann ich nur verwenden. (Abg. Ing. Stoisser: „Er gehört in den Feldhof!“) Jetzt fangst du auch schon an. Du bist bereits in nobler Runde mit dem Herrn Gennaro und mit dem Herrn Grillitsch. Und ich bin stolz darauf, daß genau du dich aufregst, denn was bei deiner Kläranlage unten gemacht wurde, daß jahrelang die Deponiesickerwässer von der Deponie Halbenrain dort eingeleitet wurden, gegen jeden Wasserrechtsbescheid, daß diese Kläranlage in Leibnitz großteils überhaupt nicht funktioniert hat, da bist du als Abgeordneter Stoisserer genauso schuld. Und rege dich nicht auf mit Psychiatrie. Das kostet mich jetzt nur mehr einen Lacher. Der Herr Abgeordnete Stoisserer, er sagt ja immer Kammerlander zur Abgeordneten Kammlander, soll sich das einmal zu Herzen nehmen, und er soll schauen, daß unten in Leibnitz das Grundwasser wieder saniert wird, und nicht, wie es heute ist, daß man dieses Wasser nicht einmal mehr Kindern anbieten darf. Jeder, der Verantwortlichkeit hat, und das haben Gott sei Dank die Ärzte in Wagna gehabt. Der Kollege Trampusch wird das bestätigen. Die Ärzte in Wagna – (Abg. Trampusch: „Ich mache keinen Zwischenruf, sonst redest du noch eine Stunde länger!“) Okay, aber es ist lobend zu erwähnen, daß die Ärzte damals darauf aufmerksam gemacht haben. Nur, was hilft es? Die Leute sind eine Woche im Spital, dann kommen sie nach Hause, und dann haben sie wieder dieses nitrat-hältige Wasser. Nitrat geht im Kindermagen in Nitrit über. Nitrit ist ein Blutgift. (Landesrat Klasnic: „Nicht übertreiben, Herr Kollege!“) Die Frau Landesrat Klasnic sagt, nicht übertreiben. Wenn es um Kinder geht, habe ich hier nicht zu übertreiben, sondern es ist so, daß dieses Wasser in Leibnitz vom Wasserverband Leibnitz für Kinder- und Kleinstkinder nicht zu ver-

wenden ist. Die Lösung mit Mineralwasser ist auch keine Lösung, und daher sehe ich nicht ein, daß ein Landtagsabgeordneter vorbeigeht und sagt, der gehört in den Feldhof und in die Psychiatrie. Da kann ich nur sagen, dann gehört er schon längst hinter Schloß und Riegel, weil er mit Vorsätzlichkeit und Fahrlässigkeit zugeschaut hat, daß im Leibnitzer Bereich die Kleinstkinder sukzessive vergiftet werden (Mehrere unverständliche Zwischenrufe von Abgeordneten aller Fraktionen.) Emmy, du bist eine liebe Abgeordnete, eine Kollegin, und wenn du mich jetzt weiterreden läßt, bist du mir noch lieber. Ich bin jetzt dort, daß wir das einfach nicht einsehen, daß in einem sogenannten Umweltschutzvoranschlag hier auf dem Gebiet, das die Gemeinden am meisten trifft, gekürzt wird. Auf der anderen Seite, das habe ich schon erwähnt, werden noch immer auf dem Bausektor bautechnische Rohrleitungen aus Asbestzement verwendet, der in der hochgradigen Gefährdungsliste steht. (Abg. Minder: „Wie lange müssen wir das noch anhören?“) Die Abgeordnete Minder regt sich auf. Frau Abgeordnete Minder, wir können über Karenzurlaub reden, aber von Asbestzement haben Sie relativ wenig Ahnung. Ich glaube nicht, daß Sie das bei der Post gehört haben. Es geht mir darum, auch wenn man sagt, diese Stoffe wären gleichwertig nach der Din-Norm. Wenn man die ganze Gesundheitsgefährdung wegsteckt, aber bitte, es darf doch nicht sein, daß einfach hier Firmen der Kunststoffbranche ausradiert werden, hier ins Abseits gedrängt werden und man auf Grund der Erkenntnis nicht einmal Neuausschreibungen macht, geschweige, daß man hier Angebote anerkennt, wenn sie bei 2 Millionen Schilling um eine Million Schilling günstiger sind als die Angebote der Asbestzementproduzenten. Das wollte ich hier noch einmal sagen. (Präsident Zdarsky: „Das haben wir schon dreimal gehört!“) Ich hätte eigentlich gar nicht so viel, wenn ihr mich nicht emotioniert, dann hätte ich eigentlich gar nicht so viel.

Aber ich möchte trotzdem zum Schutzwasserbau kommen. Sicher schwebt uns allen ein natürlicher Wasserbau vor. Wer von uns würde nicht gerne wie die Helene Wallner oder der Herr Abgeordnete an einem natürlichen Bächlein mit Schotterbänken und so weiter spielen. Jeder von uns, jeder, der richtig geprägt ist, weiß, was ein natürlicher Bachlauf ist. Der Herr Hofrat Haas steht dort. Der Herr Hofrat Haas hat sich in den letzten Jahren bemüht, in Richtung naturnaher Wasserbau zu kommen. Er ist mein Chef (Abg. Kröll: „Er möchte auch nach Hause gehen!“), und ich muß sagen, er hat mir nicht immer leichte Nüsse zu knacken gegeben. Ich habe es geschafft. Aber ich bin nicht der, der irgend etwas privat nachträgt. Ich muß sagen, daß er sich fachlich neu orientiert hat und daß er heute ein Verfechter des naturnahen Wasserbaues ist. Und auf das bin ich stolz. Ich möchte aber trotzdem erwähnen, daß es heute im Wasserbau noch immer Dinge gibt, wo jeder sagt, schaut die Regulierer an, schaut die Trapezkünstler an, schaut an die Bachmörder, schaut es an. Und diese Leute kommen heute aus dem Straßenbau. Ich sehe nicht ein – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Arm sind sie!“) Der Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher sagt, arm sind sie alle. Ich kann euch nicht helfen, arm sind alle. Es sind Kinder arm, es sind Gewässer arm. (Abg. Kröll: „Weißt du, was ich glaube? Du hast eine Rede, der man zuhört. Du darfst dir aber nicht herausnehmen, daß das ganze Haus von dir gepflanzt wird!“)

Lieber Hermann Kröll, tu mich nicht provozieren. Du weißt, wie ich auf so etwas reagiere.

Es geht jetzt darum, daß diese Leute aus dem Straßenbau kommen. Ich stelle hier im Landtag nicht nur die Bitte und das Ersuchen, sondern die Forderung, daß auch – der Herr Landesrat ist jetzt nicht da – diese Leute, die seitens des Straßenbaues im Wasserbau ihr Unwerk treiben, auch dann ihre Gutachten einholen vom Naturschutz und von der Fischerei. Ich sehe nicht ein, daß das, was der Schutzwasserbau machen muß und gemacht hat und es nicht leicht war, auf alle Interessen einzugehen und Kompromisse zu finden, daß da die Straßenbauer, nur weil ein starker Hofrat Theußl – ich glaube, da hinten steht er – sozusagen am Werken ist, hier einfach freie Hand hat. Herr Landeshauptmann, so geht es nicht. Es gehört nicht nur wie in der Verkehrsplanung koordiniert, sondern es gehört in Zukunft auch im Wasserbau koordiniert. Und den Straßenbauern gehört das Handwerk gelegt. Das, was sie mit unserem Annagrabem im Landschaftsschutzgebiet gemacht haben und wie sie unseren Trenkbachgraben ruiniert haben, das ist in Zeiten wie diesen (Abg. Kröll: „Du allein hast heute drei Stunden geredet!“) ein Skandal. Das ist eine Sauerei. Ich sehe nicht ein, daß alle Wasserbauer in einen Topf geschmissen werden. Ich sehe das nicht mehr ein. Das muß ich hier einmal in aller Deutlichkeit sagen. Ich glaube, es ist mir auch halbwegs gelungen.

Etwas zu den Rückhaltebecken: Die Rückhaltemaßnahmen sind genau das, was wir à la longue wollen. Herr Hofrat Haas strebt es auch an. Er hat eine Broschüre herausgegeben „Rückhaltebecken in der Steiermark“. Ich möchte mich bedanken, ich habe es auch bekommen. Ich habe sogar ein oder zwei selber geplant. Das heißt, das ist sanfter Schutzwasserbau. Das Wasser im Land zurückhalten, damit es den unteren zum Vorteil gereicht. Nur, eines muß ich hier auch sagen, das ist verflucht schwer, es ist verflucht schwer, den oberen klar zu machen, daß sie ihre Gründe hergeben sollen, damit die unteren hochwasserfrei sind. Und das geht eben nur mit Zuckerln. Entweder man macht einen Grundteich oder man entschädigt sie auf Dauer, und daher scheitert dieses Problem, sanfter Schutzwasserbau mit Rückhaltebecken nicht am Fachlichen. Es scheitert meistens an der Grundaufbringung. Wir sind in einem Land, wo wir eigentlich nicht Ostblockmethoden anwenden wollen. Wir wollen die Leute nicht enteignen. (Abg. Kröll: „Ich bitte ernstlich, die Geschäftsordnung zu novellieren!“) Dann novelliere sie und haltet euch alle daran. Ich habe mir heute auch Sachen länger anhören müssen, als mir lieb war. Es geht darum, daß man durch eine ordentliche Information, vor allem auch durch die Entschädigungsmöglichkeiten, den Leuten sagt, ihr müßt nicht den Grund hergeben, damit die anderen hochwasserfrei sind, sondern ihr bekommt jährlich eine Grundentschädigung. Ihr braucht den Grund nicht zu bebauen, ihr werdet entschädigt, und dann tun die Leute mit. Es hat ja auch der Herr Präsident Wegart am Stubenbergsee ein Rückhaltebecken gemacht, weil die Feistritz bei Hochwasser diese Freizeitanlage auch für den Hochwasserrückhalt verwendet. Und genau solche Anlagen, wie sie damals am Stubenbergsee gemacht worden sind, wofür sich Präsident Wegart als Fremdenverkehrsreferent eingesetzt

hat, genau solche schweben uns vor. Uns schweben vor, wenn möglich kombinierte Anlagen für den Schutzwasserbau zur Vergleichmäßigung des Wasserabflusses auch für eine örtliche Fischerei. Stubenberg hat auch seine Fische drinnen, und vor allem auch für den Hochwasserschutz und für die Fremdenverkehrswirtschaft in unserer Steiermark. Ich kenne Mehrzweckanlagen in der BRD sowie am Stubenbergsee, die gerne angenommen werden und die sozusagen wirklich integraler Wasserbau sind.

Damit wäre ich mit dem Thema Wasser – falls nicht noch irgendwelche Zwischenrufe kommen, irgendwelche Anfragen – am Ende und werde dann zum Verkehr mir erlauben, mich noch einmal zu melden. Danke vielmals für Ihre strapazierten Nerven. Ich weiß, daß Sie bei mir leicht reizbar sind. Danke. (23.33 Uhr.)

Präsident Wegart (23.33 Uhr): Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (23.33 Uhr): Meine Damen und Herren!

Sie werden verstehen, daß ich angesichts der Situation zur Sache nichts mehr sagen möchte. Ich möchte aber trotzdem zwei Bemerkungen machen, die Personen betreffen. Ich bin als Referent zuständig für die Fachabteilung III a des Landesbauamtes. Ich möchte mich posthum bedanken bei dem überraschend früh verstorbenen Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Franz Geier, der der Leiter des Vermessungsreferates der Fachabteilung III a war. Ich möchte ihm im nachhinein noch für seine Arbeit und seinen Einsatz im Land Steiermark danken. (Allgemeiner Beifall.)

Mir kommt es auch zu, danke zu sagen für den nunmehr in den Ruhestand tretenden Vorstand der Fachabteilung III a, Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Haas, der durch viele Jahre in der Steiermark im Wasserbau tätig war (Allgemeiner Beifall.), verantwortlich tätig war. Er hat seine Feuerprobe, eigentlich hat er seine Wasserprobe bei der großen Hochwasserkatastrophe in Breitenau durchgemacht, und er hat den Wasserbau auch durch die kritischen Phasen durchgeführt bis hin zum naturnahen Wasserbau. Herr Hofrat, ich danke dir sehr herzlich für deinen Einsatz für das Land Steiermark. Du wirst allen, vor allem den Bürgermeistern, in allerbesten Erinnerung sein, denen du helfen konntest, sie vor dem Hochwasser zu beschützen. Alles Gute, viele schöne Jahre in deinem wohlverdienten Ruhestand. (Allgemeiner Beifall. – 23.36 Uhr.)

Präsident: Wir kommen zum zweiten Teil der Gruppe 6, Straßenbau und Verkehr. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kohlhammer.

Abg. Kohlhammer (23.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe eine Zehn-Minuten-Rede. Darf ich es auf den Kern bringen. Herr Landeshauptmann, darf ich Sie bitten, daß unsere Anträge, insbesondere jener zum gesamtsteirischen Verkehrskonzept, ernst genommen werden beziehungsweise unser Angebot angenommen wird, daß wir eingeladen werden beziehungsweise aufgenommen werden in einen Beirat, um zum frühestmöglichen Zeitpunkt mitarbeiten zu können. Ich habe das vor einem Jahr schon erbeten. Es ist leider bis jetzt

darauf verzichtet worden. Ich darf ausdrücklich sagen, daß wir die Ernennung von Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Theußl zum Verkehrskoordinator begrüßen. Er hat schon gemeint, ich gehe ihn heute an und würde reklamieren, daß er nicht mehr weitergebracht hat. Das tue ich ausdrücklich nicht, weil ich weiß, daß das gar nicht möglich gewesen wäre in dieser kurzen Zeit. Ich meine vielmehr, daß es ihm gebühren würde, daß er einen größeren Mitarbeiterstab zur Verfügung bekommt, damit diese wirklich große Frage entsprechend rasch bewältigt werden kann. Darf ich das deponieren. Im übrigen – glaube ich – bekennen wir uns zu den notwendigen Straßenbauten. Die Pyhrnautobahn wurde angesprochen. Wir bekennen uns dazu, daß wir den Weg zur Schiene wieder finden müssen, und unterstützen alle entsprechenden Vorstellungen und wollen gerne dafür mitarbeiten. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 23.37 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer.

Abg. Dr. Dorfer (23.38 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Meine ursprünglich auf etwa 15 Minuten konzipierte Rede darf ich auf eine Minute einschränken und feststellen, daß sehr, sehr viel im steirischen Straßenbau, im Bahnbau, im Luftverkehr wichtig ist, im Gange ist, noch gemacht werden soll. Aber die wichtigste, die lebensnotwendigste Verkehrsverbindung für die Steiermark ist nun einmal der Anschluß nach dem Nordwesten hin zu jenen Ländern, wo das Zentrum europäischen wirtschaftlichen Geschehens ist. Das ist die Pyhrn. Ich darf in dem Zusammenhang unserem zuständigen Referenten in der Landesregierung, das ist der Herr Landeshauptmann selbst, dafür danken, daß es ihm gelungen ist, mit dem Wirtschaftsminister Graf nunmehr durch das Liesing- und Paltental den Bau in Angriff nehmen zu können. Glück auf für die Zukunft im steirischen Straßenbau. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 23.39 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (23.39 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde genauso schnell reden, wie ich nur kann, nachdem Sie den ersten Teil meiner Wortmeldung zur Gruppe Umweltschutz gehört haben. Ich möchte mich nur kurz zu den Landesbahnen äußern. Ich kann mich des Verdachts nicht erwehren, daß hier die Liquidation still und leise vorbereitet wird. Erhärtet wird mein Verdacht noch durch meine Fragen an den Herrn Direktor Hofrat Zauhar, betreffend das Unternehmenskonzept, auch den Kostendeckungsgrad, ich habe nach den Zahlen letztes Mal im Ausschuß gefragt, ich habe sie bis heute nicht bekommen. Es würden mich die Verbundpläne in diesem Bereich interessieren. Hier wird getrödelt, und das sage ich auch zur Frau Landesrätin Klasnic, weil ich meine, daß da wirklich etwas verschlafen wird. Ein weiteres Indiz dafür ist für mich, daß Betriebsratsangehörige dazu verdonnert worden sind, keine Auskunft darüber zu geben, wie es auf der Strecke Peggau–Übelbach steht, nachdem ich

von vielen Seiten gehört habe, es gibt Erfolge, und zwar wirklich herzeigbare Erfolge mit dem neuen Taktfahrplan und auch mit den neuen Haltestellen. Ich habe Zahlen gehört, 130 Prozent bei den Vollzahlern an Zunahme und 70 Prozent bei den Schülern, weil auch mehr Mittelschüler inzwischen dort fahren. Es kommt mir so vor, als ob das nicht erwünscht wäre. Wo bleibt das eindeutige Interesse aller Verantwortlichen, daß das ein Erfolg wird? Für die Schweiz ist die Dienstleistung der Bahn im gemeinwirtschaftlichen Interesse so wichtig, daß sie 12 Millionen Schweizer Franken aus dem Aufkommen eines Treibstoffzuschlages dazuzahlt. Den Herrn Landeshauptmann habe ich heute schon kurz im Zusammenhang mit dem Straßenbau angesprochen. Der Herr Hofrat Theußl ist auch im Zuhörerraum, und er hat auch mit mir schon kurz diskutiert. Ich glaube, daß es beide verstehen, ihre Interessen gut durchzusetzen im Zusammenhang auch mit dem Budget 1989. Ich lese 39 Millionen Schilling für Autobahnen und 1,1 Milliarden Schilling für Bundesstraßen und Landesstraßen. Ich möchte dem gegenüberstellen, daß laut ADL-Gutachten für einen Zugkilometer 36 Schilling Streckenkosten zu berechnen sind, und auf der Bundesstraße 210.000 Schilling und auf der Autobahn 700.000 Schilling Erhaltungskosten pro Kilometer im Jahr anfallen. Ich glaube, das sind Zahlen, die zum Umdenken führen müßten. Außerdem habe ich umgerechnet die Zahlen auf der Schoberpaßstrecke, die mir bekannt sind. Im Moment ist es so, daß 547 Lkw am Tag die Strecke frequentieren, das heißt, es sind umgerechnet auf die Tonnage 2,06 Millionen Tonnen Transit. Auf der Bahn werden im Moment 48 Güterzüge geführt mit 0,2 Millionen Tonnen jährlich. Wenn ich das jetzt umrechne und laut Planko-Prognose aus Hamburg, das ist dieselbe Grundlage, die der Herr Hofrat Theußl verwendet, werden im Jahr 2000 1370 Lkw am Tag fahren, also zweieinhalbmal so viel, das wären Güterzüge 128 am Tag umgerechnet, und auf der Brennerbahn, laut eines Papiers der Europäischen Gemeinschaft ist zu lesen, daß durch die folgenden Maßnahmen bis zum Jahr 1992 die Kapazität der Brennerstrecke von 92 Zügen pro Tag auf 200 Züge pro Tag erhöht werden und eine Güterkapazität von 15 Millionen Tonnen pro Jahr dort transportiert werden könnten. Wenn ich das jetzt umlege auf die Strecke über den Schoberpaß, dann heißt das, daß 250 Züge am Tag 100 Prozent Leistungskapazität bedeuten. So viel brauchen wir nämlich gar nicht, wir brauchen nur zehnmal soviel wie jetzt. Wenn man das umrechnet, dann geht sich das sicher aus. Die Zahlen, die mir der Herr Hofrat Theußl immer wieder an den Kopf wirft, indem er meint, nur 10 Prozent des Gütertransits sind möglich, auf dieser Strecke zu transportieren, dann meine ich, daß diese Rechnung einfach nicht stimmen kann. Dazu zitiere ich jetzt auch noch, für die Wirtschaftlichkeit einer Strecke ist nicht maßgeblich, wie viele Züge, sondern wie viele Güter auf ihr transportiert werden können. Das heißt, es ist nicht entscheidend von der Jetzt-Situation auszugehen, wo es unter Umständen halbleere Güterzüge gibt oder nicht ausgelastete Güterzüge, sondern man muß die Zahlen einfach rechnen, wenn die Strecke optimal ausgerüstet ist. Bei einem Transportsystem, das 94 Prozent der Zeit steht, so wie es jetzt ist, ist eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit außerdem für die Gesamttransportdauer völlig belanglos. Die Investitionen müs-

sen auf die Reduzierung der Standzeiten, nicht der Fahrzeiten zielen. Die maximale Reduzierung bringt natürlich das rangierfreie Containersystem – durch die Ausschaltung des Rangierens dauert der einheitliche Stationsaufenthalt nur drei Minuten. Es ist auch möglich, Güter an einen Personenzug anzuhängen, wenn die dementsprechenden Einrichtungen am Zug vorhanden sind. Aber in diese Richtung, meine ich, wird im Moment überhaupt nicht gedacht und auch nicht projektiert, und vor allem hat man auch kein Geld dafür, wie ich das in letzter Zeit gehört habe. Aber wo ist hier die unternehmerische Phantasie? Ich habe mit dem Kollegen Präsident Ing. Stoisser schon gesprochen, den Mut oder die Möglichkeit, genau das auch privatwirtschaftlich zu führen oder so etwas zu rechnen oder zu planen. Man muß sich nicht allein darauf verlassen, daß die ÖBB eines Tages einmal das von selber machen. Es könnte auch Privatinitiative in diese Richtung gehen. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 23.46 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (23.46 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gleich in Fortsetzung zur Eisenbahn in aller Kürze. Eisenbahnen bedeuten überall in Europa große Sorgenkinder, dennoch zahlt die Schweiz nur etwa 8 Prozent der Kosten von der Staatsseite für das Funktionieren der Eisenbahnen, in Österreich hingegen 53 Prozent, dazu, weil nur 47 Prozent von der Bahn selbst aufgebracht werden. Es gibt erfreulicherweise ein Konzept „Die neue Bahn“. Die Steiermark ist davon natürlich nur in einem geringen Ausmaße leider betroffen, denn hier geht es in erster Linie um den Semmeringtunnel, der eine Verkürzung der Fahrzeit Graz–Wien von 30 Minuten bringt, es geht um die Realisierung des Projektes Schoberpaß–Ennstal. Das wird sowohl Verbesserungen im Personenverkehr wie im Güterverkehr bringen. Von 90 wird man auf 150 Züge pro Tag kommen können, und die Fahrzeitreduktion von Leoben nach Bischofshofen wird 25 Minuten betragen, die Reduktion, das heißt Fahrzeit Leoben–Bischofshofen 2,15 Stunden. Geplant sind, 31 Milliarden Schilling aufzubringen bis zum Jahre 1998, das heißt, eine Vereinbarung, die die Koalitionsparteien getroffen haben, die über die Legislaturperiode hinausgeht. Was uns aber, glaube ich, als Steirer am Herzen liegen müßte, ist nicht so sehr, daß die eine Gruppe in der Obersteiermark sich Sorgen um den Ausbau der Schoberpaßstrecke macht und die andere eventuell südlich von Graz, sondern daß es tatsächlich darum geht, daß man endlich nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie wieder einmal zu neuen Linien kommt. In diesem Zusammenhang muß ich natürlich die Koralmbahn erwähnen, die gedacht und geplant ist. Es gibt ein Konzept dafür von Wien in Richtung Süden über das nördliche Burgenland–Oberwart–Hartberg–in Richtung Graz und dann durch die Koralm nach Klagenfurt, was eine entsprechende Belegung für die Region bedeutet. Es gibt auch eine Statistik darüber, wie sich die Bevölkerung dort entwickeln wird.

Es muß unser Anliegen sein, hier gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Es ist das nicht eine Bahn, wo

man sagt, für die Oststeiermark und für den Ostkärntner Raum, sondern eine Bahn, die auch eine große Bedeutung gewinnt durch die Arge-Alpen-Adria, erschließt sie doch mit der Zugehörigkeit der Lombardei einen der bedeutendsten Wirtschaftsräume Europas. Leider habe ich das letzte Mal offiziell von dieser Kolbenbahn gehört, voriges Jahr um diese Zeit, Anfang Dezember, anlässlich einer Tagung am Bahnhof in Graz, wo der Herr Prof. Riesberger von der Technischen Universität Graz sein Konzept beziehungsweise seine Argumentation vorgelegt beziehungsweise vorgebracht hat. Zur Steirischen Landesbahn in aller Kürze: Alle Bemühungen werden nicht dazu dienen, um alle Strecken aufrechtzuerhalten. Um nur eine zu erwähnen, Feldbach–Bad Gleichenberg, hier beträgt die Bahnstreckenlänge 21 Kilometer, die Straßenlänge 12 Kilometer. Der Personenverkehr ist verständlicherweise entsprechend abgesunken. Man könnte sich jetzt noch verlieren oder müßte sich dem Thema noch besser widmen, was die Ausstattung der Züge betrifft, die Ausbauten der Bahnhöfe. Übersehen wir nicht „Graz-Hauptbahnhof“, zweitgrößter Bahnhof Österreichs, zweitgrößte Stadt Österreichs, Zustände aber manchmal, als würde man mitten am Balkan sein. Wir verlangen einen raschen zweigleisigen Ausbau der Schoberpaßstrecke, eine entscheidende Verbesserung des Personenverkehrs Graz–Salzburg–München, Graz–Passau, die Elektrifizierung der Oststrecke Graz–Ostbahnhof–Fehring, den Ausbau und die Einrichtung von Nahverkehrslinien in Ballungszentren, nicht zuletzt die Koralpenbahn. Das muß unser gemeinsames Anliegen sein. Politisch wird uns sicher nichts davon trennen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 23.51 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (23.51 Uhr): Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Auch ich will mich in Anbetracht der späten oder schon fast morgendlichen Stunde sehr kurz halten, wobei ich natürlich auf die Wichtigkeit der Thematik mehr Zeit beanspruchen würde. Ich glaube aber, das Wesentliche liegt ja darin, nicht in der Zeit, wie es der Kollege Dr. Korber zu halten pflegt, sondern in den Inhalten. Ganz kurz, ich bin auch sehr froh, daß es endlich zum Spatenstich oder zur Realisierung des letzten Teilstückes der Pyhrnautobahn gekommen ist. Wir erwarten uns natürlich – und das muß das Ziel des Straßenbaues sein –, daß damit die Verkehrssicherheit angehoben wird. Das zweite Standbein sollte natürlich sein, daß auch wirtschaftliche Probleme damit gelöst werden. Ähnlich, Herr Landeshauptmann, sind auch die Dringlichkeit und die Erfordernisse, was den Ausbau von Judenburg nach Dürnstein betrifft. Auch hier ist eine starke Basisbewegung im Gange. Sie haben es selbst beim Spatenstich zitiert, daß eine Basisbewegung dafür ausschlaggebend war, aber auch dieses Teilstück Judenburg–Dürnstein weist auf Grund der Unfallstatistik eine sehr traurige Bilanz auf. Darüber hinaus ist auch ein wirtschaftliches Erfordernis gegeben für diesen Ausbau, und zwar für den vierbahnigen Ausbau, denn die topographische Gegebenheit auf der Strecke Wien Richtung Triest bedingt es einmal, weil weniger Höhenmeter zu überwinden sind, daß dort ein

relativ starkes Aufkommen von Schwerverkehr zu erwarten ist und derzeit schon gegeben ist.

Vielleicht auch im Telegrammstil abschließend noch ein paar Worte. Ich bin sehr froh darüber, daß ein Resolutionsantrag von allen Parteien getragen wird, was die Beschilderung und die Ausweisung der obersteirischen Bezirkshauptstädte betrifft; wird uns auch in der Wirtschaft und speziell im Fremdenverkehr weiterhelfen. Ich meine auch, daß man den Ausbau der modernen Bahn vorantreiben soll, wie es der Kollege Purr gemeint hat, den Ausbau der Schoberpaßstrecke sowie die Koralpe, die Verbindung von Graz nach Klagenfurt, hier würden wir 50 Prozent der Strecke und der Zeit einsparen. Und darüber hinaus meine Bitte, wenn ich sie noch anbringen darf, daß man auch nachdenkt darüber oder versucht, dahin aktiv zu werden, daß auch in der Obersteiermark ein sogenannter Containerbahnhof errichtet wird. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 23.53 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Schoiswohl. Ich erteile es ihr.

Abg. Schoiswohl (23.53 Uhr): Herr Präsident, Meine Damen und Herren!

In meiner Wortmeldung möchte ich auf den dringend notwendigen raschen Fertigbau der Pyhrnautobahn hinweisen sowie auf den ebenfalls notwendigen durchgehenden zweigleisigen Ausbau der Bahn Selzthal–St. Michael sowie die Strecke Selzthal–Bischofshofen und die Pyhrnstrecke zu verbessern. Der Transitverkehr über den Schoberpaß rollt derzeit zum überwiegenden Teil auf der Straße. Alle Prognosen zeigen auf, daß sich der transnationale Güterverkehr bis zum Jahre 2000 verdoppeln wird. Im Pkw-Verkehr sind Zuwachsraten bis zu 35 Prozent zu erwarten; nachdem der nun eingeleitete Vollausbau der A 9 die zu erwartenden Steigerungsraten des Verkehrs nicht ohne schwere Belastung für die Bevölkerung des Paltens und Liesingtales aufnehmen kann – derzeit bereits Strecke mit höchster Unfallhäufigkeit in Österreich –, erscheint uns auch der Vollausbau der Eisenbahnstrecke über den Schoberpaß als unbedingte Notwendigkeit, um den Schwerverkehr auf die Schiene zu bekommen. Wir, die wir an dieser Gastarbeiterroute wohnen, werden fast täglich direkt mit großen menschlichen Schicksalsschlägen konfrontiert. Viele Menschen mußten auf dieser Todesstrecke ihr Leben lassen, unter diesen Unfallsopfern sind auch viele Bewohner unseres Landes zu beklagen. Mit der raschen Fertigstellung der Pyhrnautobahn wäre mehr Sicherheit für die Menschen unseres Landes gegeben. Ebenso ist es dringend erforderlich, durch den Ausbau der Ennstalstrecke – Straße und Bahn – von Liezen nach Trautenfels wesentliche Verbesserungen zu schaffen. Die Obersteiermark ist eine wirtschaftliche Krisenregion, und Neuansiedlungen von Betrieben werden im wesentlichen von der infrastrukturellen Ausstattung der Verkehrswege abhängen. Bei guter Verkehrsverbindung ergeben sich aus bessere Möglichkeiten für den Fremdenverkehr. Das sind nur einige wichtige Beispiele, warum für uns die Pyhrnautobahn so wichtig ist.

Ich möchte von dieser Stelle aus allen danken, die beigetragen haben, daß diese wichtige Nord-Süd-Ver-

bindung einer Fertigstellung in absehbarer Zeit entgegensteht. Ganz besonders danke ich Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross für seine großen Bemühungen. Für die steirische Gesamtwirtschaft sind im Zusammenhang mit der Anbindung an internationale Hauptverkehrswege wohl der Semmeringtunnel und der zweigleisige Ausbau der Schoberpaß- und Pyhrnstrecke eine dringende und unabdingbare Notwendigkeit, um den Strukturschwierigkeiten im obersteirischen Industrieraum wirksam begegnen zu können.

Für den obersteirischen Wirtschaftsraum ist auch die verkehrsmäßige Anbindung an den oberösterreichischen und süddeutschen Wirtschaftsraum sowie die Anbindung an den voraussichtlich im Jahr 1992 schiffbaren Rhein-Main-Donau-Kanal eine Lebensnotwendigkeit. Von der ÖBB wurde ein selektiver Ausbau der Strecke St. Michael–Selzthal vorgesehen. Im Gegensatz zu vielen Experten, die nur einen zweigleisigen Vollausbau für sinnvoll halten. Es muß alles veranlaßt werden, daß die finanziellen Mittel für diesen Ausbau gesichert werden, da ansonsten die Steiermark das mit gewaltigen wirtschaftlichen Nachteilen ausgezeichnete Entwicklungsbundesland bleibt. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 23.58 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (23.58 Uhr): (Abg. Pörtl: „Na geh'!“) Es ist interessant. Ich will mich kurz halten, fängt der Abgeordnete Pörtl schon an „na geh'“. Ich meine, das ist schön langsam wie in einer Kinderstube. Ich werde mich auch kurz halten. Ich werde mich auf Grund der angebrochenen späten Stunde kurz halten.

Ich möchte nur auf eines eingehen, und zwar auf den Abgeordneten Kollmann. Er hat einen Zwischenruf gemacht, die Bahn müßte man achtspurig ausbauen. Ich meine, das ist ein derartiger Blödsinn, entschuldigen Sie mir das. Wir wollen einen zweispurigen Ausbau der Bahn. Der Herr Landeshauptmann hat das auch schon erkannt, daß das andere ein Blödsinn ist. Ich danke Ihnen, Herr Landeshauptmann, für Ihre Unterstützung. Wir wollen zweispurig. Wir wollen, die Frau Kammlander sagt mit Recht, die Bahn, ich sage auch, die Straße der Zukunft ist die Schiene. Ich möchte wenigstens, daß es gleichrangig gemacht wird. Ich bin schon kompromißbereit. Aber wenn man dann von der Abgeordneten Schoiswohl hört, was sie wirklich will, daß sie durch die Pyhrn schnell ins Ennstal hineinkommt. Das ist der nackte Wahnsinn. Vor dem warnen wir schon lange. Der nackte Wahnsinn deshalb, weil das Ennstal praktisch ökologisch zerschnitten wird, der Naturraum Ennstal, bautechnisch, der Hofrat Theußl sitzt dort. Herr Hofrat, Sie als Bautechniker, wie können Sie auf Wasser bauen? Das fällt Ihrem Chef, dem Landeshauptmann, sicher auf den Kopf. Wenn nicht ihm, so seinem Nachfolger. Es ist ein Wahnsinn, man kann auf 98 Prozent Wasser nicht bauen. Und ich möchte einmal die Haftungsfrage gerade an Sie, Herr Hofrat Theußl, stellen, und zwar, wer trägt die volle Haftung für die Mehrkosten im Paltental, für den Selzthaler Knoten, für die Waschrumpel, für die ganze Übleis-Trasse, die unter Übleis geboren wurde, wie können Sie als Steirer, als einer,

der vielleicht in kurzer Zeit in Pension geht, uns so ein Erbe hinterlassen, eine Schande für jegliche Bautechnik. Ich habe, eines möchte ich hier noch bitten, an das Büro Landeshauptmann geschrieben um die sogenannte Snitschek-Studie. Herr Landeshauptmann, sagen Sie einem Ihrer Sekretäre, er soll einmal zum Herrn Hofrat Theußl gehen und uns das schicken, wir haben das bis heute nicht bekommen. Ich habe den Brief vor eineinhalb Jahren weggeschickt. Ich bin nicht der, der impertinent wird und ständig bohrt, weil ich weiß, was drinnen steht. Aber ich hätte es gerne einmal offiziell, weil in diesem Gutachten eines unberührten oder jungfräulichen Straßenbauplanes in Wien, der wirklich sowohl von der Straßenbautechnik das Vertrauen hat, als auch von den Leuten, die ökologisch denken; ein Patousek bitte aus Stainach-Irdning, ein Patousek, der sich wirklich bemüht um die Landwirtschaft, der ernst zu nehmen ist, Herr Landeshauptmann, Sie kennen ihn sicher, die Familie, reden Sie bitte einmal mit ihm. Ich will mich gar nicht politisch profilieren. Ich sage Ihnen, ich habe meinen halben Urlaub vor zwei Jahren oben verbracht. Aber nehmen Sie diese Leute, die oben sind, bitte ernst. Nehmen Sie sie ernst, und versuchen Sie wenigstens, sagen Sie, daß Sie dafür kein Geld haben. Versuchen Sie das hinauszuziehen. Sie werden eines Tages daraufkommen, daß der Bestandsausbau eine kostenmäßig gleichwertige Lösung ist und ökologisch wesentlich besser. Sie können sich doch nicht von einem Bürgermeister Gregory, der unten an der Enns Grundstücke hat, irgendwie ins Bockshorn drängen lassen. Das möchte ich auch dem Abgeordneten Richard Kanduth sagen. Das sind zwei, drei Bürgermeister. Ich schlage Ihnen vor, den Herrn Hofrat Theußl haben wir gebeten, er soll für Stainach eine steirische Lösung bringen, wie es überall Fuß faßt und wie Sie es, Herr Landeshauptmann, immer wieder unterstützt haben. Die steirische Lösung heißt, wenn die Möglichkeit besteht, ein Ortsgebiet zu schützen, und es ist Stainach, wenn es südlich geht, zerschneidet man den ganzen Erholungsraum, dort sind die Sportzentren, sie machen Ihnen praktisch eine Straße vor die Nase, sie zerschneiden die Möglichkeit, nach Irdning zu kommen. Das ist alles Erholungsraum. Nehmen Sie eine steirische Lösung, die steirische Tunnelbaulösung, und ich sage Ihnen, Sie werden den Dank des ganzen Ennstales haben. Bleiben Sie auf der alten Trasse. Wo der Gregory ist, gibt es bereits eine Umfahrung. Machen Sie vielleicht den Unterflur dort, damit die Leute den Lärm dort weg haben, Sie brauchen nur ein bißchen tiefer hineinzugehen, und umfahren Sie Liezen südlich. Auch wenn man über den Golfplatz von dem Geschäftsmann drüber muß. Golfplätze können von mir aus weichen, weil die haben in einer Au, in einem Biotop nichts zu suchen. Ich bitte Sie inständigst für die Leute da oben, die seit Jahren kämpfen, an der Spitze ein Patousek und andere Leute, lassen Sie das noch einmal untersuchen. Und ich habe Ihnen angeboten, setzen wir uns einmal zusammen. Ich glaube, der Herr Hofrat Theußl müßte auch als Steirer sagen, machen wir steirische Lösungen. Herr Hofrat, Sie dürfen uns dieses Erbe einer Straße auf Moor, wo Ihnen keine Straße halten wird, wo die Straße mitten durch Hochwassergebiet geht, wo Sie Modellversuche bräuchten, damit Sie wissen, wenn Sie einen Damm machen, wie schaut es mit dem Hochwasser auf der anderen Seite aus, dieses Erbe dürfen Sie

uns nicht hinterlassen. Wenn wir das gemeinsam, trotz allen Krampfes, schaffen, dann alle Achtung, weil man kann auch einmal, wenn man sozusagen von einer Lösung wekommt, kann man mehr Anerkennung erwerben, als wenn man einfach voll hineinfährt. Herr Hofrat, wenn Sie das machen, vollste Anerkennung. Sonst werden Sie für mich jener sein, der die Bautechniker in der Steiermark, und ich zähle mich dazu, zu den Leuten macht, wo es im Ausland heißt, die Narren in der Steiermark gehen über Wasser mit einer Straße, das kann ja nicht halten. Sie schädigen unseren guten Ruf, und den lassen wir uns nicht schädigen. Wenn Autobahnen am Wechsel abrutschen, okay, das ist Rutschungsgebiet, das weiß ein jeder. Jeder, der dort hineingeht, weiß, daß eine Straße rutschen kann. Das finde ich keine Schande. Das ist ein kalkuliertes Risiko. Aber oben ist es eine vorhersehbare Geschichte. Es ist vorhersehbar, daß die Straße nicht halten wird. Und das ist ein Skandal. Ich war kurz. Danke. (7. Dezember 1988 – 00.04 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Krainer (00.05 Uhr): Meine verehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Der 7. Dezember ist vor fünf Minuten angebrochen. Ich bedanke mich sehr bei den Damen und Herren Abgeordneten, daß Sie mit so großer Disziplin bis zu dieser späten Stunde eigentlich vollständig ausgeharrt haben. Trotzdem glaube ich, daß guter Grund dazu besteht, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie Diskussionen dieser Art in der Zukunft gestaltet werden sollen. Denn es besteht für mich auch kein Zweifel darüber, daß etwa diese wichtigen Fragen es verdienen, detaillierter behandelt zu werden, andererseits die Abwägung Platz greifen muß, es Menschen, die morgen wieder den ganzen Tag hier ihrer Abgeordnetenpflicht obliegen, eine noch längere Verweildauer zuzumuten. (Abg. Dr. Korber: „Dann haben wir zwei Monate Urlaub!“)

Vielleicht Sie, Herr Kollege Dr. Korber, das sage ich Ihnen mit aller Deutlichkeit, denn das ist eine Unterstellung für alle hier Anwesenden, und das ist mit ein Grund, warum der Ruf der Politiker auch ein solcher geworden ist, daß Politiker selber, die für sich sprechen und nicht für die anderen, eine solche Erklärung abgeben. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Wenn Sie in Ihrer Erklärung einem hochverdienten Ingenieur eine solche Unterstellung gemacht haben, wie Sie sie zum Schluß gemacht haben (Abg. Dr. Korber: „Mit Recht gemacht habe!“), dann unterlassen Sie das hier und dort. Denn ansonsten müßte tatsächlich die nicht mehr anwesende Presse an Ihrem Zustand zweifeln. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Um auf die wichtigsten Dinge einzugehen: Wir haben ein Jahr hinter uns, das im Wachstum der Wirtschaft, wie Sie wissen, eine Prognose von 1,5 Prozent gehabt hat und zu 3,5 Prozent gekommen ist. Die Prognose für das nächste Jahr liegt bei 2,5, sie wird möglicherweise wieder überschritten. Das bedeutet, daß im Bereiche des Wachstums der Bauwirtschaft ein Wachstum heuer möglich war bei 4,5 Prozent des Anteils am Bruttoinlandsprodukt, was seit 15 Jahren die beste Baukonjunktur bedeutet, die wir gehabt haben, seit 15 Jahren.

Es ist daher erfreulicherweise auch für das nächste Jahr mit einer Auslastung der Bauwirtschaft in einem Maße zu rechnen, wie das in den letzten Jahren nicht vorherzusehen war. Das gilt in Sonderheit auch für die Steiermark. Wir freuen uns alle darüber, daß in einem Bundesland, in dem die Arbeitsmarktprobleme groß genug sind, in diesem Bereich die Probleme zwar existieren, aber ganz entscheidend auch bekämpft werden konnten.

Lassen Sie mich zur anderen Frage, Straße – Bahn, etwas sagen. Spielen wir nicht das eine gegen das andere aus. Es gibt ja in dieser Frage kein Entweder-Oder, sondern in Wahrheit nur ein Sowohl-Als-Auch. Und wenn man sich ansieht, daß die Prognose für die Zunahme des transalpinen Verkehrs so aussieht, daß im Jahre 2000, also 1999, eine neuerliche Verdoppelung stattgefunden haben wird.

Auf der Pyhrnstrecke hat eine Verdoppelung des Straßenverkehrs innerhalb von zehn Jahren stattgefunden. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das wird sich noch einmal verdoppeln!“)

Lieber Freund, das ist ja keine Weisheit, das ist eine Feststellung. Eine ganz schlichte Feststellung, deshalb brauchen wir ja die Straße. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Damit es sich noch einmal verdoppelt!“)

Es verdoppelt sich auch ohne diese Straße, wie Sie gesehen haben. Das ist das wahre Drama. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ja, wenn ich ein Angebot schaffe!“) Ihnen ist nicht zu helfen in dieser Hinsicht. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Da unterscheidet sich, Gott sei Dank, der Standpunkt der Frau Abgeordneten Gundi Kammländer ganz entscheidend (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Dann reden Sie mit dem Tiroler Landeshauptmann!“), denn sie hat auch in diesen Fragen außerordentlich erfreuliche Beiträge geliefert (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Die Tiroler sind viel intelligenter!“), weil natürlich der Umweltaspekt von Bedeutung ist, und weil man ihm selbstverständlich auch bei diesem Straßenbau eine ganz besondere Aufmerksamkeit schenken muß.

Und lassen Sie mich schließen, meine sehr geehrten, verehrten und weniger verehrten Damen und Herren.

Es ist uns auch gelungen, im Bundeshochbau, vor allem auch beim Kasernenbau, einen entscheidenden Fortschritt zu erreichen. Wir haben eine Erhöhung von 63 Millionen Schilling 1988 auf 137 Millionen Schilling 1989 zustande gebracht mit Hilfe des zuständigen Wirtschaftsministers. Ich möchte ihm bei dieser Gelegenheit hier ein Wort des Dankes sagen, und zwar herzlichen, aufrichtigen Dankes. Sie wissen, unter welchen Bedingungen er uns gerade in diesem Bereich geholfen hat.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche einen schönen, guten Heimweg. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 00.11 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir kommen noch zur Abstimmung. Ich muß Sie bitten, noch eine Minute auszuharren. Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 6 nicht vor. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Wenn Sie nun mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 einverstanden sind, bitte ich, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu heben.

Die Gruppe 6 ist mit Mehrheit angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis heute früh um 9.00 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung am 7. Dezember 1988 um 00.12 Uhr – Wiederaufnahme am 7. Dezember 1988 um 9.00 Uhr.)

Präsident (9.00 Uhr): Hohes Haus! Wir nehmen die unterbrochene Landtagssitzung wieder auf und kommen zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth, dem ich das Wort erteile.

Abg. Kanduth (9.01 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 7 umfaßt die Wirtschaftsförderung der Steiermark. Es gibt Einnahmen von 123,965.000 Schilling und Ausgaben von 625,995.000 Schilling. Dieses Kapitel wurde im Finanz-Ausschuß beraten, und ich ersuche um Annahme dieses Kapitels.

Präsident: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen, und zwar als ersten Teil die Landwirtschaft, als zweiten Teil in den Fremdenverkehr und als dritten Teil in die Wirtschaftsförderung.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Buchberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Buchberger (9.02 Uhr): Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Um vielleicht einbegleitend einen Satz zu sagen. Die Landwirtschaft hat sich wiederum erlaubt, eine kleine Morgengabe zu präsentieren. (Allgemeiner Beifall.) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns nicht ungehalten zu sein, daß wir diesmal ein Papiersackerl in alter Form gewählt haben. Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller und einige Freunde auch haben gestern bereits darauf hingewiesen, wenn es um die Abfallverwertung geht, daß man schon beim Verursacher beginnen soll. Wir haben uns das zu Herzen genommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie bereits der Herr Berichterstatter darauf hingewiesen hat, haben wir nun in der Gruppe 7 die Landwirtschaft, den Fremdenverkehr und die Wirtschaft zu behandeln. Als ersten Teil nun die Landwirtschaft, und ich darf einbegleitend darauf hinweisen, daß ich mich im Vergleich zum vergangenen Jahr bemühen werde, mich relativ kürzer zu halten, und drei Schwerpunkte in kurzen Sätzen zu beleuchten versuchen werde. Das ist einerseits die Weichenstellung der Agrarpolitik bei uns in Österreich seitens des Bundes, die entsprechenden Aktivitäten im agrarischen Bereich seitens des Landes und abschließend einige kurze Ausblicke auf die künftige Entwicklung bei uns im Lande und darüber hinaus. Es so, Sie werden das alle mitverfolgen und auch genau wissen, daß an und für sich die Rahmenstellung für eine Agrarpolitik auch in den Ländern vom Bund gemacht wird. Der Bund formiert an und für sich die Grundlinie einer künftigen agrarischen Entwicklung.

Wir können, wenn wir die Aktivitäten des Bundes und des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft in der letzten Zeit verfolgen, feststellen, daß es nun endlich so weit ist bei uns im Lande, daß wir sagen können, wir haben nun seitens des Ministeriums vom Minister Dipl.-Ing. Riegler eine ökosoziale marktwirtschaftliche Agrarpolitik als Weg gezeichnet. Dieser ökosoziale Weg findet seinen Niederschlag in den Marktordnungsgesetzen, die in den letzten Jahren beschlossen worden sind, und in einigen anderen dazu. Wir können mit Fug und Recht sagen, daß hier eine Linie vorgezeigt ist, die beispielhaft auch für andere Länder in Europa für die Zukunft wirken wird. Und das zweite, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ein entscheidender Faktor, wenn ich nun ins Detail gehe, was die agrarpolitische Linie des Landes betrifft. Wir sind froh, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es möglich gewesen war, daß nun auch im Budget für das kommende Jahr die Ansätze, die für den agrarischen Bereich in der Gruppe 7 gewesen waren, im Vergleich zum vergangenen Jahr in einigen Bereichen deutlich angehoben werden konnten. Ich glaube, daß es notwendig ist, gerade bei uns in der Steiermark, weil wir es im agrarpolitischen Bereich, im agrarwirtschaftlichen Bereich auch mit einer Sonderstellung zu tun haben im Vergleich zu anderen Bundesländern. In der Steiermark ist es so, daß es auf Grund der günstigen klimatischen Voraussetzungen so ist, daß es fast kein agrarisches Produkt bei uns im Lande gibt, das nicht von den Bauern in diesem Lande produziert werden kann. Im Gegensatz die Länder Salzburg, Vorarlberg, Tirol, zum Teil Kärnten, da gibt es drei Schwerpunkte im agrarpolitischen Bereich. Das ist die Viehwirtschaft, die Milchwirtschaft, die Forstwirtschaft und von mir aus der Fremdenverkehr dazu. Und, wie gesagt, bei uns wächst alles, vom Wein über die Kürbisse, über alle Getreidearten, über alle Obstarten. Nur die Orangen und die Bananen noch nicht. Die Kiwis haben bereits in einigen Regionen Einzug gehalten. Aus dieser breiten Produktionspalette heraus ist ersichtlich, daß es auch für den zuständigen Referenten, der für die Landwirtschaft zuständig ist, und auch für die politischen Vertreter in der Kammer nicht leicht ist, immer wieder die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um auch das Einkommen für den einzelnen Bauern zu gewährleisten.

Und ein Zweites dazu: Im Gegensatz zu anderen Bundesländern haben wir es mit einer äußerst schwierigen agrarischen Struktur zu tun. Ich darf Ihnen hier einige Zahlen nennen. In der Landwirtschaft ist es so, daß von den 60.000 kammerzugehörigen Bauern 49.000 weniger als 20 Hektar land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche besitzen. Nur 10.000 bis 11.000 Bauern haben mehr als 20 Hektar land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche. Daraus ist ersichtlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir einen weiten Bereich von kleinbäuerlichen Betrieben haben, kleinstbäuerlichen Betrieben, oft auch in ungünstig klimatischer Lage gelegen, wenn ich an die Bergbauernregionen denke, wenn ich an die Grenzlandregionen denke, wenn ich an die mittelsteirischen Gebiete denke, wie gesagt, eine äußerst ungünstige geographische, klimatische zum Teil und auch strukturelle Situation. Sie finden also diese agrarische Darstellung in der Steiermark sehr ausführlich, meine sehr verehrten Damen

und Herren, im „Grünen Bericht“. Und ich bin froh darüber, daß es seinerzeit durch die Beschlußfassung des landwirtschaftlichen Förderungsgesetzes möglich war, nicht nur gewisse finanzielle Zugaben an die Landwirtschaft sicherzustellen, sondern, daß sich auch das Land verpflichtet hat, der zuständige Referent, mit der Kammer für Land- und Forstwirtschaft auch jährlich einen entsprechenden Bericht über die Situation der Landwirtschaft in unserem Lande zu erstatten. Ich darf sagen, daß das ein sehr fundiertes Nachschlagewerk ist für jeden, auch für den, der an und für sich nicht direkt alle Tage mit der Landwirtschaft zu tun hat. Ich würde mich sehr freuen, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch aus den nichtagrarischen Bereichen, wenn Sie öfters in dieses „grüne“ Nachschlagewerk Einblick nehmen möchten. Wir haben es, wie gesagt, mit besonderen Schwierigkeiten in unserem Lande zu tun. Ich darf nochmals sagen, daß wir sehr dankbar sind, ich möchte hier Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, Herrn Landeshauptmann, der uns immer die notwendige Unterstützung gewährt, auch dem Herrn Finanzreferenten Dr. Klausner und der ganzen Landesregierung einen herzlichen Dank sagen, daß die Erstellung des Budgets für den agrarischen Bereich in der Form für das Jahr 1989 wiederum möglich gewesen ist.

Die Agrarpolitik bei uns im Lande in gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen Kammer, bäuerlichen Berufsvertretungen und dem zuständigen Referenten in der Landesregierung wird mit einer sehr zukunftsorientierten Sicht und Perspektive laufend verfolgt. Wir vertreten die Meinung, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil wir wissen, daß, weil wir es mit äußerst strukturell und klimatisch schwierigen Regionen zu tun haben, es notwendig sein wird, daß das Einkommen direkt aus dem Erlös der erzeugten Produktion für die einzelne Familie nicht möglich sein wird, daß wir den Weg beschreiten, daß wir über Direktförderungen, über Erschwerniszulagen und ähnliches versuchen, den bäuerlichen Familien unter die Arme zu greifen. Das ist keine Besonderheit bei uns in der Steiermark und in Österreich, sondern wir sehen diese Direktförderung für die Erschwernisgebiete in bäuerlichen Regionen vor allem auch im EG-Bereich. Und wir haben vor nicht allzulanger Zeit die Möglichkeit gehabt, in Bayern im speziellen und vor allem bei unseren Freunden in Südtirol an Ort und Stelle miterleben, welche vorbereitenden Maßnahmen, die natürlich jetzt im EG-Raum für den einzelnen bereits greifen, dort in den letzten Jahrzehnten gesetzt worden sind. Das sind einmal die Bergbauernregionen. Herr Landesrat, ich bin sehr dankbar dafür, daß es möglich gewesen ist, die Bergbauernförderung wiederum entsprechend aufzustocken. Du wirst die Summen und die Zahlen noch nennen, und ich bin auch sehr dankbar, daß es möglich gewesen ist, auch für die Grenzlandregionen eine besondere Unterstützung wiederum angeheihen lassen zu können. Es war ja seinerzeit, Herr Landeshauptmann, ein langer Kampf gewesen von dir. Wenn ich denke, wie es um die Grenzlandförderung gegangen ist, mit kleinen Sätzen begonnen. Nach schweren Auseinandersetzungen mit dem damaligen Landwirtschaftsminister Haiden ist es dann in der Folge möglich gewesen, die Grenzlandförderung auf je 30 Millionen Schilling aufzustocken. Eine Landesförderung von 30 Millionen Schilling, auch eine gleiche von

seiten des Bundes. Daß es in der Folge wiederum möglich gewesen ist, Herr Landesrat, auch für die Hügellandregionen etwas zu tun in der Höhe von ungefähr 10 Millionen Schilling, möchte ich als eine besondere Leistung herausstreichen, weil ich der persönlichen Meinung bin, daß es klarerweise nicht nur eine Förderung für die bergbäuerlichen Regionen geben muß, sondern auch für die Grenzlandgebiete im besonderen. Ich habe in dieser Frage aus meiner Seele nie eine Mördergrube gemacht, aber ich will mich gar nicht überdeutlich apostrophieren, daß es notwendig sein wird bei uns im Süden, im speziellen direkt an der Grenze, die Besiedlungsdichte zu erhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP).

Das setzt logischerweise voraus, daß dort die kleinen bäuerlichen Betriebe im speziellen über ein notwendiges Auskommen und Einkommen verfügen. Ich bin sehr dankbar dafür, und das war ein wesentlicher Faktor dafür, daß es seinerzeit das härteste und schärfste Weingesetz auf der Welt, was leider Gottes dann nicht administrierbar gewesen ist, abgeändert wurde, und da bin ich auch ehrlich genug, daß ich sage, daß Erich Schmidt damals die ersten Wege eingeleitet hat zur Novelle des Weingesetzes (Beifall bei der SPÖ.) und (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist Objektivität!“) daß logischerweise unser Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler dieses Weingesetz perfektioniert hat. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Die steirischen Weinbauern sind alles kleine Bauern, die Weinbaufläche bei uns im Lande ist im Durchschnitt pro Betrieb 0,67 Ar, ein bißchen mehr als ein Joch, also wir haben es mit kleinen Strukturen zu tun. Seit dieses Weingesetz so läuft und die steirischen Weinbauern in der Lage sind, hochqualitative Spezialitäten zu erzeugen, logischerweise zu einem entsprechenden Preis, seit dieser Zeit haben wir, was die Einkommenssituation in diesem Bereich betrifft, nicht unbedingt die größten Schwierigkeiten. Ich bin also dankbar dafür, daß diese notwendige Voraussetzung in dem Zusammenhang geschaffen worden ist. Wir haben also die Grenzlandförderung, und ich bin sehr dankbar dafür, daß man speziell jetzt für die Grenzlandgemeinden, das sind 19 an der Zahl, geht vom Bezirk Deutschlandsberg bis hinüber in den Bezirk Feldbach nach St. Anna am Aigen, daß diese 19 Gemeinden, direkt an der Grenze gelegen, die einzelnen Betriebe mit einem entsprechenden fiktiven Einheitswert, auch eine entsprechende Förderung, je nach Betriebsgröße von 6000, 4000 und 2000 Schilling bekommen; die Betriebe, die direkt an der Grenze gelegen sind. Ich weiß schon, und ich höre die Kritik bei vielen Veranstaltungen, die Binnengemeinden sagen, warum nur die, die direkt an der Grenze liegen? Meine Herrschaften, da muß man schon sagen, daß es einen Unterschied gibt, wenn ich direkt an einer Staatsgrenze wohne oder ein Stück weiter hinten. Das ist ein Unterschied. Ein jeder hat die Möglichkeit, unter Umständen direkt an die Grenze zu siedeln, wenn er will. Aber ich bin überzeugt davon, wenn er kann, daß er lieber von der Grenze direkt weggeht. Daher finde ich es als unbedingt richtig, daß in Zusammenarbeit zwischen dem Land und dem Bund hier die Möglichkeit geschaffen worden ist, für diese schwierige Grenzlandregion im besonderen etwas zu tun. Ich darf hier für diesen Bereich zusammenfassen und dankbar registrieren, daß das Land Steiermark hier seine Aufgabe wiederum

für das Jahr 1989 voll erfüllt, und wir können mit Fug und Recht behaupten, daß man sich von seiten des Landes für die Bauern in diesem Lande wiederum voll und ganz zur Verfügung stellt. Das verpflichtet natürlich auch die Landwirtschaft, meine sehr Verehrten, das ist nicht so, wir wollen ja keine bewußten Almosenempfänger sein, Subventionsempfänger, ich weiß ohnedies, was uns da nachgesagt wird, mir geht es um eine Erschwerniszulage für jene, die in den schwierigsten Regionen zu produzieren haben, ob das in den Bergbauerngebieten ist, in den Hügelregionen oder direkt an der Grenze. Der Bauer hat auch seine Aufgabe zu erfüllen.

Uns ist bewußt, daß wir gesunde und im entsprechenden Maße auch reichhaltig die notwendigen Lebensmittel der heimischen Konsumentenschaft zur Verfügung zu stellen haben. Wir machen das sehr bewußt und mit voller Aufmerksamkeit, gesunde, hochqualitative Lebensmittel in reichhaltigem Maße für den Konsumenten zur Verfügung zu stellen. Ich habe das letzte Mal im Zuge einer Diskussion über etwaige Rückstände im Nahrungsmittelbereich darauf hingewiesen, daß wir laufend kontrollieren, ob die von uns erzeugten Nahrungsmittel auch den entsprechenden Normen entsprechen. Prof. Möse – ich sage das noch einmal – ist laufend unterwegs in den Obstlagerhäusern und auch anderswo, um nach etwaigen Rückständen zu suchen. Bis dato ist es ihm noch nirgends gelungen, etwas, was für den Konsumenten zum Nachteil sein könnte, zu finden. Wir sind uns dieser Situation bewußt, und ich sage noch eines dazu, wenn es zu einem größeren Markt für Europa und auch für uns kommen sollte, dann haben wir nur die Chance, daß wir hochqualitative Nahrungsmittel produzieren. Die Quantität, die Mengenerzeugung, die kann bei uns nie als Basis gelten, weil wir die Konkurrenz mit den Agrarindustrien des Westens nie aufzunehmen in der Lage sein werden. Nur die Qualität kann uns in dem Falle die notwendigen Möglichkeiten einräumen. Als zweites, meine sehr verehrten Damen und Herren, da bin ich dankbar für die notwendige Unterstützung der öffentlichen Hand, daß wir die Besiedlungsdichte im Lande erhalten. Es wäre von meiner Sicht her gesehen eine Katastrophe, wenn es zu einer Abwanderung aus den Fremdenverkehrsregionen käme, wenn ich an die obersteirischen und auch mittelsteirischen Regionen denke. Dort, wo sich der Fremde am wohlsten fühlt, weil dort die bäuerlichen Existenzen und die Familien noch existieren, wo der direkte Kontakt besteht zwischen dem dort Wohnenden und dem Erholungsuchenden aus der Stadt. Wir haben Beweise genug, meine sehr verehrten Damen und Herren, aus den französischen Alpen und Regionen (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schlicher: „Val d'Isere!“), wo mit aller Gewalt eine Fremdenverkehrsindustrie hingebaut worden ist, wo es keinen Bauern mehr gibt, wo man mutterseelenallein in riesigen Hotels wohnt, hinten und vorne vielleicht den Schilift findet, dort nur die Möglichkeit auf- und abzufahren hat, aber keine Erholungsmöglichkeit in dem Sinn findet, wie es in unseren Berg- und Alpenregionen ist. Ich will hier keinen Namen direkt nennen. Wir haben ausgezeichnete Gebiete bei uns im Lande, wo der Fremdenverkehr durch das Leben in diesen ländlichen Regionen seine ganz besondere Note und seine ganz besondere Bedeutung hat. Es ist auch der Landwirtschaft vollends bewußt, daß wir in Zusam-

menarbeit mit dem Fremdenverkehr diese notwendigen Voraussetzungen schaffen müssen, weil auch von der Gesamtwirtschaft her gesehen die Devisen und Einnahmen aus dem Fremdenverkehr mit 110 Milliarden Schilling jährlich logischerweise eine ganz besondere Note haben. Daher möchte ich auch bitten, daß Sie auch aus Ihrer Sicht dem ihre besondere Bedeutung beimessen, daß wir von Ihnen auch die notwendige Unterstützung bekommen, daß – wie gesagt – die Besiedlungsdichte bei uns im Lande erhalten bleibt. Und ein weiteres, meine Damen und Herren, daß nicht nur diese Besiedlungsdichte erhalten bleibt, sondern daß diese ländlichen Regionen auch kultiviert werden. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Man muß sich vorstellen, wenn unsere Regionen entsiedelt werden, Aufforstungsaktionen stattfinden oder die Regionen Almen, Wiesen und Weiden nicht mehr gepflegt und kultiviert würden, das würde dem Fremdenverkehr nicht sehr dienlich und gar nicht förderlich sein. Ich möchte im besonderen auf diesen Umstand hinweisen. Es muß logischerweise, um diese Faktoren und Grundsätze zu erreichen, klarerweise für uns eine besondere Aufgabenstellung sein, daß wir die Einkommen der bäuerlichen Familien entsprechend absichern. Das ist die Voraussetzung dafür, daß unsere mittel- und kleinbäuerlichen Betriebe überhaupt in diesen Regionen bleiben. Das wird ein wesentlicher Faktor für die Zukunft sein. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Ganz abgesehen davon, ob es ein Voll- oder Nebenerwerbsbauer ist. Wir machen in diesen Fragen überhaupt keinen Unterschied. Das kombinierte Einkommen bei uns in der Landwirtschaft wird auch im speziellen für die Zukunft seine ganz besondere Bedeutung haben. Es ist jetzt schon so, daß ungefähr 55 bis 60 Prozent über ein zweites kombiniertes Einkommen verfügen. Für den kleineren Betrieb, der nicht die notwendige Produktionsfläche hat, für den gibt es nur die Alternative, einem zweiten Beruf nachzugehen. Da kann man nur sagen und den jungen Leuten zumindest zurufen, vorszorgen für die Zukunft, früh genug auch einen zweiten Beruf zu erlernen, um dann nicht in der weiteren Folge irgendwo als Hilfsarbeiter oder ähnliches tätig sein zu müssen. Ich möchte mich nicht im Detail mit dieser gesamten Materie beschäftigen. Für uns ist es ein entscheidender Faktor, daß die ökonomischen Fragen grundsätzlich stimmen in engstem Zusammenwirken mit den ökologischen Grundsätzen. Wir haben in der letzten Zeit – Dipl.-Ing. Hermann Schaller hat bereits auf diese Dinge hingewiesen, und es wird vielleicht sicher auch noch Zeit und Möglichkeit sein, darauf hinzuweisen –, daß wir auch für den ökologischen Bereich, für die Erhaltung des Wassers, des Bodens und der Luft auch schon seit Jahren versuchen, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen in engster Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Landes und direkt mit der Landwirtschaft vor Ort. Die Zusammenarbeit funktioniert bestens. Es ist gar nicht so leicht für die bäuerlichen Vertreter, ob das der zuständige Landesrat Dipl.-Ing. Schaller ist oder wir von der Landwirtschaftskammer, dem Bauern plausibel zu machen, daß er sich mit diesen grundsätzlichen Fragen des Kreislaufes in der Landwirtschaft beschäftigt. Pötl Erich und Schwab Hubert haben in den letzten Tagen und gestern und vorgestern im speziellen darauf hingewiesen. Wir müssen wieder dorthin zurückfinden, wo wir seinerzeit den

Weg verlassen haben. Das ist für uns Ökonomie, Ökologie. Das sind für uns grundsätzliche Fragen.

Zum Abschluß, meine sehr Verehrten, es soll nicht als Letztes behandelt werden, aber auch noch eine Frage dazu, weil die Diskussion um die EG in breiter Front läuft. Es wäre der größte Fehler der, wenn wir sagen würden, wir wollen mit der EG überhaupt nichts zu tun haben. Da könnte uns der größte Vorwurf gemacht werden, weil wir genau wissen, wie die wirtschaftlichen Beziehungen nicht nur, was den agrarischen Bereich betrifft, mit der EG laufen. Es wäre aber genauso verkehrt, wenn wir sagen würden, ohne Rücksicht auf Verluste hinein. Keine Euphorie! Ich glaube, es gibt keinen in dem Haus, der von einer solchen Euphorie begleitet wird, daß er sagt, es ist mir egal, wie es ausgeht, hinein damit. Es gibt keinen in diesem Hause. Ich darf das ausdrücklich sagen, weil ich die Meinungen vieler meiner Freunde von meiner Gesinnungsgemeinschaft her kenne. Gennaro, bitte! (Abg. Gennaro: „Bei der ersten EG-Debatte hier im Haus hast du noch eine andere Meinung gehabt. Ich akzeptiere, daß du umgestiegen bist!“) Jetzt habe ich das nicht genau verstanden. Eines muß ich sagen, ein weiser Mann hat einmal gesagt, er kann nichts dafür, daß er alle Tage gescheiter wird. (Allgemeiner Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Völlig klar für uns, ich bin auch der Meinung, daß wir den Antrag stellen, um mit Brüssel Gespräche zu führen. Man muß ja reden über diese Dinge. Das wird der erste Punkt sein, den Antrag stellen, zweitens optimal verhandeln, das wird jeder für sich machen, jeder Berufszweig, jeder Bereich bei uns im Lande, optimal verhandeln. Und dann werden wir reiflich überlegen und entscheiden. So wird es sein. Das wird so nicht von heute auf morgen gehen, weil viele glauben, wir werden im nächsten Jahr vielleicht schon dabei sein. Das wird noch Monate, Jahre dauern. Wir werden sehen, wie der Binnenmarkt zu laufen beginnt ab 1992. Da können wir uns sicher für weite Bereiche, auch für den agrarischen, sicher schon das eine oder andere herausnehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit will ich auch schon schließen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit, und ich bin überzeugt, daß wir in dieser Zusammenarbeit mit dem zuständigen Landesrat und den Damen und Herren der Landesregierung die agrarpolitische Entwicklung, ob wir zur EG kommen oder nicht, in entsprechend traditionsbewußter und fortschrittlicher Form einbegleitet haben. Ich bin immer Optimist im Leben gewesen. Wir werden auch die Zukunft für den agrarischen Bereich meistern. (Allgemeiner Beifall. – 9.29 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zellnig. Ich erteile es ihm.

Abg. Zellnig (9.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich bin von den Ausführungen des Präsidenten der Landwirtschaftskammer beeindruckt, insbesondere von der Lernfähigkeit vom Österreichischen Bauernbund der ÖVP. 15 Jahre, sehr geehrte Damen und Herren, haben wir sozialistischen Bauern kämpfen müssen, daß wir sie davon überzeugen konnten, daß die Direktförderung, das kombinierte Einkommen, die Zukunft der Landwirtschaft ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Direktförderung ist die Belohnung der Bauern für die Leistung der Offenhaltung der Landwirtschaft. Es ist gut, daß das heute von der ökosozialen Agrarpolitik sowie vom Repräsentanten des Österreichischen Bauernbundes, vom steirischen Präsidenten der Landwirtschaftskammer, dies so vertreten wird. Herr Präsident Buchberger, du hast auch von uns deretwegen Applaus bekommen. Ich freue mich, daß es jetzt in der Landwirtschaft einen Weg gibt, der sicherlich zukunftsweisend ist. Die Ausführungen des Herrn Präsidenten Buchberger haben es mir nicht leicht gemacht, aber eines, und das ist meine Lebenserfahrung, sehr geehrte Damen und Herren, wo es viel Licht gibt, gibt es auch viel Schatten. Mir bleibt heute nichts anders übrig, daß man auch in jene Ecken hineinleuchtet oder versucht, Licht hineinzubringen, wo noch Schatten ist, und das ist insbesondere bei der derzeitigen ökosozialen Agrarpolitik der Fall, sehr geehrte Damen und Herren. Der Bauernstand – und ich bin beeindruckt als Bauer – war in der Lage, innerhalb von zwei Generationen Veränderungen zu überleben und Veränderungen mitzutun. Denken wir doch, unsere Mütter und Väter haben noch gekämpft, damit sie nicht verhungern. Die Erträge in der Landwirtschaft waren sehr bescheiden. Unsere Generation erlebt, daß wir heute auf Grund von neuen Technologien, auf Grund von Forschung und Wissenschaft eine Überproduktion auf den Tisch bringen, daß für unsere Kinder Hunger fremd ist. Das Gegenteil ist der Fall. Sehr geehrte Damen und Herren, und ich würde glauben, wir brauchen auch einen Blick in die Zukunft. Die Zukunft zeigt, daß es in der Landwirtschaft einen gewaltigen Umbruch geben wird. Ich frage mich, wie die Bauernschaft das überhaupt verkraften wird. Wir gehen in der Gen- und Biochemie einen Weg, der noch nicht absehbar ist, was sich da alles entwickeln wird. Es wird zukünftig möglich sein, durch die Einführung von Computern in der Landwirtschaft, daß man die Düngung steuern kann und die Umweltbelastung wegbringt, indem nur die erforderliche Düngergabe in Grund und Boden eingebracht wird, so wie es die Pflanze braucht. Es wird uns gelingen, sehr geehrte Damen und Herren, durch die Genchemie und Genmanipulation, daß wir Pflanzen züchten, die gegen Schädlinge, gegen Krankheiten resistent sind. Also eine ganz gewaltige Entwicklung, und es wird uns gelingen durch die Biochemie, daß in Zukunft Salat über die Hydrokultur erzeugt wird; Frischsalat, um die ganze Bevölkerung zu versorgen.

Sehr geehrte Damen und Herren, diese Entwicklung müssen wir sehen, und diese Entwicklung muß heute in der Agrarpolitik schon Eingang finden, und diese muß vorausschauend dafür den Weg ebnen. Im Landesvoranschlag sind sehr positive Maßnahmen gesetzt worden. Die Verbesserung des Direktzuschusses um 6 Millionen Schilling für die Bergbauern, sehr geehrte Damen und Herren. Und da möchte ich ein bißchen hineinleuchten. Im Jahre 1978 ist die Flächenprämie in der Steiermark eingeführt worden. Bis 1989 wurde keine Erhöhung des Ansatzes vorgenommen, obwohl die Inflationsrate in dieser Zeit 44,3 Prozent betrug. Wenn nur die Inflationsbereinigung durchgeführt worden wäre, müßte der Ansatz nicht 30 Millionen Schilling, sondern 33,8 Millionen Schilling lauten. Es ist eine Anhebung erfolgt. Nominell, real ist es noch immer weniger als im Jahre 1978. Noch schlechter schaut die

Relation bei den Erschwernissen in der Almwirtschaft aus, dort gibt es keine Veränderungen. Würde in der Almwirtschaft die Inflationsrate berücksichtigt werden, müßte ein Ansatz nicht 6 Millionen Schilling, sondern 8,6 Millionen Schilling betragen. Die Einführung der Direktförderung für die Grenz-, Hügel- und kleinen Bauern ist eine alte Forderung der SPÖ-Bauern in der Steiermark und ist agrarpolitisch richtig. Die Durchführung nach den derzeitigen Richtlinien ist abzulehnen. Es ist zum Beispiel für die Bauern, die in Radl oder in der Soboth ihren Betrieb haben, unzumutbar, daß sie wegen 2000 Schilling Förderung nach Deutschlandsberg zur Bezirksbauernkammer fahren müssen, wenn sie einen Förderungsantrag stellen. Haben wir das denn notwendig bei einer so positiven Maßnahme, sehr geehrte Damen und Herren? Der Kollege Grillitsch lacht schon, weil zu ihm werden auch ein paar Bauern kommen und sagen, lieber Herr Bezirksbauernkammerobmann, darf ich einen Antrag stellen. Wieso machen wir es denn nicht auf der Gemeinde? Politisch verändert sich nichts. Politisch sind überwiegend ÖVP-Bürgermeister im ländlichen Raum. Sie ersparen nur dem Bauern den Weg von zirka 30 Kilometer zur Bezirksbauernkammer, gegenüber einigen Kilometern zur zuständigen Gemeinde. Wieso tut ihr das nicht? Das ist doch kein Problem. Seid doch vernünftig. (Abg. Grillitsch: „So wie in Kärnten!“ – Abg. Buchberger: „Der Gemeindebauernobmann kann das jederzeit draußen machen!“) Mit solchen Richtlinien wird der Bauer nur verkammert. Er wird von seiner Berufsvertretung immer mehr abhängig. Er wird auch politisch unfrei, indem ihm unter Umständen der Gemeindebauernobmann beim Kirchgang auf die Schulter kopft und sagt, daß er sich für ihn eingesetzt hat, daß er die Förderung bekommt. Mir geht es um noch etwas. Auf der Gemeinde gilt das Amtsgeheimnis, auf der Kammer nicht, obwohl ich Vertrauen zu den Kammerbeamten habe. (Abg. Purr: „Am besten anonym ohne Absender zuschicken lassen!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Die Bauern kommen ganz gern zur Kammer!“) Der Herr Landesrat hat schon recht, die Bauern kommen schon ganz gern zur Kammer, ja, weil sie dort 2000 Schilling abholen können. Unter solchen Voraussetzungen.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, mir geht es ja noch um etwas. Ich möchte ersuchen darum, denken wir nach, machen wir es einfacher da drinnen. Aber ich muß etwas sagen zu dieser sogenannten Grenzlandförderung. Mit etwas kann ich nicht einverstanden sein. Herr Präsident Buchberger, das hast du auch selbst gesagt, die Förderung von kombinierten Einkommen, daß das die Zukunft ist, daß das die Agrarpolitik ist. Wie erklärt ihr euch bei diesen Richtlinien, daß der fiktive Einheitswert 200.000 Schilling geworden ist und die Nebenerwerbsbauern dadurch hinausfliegen? Wieso tut ihr das? Wieso habt ihr das nicht auf 300.000 Schilling lassen wie beim Bergbauernzuschuß? Da ist der große Widerspruch drinnen, die Förderung von kombinierten Einkommen, und die Nebenerwerbsbauern rausschmeißen. (Abg. Buchberger: „Wenn wir den Einheitswert auf 300.000 gesetzt hätten, hättest du gesagt, 400.000 müssen es sein. Ich kenne diese Lizitation!“) Wir sind hier anderer Meinung, aber das macht ja nichts, auch bei einer ökosozialen Agrarpolitik.

Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt noch etwas. Das ist die gesamte Einkommensentwicklung. Der

Herr Präsident hat eigentlich nicht darauf Bezug genommen. Die Einkommensentwicklung laut Grünem Bericht bundesweit hat doch einen Zuwachs von 4 Prozent nominell im Jahre 1987, real sind es immerhin 2,5 Prozent. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, das Einkommen ist durch diese ökosoziale Agrarpolitik so differenziert worden, daß die reichen Bauern reicher und die armen ärmer werden. Diese Aussage bestätigt der „Grüne Bericht“ in der Steiermark. Laut diesem weist die Steiermark im Jahre 1987 einen nominellen Einkommenszuwachs von 0,4 Prozent auf. Real aber einen Einkommensverlust von 8,8 Prozent. Ich weiß schon, wie schwierig die wirtschaftliche Situation war. Ich meine, das muß man miteinkalkulieren. Die Agrarpolitik, die vom Bundesminister Dipl.-Ing. Riegler gemacht wird, die ist nicht richtig, indem daß durch die Einführung der Düngemittelsteuer die Bergbauern zum großen Einkommen im Marchfeld dazu ihre Beiträge leisten müssen. Die Marchfeldbauern haben im Jahr 1987 19 Prozent Einkommenssteigerung zu verzeichnen. Sehr geehrte Damen und Herren, da bin ich der Meinung, da müssen wir umdenken. Das Landesbudget habe ich bereits positiv beurteilt, auch der Herr Präsident Kollege Buchberger hat selbst gesagt, das Bundesbudget, die Bundesagrarpolitik und die Marktordnungsgesetze bestimmen weitgehend die Agrarpolitik in Österreich. Das Bundesbudget ist im Bereich der Getreidewirtschaft um 13,8 Prozent erhöht worden. Im Produktionsbereich für Milch und Fleisch ist überhaupt nichts geschehen, die Bundesmittel sind gleichgeblieben, die Bauernmittel sind abgesenkt worden auf Grund der richtigen Aussage der SPÖ-Bauern, daß weniger mehr ist. Die Milchbauern haben es akzeptiert und haben dadurch eine positive Auswirkung. Aber das Bergbauernsonderprogramm, sehr geehrte Damen und Herren, das ist nur um 0,4 Prozent angehoben worden, also nicht um 13,8 Prozent wie bei den Bauern im Marchfeld.

Und jetzt, sehr geehrte Damen und Herren, zu den 100 Millionen Schilling Bergbauernzuschußerhöhung, wie sie überall stark propagandiert und als großer Erfolg hingestellt wird. Sind wir doch ein bißchen ehrlich, sehr geehrte Damen und Herren. Im Bergbauernsonderprogramm wurden die Mittel nicht erhöht, sondern diese 100 Millionen Schilling sind umgeschichtet worden in diesem Programm. Der Bundesminister Dr. Haiden hat den Bergbauern in den Zonen 3 und 4 den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag bei der Milch zurückerstattet. Bundesminister Dipl.-Ing. Riegler hat das jetzt so modifiziert, daß er maximal 20 Groschen allgemeinen Absatzförderungsbeitrag zurückerstattet, obwohl die Bergbauern in den Zonen 3 und 4 29 Groschen zu bezahlen haben. Durch diese Maßnahmen sind 100 Millionen Schilling frei geworden. Und es werden diese 100 Millionen Schilling umgeschichtet auf alle Bergbauern. Dies ist die Finanzierung der Erhöhung des Bergbauerndirektzuschusses, Bauern zahlen für Bauern. In Wirklichkeit hat sich im bergbäuerlichen Einkommen in der Gesamtförderung nichts geändert. Herr Präsident Buchberger, ich bin der Meinung, sagen wir den Bauern, wie es wirklich ist. (Abg. Buchberger: „Es gibt keinen Minister, der budgetmäßig so gut bedacht worden ist wie Dipl.-Ing. Riegler. Auf Grund der Koalitionsverhandlungen war es möglich, diese Budgetansätze zu halten. Die Auswirkungen der Politik der letzten 15 Jahre!“)

Herr Kollege Buchberger, ich hätte es nicht so formuliert. Das Budget der Landwirtschaft ist ja um 1700 Millionen Schilling erhöht worden in den Koalitionsverhandlungen, zusätzlich 300 Millionen Schilling am Getreidesektor. (Abg. Buchberger: „Um die Schulden zu bezahlen!“) Das kann man nicht sagen. Und dieser Rahmen ist zu halten, und diesen Rahmen kann der Landwirtschaftsminister frei umschichten. Er kann das tun, was wir uns schon lange vorgestellt haben, er kann die ganzen Ansätze so und so verwenden. Aber reden wir nicht von der großen Erhöhung, sondern sagen wir, die Bergbauern haben inklusive wieder das gleiche Förderungsvolumen, und die Marchfeldbauern haben um 13,8 Prozent mehr Förderungsvolumen. Die Bergbauern und die Grenzlandbauern bezahlen für die Marchfeldbauern die Düngemittelsteuern.

Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt, bei der sogenannten Umschichtung dieser Mittel möchte ich wirklich eine Forderung aufstellen, daß diese Mittel schwerpunktmäßig für die Zonen 3 und 4 und natürlich auch in vermindertem Maß für die Zone 2 eingesetzt werden sollen im bergbäuerlichen Gebiet. Ich wehre mich schärfstens gegen Bestrebungen, daß der fiktive Einheitswert auf über 300.000 Schilling angehoben wird als Förderungsschwelle. Das wäre der falsche Weg. Sondern ich fordere gleichzeitig, sehr geehrte Damen und Herren, daß der Multiplikator für die Berechnung des fiktiven Einheitswertes von derzeit 1,05 auf 0,8 abgesenkt werden muß, damit die Nebenerwerbsbauern weiterhin gefördert werden können. Sehr geehrte Damen und Herren, noch etwas. Das ist sicher auch das Plakat, was ich ihnen zeigen möchte. Es wird von unserem Bundesminister von der großen Einsparung im Verwaltungsbereich geredet. Dazu ein Beispiel: Bundesminister Haiden hat die Wohnbauförderung über den AIK eingeführt. Er hat die Verwaltungsadministration so geregelt, daß der Antrag bei der Bank gestellt worden ist, die Bank hat den Antrag in das Ministerium geschickt, und vom Ministerium ist die Zusage zur Bank gekommen. Bundesminister Dipl.-Ing. Riegler – weil er soviel einsparen will in der Verwaltung – hat die Richtlinien sofort geändert. Jetzt geht es so, daß der Bauer den Antrag bei der Bank stellen kann, die Bank muß ihn auf die Bezirksbauernkammer schicken, die Bezirksbauernkammer muß ihn an die Landeskammer schicken, die Landeskammer muß ihn an die Steiermärkische Landesregierung schicken. Dort geht der Antrag wieder zurück zur Bank, von der Bank an das Bundesministerium, vom Bundesministerium geht er zurück zur Landeskammer (Abg. Schrammel: „Das ist ein Blödsinn!“), und dann geht er wieder zur Bank und zum Bauern. Das ist die Verwaltungsvereinfachung, sehr geehrte Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schrammel: „Jetzt erzählst du einen Blödsinn!“) Und das zweite Beispiel in der Verwaltungsvereinfachung will ich euch auch zeigen. Freunde, die zweite Verwaltungsvereinfachung ist, wie der Bauer zu einem Kontingent von Raps, Sonnenblumen oder Soja kommt. Schauen sie, da hat sich der Beraterdienst einen eigenen Plan zeichnen müssen, daß er sich überhaupt noch zurechtfindet. Das ist die Verwaltungsvereinfachung. Der Bauer kennt sich nicht mehr aus. Ich bin sogar der Meinung, Sie, sehr geehrte Herren Funktionäre des Bauernbundes, Sie kennen sich auch nicht aus, wie das funktioniert. Ja, das ist die Verwaltungsvereinfachung,

die uns die ökosoziale Agrarpolitik gebracht hat. Das habe ich heute im Hohen Haus aufzeigen wollen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Buchberger: „Da sieht man, wie man das Einfache kompliziert sagen kann. Ein einfaches System kompliziert ausgelegt. Du hast das wunderbar zusammengebracht!“) Das hätte ich nicht erwartet. Wenn einer sagt, das stimmt nicht, wißt ihr, wo ich das herausfotokopiert habe? Das habe ich herausfotokopiert vom Beraterdienst. Dann machen die Berater etwas, was nicht stimmt. Aber das ist euer Kakao, das sind eure Berater, wenn Sie das so sehen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe dem Herrn Präsidenten Buchberger versprochen, daß ich kürzer bin als er. Es steht ihm schließlich zu als Präsident, und ich respektiere ihn, und ich bin jetzt kürzer. Ich möchte jetzt nur noch zusammenfassen, sehr geehrte Damen und Herren, und auch auf die Zukunft ein bißchen hinweisen. Ich bin der Meinung, die Leistungen, die die Bauernschaft zu erbringen hat für die Erhaltung der offenen Landschaft, die muß zukünftig ihren Wert haben. Die Blumenwiese mit dem Nulltarif wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Ich habe nur ein Beispiel, und das betrifft die Landesrätin Klasnic, Frau Landesrat, du hast vor einiger Zeit das Gütesiegel der Langlaufloipen in der Steiermark als Attraktion des Fremdenverkehrs vorgestellt. Ich freue mich. Das ist das zweite Gütesiegel in Österreich. Nur vermisse ich in den Überlegungen die Bauern. Aus diesem Grund habe ich bei einigen Gemeinden in der Steiermark, die eine Loipe betreiben, nachgefragt, welcher Preis für die Grundinanspruchnahme gezahlt wird. Sehr geehrte Damen und Herren, einheitlich wurde die Meinung vertreten, die Bauern müssen den Grund kostenlos zur Verfügung stellen. Die Gemeinde Tauplitz hat erklärt, daß sie zu Beginn ihres Loipenbetriebes für einige Bauern als Entschädigung Mineraldünger leistete, als es alle Bauern verlangten, hat die Gemeinde diese Naturleistung wieder eingestellt. Wir müssen uns zukünftig bemühen, weil das eine Leistung für die Öffentlichkeit ist, wenn man Grund und Boden zur Verfügung stellt, daß der Bauer ganz berechtigt seinen Anteil bekommt. In Salzburg sind sie weiter, dort zahlt der Loipenbetreiber generell für einen Laufmeter einen Schilling. Ich möchte wirklich haben, daß wir das in der Steiermark der Bauernschaft auch empfehlen. Das liegt doch wirklich drinnen. Und er hat eine kleine Entschädigung für das, daß er seinen Grund und Boden zur Verfügung stellt. (Beifall bei der SPÖ.) Das habe ich sagen wollen. Unterstützt mich dabei.

Sehr geehrte Damen und Herren (Abg. Ing. Stoisser: „Dann sag deinen Freunden im Sportverein, daß sie für das Langlaufen bezahlen müssen!“) Ich bitte dich, du bist ja Grundbesitzer, oder bist du auch schon verkamert, bist auch nicht mehr Grundbesitzer, indem du sagst, andere sollen sich für dich einsetzen. Meine Meinung ist, der Bauer muß diese Entscheidung selbst treffen. Er braucht natürlich die Unterstützung der Öffentlichkeit, daher ersuche ich um die Unterstützung von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Sehr geehrte Damen und Herren, das kombinierte Einkommen haben wir besprochen, die Direktförderung haben wir besprochen, aber ich möchte noch eine Forderung aufstellen, und eine ganz besondere Forde-

rung. Wir müssen, wenn wir es mit den Bauern ehrlich meinen, das Agrarsystem so gestalten, daß die Be- und Verarbeitungsbetriebe nicht mehr in dieses System eingebunden sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, einen Satz noch zur EG, sonst schaffe ich es nicht mehr, Herr Präsident Buchberger. Die Pressekonferenz von Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler hat die Bauernschaft noch mehr verunsichert in Bezug auf EG-Anschluß. Auf der einen Seite ist erklärt worden, seit dem Jahre 1972 sind wir nicht in der EG, und dadurch haben wir die großen Nachteile, daher müssen wir hinein, und auf der anderen Seite ist erklärt worden, wenn wir hineinkommen, brauchen wir 3,6 Milliarden Schilling, damit die Nachteile ausgeglichen werden können. So wird die Diskussion nicht gehen, sondern da brauchen wir mehr ehrliche und aufrichtige Information. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 9.54 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (9.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich hoffe, Sie nehmen mir das auch ab, daß ich es mit den Bauern ernstnehme, obwohl ich keine Bäuerin bin. Nach den beiden lebhaften Vorrednern tu ich mich wahrscheinlich etwas schwerer. (Abg. Weilharter: „Sie können es noch werden!“) Ich kann es noch werden. Ich habe noch Aussichten darauf. Ich hoffe, ich bekomme heute noch diesbezügliche Angebote. (Abg. Trampusch: „Der Pörtl ist schon verheiratet!“ – Allgemeine Heiterkeit.) Es gibt auch noch mehrere, auch von Ihrer Seite, Herr Trampusch. (Abg. Kanduth: „Sie sind nach allen Seiten offen!“) Wir beraten das Landwirtschaftsbudget in einer Situation, in der insbesondere von der bäuerlichen Interessensvertretung viel vom ökosozialen Weg in der Landwirtschaft für die Zukunft gesprochen wird. Gleichzeitig erleben wir gerade in diesen Tagen den Höhepunkt des Wettlaufes um den EG-Anschluß. In diesem Streit zwischen den beiden Koalitionsparteien geht es längst nicht mehr darum, wer als erster schließlich bei der EG-Tür anklopfen darf, um dann als größter Außenpolitiker der Republik noch vor Raab, Figl und Kreisky in die Geschichte der Zweiten Republik eingehen zu können. Die Anschlußlobby sollte lieber vor dem Anklopfen noch einmal tief Luft holen. Mein Eindruck zur Zeit, und ich hoffe, Sie verzeihen mir auch meine Spottlust in diesem Zusammenhang, hier präsentiert sich ein von Torschlußpanik befallener Liebhaber, der sich an eine schwerfällige Braut anbiedert und einzig und allein an die Geldtasche denkt. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie haben es mit dem Heiraten!“) Aber ich bin nicht heiratslustig. Das möchte ich hier betonen. (Abg. Schützenhöfer: „Seit Sie vom Dr. Korber geschieden sind, reden Sie immer vom Heiraten!“) Nein, das ist von Ihnen, das haben Sie gebracht. Der Herr Kollege Pörtl hat damit angefangen, und jetzt bringe ich es nicht mehr los. Ich setze genau bei diesem Punkt fort. Einen Heiratsantrag an die EG ohne überlegte eigene Vorstellungen über das weitere Zusammenleben halte ich schlichtweg für Spekulation, und das war genau das, was ich meinen Kollegen schon ein paarmal

gesagt habe. Keinen Heiratsantrag stellen, sondern vorher überlegen, will man die Frau oder will man sie nicht. (Abg. Ing. Stoisser: „Die Verlobungszeit, die es früher gegeben hat, war eine ganz ausgezeichnete Zeit!“) Sie sind wieder nostalgisch aufgelegt, Sie denken an die Zeit von früher. Vor allem hat man noch überhaupt keine Aussteuer, meine ich, und deswegen, ich bin ja da sehr konservativ, wie es aussieht. (Abg. Trampusch: „Nicht nur die Ausstattungskosten, denken Sie auch an die Folgekosten!“) Ich rede jetzt aber auch von den „g'schlamperten Verhältnissen“, nur damit Sie wissen, daß es nicht immer in der Form weitergeht von Moral und so. Ich meine, daß es jetzt sehr wohl gerade in der EG „g'schlamperte Verhältnisse“ gibt und daß wir es gar nicht so eilig zu haben brauchen, dort einzuheiraten. Wenn die erste Riege der ÖVP-Agrarpolitiker immer wieder betont, und ich zitiere hier ganz neu den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller im „Neuen Land“ vom 4. Dezember: „Wir müssen unseren Bauern die Garantie geben können, daß sie in einem künftigen EG-Markt, sofern es überhaupt dazu kommt, überleben können.“ Wir hören diese Töne wohl, aber die Bäuerinnen und Bauern haben ein Recht darauf, von Ihnen zu erfahren, wie diese Garantie aussieht und wie der sogenannte ökosoziale Weg in der EG überhaupt verlaufen wird, bevor ein Antrag auf Anschluß an diese EG gestellt wird. Wie schlägt sich das, was immer der neue ökosoziale Weg genannt wird, auf das Einkommen der Bauern und im vorliegenden Budget nieder, und was ist im Hinblick auf eine Vollmitgliedschaft bei der EG dazu zu sagen? Der Herr Kollege Zellnig hat mir das schon vorweggenommen, daß dem „Grünen Bericht“ zu entnehmen ist, daß das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft zwar 1987 real um 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist, aber eben nur im Bundesdurchschnitt. Ein Gutteil dieser Steigerung ist auf Einkommenssteigerungen in Österreich landwirtschaftlichen Gunstlagen, eben im Marchfeld, zurückzuführen. Die Ackerbaubetriebe in der Süd- und Oststeiermark mußten etwa in der dort recht häufigen Betriebsgrößenklasse zwischen 5 und 15 Hektar Einkommenseinbußen bis zu 8 Prozent hinnehmen. Sie können das nachlesen im „Grünen Bericht“ auf der Seite 334. In den Bezirken Feldbach und Fürstenfeld liegen mehr als 90 Prozent der Betriebe in dieser Klasse und darunter. Es wirkt sich unter anderem auch auf die Einkommenssituation aus, daß die Preise für Schweinefleisch in der zweiten Jahreshälfte empfindlich gesunken sind, aber noch längst nicht auf das EG-Niveau. Bitte, das möchte ich hier betonen. Wir alle wissen, daß wir uns anstrengen müssen, um eben ein Entstehen größerer und in der EG-Logik rationeller Schweinebestände in unseren Gebieten auf jeden Fall zu verhindern. Bedingt durch die Brüsseler Preis- und Strukturpolitik wird einer Industrialisierung der Landwirtschaft Vorschub geleistet, und an deren Ende steht wirklich die Agrarfabrik. Die Probleme mit dem Grundwasser sind ohnehin schon Herausforderung genug. Es wird vielleicht nicht einmal reichen, sich auf die rigorose Einhaltung der gesetzlichen Bestandsobergrenzen zu beschränken. Ein ökosozialer Weg der Agrarpolitik muß wohl auch beinhalten, den Bäuerinnen und Bauern eine tiergerechte und der vorhandenen Kulturfläche angepaßte Tierhaltung zu ermöglichen. Nicht nur das, es müßten wirtschaftliche Anreize für eine derar-

tige Wirtschaftsweise von Seiten der Marktordnungs- und Preispolitik geschaffen werden.

Ich weise auch darauf hin, daß in der Kammer derzeit nur eine Halbtagskraft beschäftigt ist, die die Bauern in Richtung ökologischer Landbau berät. (Abg. Schwab: „Das stimmt nicht!“) Ist es inzwischen anders geworden? Bitte, dann lasse ich mich gerne belehren. Ich habe das gestern am Abend noch gehört, anscheinend gibt es doch neuere Zahlen dafür. (Abg. Schwab: „Schon beschlossen!“) Schon beschlossen, aber noch nicht verwirklicht. Dieses politische Vorhaben werden wir nicht verwirklichen können, eben die Anreize zu geben, während wir uns im Sauseschritt unter die Fittiche der gemeinsamen EG-Agrarpolitik begeben, in der etwa eine Mrs. Thatcher weiterhin auf Sanierung der europäischen Landwirtschaft durch Liberalisierung und mehr freien Wettbewerb setzt. Das europäische Preisniveau wird mehr den je von Betrieben in industriellen Dimensionen in Großbritannien, in Holland oder Norddeutschland bestimmt. In Großbritannien werden mehr als 80 Prozent der Schweine in Beständen, die größer als 400 Mastplätze sind, gehalten. Wer mit unseren beiden Eurofanatikern Graf und Mock und ihren ideologischen Gespenstern des Manchesterliberalismus und Neokonservatismus schlafen geht, muß letzten Endes damit rechnen, daß der Alptraum einer Agro-Industrie auf den Trümmern einer klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft und auf Kosten der Natur eine Wirklichkeit wird, aus der es kein Erwachen mehr gibt. (Abg. Schützenhöfer: „Das war Schwarzmalerei!“) Das ist jetzt Schwarzmalerei, ich gebe es ehrlich zu, aber in dem Zusammenhang berechtigt, weil Sie schwächen das sowieso wieder ab, wenn Sie sich nach mir zu Wort melden. (Abg. Schützenhöfer: „Wir bemühen uns zumindest!“) Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, wir stimmen mit Ihnen überein, daß die Einführung von Direktzahlungen für Betriebe mit einem Einheitswert von bis zu 50.000 Schilling im Grenzland ein höchst notwendiger und begrüßenswerter Schritt ist. Sie werden mir aber auch zustimmen, daß ein Betrag von jährlich 2500 Schilling (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Das ist wenig!“), jährlich 2500 Schilling pro Betrieb wohl kein ernsthaftes Signal für die soziale Absicherung der wirtschaftlich wohl am meisten gefährdeten bäuerlichen Betriebe sein kann. Wir müssen diesen Menschen dankbar sein, wenn sie am Vollerwerb festhalten und nicht ohnehin schon die angespannte Situation des Arbeitsmarktes in der südöstlichen Steiermark verschärfen. Und nur wirtschaftsliberale Traumtänzer glauben, daß mit dem Ruin dieser kleinen Vollerwerbsbetriebe eine Marktentlastung verbunden wäre. Wir schlagen deshalb vor: Setzen wir diesen Direktzuschuß jetzt ohne diese administrativen Schwierigkeiten, die der Kollege Zellnig angeführt hat, fürs erste mindestens so hoch an, daß die betreffenden Betriebe wenigstens ihre Sozialversicherungsbeiträge damit abdecken können. Und ihnen noch ein bescheidenes 13. Monatsgehalt, ich betone 13., weil Urlaubsgehalt haben sie sowieso keines, ein 13. Monatsgehalt zu Weihnachten überbleibt. Also, verachtfachen wir diesen Beitrag. Ich mache darauf aufmerksam, daß bei einem Einheitswert von 50.000 Schilling und darunter jährlich rund 8000 bis 10.000 Schilling an Sozialversicherungsbeiträgen zu bezahlen wären oder sind. Ein Blick in den vorliegenden „Grünen Bericht 1987“ zeigt uns, die Einkom-

menssituation auf vielen steirischen Bauernhöfen ist wirklich alarmierend. In den Bergregionen finden wir Betriebstypen, die ein aus der Landwirtschaft bezogenes Einkommen je Familienarbeitskraft von 5500 Schilling monatlich und sogar weniger erzielen. Sie können das gerne nachlesen, es sind 5074 Schilling, Hochalpengebiet, Grünlandwirtschaften, Betriebsgröße 50 bis 100 Hektar. Ich nehme an, da ist der Wald auch schon dabei, ein Minus von 21,3 Prozent hier im neuen „Grünen Bericht“. Diese Einbußen konnten auch durch Einkommenskombination und die Bergbauernförderung des Bundes und des Landes – wie die Statistik zeigt – nicht ausgeglichen werden. Nachdem in der Statistik bei den Gesamteinkommen je Gesamtfamilienarbeitskraft das alles mitgerechnet wird, die setzen sich ja zusammen aus dem landwirtschaftlichen Einkommen, dem Zuerwerb, den Direktzuschüssen des Bundes und des Landes und die Erschwerungszulage und die Bewirtschaftungsprämien, das ist alles drinnen, wenn diese Durchschnittsgesamteinkommen dann berechnet werden. Sie sind auch nicht repräsentativ für das einzelne Mitglied in der Familie. In diesem Zusammenhang zu einem ansehnlichen Brocken in diesem Landwirtschaftsbudget wie immer, jedes Jahr meinen wir, daß die Bergbauernförderung fälschlicherweise als solche verkauft wird. Der Ansatz „Zuwendungen zur Förderung des Viehabsatzes“, der mit 92 Millionen Schilling veranschlagt wird – und im letzten Jahr waren es laut Rechnungsabschluß 137 Millionen Schilling –, dient in erster Linie wieder zur Förderung der Exportfirmen, nicht zuletzt auch der Agrosserta. Ich steige von diesem Argument nicht herunter, weil ich wirklich glaube – ich werde später eine andere Rechnung aufstellen im Zusammenhang mit den Preisen. (Abg. Buchberger: „Liebe Frau Gundi, darf ich Sie einladen? Fahren Sie mit zu einer Viehversteigerung, dann werden Sie sehen, wie der Hase läuft!“) Ich weiß, daß der Bauer über den Preis gestützt wird. Aber in erster Linie machen das Geschäft die Exportfirmen und private Viehhändler. Wir können uns gerne einmal zusammensetzen und die Rechnung miteinander machen. (Abg. Buchberger: „Schauen wir das einmal gemeinsam an!“) Ich nehme gerne Ihre Einladung an, einmal mitzufahren, schon allein wegen der Geselligkeit. (Abg. Buchberger: „Ich bin ja kein fader Zapfen!“) Vielleicht lerne ich dann einen Bauern kennen. Ob das allerdings die effektivste Form ist, das Einkommen unserer Bergbauern abzusichern, bleibt für mich immer noch zu bezweifeln. Auch wenn eine transparente Beratung über diesen Förderungsbrocken kaum gewünscht wird, schlagen wir trotzdem vor, daß die bisherige Förderungspraxis in einer überparteilichen Arbeitsgruppe zu überprüfen wäre und daß man dazu Alternativen entwickelt. Wenn Sie unser Engagement ernstnehmen, würde ich Sie bitten, uns dazu einzuladen. (Abg. Buchberger: „Herrn Dipl.-Ing. Schaller und mir wäre nichts lieber, als wenn wir Geld einsparen könnten. Wenn Sie uns helfen könnten und die Bauern nicht weniger bekommen, wäre ich Ihnen dankbar!“)

Ich möchte mich jetzt genau auf diesen Rindfleischmarkt beziehen. Es ist zugegeben so, daß in der EG dieser Rindfleischmarkt im Moment der am wenigsten angespannte ist und daß man von der Bauernbundsseite bereits hört, wenn wir einmal innerhalb des EG-Binnenmarktes sind, seien alle Absatzprobleme bei

Rindfleisch gelöst. Wir meinen, daß Sie damit eine gefährliche Illusion verbreiten. Das Preisniveau wird auch innerhalb der EG in nächster Zeit noch sinken. Eines scheinen Sie auch zu vergessen, und hier sprechen die zitierten Einkommenszahlen wohl eine deutliche Sprache, die derzeitige Massenproduktion, eben auch bei Rindern, zu aktuellen Preisen, ist keine geeignete Strategie, den Bergbauern ein angemessenes Einkommen zu sichern. Im Detailabkommen, in den sogenannten „Agrarbriefwechseln“ mit der EG, wird seit 1972 eben der Bereich Rinder geregelt, das heißt, Österreich kann in diesem vorgegebenen Rahmen Einfuhrkontingente, Abschöpfungsminderung, Zollsenkung für bestimmte Mengen von Rindern und Rindfleisch gegenrechnen, ohne daß eine Anhebung auf den Schwellenpreis eintritt. Eventuelle Marktchancen bei einem EG-Vollbeitritt für Rindfleisch auf dem italienischen Markt werden durch den Preisdruck nach unten für die rinderhaltenden Betriebe in der Steiermark, und das sind 20.000, wie ich letztes Jahr in einer Anfragebeantwortung gehört habe, weiterhin verschärft. Ich rechne Ihnen das jetzt wirklich vor. Ich hoffe, der Herr Kollege Buchberger hört mir zu. Es ist das Beispiel sehr vereinfacht. Ein Bauer verkauft 3000 Kilogramm zu 30 Schilling, ist fiktiv, gebe ich zu, aber es ist leichter zu rechnen, das sind insgesamt 9000 Schilling. Ein Kilogramm Fleisch, für das hat er 70 Prozent Kosten, und 30 Prozent bleiben für ihn als landwirtschaftliches Einkommen. Sinkt der Preis von 30 Schilling in der EG um einen Schilling, dann ist das ein Verlust von 3 Prozent, aber für sein Einkommen, das ja nur 30 Prozent ausmacht, sind es immerhin 10 Prozent seines Einkommens. 10 Prozent weniger, ich glaube, dann verstehen Sie, was ich meine, als Einkommensverlust hat sicher Auswirkungen. Also, wir sollen nicht das eine sehen und das andere nicht sehen. Der italienische Markt wäre zwar sehr schön, aber der Preis ist einfach auch dort schlecht, und innerhalb der EG ist er schlecht. Weiter ist dazu zu beachten, daß ja die Transportkosten jetzt nach Rom oder nach Genua, oder wo immer, mitzuberechnen sind, weil wir ja eine marktferne Lage haben, und es wird uns auch das letzten Endes verrechnet. Also, es bleibt im Grund genommen gleich, ob die Abschöpfung an der Grenze passiert oder ob wir mit niedrigem EG-Niveau unsere Produktion verkaufen müssen. Die Stützungen aus dem europäischen Ausrichtung- und Garantiefonds beziehen sich ebenfalls auf das niedrigere EG-Niveau. Ich weise jetzt wieder auf die EG-Agrarpolitik im gesamten hin, daß dort eine total verplante, verbürokratisierte Politik passiert, deren Gegensteuerungsmaßnahmen, Flächenstilllegungen, Quotenregelungen und Senkung der Preise auf das Weltmarktniveau die Bauern in der EG zwingen, echte Einkommenstransferzahlungen zu beantragen. Es müßte uns auch Warnung sein, wie es dort zugeht. Zur Wunschvorstellung, daß qualitative und spezialisierte Nahrungsmittel in Österreich jetzt immer mehr und mehr verlangt werden und immer mehr in diese Richtung produziert werden sollte. Ich habe auch den Herrn Minister Dipl.-Ing. Riegler in der „Presserstunde“ und seine Wünsche mit Wohlgefallen gehört. Es klingt ja manchmal so, als ob das unser Grün-Alternatives Programm wäre, aber wir sollen uns nicht täuschen, daß Österreich jetzt plötzlich zum Feinkostladen Europas aufsteigt. Bitte, das ist nicht möglich, daß es so

schnell gehen wird, nur weil wir jetzt Richtung EG schauen. Wir können dann nur mehr Schnapsbrennen oder Jodeln oder irgendsolche Sachen anbieten, um uns dort wieder als die Exoten in der EG zu verkaufen.

Es ist meiner Meinung nach nicht ganz realistisch, und auch, wenn es mir eigentlich anders auch lieber wäre. Wichtig wäre grundsätzlich einmal, Milch, Getreide und Vieh auf den Inlandsbedarf abzustellen. Das heißt, bei artgerechter Tierhaltung und umweltgerechter Haltung ersparen wir uns damit teure Folgekosten, und das rechnet sich dann auch wieder. Wir müssen auch selbstverständlich bereit sein, zum Beispiel wie die Schweiz oder Norwegen, höhere Preise zu zahlen an die Bauern. Dafür haben wir dann qualitativ hochwertige Nahrungsmittel und eine eigenständige Landwirtschaft, ohne fragwürdige Industrialisierung und ungleiche Einkommensfolgen.

Über die Verschwendungspolitik hat der Herr Kollege Zellnig auch schon gesprochen. Ich glaube, in dem Fall erspare ich mir das, dann bin ich schneller fertig. Wesentlich in dieser schwierigen Lage wird letzten Endes sein, ob wir in Österreich einen eigenen, selbst bestimmten Weg weitergehen wollen oder mit Blindheit geschlagen unser Heil nur am Busen der EG zu finden glauben. Wenn jetzt auch die Beispiele Südtirol gebracht worden sind heute, ich habe mich auch informiert. Mir wurde gesagt, daß gerade die italienische Regionalförderung, und zwar die staatliche italienische Regionalförderung, sehr gut ist, daß sie vor allem auch einen höheren Milchpreis bekommen, daß es auch leichter möglich ist, in Südtirol durch Zuerwerb sich ein Einkommen zu verdienen. Außerdem sind die Größen der Betriebe zu beachten. Also auch die Obstbaubetriebe sind flächenmäßig größer. Die Betriebsgrößen sind eben entscheidend, und zusätzlich hat es noch etwas damit zu tun, daß man auch durch die Minderheitenstützung in Südtirol versucht, die deutschsprachigen Südtiroler stillzuhalten und vor allem in den Bergregionen zu halten. Das hat nichts mit der EG zu tun. Das ist nicht EG-Agrarpolitik für Südtirol, sondern das ist italienisch-eigenstaatliche Politik für die Bauern. Das gleiche gilt für Bayern. Dort ist die Durchschnittsgröße der Betriebe generell auch höher, und das bedeutet auch höhere Zahlungen, bezogen auf diese Betriebsgröße, wenn es um Förderungen geht aus dem EG-Agrarbudget. Danke schön. (10.17 Uhr.)

Präsident Zdarsky (10.17 Uhr): Nächste Rednerin ist die Frau Präsident Dr. Kalnoky. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Kalnoky (10.17 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Mensch braucht die Natur, er lebt in ihr, er lebt durch sie. Die Natur, die nicht durch den Menschen verdorben ist, hat natürliche Kräfte, das nennen wir immer noch die heilenden Kräfte, und niemand ist der Natur so nah wie die Landwirtschaft. Ich habe mich gefragt, was ist das Wesen dieser Gesundheit? Es ist sicher auch ein Teil der Harmonie im Zusammenspiel, daß es in der Natur eben keinen Müll gibt, keinen Abfall, daß alles ineinander verwoben ist. Wir haben heute schon in vielen Referaten gehört. Es stimmt, daß durch die früheren Probleme der Vergangenheit, als die Welt nicht genug zu essen hatte, andere Ziele

gesetzt waren. Ich habe einmal gelesen, daß man noch um die Jahrhundertwende befürchtet hat, wenn es Ungarn und die Kornfelder Rumäniens nicht gäbe, daß Österreich nur bis Kitzbühel überhaupt ernährbar ist. Das war die ehemalige Zielvorstellung, und damals war es richtig zu sagen, erst einmal müssen die Menschen genug zu essen haben. Inzwischen hat sich das geändert. Eine solche Veränderung des Ziels geht halt nicht plötzlich, sondern ist natürlich eine auch schmerzhaft entwickelte Entwicklung. Ich spüre aber bei allen Rednern, daß wir diese Entwicklung sehen, und indem wir sie sehen, wollen wir sie auch. Die Landwirtschaft wird in Zukunft nicht nur viel und mehr wollen, sondern hin zur Qualität produzieren, das heißt, die falschen Mechanismen abbauen. Es wurden auch etliche falsche Mechanismen schon genannt, ob das nun Stützpreise sind, ob das Belohnung von Nichtproduktion ist, das alles ist ein falscher Klang in der Harmonie, die wir eigentlich brauchen. Für mich sind auch die Monokulturen eine Ideologie des Machbaren. Und wir wissen heute, daß diese Ideologie für uns falsch war. Zur Gesundung gehört eine Besinnung auf die Weisheit der Natur. Ich erinnere an einen Spruch von Justus von Liebig, er sagt: „Wenn das Leben, die Natur mit der Ideologie streitet, dann hat immer das Leben recht“. Und wir müssen wieder auf diese Melodie des Lebens hören. Und diese Gesundung, dieser neue Weg, der kann nur gemeinsam begangen werden. Der kann nicht den Bauern überlassen sein, sondern gemeinsam heißt, daß der Konsument mithandeln muß oder mit daran wirken, daß diese Experimente auch möglich sind. Der Bauer in seiner Existenz kann auf keinen Fall allein diese Experimente tragen, wenn er weniger produziert und hin zur Qualität, dann heißt das, ein enormer Kraftaufwand, der natürlich auch seinen Preis hat. Und dieser Preis kann eben nicht nur auf Kosten der Bauern erfolgen oder zu Lasten der Bauern, sondern muß vom Konsumenten erkannt werden und auch von der öffentlichen Hand. Ich erinnere mich noch an meine Betroffenheit vor einigen Jahren hier im Haus, als das Experiment der glücklichen Hühner und der gesünderen Eier gescheitert ist. Ich könnte mir vorstellen, daß inzwischen vielleicht so ein Experiment eher möglich ist. Es ist ein Entwicklungsweg. Die Steiermark aber mit ihrem großen Verantwortungsgefühl für Umwelt hat vielleicht ein Modell für die Zukunft. Ich glaube, mit aller Besorgnis, die wir in Hinsicht der EG haben, weil wir uns natürlich verändern müssen, können wir auch sagen, ein Markt mit 200 Millionen Menschen ist natürlich auch eine Herausforderung und eine Möglichkeit. Eine heile und gesunde Natur garantiert mehr Qualität, und ich könnte mir vorstellen, daß die Menschen nicht mehr Tomaten aus Holland essen wollen, sondern Paradeiser aus der Steiermark. Vielleicht könnte man überhaupt in solchen Worten signalisieren, was wir damit meinen. Nicht Blumenkohl, sondern Karfiol, das heißt, in unserem Land gewachsen, nah und qualitätsbewußt. Es kommt nicht darauf an wie bisher, daß nur die Verpackung und der Preis stimmen müssen, sondern es muß die Qualität stimmen. Und hier gibt es in der Steiermark ganz erfreuliche Initiativen. Ich nenne nur einige von den vielen: Die Agrosserta mit ihrem Dessertkäse hat gerade im Jahre 1988 in Athen einen Goldpreis gewonnen, beim Lesen über das Styria-Beef, wie es überhaupt zu dieser Auswahl der Kühe kommt, die

auf der Alm gefüttert werden – ich bin kein großer Fleischesser –, aber dabei lief mir das Wasser im Mund zusammen. „Porky“, Schweinefleisch, strenge Voraussetzungen, spezielle Kontrolle, exklusiver Vertrieb. Die Abteilung bei der Agrosserta, die Bioson, die darauf schaut, daß die Bauern auch alternative Getreide anbauen können. Immerhin gibt es jetzt schon 500 Bauern mit zirka 900 Hektar, die in diesem alternativen Bereich arbeiten, die zurückfinden zur Vernunft der Natur. Für mich war es faszinierend zu sehen, daß früher eben zum Beispiel Bauern nur dort Apfelbäume angesetzt haben, wo sie aus langer Erfahrung wußten, daß dort kein Reif fällt, dann braucht man auch keine Spritzung. Aber all dieses Wissen muß wieder gelernt werden, weil leider Gottes diese Erkenntnisse abhanden gekommen sind. Daher brauchen wir solche Abteilungen, um auf diesen Weg zurückzufinden, damit richtigen Sorten angebaut und die richtigen Standorte gefunden werden und auch die Familienbetriebe in ihrer Struktur miteinbezogen werden in das Programm. Ich habe gestern am Abend dem Kollegen Schwab zugehört, wie er gesagt hat, der Konsument ist wichtig, weil was nutzt es alles, wenn der Bauer sich bemüht, wenn der Konsument zwar die heile, gesunde Welt will, aber selber nichts dazu beiträgt. Wir brauchen daher die Motivation und die Information. Ich glaube, die können wir dem Bauern nicht allein überlassen. Und da sehe ich in der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz einen wunderbaren Partner, diese Motivation auch zu verbreiten. Natürlich können wir in kleinem Rahmen auch ohne die Presse etwas aussagen, aber wir brauchen bei dieser Bewegung die Medien. Und gerade in der letzten Zeit haben wir durch die Aktion „Die gesunde Gemeinde“ über Österreich hinaus in anderen Ländern inzwischen Interesse gefunden.

Durch die schnelle Aktion „Cholesterin“ hier im Landtag, an der Gott sei Dank viele der Kollegen teilgenommen haben, erkennt man, wie schnell eine Information möglich ist und kann dann auch dementsprechend reagieren. Die Menschen werden älter, und ich glaube, es muß auch eine Aufgabe der Zukunft sein, nicht nur über Akutbetten und Pflegebetten nachzudenken, sondern vor allem auch, daß ältere Menschen gesund bleiben. Das ist durchaus möglich. Wir sehen es täglich in unserer Umgebung. Und neulich erst hat mich eine Geschichte über Rosa Albach Retty, die berühmte Burgschauspielerin, gefreut, die an ihrem 105. Geburtstag von der Presse besucht wurde. Sie ging voraus, die Presse zu begrüßen, dabei mußte sie die Stiegen hinaufsteigen in ihre Privaträume und geriet etwas außer Atem. Da sagte sie zur Presse entschuldigend: „Na ja, man ist halt einfach nicht mehr 100!“ Ich glaube, das ist ein wunderbarer Spruch, und alles, was ich tue, tue ich in dem Blick, daß die Menschen nicht nur 20, 30 Jahre älter werden, sondern eben alle ähnlich wie Rosa Albach Retty sein können.

Ich möchte deshalb heute ganz besonders meinem Dank Ausdruck geben Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth und unserem Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, daß sie die Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz zusätzlich gefördert haben, weil ich in dieser Zusammenarbeit einen wirklichen Motor der Bewegung sehe. Ich danke auch

einmal heute all meinen Mitarbeitern in der Gesellschaft. Ich habe sie vor zirka 15 Jahren mit drei Mitarbeitern begonnen und, ohne daß je das Budget über acht Jahre erhöht wurde, sind inzwischen die Mitarbeiter in der Gesellschaft auf elf Personen angestiegen. Wir haben Mitarbeiter, ehrenamtlich und in Teilzeitarbeit, zur Jahresabschlußfeier sind es um die 110, die wir jährlich einladen. Das ist eine große Resonanz. Wir haben allein mit der Aktion „Gesunde Gemeinde“ im vergangenen Jahr zirka 20.000 Menschen in der Steiermark angeregt, und nicht nur die einheimische Presse, sondern inzwischen ohne mein Zutun hat sich auch das Bayerische Fernsehen für diese Bewegung interessiert. Ich brauche die allgemeine Zusammenarbeit, ich brauche die Mitarbeit der Presse, und ich bin froh, daß es weit über die Fraktion hinaus sehr viele gibt, die positiv mitarbeiten. Das bringt die Harmonie, die wir als heilende Kraft in diesem Land brauchen und wollen. Polemik ist für mich zersetzend. Positive Kritik empfinde ich als Bereicherung. Ich bitte Sie daher, im Interesse der steirischen Bevölkerung und in der Gesundheitsbewegung um Ihre Mitarbeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 10.30 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Günther Ofner das Wort.

Abg. Günther Ofner (10.30 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die neue österreichische Tageszeitung „Der Standard“ hat am Mittwoch, dem 2. November 1988, auf der Seite 18 einen Artikel unter dem Titel „Landwirtschaft kostet dem Staat und dem Konsumenten 26 Milliarden Schilling“ veröffentlicht. Weil ich nicht nur Konsument, sondern auch Steuerzahler bin, war ich von diesem Artikel zweimal angesprochen und somit doppelt interessiert. Eine schlüssige Antwort bekam ich nicht, ja im Gegenteil, meine Damen und Herren. Der Artikel beruft sich auf eine Studie der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, die es aber angeblich nicht gibt oder noch nicht gibt. Die SPÖ hat deshalb in Wien im Parlament eine schriftliche Anfrage an den zuständigen Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler gestellt, die leider bis jetzt noch nicht beantwortet wurde. In diesem Artikel wird eine Rechnung aufgestellt, daß in unserem Agrarsystem der Arbeitsplatz eines Beschäftigten in der Landwirtschaft 101.000 Schilling kostet. Im „Grünen Bericht“ steht, und hier hat der Kollege Zellnig schon sehr eingehend die Situation erörtert, daß in den vier landwirtschaftlichen Produktionsgebieten, die wir in der Steiermark haben, das durchschnittliche landwirtschaftliche Jahreseinkommen im Hochalpengebiet 74.620 Schilling beträgt, am Alpenstrand 96.187 Schilling und im Voralpengebiet 96.404 Schilling. Also in diesen drei Gebieten unter den 101.000 Schilling aus der erwähnten Studie. Nur im südlichen Flach- und Hügelland werden mit 115.898 Schilling landwirtschaftlichem Durchschnittseinkommen die ominösen Agrarsystemkosten von 101.000 Schilling überschritten. Für das landwirtschaftliche Einkommen arbeiten unsere Bauern schwer. Das muß einmal klar festgestellt werden. Trotzdem ist, flächenmäßig gesehen, bei zwei Dritteln der Steiermark das Einkommen unter den Systemkosten. Wie

funktioniert das? Haben die recht, die einmal unser Agrarsystem eine Kapitalvernichtungsmaschine genannt haben? Ich habe immer gemeint, in diesem System werden unsere Bauern im Unterschied zur EG gehalten, und nicht von ihren Höfen vertrieben. Die wahren und großen Nutznießer müssen also offensichtlich woanders sitzen. Und ich sage das hier ganz eindeutig, meine Damen und Herren, wahrscheinlich unter dem Giebelkreuz. In diesem Artikel wird auch eine Graphik überschrieben „Das Bauernopfer“, übersichtlich dargestellt, daß unser Opfer zugunsten der Bauern immer größer wird. Waren es im Jahre 1981 nur 12,5 Milliarden Schilling, die der Staat der Landwirtschaft zugeschossen hat, so waren es im Jahre 1985 bereits 19,7 Milliarden Schilling und 1986 26,2 Milliarden Schilling. Aber alle vier steirischen Produktionsgebiete haben 1987 reale Einkommensverluste gegenüber dem Vorjahr erlitten. Wieder dieselbe Frage, meine Damen und Herren, wohin fließt das Geld, diese zweistelligen Milliardenbeträge? (Abg. Grillitsch: „Gibt es keine gescheiterte Frage?“) Du weißt schon, lieber Kollege Grillitsch.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Konsument für den Erwerb von Agrarprodukten vor allem bei Milch, Butter und Käse gegenüber der EG oder im besonderen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland kräftig zur Kasse gebeten wird. Zum Beispiel kostet bei uns die Milch 11,70 Schilling, so kostet sie in Deutschland 7,63 Schilling, die Butter kostet bei uns 23 Schilling, in Deutschland 17,48 Schilling, und beim Käse ist es nicht anders, da kostet bei uns der Emmentaler 125,90 Schilling, in Deutschland 98,23 Schilling. Bei einem EG-Beitritt wird, und das kann man aus den vorgenannten Zahlen sehr deutlich ersehen, die Luft für die Bauern noch wesentlich dünner werden. Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß von Jahr zu Jahr ein erheblicher Einkommens-transfer vom Konsumenten direkt zum Agrarsektor stattfindet. Es muß zukünftig unsere Aufgabe sein, das Einkommen der Bauern zu heben, aber auch dafür Sorge zu tragen, die Konsumentenpreise zu senken und den EG-Preisen anzupassen. Der Konsument darf nicht noch mehr belastet werden, wie er es sowieso schon ist. Der große Raiffeisenverband, Agrosserta, Ö-Molk, Molkereiring und andere Geschäftemacher werden halt zukünftig ihre hohen Gewinne kürzen müssen. (Abg. Pinegger: „Der Konsum absolut nicht!“) Der Konsum ist sicherlich von der Bauernschaft her kein Geschäftemacher. Das muß man auch klar sagen. (Abg. Buchberger: „Ich bedaure, daß der Kollege Prieschl aus Kapfenberg nicht mehr da ist. Das war der einzige ehrliche Mann, der zugegeben hat, daß die Landforst in Kapfenberg einen schweren Stand hat!“) Lieber Präsident, ich habe dir voriges Jahr eine Graphik gezeigt, wie hoch die Einkommen des Raiffeisenverbandes sind. Das waren Millionenbeträge. Hier geht das klar hervor. (Abg. Grillitsch: „Die Arbeitsplätze werden in Gefahr gebracht!“) Lieber Kollege Grillitsch, zur Zeit muß man ja wirklich die berechtigten Zweifel anbringen, ob das bestehende System der Agrarproduktion, aber auch der subventionierten Unvernunft (Abg. Grillitsch: „Wer wird subventioniert?“), das muß man hier klar sagen, ein geeignetes Instrument ist und darstellt, vor allem, ob die Höhe und Verteilung der Kosten für den Konsumenten zieladäquat sind. Dankeschön. (Beifall bei der SPÖ. – 10.38

Uhr. – Abg. Zellnig: „Wenn der Herr Bundesminister das als Studie herausgibt, dann wird es schon stimmen!“ – Abg. Buchberger: „Glaubst du eurem Minister nicht mehr? Daß bei den Molkereien 3000 Beschäftigte sind, wissen Sie als Arbeitnehmervertreter!“)

Präsident Dr. Kalnoky: Herr Präsident Buchberger, ich bitte, die Diskussion außerhalb des Sitzungssaales zu führen. Zum Wort gemeldet hat sich Frau Präsident Zdarsky. Ich erteile es ihr.

Abg. Zdarsky (10.39 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsident!

Eigentlich wollte ich, wie jedes Jahr, über die Tiere und die Tierhaltung und die Tiergesundheit und die Tiermedizin sprechen. Aber nach wie vor werden noch eine große Zahl von Tierversuchen gemacht. Dies wäre auch ein Anlaß dazu. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, wie ja wahrscheinlich allen Abgeordneten dieses Hauses, wurde uns vor nicht allzu langer Zeit ein kleines Buch mit dem Titel „Achtung Turbokuh!“ mit dem Untertitel „Sanfte Chemie und die Milchproduktion“ zugesandt. Ich glaube, Sie haben das alle bekommen. Ich würde sicher allen empfehlen, dieses Buch genau durchzulesen. Als ich es durchgelesen habe, war mein Interesse für diese Machbarkeit, die hier drinnen angedeutet und auch aufgezeigt ist, geweckt. Als ich aber Näheres wissen wollte, was sich hier in Österreich auf dem in dem genannten Buch aufgezeigten Gebiet tut, bekam ich Dinge zu hören, die mir die Zukunft wirklich als Horrormission erscheinen lassen. Und deshalb möchte ich heute hier dazu sprechen. (Abg. Schwab: „Da sind wir ganz einer Meinung!“) Fein! Das habe ich auch gehofft, Herr Kollege Schwab. Die Biotechnologie und ihr Teilgebiet Gentechnologie, auch der Kollege Zellnig hat das kurz angeschnitten, ist ja als zukunftssträchtiger Wissenschaftsbereich groß im Kommen, und wo, wie schon vorher bei den Pflanzen, beginnt es wieder? In der Landwirtschaft. Als die Methoden der landwirtschaftlichen Tierzucht, die künstliche Besamung und das Austragen eines befruchteten Eies durch ein anderes Muttertier auch beim Menschen angewandt wurde, war die Öffentlichkeit mit diesem Eingriff in die Schöpfung nicht einverstanden. Und, sehr geehrte Damen und Herren, um was geht es? Somatotropin, das ist ein Hormon, das wird von der Hirnanhangdrüse der Kuh abgesondert und steuert Wachstum und Milchproduktion. Der genaue, dabei ablaufende Wirkungsmechanismus ist derzeit noch unbekannt. 1982 gelang erstmals die Herstellung von Somatotropin mittels Gentechnik. Das Hormon kann industriell hergestellt werden. Dieses Hormon soll nun in Österreich von der Sandoztochter Biochemie Kundl im Auftrag des amerikanischen Konzerns Monsanto auf Lohnproduktionsbasis hergestellt werden. Und was mich natürlich sehr betroffen hat, Österreich wurde unter anderem deshalb von Monsanto als Produktionsland auserwählt, da hier in Österreich keine Sicherheitsbestimmungen für gentechnische Produktion gegeben sind. Es gibt wohl ein Verbot in Österreich für die Anwendung, aber nicht für die industrielle Herstellung. Der Vertrieb liegt weiter bei dieser Gesellschaft Monsanto. Und wo wird es vertrieben? Nicht in Österreich, hier wird es nicht verkauft, sondern sicher in anderen Ländern. Man

kann sich vorstellen, was für Länder das sind. Die Aufnahme der Produktion wäre, weltweit gesehen, der Start für einen Einstieg der Anwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft. Und ich lese Ihnen hier einen kurzen Abschnitt aus diesem Buch vor: „In Österreich ist dieses Mittel verboten. Nicht aber die Produktion durch die Sandoztochter Biochemie Kundl für Monsanto. Sie wurde sogar mit 20 Millionen Schilling vom Land Tirol unterstützt.“ Wenn uns gestern die Kollegin Kammlander Tirol sehr vor Augen gehalten hat, wie vorbildlich Tirol im Straßenbau und im Umweltschutz ist, so möchte ich sagen, hier auf keinen Fall. Weil die Biochemie 3 Milliarden Schilling Investitionen garantiert und 400 Arbeitsplätze schaffen wird, bekam sie weitere 350 Millionen Schilling geförderte Kredite für die Anlage vom Bund. Trotzdem ermöglichte die geltende Rechtslage den Einsatz dieses Mittels in Österreich nicht. Monsanto war bisher nicht bereit zu beantworten, wo das Rinderwachstumshormon aus der laufenden Produktion zum Einsatz kommt. Es steht dann später weiter natürlich die dritte Welt und so weiter. Ich glaube, das ist eine ganz, ganz wichtige Sache, die wir so nicht hinnehmen können, daß wir darüber schweigen. Niemand kann sich auch in seinen wildesten Träumen vorstellen, was da alles möglich wird, und ich glaube, überraschend bald möglich wird. Es hat der Kollege Zellnig auch vom Pflanzenwachstum gesprochen, was sich da eventuell in Kürze schon tun wird. Wenn nun tatsächlich die Wissenschaft und die sie bezahlenden wenigen multinationalen Konzerne neue Geschöpfe in die Welt setzen wollen, wie können sie kontrolliert werden? Was ist mit einem Schwarzmarkt, der sich sicher bilden wird? Wenn andere Staaten damit anfangen, wird der Schwarzmarkt auch in Länder kommen, wo die Anwendung verboten ist. Wie weit werden nun Meinungsbildner für eine Verharmlosung beim Konsumenten eingesetzt, weil es heißt dann, diese ganzen Hormoninjektionen, die bei den Kühen gemacht werden, haben gar keine weitere Auswirkung auf Milch und auf Fleisch. Wir sind die Konsumenten. Wir essen das Fleisch, wir trinken die Milch. Ich glaube also, daß sicher eine große Verbraucherakzeptanz manipuliert wird. Ich glaube, daß hier den Politikern eine große Wachsamkeit und eine frühzeitige Entscheidung auferlegt werden. Auch hier, uns, im steirischen Landtag. (Abg. Schwab: „Wir haben im Hauptausschuß der Landwirtschaftskammer eine eigene Resolution, die diese Sache sehr deutlich verabschiedet hat!“) Ich glaube, wir sollten uns auch im Landtag mit diesem Thema in einem Antrag befassen. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, machen wir uns nichts vor. Alles, was im Tierversuch funktioniert, wird dann auch beim Menschen angewandt. Vor allem und zuerst Medikamente! Und hier gilt es tatsächlich, den Anfängen zu wehren. In Österreich wird bereits mit Hilfe der Gentechnologie dieses Somatotropin erzeugt. Und das Brechtwort über den Faschismus „Den Anfängen wehren“ muß auch hier zur Anwendung kommen. Auch für die Genmanipulationen bei Tieren muß es gelten, den Anfängen wehren! Tierversuche sind nun inzwischen in der Öffentlichkeit verpönt, aber noch immer verbreitet. Und ich freue mich, daß die Frau Präsident Hubinek hier in Wien eine sehr starke Lanze gegen die Tierversuche bricht. Sie hat auch den Wissenschaftsminister Dr. Tuppy angegriffen, weil er sich mit diesem

Gesetz gegen die Kontrolle der Tierversuche so lange Zeit läßt. Geschätzt wird aber, daß noch jeden Tag in Österreich über 3000 Tiere verbraucht werden. Im Zusammenhang gerade mit Hormon- und Genversuchen gehören diese Tierversuche ganz bestimmt stark und genau kontrolliert. (Beifall bei der SPÖ.) Hier müßte einmal Österreich nicht in der ersten Reihe sein und wir sollten uns auch nicht für solche Dinge benützen lassen. In Österreich sollte nicht nur die Anwendung, sondern es sollte auch die Erzeugung von Somatotropin verboten sein, zum Schutze des Menschen, aber auch zum Schutze unserer Tiere. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 10.49 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grillitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Grillitsch (10.49 Uhr): Sehr geschätzte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Wortmeldung der Frau Präsident Zdarsky und auch der vorangegangenen Wortmeldung konnte man eigentlich entnehmen, daß die Aufgabenstellung der österreichischen Bauernschaft die richtige ist. Wir haben als österreichische Bauern eine der höchsten Qualitäten bei unseren Nahrungsmitteln, vor allem im internationalen Vergleich, und wir sind genau auch dort, Frau Präsident, wie Sie gesagt haben, in der Massentierhaltung am richtigen Weg. Und es ist, Gott sei Dank, auch die Einstellung, die der Herr Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler immer wieder in die Öffentlichkeit bringt, dieser neue ökosoziale Weg bereits auch in anderen Ländern zur Diskussion. Ich möchte das einleitend wirklich sagen und danke für die beiden Beiträge.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, es hat mich anfangs heute eigentlich gefreut, nach der sehr sympathischen Präsentation der ganzen agrarpolitischen Situation durch Herrn Präsident Buchberger, daß in der Anfangsphase auch die positive Einstellung seitens der anderen Reichshälfte vorhanden war, vor allem was das Landesbudget anlangt, wo wirklich absolut positive Ansätze im nächsten Budget vorhanden sind. Es wurden die Direktförderungen um 6 Millionen Schilling angehoben, es wurden die Mittel für die Almwirtschaft angehoben, es wurden die Mittel für die Grenzlandförderung angehoben und, und, also wirklich eine positive Arbeit. Ich glaube, man muß dem verantwortlichen Referenten, Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, für sein Bemühen in der schwierigen agrarpolitischen Situation neben der verantwortlichen Interessensvertretung unter Präsident Buchberger einen herzlichen Dank sagen. Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich schrecke mich immer wieder, wenn man trotz der positiven Entwicklung in der österreichischen und vor allem steirischen Agrarpolitik sich mit Gewalt dann bemüht, die Dinge negativ darzustellen. (Abg. Zellnig: „Ist eh positiv!“) Und wenn Herr Kollege Zellnig heute von der Lernfähigkeit gesprochen hat, bitte, wir haben uns 17 Jahre lang bemüht, 17 Jahre lang seit 1970 haben wir uns bemüht, Ihnen beizubringen, daß Sie es lernen, was der Bauer bedeutet und wie der Bauer auch von der öffentlichen Sicht her behandelt werden soll. Sie waren

leider in diesen 17 Jahren nicht lernfähig. Wir haben dort miterleben müssen, daß die Budgetansätze von Jahr zu Jahr zurückgegangen sind, wir haben miterleben müssen, daß die Einkommen sich von Jahr zu Jahr verschlechtert haben, wir haben miterleben müssen, daß 1972, als man sich bereits über die Europäische Gemeinschaft unterhalten hat, der Landwirtschaft eine Drittelanstellung in einem Agrarbrief gegeben wurde und man der Landwirtschaft versichert hat, alle Nachteile, die ihr dort erwachsen, über das Budget auszugleichen. Es ist bei diesem Brief geblieben, es ist weniger geworden, und es haben sich die Einkommen verschlechtert. Wir haben es sehr oft diskutiert, und es hat sich gerade durch diese Situation, weil es nur bei diesem Agrarbrief geblieben ist, 1980 schon herausgestellt, daß wir bald unfinanzierbar sein werden, und es haben vor allem die Exportzuschüsse ab 1980 eine Erhöhung angenommen, die explosiv war. Und wenn ich Ihnen die Zahlen zeigen darf, so haben wir 1970 – (Abg. Zellnig: „Das ist doch eine internationale Entwicklung, Herr Kollege. Das hat mit der EG nichts zu tun!“) Herr Kollege Zellnig, das war immer die große Ausrede, wenn ihr etwas gemacht habt, was ihr nicht habt machen wollen, dann habt ihr gesagt, das ist die internationale Entwicklung. (Abg. Zellnig: „Aber national!“) Warum ist es in den EG-Ländern gegangen? In den EG-Ländern war man sich bewußt, jawohl, wir brauchen die heimische Produktion, jawohl, wir brauchen den Bauern, und wir wissen, daß wir vom Staat her auch etwas dazu tun müssen, und ihr habt das Gegenteil gemacht. (Abg. Zellnig: „Den EG-Bauern geht es schlechter als unseren Bauern!“) Und wenn ich Ihnen nur sagen darf, so waren es bei der Milch im Jahre 1987 3,8 Milliarden Schilling, und im Jahre 1970 waren es nur 1,9 Milliarden Schilling. Es waren bei Getreide 1970 noch 600 Millionen Schilling und 1986 3,1 Milliarden Schilling und 1987 4 Milliarden Schilling, und beim Vieh, wissen Sie auch, daß wir 1970 überhaupt keine Förderung gebraucht haben, vielleicht ein paar hunderttausend Schilling in Notaufträgen, und daß wir 1986 bei 2,5 Milliarden Schilling waren.

Und, meine Damen und Herren, Minister Dipl.-Ing. Riegler war es, der dann das ganze in ein positives Licht gebracht hat, in ein absolut positives Licht. Er hat es zur Bedingung bei der Übernahme seiner Ministerschaft gemacht, daß hier die Altschulden seiner Vorgänger beglichen werden in der Absatzförderung in der Höhe von 1,3 Milliarden Schilling. Auch dein Freund Murer war beteiligt. Hat die letzten drei Jahre volle Verantwortung getragen, volle Verantwortung als Staatssekretär, nur hat er diese Verantwortung nicht zu nützen gewußt. Er hat sich auch gar nicht bemüht darum, weil es ist außer einem Blümchen aus dem Ministerium nichts geblieben. (Abg. Weilharter: „Das habt ihr verhindert!“) Bitte, fragen Sie die Bauern, sie erkennen es. Und da können Sie heute sticheln wie Sie wollen, die Sticheleien werden auch sehr kurzfristig sein, Kollege Weilharter. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das war ein schlechter Bauernvertreter!“) Es war letztlich auch eine Bedingung, daß die Budgetmittel für die Landwirtschaft wiederum auf den alten Stand zurückgeführt werden. Es ist nicht ganz gelungen, aber es konnten immerhin um 1,7 Milliarden Schilling mehr kommen. Und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, der Herr Minister Dipl.-Ing. Rieg-

ler war es letztlich auch, der sich um die Reform der Marktordnung bemüht hat. Es gehen dort die Meinungen sehr auseinander, und es gibt absolut positive Beispiele, auch in Ihrer Partei. Und wenn ich Ihnen hier die „Neue Zeit“ zitieren darf vom 10. Juni 1988, die eine Aussage des parlamentarischen Verhandlers, nicht des Bundesobmannes der SPÖ, das war er vorher, aber er war immerhin im Parlament der parlamentarische Verhandler der SPÖ, der dann nach Abschluß der Marktordnung gesagt hat, der Herr Abgeordnete Pfeifer, SPÖ-Abgeordneter aus Niederösterreich: „Lassen Sie mich zum Abschluß noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen. Die vorliegenden Novellen zu den Wirtschaftsgesetzen sind nicht, wie ich meine, ein Schritt zur großen Reform, nein, sie stellen die größte Reform seit Bestehen dieser Gesetze dar.“ Und ich glaube, mit diesen Worten hat der Abgeordnete Pfeifer wirklich auch die agrarpolitische Arbeit des Landwirtschaftsministers anerkannt. (Beifall bei der ÖVP.)

Und es gibt auch, meine sehr geschätzten Damen und Herren, im Gewerkschaftsbereich sehr differenzierte Meinungen. Ich kenne absolut positive Äußerungen des Gewerkschaftspräsidenten Verzetnitsch in Frage Agrarpolitik, überhaupt, wie man sagen muß, in Fragen Wirtschaftspolitik, auch in der Zukunftsvision. (Abg. Zellnig: „Gute Leute!“) Und ich kenne auch die Aussagen des „Baldpräsidenten“ in der Steiermark, Gennaro, und auch was weiß ich, in Wien gibt es Leute, die sich wohl bei den Verhandlungen bemühen, in ihrem sozialpartnerschaftlichen Bereich der Landwirtschaft die größten Schwierigkeiten zu machen, die dann letztlich in den Verhandlungen zustimmen und letztlich dann wieder, wenn es ums Budget geht, versuchen, eine Taktik einzuschlagen, die gegen die vordere Zusage geht. Und uns ist das ganz klar, meine geschätzten Damen und Herren, daß auch der Weg der Direktzahlungen, wenn wir die kleinbäuerliche Struktur, und die wollen wir in Österreich erhalten, erhalten wollen, gehen müssen und gehen werden. (Abg. Zellnig: „Was hast du im Jahr 1972 bei der Einführung des Bergbauernzuschusses gesagt? Da hast du gesagt, ein Tabakgeld muß her, solche Sachen macht man nicht. Das hast du gesagt!“) Lieber Zellnig, ohne Geld ist doch keine Musik. Wenn du dich nicht gleichzeitig bemüht hättest, daß über das Budget auch die Mittel kommen, dann wäre dieser Weg machbar gewesen. (Abg. Zellnig: „Sind ja da!“) Aber mit zwei Fronten, auf der einen Seite schneiden wir die Mittel weg, und auf der anderen Seite reißen wir große Sprüche, das muß sein, so geht es eben bitte nicht. Man muß hier eine Konsequenz haben, und ohne Geld gibt es nirgends eine Musik. Das siehst du jetzt bei anderen Dingen ebenfalls. (Abg. Zellnig: „Haben wir es nicht gehabt?“) Die waren notwendig, nicht deshalb, daß man den Murer gesehen hat in Wien oder gar einen anderen, sondern war notwendig, daß wir uns mit Nachdruck noch in dieser Zeit bemüht haben, für die Bauern da zu sein. Es ist uns letztlich auch immer wieder belohnt worden.

Verzeihen Sie mir vielleicht abschließend, weil auch die EG einige Male angeschnitten worden ist und weil es heute eigentlich nicht genannt wurde, daß gerade in den letzten Jahren, wo natürlich im bäuerlichen Bereich die Einkommen auch sehr unterschiedlich sind und immer waren, daß sie aber zumindest stabil geblie-

ben sind, daß man Überlegungen anstellt, auch in der Öffentlichkeit schon bekannt, seitens des Ministeriums dort einen entsprechenden sozialen Ausgleich für die Zukunft zu schaffen. Es ist auch ganz verschwiegen worden, daß sich die Viehpreise um 2 Schilling erholt haben. Gott sei Dank, daß hier wieder eine positive Entwicklung für die Landwirtschaft in Sicht ist. (Abg. Zellnig: „Immer noch unter dem ‚schlechten‘ Minister Haiden!“) Die Landwirtschaft darf sich auch der Zukunft nicht verschließen. Wir werden einfach darüber reden müssen, wie es weitergeht. Wir werden reden darüber. Minister Dipl.-Ing. Riegler hat es rechtzeitig gesagt, wir können den großen Markt der 360 Millionen nicht übersehen. Wir bemühen uns um einen Antrag, damit überhaupt einmal recht vernünftig geredet werden kann. Es hat schon im März des heurigen Jahres – ich weiß nicht, wer von Ihnen dort war – der ehemalige deutsche Landwirtschaftsminister Ertl, der einer der Begründer der EG ist und vier Novellen innerhalb der EG mitgemacht hat, in Niklasdorf erklärt: „Die österreichischen Bauern brauchen sich vor der EG nicht zu fürchten. Nicht fürchten deshalb, weil er weiß, daß es ein leistungsbewußter Stand ist.“ Schauen Sie, sicher! Es gibt ja auch dort sehr gute sogar. Und wenn wir über die Grenzen schauen, es gibt in Österreich Heimatlose, die mit großen Sprüchen versuchen, etwas darzustellen, und selbst nicht wissen, wo sie hingehören. Das wird es überall geben, lieber Kollege Mag. Rader! (Abg. Mag. Rader: „Du hast keinen Spiegel vor dir!“) Nein, heimatlos kannst dich bezeichnen, als Heimatloser!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir werden die Diskussion führen. Minister Dipl.-Ing. Riegler war als der erste Minister so vorsichtig und hat gesagt, wir wollen jetzt wissen das Wie und Aber, und gibt hier ein Gutachten in Auftrag, weil natürlich auch Geld hier sein muß, und es kommt das Ergebnis dieses Gutachtens, und der Finanzminister ist der erste, der das nicht in der Gesamtsicht sieht, sondern wiederum parteipolitisch und gleich über das Fernsehen hinaus. (Abg. Zellnig: „So höre doch auf!“) Sicher, so war es doch. Am nächsten Tag hat Lacina erklärt, kommt nicht in Frage, die 3,6 Milliarden Schilling, die das Gutachten vorschreibt, werden vom österreichischen Staat nicht gegeben. (Abg. Zellnig: „Der Minister soll umschichten!“) Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Fragen werden zu prüfen sein. Wir werden sie prüfen, wir werden sie mittragen. Wir werden vor allem – und das hat mir eingangs so gefallen bei meinen zwei weiblichen Vorrednern – der Öffentlichkeit die Frage stellen, was der Bauer der Gesellschaft wert ist. (Beifall bei der ÖVP.) Und wenn heute der Herr Kollege Ofner von hier aus verkündet, die 26 Milliarden Schilling, die uns die Bauern kosten, so hat er gar nicht hineingeschaut in das Agrarbudget, denn in diesen 26 Milliarden Schilling sind alle Mittel drinnen, wo du, Herr Kollege, als Bürgermeister, wenn du eine Wildbachverbauung oder andere Dinge brauchst, immer wieder auch über das Landwirtschaftsministerium anklopft, und das sind keine Mittel, die als Subvention für die Bauern in die Öffentlichkeit getragen werden können. (Abg. Günther Ofner: „Diese Mittel sind nicht drinnen! Wir haben die geringsten Bauerneinkommen und die höchsten Konsumentenpreise!“) Auch zu den höchsten Konsumentenpreisen! Meine Herrschaften, aus Zeitdrängnis käme man bald

nicht darauf zu reden. Auch hier, im Zuge der Marktordnungsreform, hat Dipl.-Ing. Riegler gesagt, es muß auch begleitend eine Reform in der Produktion unserer Nahrungsmittel geben. Wir wissen, daß wir zu teuer produzieren. Wir wissen das. Wir wissen auch, wo die Betriebe sind, die unter Umständen nicht mehr sein müssen. Und dort muß eben dieser genannte Herr ein vernünftiges Denken an sich nehmen, nur weil die Milch heute bei den Qualitätsbestimmungen und bei den Verarbeitungsmöglichkeiten nur deshalb noch einmal verarbeitet wird, daß sich ein paar Gewerkschafter in Wien ausruhen können, das ist sicher nicht im Interesse der Bauernschaft, und vor allem kann man es nicht machen, wenn das auf Kosten der Bauern geht. So ist die Situation. (Abg. Rainer: „Es gibt ein Kartell, oder nicht?“) Das ist genau das! Schau nach! Genau so ist die Situation, bitte, Herr Kollege Rainer! Schau es dir an! Ist doch nachgewiesen, wird ja öffentlich diskutiert. Und wir werden der Öffentlichkeit die Frage stellen, was der Bauer der Gesellschaft wert ist.

Ich sage abschließend, wir wissen unsere Wertschätzung in der Erhaltung des ländlichen Raumes, in der Erhaltung der Arbeitsplätze, in der Erhaltung der kleinbäuerlichen Struktur, und wir sind im vollen Verantwortungsbewußtsein bereit, auch den Erholungsraum weiter zu erhalten, um gesunde Nahrungsmittel für die österreichische Bevölkerung zu erzeugen. Ich hoffe, daß auch über die ökosozialen Vorstellungen der österreichische Bauer im großen Raum mit seiner guten Qualität seinen Platz haben wird.

Eines zur politischen Sache, meine sehr geschätzten Damen und Herren. In den 17 Jahren sind viele Fehler passiert. Es hat sich eine Regierung in Österreich gefunden, die nun darangeht, die Probleme in den Griff zu bekommen, um zu sanieren – heißt es beim zweiten Budget. Und wir haben uns als Österreichische Volkspartei selbstverständlich in vollem Verantwortungsbewußtsein für alle Österreicher bereiterklärt, bei dieser Sanierung mitzutun. Aber wir können es nur tun, wenn es auch ehrlich gemeint ist, meine Damen und Herren, wenn es auch ehrlich gemeint ist! Ich bitte Sie, vor allem in Fragen der Agrarpolitik, wie überhaupt in Fragen der Wirtschaftspolitik, um diese Ehrlichkeit. Sie wissen, wo die Wirtschaft gestanden ist nach den 17 Jahren (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Katastrophal!“) und was alles zu machen ist, und wir wissen sehr genau, wie es weitergegangen wäre, wenn nicht schon Schmidt ein halbes Jahr positive Ansätze gezeigt hätte und dann Riegler gekommen wäre. Ich muß sagen, wir sind stolz darauf, daß wir als Österreichische Volkspartei immer die Belange der Bauern sehr ernst genommen haben. Und wenn Ihr Generalredner von 100 Jahren Sozialdemokratie gesprochen hat (Abg. Zellnig: „Das überläßt du uns!“), so sind wir stolz darauf, daß wir heute eigentlich die soziale Partei sind und daß Sie das Soziale in Ihrer Regierungszeit der 17 Jahre verloren haben. Und was die Demokratie anlangt, man merkt es immer wieder, ist es schwierig, von der Macht herunterzusteigen. (Beifall bei der ÖVP. – 11.10 Uhr.)

Präsident Zdarsky (11.10 Uhr): Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Weilharter das Wort.

Abg. Weilharter (11.10 Uhr): Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren dieses Hohen Hauses!

Der Herr Kollege Grillitsch hat den damaligen Staatssekretär und jetzigen Abgeordneten Murer zitiert und hat gesagt, er ist für die Belange der Landwirtschaft zur damaligen Regierungszeit verantwortlich. Das stimmt, Herr Kollege Grillitsch. Gerulf Murer ist mitverantwortlich, daß in seiner Regierungszeit als Staatssekretär für die Bauern, für die Produzenten eine Milchpreiserhöhung von immerhin 54 Groschen stattgefunden hat. Es hat aber auch der derzeitige Minister, um es vielleicht in der Bauernsprache zu sagen, Murer war ja nur der Knecht, und Haiden war der Bauer, aber jetzt ist Riegler schlußendlich der Bauer, aber Riegler hat es geschafft, in zwei Jahren nur 7 Groschen für unsere Milchbauern herauszubekommen. (Abg. Mag. Rader: „Viel ist das nicht!“ – Abg. Buchberger: „Das, was Murer und Haiden gemeinsam schlecht gemacht haben, muß Riegler allein gutmachen!“ – Beifall bei der ÖVP.) Lieber Herr Präsident, willst du damit sagen, daß die Milchpreiserhöhung für unsere Bauern schlecht war? Ich glaube es, weil eure Politik in den letzten zwei Jahren beweist es ja, daß es nur 7 Groschen waren.

Meine Damen und Herren, ich will auch meine Rede mit dem Stichwort Milch beginnen. Allen ist die Situation am österreichischen Milchmarkt bekannt. Es wird immer von den Problemen der Überproduktionen geredet. Es ist natürlicherweise auch eine Überproduktion vorhanden, die nach meinem Dafürhalten nicht in diesem Ausmaß sein müßte, wenn man bei den Marktordnungen andere Regelungen finden würde. Ich darf das anhand eines Beispiels hier dokumentieren. Der Produzentenpreis, und ich gehe davon aus bei meinem Beispiel, daß man von einer Qualitätsklasse I spricht, für einen Liter Milch, also sprich der Ertrag, den der Bauer für die Milch bekommt, beträgt derzeit 4,40 Schilling bis 4,60 Schilling. Der Konsument zahlt 11,50 derzeit für den Liter Milch. Ich bin überzeugt davon, daß bei dieser Rechnung und dieser Preiskalkulation man natürlich nachgedacht hat und auch berücksichtigt hat, daß Verarbeitungskosten, Transportkosten, Molkereiarbeiterkosten und verschiedene andere Beiträge beinhaltet sind.

Das Zweite, und wo die große Diskrepanz liegt, lieber Herr Präsident Buchberger, in dieser Frage, ist nämlich, was passiert mit den Überlieferungen. Die Überlieferungen werden zu selben Bedingungen, dieselbe Qualität wird von unseren Bauern produziert, es wird dasselbe Produkt hergestellt, es hat dieselbe Qualität, nur der wesentliche Unterschied ist, der Produzent, sprich der Bauer, bekommt 90 Groschen bis 1,10 Schilling, wobei der Konsument den gleichen Preis, der innerhalb des Kontingentes liegt, bezahlt. Wo kommen, ich frage die Herren Bauernvertreter, wo kommen diese 3,30 Schilling hin? (Abg. Günther Ofner: „Wer steckt das ein?“ – Abg. Dr. Lopatka: „Ist das euer Problem?“) Ist mir schon völlig klar, Herr Kollege Dr. Lopatka, daß man über das nicht gerne redet. Ich werde auch die dementsprechende Antwort geben. Um deiner Philosophie zu folgen, Herr Kollege Pörtl, ist an und für sich der Herr Minister Dipl.-Ing. Riegler eigentlich abgetreten in dieser Frage. (Abg. Pörtl: „Wenn durch den Finanzminister Entscheidungen fallen, sind das keine ‚Riegler-Gelder‘!“) Was du

ausschließlich dem Finanzminister delegiert, wobei ich ihn seiner Verantwortung nicht entbinden will. Diese 3,30 Schilling, die versickern in der österreichischen Agrarbürokratie, und zwar versickern die schon deshalb, wenn man sich das anschaut am österreichischen Milchmarkt, was passiert da? Monopolbetriebe organisieren Milchreisen, das heißt, die Exportlobbisten in diesem Bereich fahren mit der Milch über die Grenze, meist in EG-Staaten, kassieren unsere Bauerngelder, sprich diese Exportstützungen, diese Exportstützungen, meistens (Abg. Grillitsch: „Das muß bewiesen werden!“ – Abg. Purr: „Sie können keine Behauptungen aufstellen, wenn Sie keine Beweise haben!“) werden sie dann in anderen Staaten mit verschiedenen Dingen, wie Marmelade und ähnlichem, bereichert und dann wieder als Yoghurt und Fruchtjoghurt importiert. Das heißt, zum Teil sind unsere Agrar- und Milchverarbeitungsbetriebe gar nicht interessiert, daß man das Produkt dem österreichischen Konsumenten zu einem erschwinglichen Preis anbietet, weil man durch die verschiedenen Exportabschöpfungen schon alle Kosten und alle Gewinne gedeckt hat. Ein zweites Beispiel, Herr Kollege Grillitsch.

Ich erinnere mich sehr genau, als Ihre Vertreter im Bauernbund und in den Molkereiverbänden für die Errichtung des Milchtrockenwerkes in Hartberg votiert haben. Heute gehen Ihre Molkereivertretungen, sprich die Ö-Molk und Ihr Minister, her, im Jahre 1988, und genehmigen einen Milchpulvertrockenimport von 65.000 Tonnen. (Abg. Buchberger: „Hast du schon einmal etwas vom Veredelungsverkehr gehört?“) Was heißt das? Daß Sie Ihre Agrarpolitik, meine Damen und Herren vom Bauernbund, nur in einer Weise geändert haben, nämlich vor zwei, vor drei und vor vier Jahren waren Sie die Aktivsten, und zwar nur in der Frage, was das Organisieren von Demonstrationen und Bauernaufmärschen betrifft. Heute haben Sie sich in dieser Frage geändert. Alles andere, was Sie damals kritisiert haben, was Sie damals gefordert haben, und ich kann eine ganze Liste aufzählen, zum Beispiel, einen Bergbauernkataster, die Abschaffung der Alkoholsteuer, von dem reden Sie heute nicht mehr. Das haben Sie längst vergessen. Jetzt, wo Sie in der Vollziehung sind. Und das, meine Damen und Herren, das ist für mich eine Doppelstrategie in der Agrarpolitik. Denn es kann nicht angehen, daß auf Grund politischer Spekulationen und wenn man selbst jetzt in der Regierung sitzt, das alles auf Kosten unserer Bauern geht. Dagegen verwehre ich mich. (Abg. Buchberger: „Sollen wir demonstrieren, daß wir um 2,30 Schilling mehr für die Tiere bekommen haben?“) Lieber Herr Präsident Buchberger, wir waren ja selbst auf einigen Viehmärkten gemeinsam. Du hast dich genauso, wie viele andere, weil es ja stimmt, darüber beklagt, daß das Preisniveau am Viehsektor heute jenem vor zehn Jahren entspricht. Das erleben wir alle Tage wieder. Heute zum Beispiel ist auch eine derartige Absatzveranstaltung in Leoben. Die Anzeichen sind dafür da, daß diese Versteigerung leider nicht besser geht als alle anderen in den Vorjahren.

Meine Damen und Herren, ich hätte mir eigentlich vorgestellt, und veranlaßt hat mich zu dieser Klarstellung der Herr Kollege Grillitsch, daß man zu den Fragen der steirischen und österreichischen Landwirt-

schaft den Bogen ein bißchen weiter spannt. So waren doch die letzten Tage in allen Bereichen davon betroffen, und man hat in allen Bereichen die Frage einer Integrierung in den europäischen Binnenmarkt, die Frage eines Anschlusses an die Europäische Gemeinschaft diskutiert. Man hat sich auch richtigerweise für meine Begriffe um die Bereiche der Bauern gekümmert. Nur meine ich, so gut und so rechtzeitig, daß diese Diskussion stattfindet. Man müßte jetzt aber auch versuchen, eine Stabilisierung der Landwirtschaft zu treffen, denn in allen anderen Bereichen, wir werden es nicht aufhalten können, werden wir uns in diesen Markt integrieren müssen und auch die Landwirtschaft. Das heißt, wir werden die Landwirtschaft vorher stabilisieren und vor allem auf eine Basis stellen müssen, daß sie dann im großen Markt überleben wird. Die Bundesdeutschen haben es richtigerweise gemacht. (Abg. Grillitsch: „Genau das wollen wir. Wir wollen wissen, was ist notwendig und was nicht!“) Die Südtiroler Bauern beweisen uns das. Es kann aber nicht das der Weg sein, daß man global darüber redet (Abg. Grillitsch: „Global redet ihr draußen. Wir machen es intern!“), sondern man sollte konkrete Vorschläge, Herr Kollege Grillitsch, auf den Tisch legen. Wir wissen alle die traurige Entwicklung innerhalb der Landwirtschaft, daß seit 1985 viele Bauernhöfe und viele Bauernexistenzen aufgegeben wurden. Wir wissen aber auch, daß mit oder ohne EG dieser Trend, dieser negative Trend nicht zu stoppen ist. Man geht davon aus, daß im Jahre 1995 der Bauernstand sich auf rund 200.000 verringern wird, und das ist eine sehr dramatische Entwicklung, weil wir jetzt nicht in der EG sind und wir jetzt schon diese Berechnungen haben. Daher wirklich mein Appell, man sollte vorweg versuchen, einen vernünftigen Boden einzuziehen. Ein Schritt, und da respektiere ich unseren Landesrat durchaus, das positive Ansinnen. Das ist diese Grenzlandförderung, diese 2000 Schilling. Ich meine aber, lieber Herr Landesrat, daß diese 2000 Schilling dazu angetan sind, daß sie zwar den guten Willen dokumentieren (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Das ist wenig!“), aber wir werden damit den Bauern nicht helfen. Ein Akzent wäre, daß wir in allen jenen Bereichen, wo Bund und Land Eigentümer landwirtschaftlicher Liegenschaften und Objekte sind, die die öffentliche Hand nie positiv führen kann, das beweisen uns die Rechnungshofberichte, daß man dort eine Privatisierung vorantreibt in der Form, daß man diese Gebiete, die nicht ausschließlich der Ausbildung dienen, den Bauern als Grundlage zur Besitzfestigung zu günstigsten Konditionen zurückgibt.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ein weiterer Schritt der Vorbereitung in Richtung EG für unsere Landwirtschaft muß natürlich auch – ich will nicht noch einmal wie in der Einleitung in diese Diskussion näher eingehen – eine Entbürokratisierung unserer Landwirtschaft sein. Der Kollege Zellnig hat das sehr drastisch aufgezeigt, wie der Verfahrensweg eines Ansuchens geht. Das wird sich auch in Zukunft nicht halten, und das wird auch in Zukunft unter Umständen ein Hemmschuh in Richtung EG sein. Es ist aber auch eine weitere Situation sehr bedenklich. Man müßte auch jetzt darüber nachdenken und die Basis schaffen für eine Integrierung im Europäischen Markt für unsere Bauern, nämlich das ist der derzeitige Verschuldungsstand unserer Landwirtschaft. Im Bundesdurch-

schnitt gerechnet ist der derzeitige Verschuldungsstand pro Landwirtschaft 202.000 Schilling. Das ist eine dramatische Entwicklung, wenn man auch gleichzeitig die Zinsentwicklung auf der anderen Seite kennt. Wir müssen uns überlegen, daß wir in Form von Direktförderung, aber auch in Form von zweckgebundener Förderung die Zinssätze in Richtung Landwirtschaft überdenken. Bei Zweckbindungen wird es durchaus möglich sein, daß man dort längerfristige Zeiträume schafft, erstens für die Darlehen und zweitens, daß man über die gesamte Zinspolitik nachdenkt und dort Änderungen und Senkungen vor allem herbeiführt.

Meine Damen und Herren! Ich will meine Ausführungen bei diesen Problemen, die ich kurz aufgezeigt habe, bewenden lassen. Ich bin überzeugt davon, daß vieles, was vom Präsidenten Buchberger, vom Kollegen Zellnig gesagt worden ist, durchaus zu unterstreichen ist. Und wenn man schon damit nichts verändern kann, ich attestiere beiden das Wollen. Das Wollen attestiere ich beiden, nur, ich meine eines, da darf ich wieder auf den Kollegen Grillitsch zurückkommen. Du hast in deiner Rede gemeint, daß dir das immer wieder die Bauern sagen, daß dir die Bauern immer wieder über ihre Situation berichten. Das glaube ich dir, lieber Kollege Grillitsch. Ich habe nicht unbewußt gesagt, daß ich dem Präsidenten Buchberger, dem Zellnig eher etwas Positives attestiere, weil ich weiß, die beiden, wie auch ich, wir erleben tagtäglich auf unseren Höfen, in unserer Familie zu Hause, die Situation der Bauern. Und das muß auch eine voraussetzende Grundlage für unsere Agrarpolitik sein. (Abg. Buchberger: „In gewissen Dingen sind wir gar nicht so weit auseinander!“) Meine geschätzten Damen und Herren! Ich darf abschließend konkretisieren. Wir haben vor kurzer Zeit in den Ausschüssen einen Rechnungshofbericht zu behandeln gehabt, der sich mit den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben des Landes beschäftigt hat. Mir ist durchaus bewußt, daß man für den Schulungsbedarf und vor allem für die Weiterbildung derartige Betriebe erhalten muß, nur meine ich noch einmal – und diese Forderung, Herr Landesrat, möchte ich wirklich unterstreichen –, daß wir uns an Hand dieses Beispiels etwas überlegen werden müssen, nämlich, die Landesforste der Steiermark haben es immerhin geschafft, zu den bewirtschafteten Geldern innerhalb von fünf Jahren 23 Millionen Schilling Abgang zu produzieren. Und das ist gar nicht übertrieben oder polemisch ausgedrückt, das müßte alle Damen und Herren dieses Hauses, die damit befaßt sind, zum Nachdenken bringen, wie sollen da unsere Bauern, die nicht diese Dimensionen an Besitzungen, nicht diese Dimensionen an Ertrag haben, wie sollen die da überleben? Ich meine daher nochmals abschließend in Richtung EG und zur Stabilisierung unserer Landwirtschaft, versuchen wir, jene Bereiche, die nicht der ausschließlichen Ausbildung dienen, zu privatisieren. Das wird ein Schritt sein in Richtung Agrarpolitik, vernünftige Agrarpolitik, und das wird auch ein Schritt sein in Richtung Stabilisierung und Vorbereitung für den Europäischen Markt. (Beifall bei der FPÖ. – 11.26 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rainer (11.26 Uhr): Verehrter Herr Präsident Buchberger!

Du hast den Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in deiner Rede herausgestellt, wie ich meine, völlig zu Recht, positiv erwähnt in der Form, daß wir als Gewerkschafter uns nach wie vor und uneingeschränkt zur Sozialpartnerschaft und natürlich auch zu den Interessen der Bauern bekennen. Das ist überhaupt keine Frage.

Umso mehr, und zu diesem Aspekt möchte ich dann ja reden, da ja ein guter Teil auch unselbständiger Erwerbstätiger in diesem Bereich tätig ist, die von uns mitvertreten werden und die auch ihre Probleme haben und die heute in einem Teilbereich angesprochen werden sollen. Es bringt daher nichts, lieber Kollege Grillitsch, wenn man es in einer Form polemisiert, wie es dir persönlich so liegt. Faktum ist, daß wir für den Bereich der Agrarwirtschaft Gigantisches an Transferleistungen jährlich – und zwar steigend – zu leisten haben. Das ist bitte zugegebenermaßen so, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft so, das ist zugegebenermaßen auch außerhalb in vielen Bereichen so, aber auch in Österreich. Und da ganz besonders. Ich hätte mich als Gewerkschafter manches Mal sehr darüber gefreut, wenn es in etwa die gleiche Unterstützung auch bei unseren Interessenslagen aus euren Bereichen gegeben hätte. Ganz konkret meine ich, unsere Probleme – (Abg. Grillitsch: „Frage deine Gewerkschafter in den Betrieben, wo wir die Verantwortung haben, wie das geht!“) Horch mich an, Kollege Grillitsch, horch mich an, du wirst es ertragen, es ist gar nicht so schlimm. Ich denke an die Probleme, die wir in der Steiermark gehabt haben im Bereich der verstaatlichten Industrie, im Bereich der quasi verstaatlichten Industrie und darüber hinaus bei der Sanierung von Unternehmungen. Da habe ich ganz andere Töne gehört, wenn es um Subventionen gegangen ist. Und Günther Ofner hat den Gesamtrahmen dargestellt, wie es ausgewiesen ist bis zum Jahre 1986, und der ist gewaltig. Aber wenn man einmal sechs Jahre aufrechnet, etwa vom Jahre 1981 bis zum Jahr 1986, kommt man dahinter, daß das sogenannte Bauernopfer wirklich nur ein sogenanntes, oder sagen wir besser, die Transferleistung total jetzt in diesem Bereich, 105 Milliarden Schilling ausgemacht hat. (Abg. Grillitsch: „Das bezeichnest du als Bauernopfer?“) Es ist so, das sind die authentischen Zahlen, bitte. Was noch viel schlimmer ist, Herr Präsident, darf ich dir das sagen, daß wir hier einen Bereich haben, in dem wir feststellen, daß etwa 44 Prozent der Gesamtproduktion subventioniert werden müssen. Und wenn man es im Detail herausnimmt, weil das von dir so bestritten worden ist, dann haben wir halt ständig steigende direkte Subventionen in Bereichen, die durchaus vergleichbar sind zum Beispiel mit industriellen Bereichen, wo es um die Förderung des bäuerlichen Arbeitsplatzes geht. (Abg. Grillitsch: „Nimm die Schweizer her!“) Und wenn man da konkret schaut, waren es etwa im letzten Jahr rund an die 10 Milliarden-Schilling, die aufgebracht werden mußten. Dennoch, Herr Präsident, bekennen wir uns dazu, daß dieses Geld aufgebracht werden muß, wir bekennen uns dazu, daß dieses Opfer der Bevölkerung insgesamt auch für diese Gruppe zu erbringen ist (Abg. Grillitsch: „Das Wort Bauernopfer möchte ich nicht hören, das nehmen wir

nicht zur Kenntnis. Was heißt das? Das ist dein soziales Denken!"), für die Bauern und für die Unselbständigen in diesem Bereich. Überhaupt keine Frage. Aber es tauchen ein paar andere Probleme auf, und vielleicht darf man die ansprechen. Wir hatten über ein halbes Jahrzehnt ein Trommelfeuer sondergleichen über verkrustete Strukturen im Bereich der verstaatlichten Industrie und in vielen wirtschaftlichen Bereichen hinzunehmen. Ich muß leider sagen, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, es wird Sie nicht freuen, ich muß (Abg. Grillitsch: „Bauernopfer nennt ihr das. Schämen könnt ich euch!“) leider sagen, auch im Bereich der Landwirtschaft, im genossenschaftlichen Bereich, gibt es erwiesenermaßen diese verkrusteten Strukturen, die jetzt schrittweise aufbrechen. Und jetzt können Sie einwenden was Sie wollen, weil es bereits Beispiele dafür gibt, Beispiele, die sehr, sehr unerfreulich sind, weil sie wie folgt bewältigt werden, genau gleich wie in anderen Bereichen der Wirtschaft: ausgliedern, auflösen, einschränken, zusammenlegen und womöglich, bitte, stilllegen. Ich meine jetzt ganz konkret zum Beispiel die Milchwirtschaft. Um nicht abstrakt zu sein, zwei sehr wesentliche Beispiele. Berfl, du wirst es sehr gut kennen, denk an die Landgenossenschaft Ennstal und denk an die Landgenossenschaft Raabtal. Denk an die Auswirkungen, die dort für das jeweilige Unternehmen, aber ich sehe jetzt den anderen Bereich, die dort für die Arbeitnehmer damit verbunden waren. Das waren beträchtliche Auswirkungen, die nämlich wie folgt ausgesehen haben: Diese Arbeitnehmer wurden praktisch, und deren Betriebsvertretungen, über Nacht mit dieser Situation konfrontiert, entweder ihr akzeptiert, daß wir diese Bereiche abschneiden, daß wir die Arbeitnehmer in andere Bereiche überstellen, und jetzt kommt es bitte, zu wesentlich schlechteren Bedingungen, als sie vorher schon waren, zu Bedingungen, die ihnen kaum mehr zumutbar sind, oder wir machen überhaupt dicht. Das sind jene Strukturbereinigungen, wie sie dort vorgenommen werden. Ich weiß schon, es gibt Analogien, die uns auch nicht freuen, aber die Parallelität dieser Entwicklung ist doch sehr bezeichnend und zeigt folgendes, daß dort die Strukturen aufzubrechen beginnen. Und ein weiterer Aspekt, der noch viel interessanter ist: Ich frage mich, wenn ich diese gewaltige Kapitalakkumulation im genossenschaftlichen Bereich und wenn ich jetzt sehe, wer das Geld einbringt, der einzelne Bauer, ich frage euch, bitte, liebe Bauernvertreter, wie ist denn das? Wird der Genossenschaftsanteil, der 50.000, 100.000 Schilling und mehr beträgt, wie wird denn der verzinst, wie wird denn der veranlagt, und besteht nicht doch die Gefahr, daß eigentlich dort in den Regionen, wo dieses Geld im Interesse dieser Bauern und auch der Arbeitnehmer wirken soll, gar nicht mehr wirksam wird? (Abg. Grillitsch: „Da mußt du, Kollege Zellnig, deinem Freund antworten!“) Dazu sage ich schon etwas, wenn du willst, weil es mehr oder minder verlagert wird zum Beispiel in die Verbände. Ganz konkret, es ist heute bereits angesprochen worden, in den Verband der Agrosserta, wo sich das Kapital akkumuliert und wo man feststellen muß, liebe Damen und Herren von der Landwirtschaft, dort sitzen dann jene, die dieses Kapital dann alleine verantworten, allein verwalten, allein einsetzen in ihren Bereichen und wo man auch feststellen muß, daß vieles davon auch dafür eingesetzt wird,

daß man Konkurrenzprodukte sogar aus dem Ausland mit diesem Kapital finanziert. Durchaus eine Entwicklung, die nicht sehr erfreulich ist, und zwar deswegen nicht erfreulich, weil wir feststellen müssen, daß das schrittweise mit Arbeitsplatzverlusten, mit Verlusten von sozialen Errungenschaften unserer Arbeitnehmer verbunden ist. (Abg. Grillitsch: „Da bist du so weit weg!“) Und daher, bitte, der Hinweis darauf, daß man sehr genau schauen muß, daß das Geld dort bleibt, daß es dort eingesetzt ist und auch seine Wirkung erzeugt, wo es wirken soll, und, daß die Arbeitnehmer entsprechend abgesichert werden. Die haben einen bedeutenden Stellenwert in diesen Regionen, weil wenn dort große Einschränkungen kommen, dann sterben diese Regionen. (Abg. Grillitsch: „Da sind wir uns sicher einig!“). Und daher setzen wir uns so sehr für diese Bereiche ein. (Beifall bei der SPÖ.) Nur noch ein Gedanke. Meine Vorredner, der Kollege Weilharter, die Kollegen Zellnig und Ofner, haben richtigerweise darauf hingewiesen, und wir haben jetzt bereits diese Entwicklung. Ich habe es in der Generalrede herausgestellt, wäre es nicht gescheiter, bitte, wir geben dem Minister da durchaus recht, wenn er zufolge seiner Überlegungen und der Untersuchungen herausstellt, daß weiter 3,5 bis 3,9 Milliarden Schilling etwa gebraucht werden, sagen wir, die Preise werden wieder besser, daß wir die Produktion abschließen – rund 10 Milliarden Schilling, dann sind es etwa 14 Milliarden Schilling, die wir jährlich brauchen würden, um diesen Bereich nur abzusichern. Haben wir dieses Geld? Ist denn die Allgemeinheit, nämlich vor allem Allgemeinheit differenziert betrachtet, der unselbständig Erwerbstätige, Bauern ausgeschaltet, aber Arbeitnehmer in allen Bereichen, Beamte, Angestellte und Arbeiter, sind die bereit, sind die in der Lage, ist überhaupt noch die Möglichkeit vorhanden, dieses Geld für diese Transferleistung aufzubringen, damit wir dann bestehen können? Mit einem können wir bitte nicht rechnen, und das wissen wir, wir haben sehr viele Regionen, wo wir keine Förderung, auch dann nicht, erwarten können, wenn wir in dieser Gemeinschaft sind, sondern wo wir das Geld aufzubringen haben. Und dann würde sich dieser Schritt, der jetzt bereits sehr deutlich, sehr dramatisch sichtbar ist, sich noch viel dramatischer entwickeln, nämlich in weitere Reduktionen, in weitere Zusammenlegungen, in weitere Schrumpfungen, und in der Milchwirtschaft ist das ganz eindeutig schon im Gange. Dann sehe ich große Bedenken für den ländlichen Raum. Daher meine ich, wir sollten uns vorher diese Fragen genau überlegen. Wir sollten die Finanzierung sicherstellen und dann gemeinsam einen Schritt unternehmen, der sinnvoll ist. Euphorie, liebe Freunde, ist unangebracht. (Abg. Grillitsch: „Wir müssen kostengünstig produzieren!“) Wirtschaftliche Überlegungen, Vernunft und kalkuliertes Risiko wären bedeutend besser. (Beifall bei der SPÖ. – 11.36 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky (11.36 Uhr): Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schwab. Ich erteile es ihm.

Abg. Schwab (11.37 Uhr): Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, weder Euphorie noch Hysterie sind angebracht in dem Zusammenhang, und Sie alle ken-

nen mich, ich habe immer Wert darauf gelegt, daß von meiner Seite her zumindest ehrlich und offen und ohne Schaumschlägerei diskutiert wird. Ich habe auch gar keine Schiedsrichterrolle in dem Zusammenhang. Für mich hat der Kollege Zellnig sicher in seiner schauspielerischen Begabung, das wissen wir schon, durchaus ein paar Dinge angesprochen, über die man reden soll. (Abg. Gennaro: „Er ist ein natürlicher Bursch!“ – Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist nichts Ehrenrühriges!“) Das war auch gar nicht böse gemeint. Dazu kennen wir uns zu gut. Für mich hat auch der Kollege Rainer ein paar Dinge angesprochen, die in die Substanz gehen und die uns sehr viel Kopfzerbrechen machen werden in den nächsten Monaten und Jahren, wenn wir die Dinge einigermaßen bewältigen wollen. Das, was ich aber nicht verstehe, und ich sage das auch ganz offen, daß der Kollege Günther Ofner einen Stil an den Tag gelegt hat, der mich an die alten Klassenkampfzeiten erinnert. Ich stehe nicht an, das auch festzustellen. (Abg. Zellnig: „Der Abgeordnete Günther Ofner hat die Studie, die der Herr Minister erstellen ließ, interpretiert. Wenn das Klassenkampf ist, dann macht der Herr Minister Klassenkampf!“) Wie war denn bitte die Ausgangslage? Minister Dipl.-Ing. Riegler hat eine sagenhafte Aufräumarbeit zu erledigen gehabt. Es ist ein grauslicher Budgetentwurf 1987 vorgelegen, nämlich der kleinen Koalition SPÖ und FPÖ, erstmals dramatische Absenkung der Direktzahlungen für die Bergbauern und Kürzung der Landjugendmittel, das soll man einmal sagen! Das ist mir so unter die Haut gegangen, meine Damen und Herren, Kürzung der Landjugendmittel. Auch der Herr Murer, der Knecht, hat nichts zusammengebracht. Ich war Zeuge eines Gespräches der Landjugend mit dem Herrn Staatssekretär, so als wenn die Verantwortungs-träger Haiden und Murer geradezu Angst gehabt hätten, daß da eine Jugend heranwächst, die einen positiven Weg geht, und da sind die Mittel einfach gestrichen worden. Die Bruchreisimporte wurden gestoppt, Ab-Hof-Milch-Verkaufsregelung, eine grausige Geschichte, die wir zu übernehmen hatten. Ich erinnere, Kollege Weilharter, Einheitswert, da sind wir genau beim richtigen Punkt. Für die Liegenschaften Steigerungen im Schnitt bitte im Jahre 1985 – das weiß ich sehr genau, da haben wir einmal geredet darüber – im Schnitt 300 Prozent Plus, in Einzelfällen (Abg. Weilharter: „Nicht die Liegenschaft, sondern das Wohnhaus!“), natürlich Wohnhäuser, Liegenschaften, alle Eigentumswohnungsbesitzer, da hätte es eine ganze Breite gigantisch getroffen. Einzelfälle bis plus 600 Prozent. Die Dinge muß man einmal auf den Tisch legen. Dann kann man weiterreden. Weingesetz-novelle, Halbierung der Alkoholsondersteuer, Forst-gesetznovelle, positivste Dinge, die gleich im ersten Jahr bewältigt wurden. Ich muß das mit aller Entschiedenheit sagen, keine Beweglichkeit war mehr im Budget. Auch dort hat man darangehen müssen, die Dinge wieder in eine vernünftige Richtung zu bringen. Genau dasselbe in der EG-Frage. Gerade euer Herr Bundesparteiohmann Haider arbeitet hier mit einer üblen Doppelstrategie. Auf der einen Seite kann er es nicht erwarten, daß er hineinkommt in die EG, lieber vorgestern als morgen, und auf der anderen Seite schürt er die Angst der Bauern. So sind die Dinge. Ein Chamäleon in der EG-Frage, ich kann nicht mehr sagen dazu. (Beifall bei der ÖVP.) Ja, Bergbauernpro-

gramm. Das ist eine wichtige Frage. Und bitte auch ganz offen: Dem Minister Dipl.-Ing. Riegler ist es gelungen, bei einem Höchststand des Absatzförderungsbeitrages von 54 Groschen diese Mittel – rund 170 Millionen Schilling – für die Bergbauern sicherzustellen zu einem Zeitpunkt, wo durch den Milchrückgang die Mittel nicht mehr in dieser Höhe notwendig waren. Das wißt ihr genauso, lieber Franz Zellnig, daß Finanzminister Lacina hohes Interesse daran gehabt hat, diese nicht benötigten Mittel für andere Zwecke einzuziehen. Dadurch sind die Fronten aufgemacht worden, daß Umschichtungen möglich wurden. Sonst hätten wir das auch nicht bekommen. Das muß man richtigstellen. Umrechnungsfaktor, ich bin sehr einverstanden. Auch hier hat Minister Dipl.-Ing. Riegler den Faktor geändert – das sind Details, die die anderen nicht interessieren, aber man muß es nur sagen – 1,1 war es beim außerlandwirtschaftlichen Einkommen, 0,4 beim Gewerbe. Der erste Schritt des Ministers Riegler war, daß er das abgesenkt hat (Abg. Weilharter: „Gerade bei den Absatzförderungsbeträgen!“), und eine weitere Absenkung ist notwendig. Hier stimme ich voll überein mit dir. (Abg. Zellnig: „Wir müssen dazu sagen, Haiden hat von 5 auf 1,1 abgesenkt!“) 1,1, das war der Stand, als Riegler das Ministeramt übernommen hat. (Abg. Gennaro: „Also hat Haiden auch gute Arbeit geleistet!“)

Loipenentschädigung, bitte ein paar Sätze dazu. Loipenentschädigung, das ist eine Riesendiskussion bei uns, die zum Teil scharf geführt wird. Was mir momentan überhaupt nicht gefällt. Da wird es früher oder später zu Lösungen kommen müssen. Fremdenverkehr und Landwirtschaft sind eng miteinander verbunden. Das wissen gerade wir aus der oberen Region. Aber das haben wir momentan nicht bewältigt. Der Laufmeterpreis ist trügerisch, ich sage das nur. Er bewegt sich auch im Westen Österreichs von einem bis drei Schilling. Kurt Hammer kennt sich hier aus. Entscheidend ist die Breite der Loipe, bitte. Der Laufmeterpreis allein sagt nichts. Es ist ein großer Unterschied ob ich zweispurig fahre oder vier- oder sechsspurig. Da muß man aufpassen, daß nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden.

Ich wollte aber zu dir, lieber Kollege Rainer, etwas sagen, in aller Ernsthaftigkeit. Ich bekenne mich zur Ausgliederung in Stainach. Ich bin dort Vorstandsmitglied, habe überhaupt nichts zu verstecken. Wir haben sehr ernste Gespräche mit unseren Leuten geführt. Es ist der Warenbereich ausgegliedert worden, das kennst du auch. 320 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren betroffen, viele Bauernsöhne und Bauerntöchter, gar keine leichte Entscheidung. Es war kein Bosheitsakt. (Abg. Rainer: „Auch politisch keine leichte Entscheidung!“) Natürlich auch! Das gebe ich selbstverständlich zu. Bitte, aber ein halbes Jahr vor den Landtagswahlen. Aber wir haben es trotzdem gemacht. Weil die Notwendigkeit unausbleiblich war. Wir haben ein gewaltiges Minus im Warenbereich gehabt. Ich nenne die Zahlen nicht, zweistellige Millionenbeträge. Die waren alle zum Molkereikollektiv angestellt. Die Alternative wäre auslaufen und zusperren gewesen. Die private Wirtschaft hätte vielleicht sogar Hurra geschrien. Völlig klar! (Abg. Rainer: „Ich habe nur die Analogie zu anderen Bereichen aufgezeigt. Ich habe nicht negativ gewertet!“) Ich sage es noch einmal, es war kein Bosheitsakt. Hut ab vor unseren Belegschafts-

vertretern, kann man nur sagen. Die Herrschaften von der Molkereiarbeitergewerkschaft aus Wien, das möchte ich auch sagen, haben versucht, sich einzumischen. Unsere eigenen Belegschaftsvertreter haben gesagt, nein danke, wiederschauen, fährt wieder heim, das machen wir selber mit unseren Verantwortungsträgern. So Verantwortungsbewußt waren die. Volle Hochachtung! Der Helmut Wegscheider ist jetzt in Pension. Eine großartige Haltung dieser Leute. Und daß man den Hintergrund ein bißchen ausleuchtet, den Herrschaften aus Wien ist es darum gegangen, daß sie als Molkereiarbeitergewerkschaft nicht schwächer werden gegen die Metalller. Das sind die Hintergründe, gar nicht böse, das sind die Fakten. Und das soll man sehr, sehr offen auf den Tisch legen. (Abg. Grillitsch: „Das hast du nicht gewußt, Rainer!“) Wir in der Landgenossenschaft Ennstal sind ein Beispiel, wie man es machen kann. Wir stehen seit 30, 35 Jahren in der Live-Konkurrenz mit der EG oder zur EG. Wenn ich an unsere Milchlieferungen denke in den Mittelmeerbereich, an die US-Flotte. Dauernde Konkurrenz! Das sind kurzfristige Verträge, nur ein Jahr im Regelfall. Wir müssen immer wieder antreten gegen Deutschland, gegen Holland und Frankreich. Wir sind unter schweren Geburtswunden den Weg gegangen, eine eigene Fleischveredelung zu machen. Das heißt, Fleisch verkaufen allein ist im Regelfall zu wenig, wir sehen die Schwierigkeiten und auch die Kosten. Natürlich werden auch dort Zuschüsse gegeben. Die Afleik ist ein pumperlgesundes Unternehmen mit 300 Mitarbeitern. Das ist ja etwas für einen Bezirk. Fast 600 Millionen Schilling Umsatz. Ich sage ganz bewußt, wir brauchen beides: moderne, zukunftsorientierte, schlagkräftige Verarbeitungsbetriebe mit hoher Qualität. Wir brauchen aber auch Direktvermarktung in den Bereichen, wo es gescheit und sinnvoll und vor allem möglich ist. Wir brauchen beides. Da können wir ruhig auf einer breiten Schiene fahren. Ich soll ja nicht zu lange werden, um Gottes willen. Warum gibt es die Kritik am Genossenschaftswesen? Ich schaue mir das immer sehr genau an. Da gibt es viele Motive. Da gibt es Dauerkritisierer, Egoisten aus dem eigenen Mitgliederbereich, da gibt es Gründe der Konkurrenz. Da gibt es aber handfeste parteipolitische Gründe. Das wissen wir auch in dem Zusammenhang. Zur EG, ich glaube, insgesamt hat Österreich zu entscheiden. Ich sage das aus tiefer Überzeugung. Ein Beitritt zur EG ist die zentrale Zukunftsfrage für die Wirtschaft. Dazu gehört die Landwirtschaft, aber auch die Arbeitnehmer, die Konsumenten, dazu gehört der ganze Sozialbereich, die Umwelt, Forschung und Bildung. Und vor allem im Umweltbereich sollen wir eines nüchtern sagen, der Kollege Ofner – glaube ich – hat davon geredet, Lebensmittelrecht. Bei uns ist es strengstens verboten, zur Haltbarmachung der Milch irgendwelche Zusätze zu geben. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wie die Hormone!“) In der EG ist es gestattet, darum ist es auch billiger. Ich würde wirklich ersuchen, den Leuten das auch zu sagen. Das sind die Unterschiede. Dort werden Stabilisatoren auf Phosphatbasis zugesetzt, die bei uns streng verboten sind. Das muß man in dem Zusammenhang auch erwähnen. Generell zum EG-Beitritt sagen wir: Beitrittsantrag stellen, dann muß auch die EG ihre Vorstellungen auf den Tisch legen.

Und der nächste Schritt wird sein, daß wir ein Verhandlungsmandat bekommen, und dann wird man

abwägen und abschätzen, ja oder nein. Also Beitrittsantrag stellen, dann muß die EG auch ihre Bedingungen auf den Tisch legen, und wir können sie eher zu einer klaren Stellungnahme verpflichten. Über die Studie des Herrn Dozenten Schneider vom Wirtschaftsforschungsinstitut sind wir sehr froh. Jetzt wissen wir, wie es unter heutigen Voraussetzungen – es ist in Wahrheit nur eine Momentaufnahme – für den agrarischen Bereich sein würde. Mir würde es für sinnvoll erscheinen, wenn man eine zweite Studie macht, wie es nämlich sein würde, wenn wir nicht drinnen sind. Ich glaube, daß das durchaus auch notwendig ist. Schönfärberei hilft niemandem, daher ist es notwendig, daß die Karten offen auf den Tisch gelegt werden. Eine Drittlandposition in Zukunft wäre wahrscheinlich ebenfalls problematisch. Nur ein Beispiel für den Rinderbereich, ich habe mir das sehr gut angeschaut. Vor 20 Jahren haben wir als Land Österreich in Italien einen Anteil am Rindfleischmarkt von 3 bis 4 Prozent gehabt. Heute liegen wir zwischen 8 bis 10 Prozent, es waren schon einmal 10 Prozent, es ist wieder rückläufig. Deutschland vor 20 Jahren ganz dieselbe Größenordnung wie wir, 3 bis 4 Prozent, heute 33 Prozent. Frankreich vor 20 Jahren 5 Prozent und heute 55 Prozent. Klarer geht es nicht mehr. Die drei sind EG-Mitglieder und schauen natürlich, daß dort der Warenaustausch floriert. Wir brauchen also Klarheit über diese Dinge. Ich bin der tiefen Überzeugung, alle, denen es ernst ist mit den Anliegen der Bauern, müssen den Europavertrag für die Landwirtschaft unterstützen. Und für mich hat der Bürgermeister Stingl, ich zitiere ihn da gerne, gestern oder vorgestern bei einer Pressekonferenz etwas sehr Richtiges gesagt, nämlich, die Umwelt von morgen hat heute ihren Preis. Kann man nur dreimal unterstreichen. Ich glaube, da gibt es große Übereinstimmung. Wir werden unseren Beitrag auch in Zukunft leisten, mit oder ohne EG. Ich verkenne nicht die Problematik, die uns vor allem im Bereich der Verarbeitungsbetriebe beschäftigen wird. Wir haben 200 Verarbeitungsbetriebe im Milchbereich, und ich habe große Sorge, ob die zu halten sein werden. Wirklich die Bitte in dieser Situation jetzt, daß wir zu einer Einigung kommen, und zwar zu einer vernünftigen im Zusammenhang mit den Kollektivvertragsverhandlungen und auch mit dem Milchpreis. Unser Antrag waren 3 Prozent, das sind 15 Groschen Erzeugermilchpreiserhöhung. Bei den Kollektivvertragslöhnen der Molkereiarbeiter schaut es derzeit so aus, als ob 3 Prozent fixiert worden wären, beim Erzeugermilchpreis steht man bei 7 Groschen. Das ist keine Relation, und es hat sogar ausgeschaut, als ob nur die eine Seite dieses Thema abhaken wird können und für die Bauern unterm Strich nichts herauschaut. Ich meine das allen Ernstes. Sie sehen, wie verantwortungsvoll wir auch an die Dinge herangehen, daß nämlich der Konsumentenmilchpreis, das wissen wir sehr genau, sicher an einer Reizschwelle ist, das letzte Mal von 11,70 auf 11,50 abgesenkt wurde und diese 11,50 zu halten sein werden. Das heißt, Stand heute, 3 Prozent plus und 7 Groschen plus, 230 Millionen Schilling unter dem Strich, die die Betriebe zum Großteil finanzieren müssen. (Abg. Rainer: „Ich unterbreche dich nicht gerne. Das Junktim war aufgehoben. Wir waren der Meinung, daß es so arg nicht sein kann. Aber die Arbeitnehmer mit ihren Lohnforderungen abzubinden und hängenzulassen, das ist nicht fair,